



# 100 JAHRE BERLINER STATISTIK



1862 · 8. FEBRUAR · 1962



*Die Bilder der Titelseite zeigen oben: Ausschnitt einer Ansicht Berlins vom Kreuzberg um 1855, Stahlstich nach einer Zeichnung von Würbs, unten: Blick auf Berlin vom Dachgarten des Hotels »Berlin-Hilton« 1961, Zeichnung von Kurt Sieth*

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin-Schöneberg 1962  
Graphische Gestaltung: Graphisches Atelier des Statistischen Landesamtes Berlin

**100 JAHRE  
BERLINER STATISTIK**

**1862  
8. FEBRUAR  
1962**



**Festschrift zum hundertjährigen Bestehen  
des Berliner Statistischen Amtes**



Das Urteil der Allgemeinheit über den Wert von Statistiken ist nicht einhellig. Die oft gehörte Kritik, daß sich mit Statistiken alles und daher gar nichts beweisen lasse, zeigt, daß die Arbeit der Statistiker nicht überall voll gewürdigt wird. Den Grund dafür kennen wir: Wie so häufig, resultiert der Mißkredit aus dem Mißbrauch. Die Statistik mußte immer wieder dazu herhalten, nicht ganz einwandfreien Dingen den Anschein des Unanfechtbaren zu verleihen.

Wenn der Wert einer objektiv aufgestellten Statistik dennoch unbestritten ist, so hat das Statistische Landesamt Berlin daran keinen geringen Anteil. Die Berliner Stadtväter bewiesen mit der Gründung eines »Statistischen Bureaus« am 8. Februar 1862, daß sie den Nutzen einer anschaulichen und übersichtlichen statistischen Darstellung komplizierter kommunalpolitischer und verwaltungstechnischer Vorgänge vorausschauend erkannten. Das erste städtestatistische Amt Deutschlands erfüllte seine Aufgabe mit großer Geschicklichkeit und Objektivität. Es wurde zum Vorbild für den Aufbau statistischer Ämter in anderen Städten und trug wesentlich zur Entwicklung der wissenschaftlichen Statistik bei.



In guten und bösen Zeiten beobachtete das Amt die Entwicklung Berlins; die zahlreichen Veröffentlichungen des Amtes wurden im Laufe der Jahre zu einem getreuen Spiegelbild des Geschehens in unserer Stadt. Die vor 100 Jahren erkannte Notwendigkeit einer leistungsfähigen zentralen amtlichen Statistik für Berlin ist heute unbestritten. Das Parlament, die Verwaltung und die Öffentlichkeit ziehen die Unterlagen des Statistischen Landesamtes stets dankbar und zum eigenen Nutzen heran.

Für die verantwortungsbewußte Erfüllung seiner Aufgaben gebühren dem Amt an seinem Jubiläumstage Anerkennung und gute Wünsche für die Zukunft.



Willy Brandt

Regierender Bürgermeister von Berlin

Die 100. Wiederkehr des Gründungstages des Berliner Statistischen Bureaus gibt eine willkommene Gelegenheit, die Entwicklung unseres Amtes und seine Leistungen in den vergangenen 100 Jahren zu würdigen. Diesem Zweck dient die nachfolgende Schrift, die in liebevoller und gründlicher Kleinarbeit von Oberregierungsrat Dr. Hans Zimmermann zusammengestellt wurde. Er ist von den heutigen Mitarbeitern der einzige, der bereits vor dem Kriege im Berliner Amt tätig war. Aus eigenem Erleben, durch Sammeln und intensives Studium alter Unterlagen und durch Befragen vieler ehemaliger und heutiger Amtskollegen ist es ihm gelungen, einen lebendigen Bericht über die Geschichte des Amtes und über das Lebenswerk einiger bekannter Berliner Statistiker zu geben. Dabei konnte er viele interessante Ereignisse der Vergessenheit entreißen und sie der Nachwelt erhalten.

So erleben wir z. B. die jahrelangen Geburtswehen des Amtes, bis sich schließlich doch die Meinung einiger weiser Stadtväter, daß eine zentrale Berliner Statistik nicht nur notwendig, sondern auch rationell sei, gegenüber der auch damals vorhandenen Zurückhaltung, hierfür die notwendigen Mittel zu bewilligen, durchsetzte. Wir bewundern den unermüdlichen Tatendrang und die Entdeckungsfreude der ersten Direktoren des Amtes, Dr. Hermann Schwabe und Dr. h. c. Richard Böckh. Sie schufen nicht nur die Grundlagen der Berliner Kommunalstatistik und machten sie in kurzer Zeit zum unentbehrlichen Hilfsmittel der Berliner Verwaltung, sondern sie befruchteten mit ihren Arbeiten auch die künftige Entwicklung der Organisation und der wissenschaftlichen Methoden der amtlichen Statistik. Sie bemühten sich darüber hinaus, ihre gewonnenen Erkenntnisse dem interessierten akademischen Nachwuchs weiterzugeben. So schrieb der Berliner Professor Dr. Ludwig Bernhard einmal, daß ein großer Teil der deutschen und ausländischen Statistiker durch Böckhs Schule gegangen sei. Wir sehen weiter, welche Schwierigkeiten das Amt häufig bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu überwinden hatte — so mußte es z. B. innerhalb von 27 Jahren dreimal neu aufgebaut werden — und wie es den Amtsleitern trotzdem, und zwar gestützt auf die freudige und verantwortungsbewußte Mitarbeit der Amtsangehörigen, gelungen ist, die Leistungen des Amtes laufend zu steigern und ihm allseitige Achtung und Anerkennung zu verschaffen. Wenn auch die schöpferische Tätigkeit des einzelnen Statistikers heute nicht mehr so auffällt wie früher, weil die Auswertung neuer Erkenntnisse und die Weiterentwicklung der statistischen Praxis mehr und mehr zu einer Gemeinschaftsarbeit in Ausschüssen und Arbeitskreisen geworden ist, so zeigen die Veröffentlichungen des Amtes doch, daß der Forscherdrang der Altmeister der Berliner Statistik auch jetzt noch lebendig ist und daß sich die heutigen Berliner Statistiker der 100jährigen Tradition des Amtes besonders verpflichtet fühlen.

Die Schrift vermittelt einen umfassenden Einblick in die besonderen Aufgaben eines Statistischen Amtes, das sowohl kommunalen als auch landesstatistischen Belangen gerecht werden muß. Beim Lesen erkennen wir, daß viele unserer

heutigen Probleme auch schon unsere Amtsvorfahren beschäftigt haben. So spielte z. B. bereits in den 70er Jahren die Frage der Wohnwürdigkeit der Berliner Wohnungen eine große Rolle. Im Jahre 1879 ließ das Amt zwecks Darstellung der Lebenshaltung erste Haushaltsbücher in ausgesuchten Familien führen und veranstaltete eine Verkehrszählung. Im folgenden Jahr wurden die ersten Versuche mit einer Berliner Lohnstatistik gemacht. Wer weiß heute noch, daß die Stadt Berlin im Jahre 1861 eine neue Erhebungsmethode für Volkszählungen einführte, die zum Vorbild für alle späteren deutschen und zum Teil auch ausländischen Zählungen wurde und die im wesentlichen auch heute noch angewandt wird?

Zugleich mit der Entwicklung des Amtes verfolgen wir ein Stück Zeitgeschichte unserer Stadt. Wir erfahren z. B., daß 1875 nur noch 43,1 vH aller Einwohner in Berlin geboren waren und 1,2 vH von der Öffentlichkeit unterstützt wurden, daß der große Mediziner Virchow beim Aufbau der Berliner Statistik mithalf, daß 1882 die Firma Siemens & Halske die ersten 20 elektrischen Glühlampen in der Kochstraße montierte, daß 1908 noch 3,2 vH aller Wohnungen leer standen oder daß im letzten Kriege jede 3. Berliner Wohnung zerstört wurde. Die Geschichte des Berliner Amtes ist zugleich auch ein Teil der 100jährigen Geschichte der deutschen Städtestatistik überhaupt.

Besonderer Dank gebührt allen, die zum Gelingen dieser Schrift beigetragen haben, in erster Linie dem Kollegen Dr. Zimmermann, der sie zusammenstellte, dem Referat Graphik unter Leitung des Kollegen Gaßmann, das die graphische Gestaltung besorgte, und dem Referat Veröffentlichungen unter der Leitung des Kollegen Gläser, ferner den ehemaligen und heutigen Kollegen, die eigene Erlebnisberichte oder in Vergessenheit geratene Dokumente, Schriften und Bildersammlungen zur Verfügung stellten, hier vor allem dem früheren stellvertretenden Amtsleiter und Stadtdirektor Dr. Kürten, und denen, die wertvolle Anregungen zur redaktionellen Gestaltung des Berichts gaben oder selbst daran mitwirkten. Zu danken ist weiter der Berliner Centralbibliothek der Inneren Mission und des Hilfswerks der evangelischen Kirche Deutschlands, die dem Amt aus ihrem Buchbestand die einzigen in Berlin noch vorhandenen ältesten Ausgaben seines Jahrbuchs zum Geschenk machte, und den vielen anderen Personen und Stellen, wie Bibliotheken, Archiven usw., die durch ihr Entgegenkommen dieses Vorhaben wesentlich förderten.

Diese Jubiläumsschrift sei allen gewidmet, die sich dem Statistischen Landesamt Berlin verbunden fühlen, nicht zuletzt auch den ehemaligen und heutigen Amtsangehörigen zur Erinnerung an ihre Tätigkeit im Amt und als Dank für ihre verantwortungsbewußte Mitarbeit. Möge sie darüber hinaus dem Amt neue Freunde gewinnen und das Interesse an der Arbeit der amtlichen Statistik fördern.

*Karl Heinz Katsch*

Karl Heinz Katsch  
Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

Berlin, im Januar 1962

<b>1. Die amtliche Statistik in Berlin vor der Gründung des städtischen Statistischen Bureaus am 8. Februar 1862</b> .....	<b>11</b>
Die Statistik in Berlin bis 1805 S. 13 — Das Königliche Statistische Bureau S. 16 — Um die Beteiligung des Magistrats an den Naturalzählungen S. 17 — Die »Berliner Reform« des Volkszählungswesens S. 19 — Das Statistische Bureau des Königlichen Polizeipräsidioms S. 24 — Von Naunyns Antrag bis zur Bildung des Statistischen Bureaus S. 25	
<b>2. Der Aufbau des Statistischen Bureaus (1862 bis 1874)</b> .....	<b>27</b>
Schwabe und sein »Plan über eine Statistik von Berlin« S. 29 — Finanzielle Beschränkungen hemmen den Aufbau des Statistischen Bureaus S. 31 — Die ersten Statistischen Jahrbücher S. 33 — Das Schwabesche Gesetz S. 37 — Volkszählung 1867 S. 37 — Städtische Deputation für Statistik S. 39 — Volkszählung 1871 S. 40 — Beziehungen zur internationalen Statistik S. 41 — Interimistische Leitung von Huppé S. 42	
<b>3. Die klassische Zeit der Berliner Statistik (1875 bis 1920)</b> .....	<b>43</b>
Böckhs Bedeutung für die Berliner Statistik S. 45 — Die Arbeiten Böckhs vor seinem Eintritt in die städtischen Dienste S. 46 — Böckhs wissenschaftliche Betrachtungsweise der Statistik S. 47 — Böckh als Städtestatistiker S. 47 — Die Veröffentlichungen des Amtes S. 48 — Statistisches Jahrbuch S. 49 — Bevölkerungsstatistik S. 52 — Sterblichkeitsverhältnisse S. 54 — Todesursachen S. 56 — Wohnungen, Gebäude, Straßen S. 57 — Sozialstatistiken S. 58 — Kriminalitätsziffer S. 62 — Kultur- und Steuerstatistik S. 62 — Naturverhältnisse S. 63 — Volkszählungen 1871 bis 1900 S. 64 — Böckhs Lehrtätigkeit und sein Wirken in Verbänden und Vereinen S. 68 — Die Städtestatistik zur Zeit Böckhs und die heutige amtliche Statistik S. 69 — Würdigung der Persönlichkeit Böckhs S. 71 — Das Statistische Amt unter Hirschberg S. 73 — Silbergleichs Amtsführung S. 75 — Streben nach einer Groß-Berliner Statistik S. 75 — Bevölkerungsstatistik S. 77 — Volkszählungen 1905 bis 1919 S. 78 — Ausbau der Arbeiten des Amtes: leerstehende Wohnungen, Verkehr, Preise, Lebenshaltungsindex, Arbeitsmarkt S. 79 — Das Statistische Amt im ersten Weltkrieg S. 82	
<b>4. Das Groß-Berliner Statistische Amt bis zum Ende des zweiten Weltkrieges (1920 bis 1945)</b> .....	<b>85</b>
Aufbau des Groß-Berliner Statistischen Amtes unter Büchners Leitung S. 87 — Wissenschaftlicher Beirat S. 90 — Statistische Ordnung S. 90 — Das Statistische Amt der Reichshauptstadt Berlin S. 92 — Entwicklung des Arbeitsprogramms des Amtes: Bevölkerung, Baustatistik, leerstehende Wohnungen, Grundbesitzwechsel, Fremdenverkehr, Personen- und Güterverkehr, Preise, Verbrauch, Arbeitslose, Wohlfahrt usw. S. 93 — Großzählungen 1925 bis 1939 S. 99 — Veröffentlichungen: »Berlin in Zahlen«, »Berliner Wirtschaftsberichte«, »Kriegsmittellungen«, »Mitteilungen« S. 102 — Graphische Arbeiten S. 110 — Bücherei S. 111 — Das Amt im zweiten Weltkrieg S. 111	

## 5. Die Groß-Berliner Statistik vom Kriegsende bis zur Spaltung Berlins (1945 bis 1948) ..... 115

Wiederaufnahme der statistischen Arbeiten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges unter Kürten S. 117 — Die Zuständigkeitsregelung von 1945 S. 120 — Treitschke übernimmt die Amtsleitung S. 121 — Einrichtung einer Lochkartenanlage S. 121 — Organisatorischer Aufbau des Amtes S. 123 — Das Hauptamt für Statistik und Wahlen und sein Verhältnis zu anderen Verwaltungen S. 124 — Erste Nachkriegsstatistiken und die Zählungen von 1945 und 1946 S. 126 — Veröffentlichungswesen S. 129 — Die Monatsschrift »Berliner Statistik« und die »Sonderhefte« S. 132 — Graphische Arbeiten S. 134 — Bücherei S. 134 — Das Statistische Amt und die Spaltung der Berliner Verwaltung S. 135

## 6. Die West-Berliner Statistik (1948 bis heute) ..... 137

Die freien Wahlen in den Westsektoren am 5. Dezember 1948 S. 139 — Organisation des deutschen statistischen Dienstes nach dem zweiten Weltkrieg S. 140 — Arbeitsprogramm des Amtes: Bevölkerung, Volkszählung 1950, Industrieberichterstattung, Betriebskostenstruktur, Handwerk, Ein- und Ausfuhr, Warenverkehr, Handel, Löhne, Preise, Bauberichterstattung, Umsatzsteuer, Schulen und Hochschulen S. 142 — Wohnblockeinteilung S. 143 — Veröffentlichungen S. 144 — Berliner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes S. 146 — Koordinierung der West-Berliner Statistik S. 147 — Verfassung von Berlin, Neuaufbau der Berliner Verwaltung und das Statistische Landesamt Berlin S. 147 — Statistische Ordnung von 1953 S. 148 — Angleichung an die Bundesstatistik S. 149 — Statistischer Landesausschuß S. 151 — Bearbeitung der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter der Leitung von Kürbs S. 151 — Wahrnehmung der Amtsleitergeschäfte durch Schlier S. 153 — Katsch neuer Amtsleiter S. 153 — Heutiges Arbeitsgebiet des Amtes S. 154 — Volkszählung 1961 S. 157 — Veröffentlichungen: Monatsschrift »Berliner Statistik«, »Zahlenspiegel«, »Statistische Berichte«, »Statistisches Jahrbuch«, »Sonderhefte« S. 158 — Maschinenanlage S. 162 — Graphische Arbeiten S. 164 — Bücherei S. 164 — Personal S. 165 — Organisationsplan S. 167 — Zusammenarbeit mit anderen statistischen und wissenschaftlichen Institutionen S. 168 — Verhältnis des Amtes zur Öffentlichkeit S. 170 — Ausblick S. 178

## Chronik der Berliner Statistik ..... 181

## Anhang ..... 193

Die leitenden Kräfte der Statistischen Ämter Berlins und seiner früheren Vorgemeinden seit ihrer Gründung S. 195 — Die Büroleiter S. 199 — Statistische Ordnung S. 200 — Die Mitglieder des Statistischen Landesausschusses S. 202 — Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke S. 203 — Literaturverzeichnis S. 209 — Namenverzeichnis S. 211

## Die Leiter

### des Statistischen Amtes seit seiner Gründung

Prof. Dr. Hermann Schwabe



war der erste Direktor des Berliner Statistischen Bureau und richtete tatkräftig und einfallsreich in kurzer Zeit den statistischen Dienst für Berlin ein. Seine zahlreichen, glänzend geschriebenen Beiträge brachten die statistischen Veröffentlichungen des Amtes zu hohem Ansehen. Er fand u. a. das »Schwabesche Gesetz«. Ein früher Tod beendete im Jahre 1874 seine zehnjährige Amtsleitung.

Prof. Dr. h. c. Richard Böckh



der »Altmeister der Berliner Statistik« war ein tiefgründiger, unbeirrbar die Wahrheit suchender Wissenschaftler und Methodiker. Während seiner langen Tätigkeit als Direktor des Amtes (1875 bis 1902) gab er dessen Arbeiten die wissenschaftliche Grundlage. Seine Erkenntnisse und Veröffentlichungen sowie seine akademische Lehrtätigkeit befruchteten die deutsche und die internationale Statistik für Jahrzehnte.

Prof. Dr. Ernst Hirschberg



übte, obwohl er nur von 1903 bis 1906 Direktor des Amtes war, einen nachhaltigen Einfluß auf die nach ihm kommende Zeit aus. Er gestaltete das Statistische Jahrbuch neu und machte es zu einem periodischen Nachschlagewerk.

Prof. Dr. Heinrich Silbergleit



leitete das Amt von 1907 bis 1923 und trug wesentlich zur Vervollständigung des statistischen Arbeitsprogramms und zur Verfeinerung der Erhebungsverfahren bei. Er bemühte sich tatkräftig um das Zustandekommen einer Groß-Berliner Statistik.

**Dr. Oskar Büchner**



war als Direktor des Amtes von 1923 bis 1943 ein unermüdlicher Gestalter der Groß-Berliner Statistik. Er paßte die Organisation den erweiterten Aufgaben des jetzt für Groß-Berlin zuständigen Amtes an. Von ihm stammen bemerkenswerte subtile Untersuchungen über soziale und ökonomische Zusammenhänge.

**Dr. Oskar Kürten**



fiel nach dem plötzlichen Tode Büchners im Jahre 1943 die schwierige Aufgabe zu, die Weiterführung der Amtsarbeiten im Kriege und nach dem Zusammenbruch bis zum Herbst 1945 zu sichern. Er löste sie mit großem Erfolg. Darüber hinaus erwarb er sich als Schriftleiter große Verdienste; ihm sind vor allem die Schriftenreihen »Berliner Wirtschaftsberichte« und »Berliner Statistik« mit zahlreichen viel beachteten eigenen Beiträgen zu verdanken.

**Dr. Kurt Treitschke**



war von 1945 bis 1954 Leiter des Amtes, baute es bis zur Spaltung der Berliner Verwaltung weiter aus und sorgte dafür, daß es danach in West-Berlin weiter wirken konnte. Er verbesserte das Veröffentlichungsprogramm und förderte vorausschauend die maschinellen Einrichtungen des Amtes, um diesem die technischen Voraussetzungen für die Erfüllung der kommenden Aufgaben zu geben.

**Prof. Dr. Friedrich Kürbs**



wurde 1954 Direktor des Amtes. Er setzte sich vor allem für die Ausgestaltung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin (West) ein und erwies sich in zahlreichen Arbeiten als profilierte Persönlichkeit. Infolge seines plötzlichen Todes 1956 dauerte sein Wirken für die Berliner Statistik nur kurze Zeit.

**Dipl. Math. Karl Heinz Katsch**



leitet das Amt seit 1957.

## **1. Die amtliche Statistik in Berlin vor der Gründung des städtischen Statistischen Bureaus am 8. Februar 1862**

»immer allgemeiner und lebhafter wird das Bewußtsein, daß die genaue und zuverlässige Kenntniß der Verhältnisse des Lebens, der tatsächlichen Wirkungen der von der Gesetzgebung und von der Administration ergriffenen Maßregeln die sicherste Grundlage für jeden Fortschritt... abgiebt.«

Naunyn

Zwar darf die Berliner Verwaltung das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, vor 100 Jahren das erste städtestatistische Amt in Deutschland eingerichtet zu haben, doch liegt der gedankliche Ursprung dieser Schöpfung weit zurück. Er wurzelte im Rationalismus der Aufklärungszeit. Die durch die fortschrittlichen Ideen wach gewordenen Bürger, die technischen Errungenschaften, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und nicht zuletzt das Umsichgreifen liberaler politischer Forderungen nach den Freiheitskriegen führten dazu, daß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch das allgemeine Interesse an den Angelegenheiten der städtischen Gemeinwesen reger wurde. Hinzu kam, daß die Städte nach erhöhter Selbständigkeit drängten, vor allem, nachdem der Schöpfer der modernen Verwaltung in Preußen, Freiherr vom Stein, die kommunale Selbstverwaltung durchgesetzt hatte. Namentlich für die aufstrebenden Großstädte ergab sich daher die Notwendigkeit, sich auf statistischem Gebiet eingehender zu betätigen, um brauchbare Zahlenunterlagen für die Bewältigung der vielen auf sie zukommenden Aufgaben zu gewinnen. Zweifellos lag es damals also in der Luft, daß die Großstädte selbständige statistische Stellen einrichteten, zumal gerade auch Freiherr vom Stein bei verschiedenen Gelegenheiten<sup>1)</sup> zum Ausdruck gebracht hatte, welchen Wert er der Statistik beimaß und auf welche Weise statistische Erhebungen verbessert werden könnten. Das mindert aber nicht das unbestreitbare große Verdienst der für diese Probleme aufgeschlossenen Männer der Berliner kommunalen Körperschaften, die allen Widerständen zum Trotz in unbeirrbarer Zähigkeit den Gedanken zur Tat werden ließen und nicht eher ruhten, bis das Berliner städtestatistische Bureau aus der Taufe gehoben war.

Zum Verständnis der Leistungen des jungen Berliner Statistischen Bureaus muß berücksichtigt werden, daß es sich auf wertvolle Erfahrungen stützen konnte, die andere Stellen auf statistischem Gebiet bereits seit langem gesammelt hatten, nicht zuletzt die Berliner Kommunalbehörden selbst, die namentlich im Jahrzehnt vor der Gründung des Statistischen Bureaus eine bemerkenswerte statistische Aktivität entfaltet hatten.

#### **Bereits 1573 wurde die Bevölkerungsstatistik in Berlin eingeführt**

Schon seit dem Ausgang des Mittelalters spielte die Statistik in den Territorialstaaten eine bedeutende Rolle, waren doch z. B. zahlenmäßige Nachweisungen über die Bevölkerung sowie über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Staates Voraussetzungen für das Funktionieren der von den Landes-

<sup>1)</sup> Böckh »Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des preußischen Staates«, Berlin 1863, S. 18.

fürsten nach Vernunftgrundsätzen gelenkten Staatsgewalt. Besonders in der merkantilistischen Zeit waren sie unentbehrlich für den Erfolgswachweis der Regierungen, die Wirtschaft und Wohlstand in ihren Staaten zu fördern trachteten.

In Brandenburg-Preußen und damit auch in Berlin wurden Zahlen über die Bewegung der Bevölkerung bis zur Bildung der Standesämter im Jahre 1874 hauptsächlich aus den Kirchenbüchern gewonnen, deren Führung in der Kurmark zum erstenmal durch die Visitations- und Consistorial-Ordnung von 1573 vorgeschrieben wurde<sup>2)</sup>. Unvollständige Angaben über die in Berlin seit 1583 Gestorbenen teilte Süßmilch mit, der auch Zahlen über die Verheirateten, Getauften und Begrabenen seit 1712 brachte<sup>3)</sup>. Die Erhebungen, die der Große Kurfürst über die Entwicklung der Bevölkerung veranlaßte, bezeichnete Böckh, auf dessen Arbeiten auch hier im wesentlichen zurückgegriffen wird, mit *Sicherheit als statistische Aufnahmen*. Im Jahre 1683 hatte Friedrich Wilhelm nämlich angeordnet, das kurmärkische Konsistorium möge ihm regelmäßig ein Verzeichnis der Personen aufstellen, die im jeweils verwichenen Jahr in den Residenzstädten Berlin, Cöln, Friedrichswerder und Dorotheenstadt gestorben, verheiratet oder geboren waren. Bald darauf (1685) verlangte der Große Kurfürst derartige Listen für alle Städte und Flecken der Kurmark. Das erste gedruckte Verzeichnis für die ganze Kurmark war von 1689, es war zwar noch nicht vollständig, aber das Tabellenwerk war doch in ordentlichen Gang gebracht<sup>4)</sup>. Im Berliner Intelligenzblatt wurden Zahlen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen seit 1727 wöchentlich veröffentlicht, jedoch untersagte König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1733 den Abdruck der Populationslisten, die Tabellen selbst sollen aber fortgeführt worden sein. Unter Friedrich dem Großen erging an die Kircheninspektoren der Kurmark der Befehl, richtige Tabellen von der Zahl aller seit 15 Jahren in den Städten und auf dem platten Lande Geborenen, Gestorbenen und Copulirten einzusenden. Diese Anordnung konnte aber wohl — wie es scheint — nicht immer befolgt werden. Die Populationslisten kamen im Siebenjährigen Krieg ins Stocken. 1763 wurden sie aber wieder aufgenommen, und ein Jahr darauf wurde die ursprüngliche Haupttabelle durch vier weitere Übersichten ergänzt, in denen die persönlichen Verhältnisse, wie Familienstand der Heiratenden, Jahreszeit der Sterbefälle, Alter der Gestorbenen und Todesursachen, dargestellt wurden. Diese Erweiterung hatte zur Folge, daß die Kirchenbuchführung dem statistischen Bedürfnis entsprechend neu geregelt werden mußte. Seit 1780 wurden in Berlin die Angaben der Sterbefälle, insbesondere die der Todesursachen, eingehender ausgewiesen. Im Jahre 1801 wurde angeordnet, daß die Populationslisten monatlich zusammenzustellen und vierteljährlich einzusenden seien. Über einen gewissen Einblick in den zahlenmäßigen Umfang der Bevölkerungsbewegung in Berlin verfügte das Polizeipräsidium durch die von den Polizeirevieren aufgestellten Verzeichnisse der Bevölkerung. Anfang 1838 führte das Polizeipräsidium eine regelmäßige Kontrolle der Veränderungen der von den Polizeirevieren ermittelten Bevölkerungszahlen ein.

<sup>2)</sup> Böckh »Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin in den Jahren 1869 bis 1878«, Berlin 1884, S. 1.

<sup>3)</sup> J. P. Süßmilch »Abhandlung von dem schnellen Wachstum der Königlichen Residentz Berlin, vorgelesen in der Versammlung der Königlichen Academie der Wissenschaften den 6. Februar 1749« S. 14 ff.

<sup>4)</sup> Nach Büsching »Erdbeschreibung«, 1. Teil, Hamburg 1791, S. 225, zitiert bei Böckh a. a. O. S. 1.

aus: »Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen« von Johann Peter Süßmilch. 4. Ausgabe von 1775, 2. Teil, Seite 426

## 426 Vier u. zwanzigst. C. Von der Ordnung

Unter 10000 Todten sind gestorben

an Krankheiten	in Berlin			Alle drei Jahre	in London in 30 Jahren
	1746 Tab. 39.	1750	1757		
Todtgeborene „ „	414	431	308	384	230
an Convulsionen „	1692	2038	1688	1806	2770
an Zähnen „ „	635	877	752	755	500
an Pocken u. Masern	888	876	1185	983	871
mehrentheils Kinder	3629	4222	3933	3928	4371
Echtharrasfieber „	1520	1395	1876	1597	—
hitze Fieber „	792	602	693	695	—
an Fiebern „ „	2312	1997	2569	2292	1500
Schwindf. und Hectie	1806	1385	1220	1470	1700
am Schlagfluß „	588	566	738	631	90
„ Sticfluß „	210	243	343	265	210
an der Dysenterie	239	120	213	190	6
„ Wassersucht	419	419	505	448	411
„ äußern Schäden	312	204	77	198	149
in der Geburt und Sichewochen „	90	149	86	108	82
Sicht und Sichtscolif	93	106	21	73	90
Blutflürungen „	29	40	49	39	16
Steinschmerzen „	17	14	7	12	10
gelbe Sucht „	12	9	9	10	50
Alters halben „	186	486	171	281	780
Unglücksfälle „	58	57	51	55	160
Totale „ „ „	10000	10017	9992	10000	—

Obzwar hier nur 3 Jahre von Berlin vorhanden sind; so sieht man doch schon, daß noch zur Zeit allzu wenig Accurateffe in der Anfertigung der Verzeichnisse herrsche, als daß man aus der Vergleichung Schlüsse herleiten könnte. Die an Convulsionen, Zähnen, Pocken, Fiebern, Sticfluß und der Wassersucht Gestorbene möchten sich noch brauchen lassen, und näher zusammen kommen, wenn man von Berlin statt 3 Jahre, so wie von London, 30 oder auch nur 10 hätte. Aber wech ein Unterschied ist zwischen denen am

Schlüsse

Schon vor dem 30jährigen Kriege hatte man versucht, Zahlen über den Stand der Bevölkerung zu gewinnen. Bis ins 18. Jahrhundert hinein bediente man sich hierzu vielfach behelfsmäßiger Verfahren, indem man Kopfsteuerregister und sonstige Listen verwandte. Aus den Zahlen der Geborenen, der Gestorbenen, der Häuser oder der Feuerstellen verschiedener Jahre schloß man auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen. Spuren von Bevölkerungszählungen in der Mark gehen nach Behre bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts zurück. Aufnahmen der Bevölkerung fanden z. B. auch in den Jahren 1709 und 1716 statt. Für das Jahr 1719 liegen Bevölkerungszahlen der kur- und der neumärkischen Städte vor. Auch Angaben über die Zahlen der Häuser und ihre Bedachung sowie über die Einnahmen, Ausgaben und Bestände der städtischen Gemeindekassen in der Kurmark stammen aus diesem Jahre. Aus diesen Zusammenstellungen entwickelten sich die »Historischen Tabellen«, die — für Berlin — einen *historischen Bericht über den Zustand hiesiger Residenzien* geben sollten und Zahlen der *Einwohner an Wirthen, Kindern und Gesinde* enthielten. Im Jahre 1719 hatte Berlin 64 000 Einwohner. Die Bevölkerungsaufnahmen jener Zeit wurden von Stadtwachtmeistern und *Stadtverordneten* durchgeführt. Beträchtliche Schwierigkeiten waren beim Zählgeschäft zu überwinden, hatten doch die kurmärkischen Landräte in einer Beschwerde darüber, daß sie die Historischen Tabellen zweimal im Jahre einsenden sollten, geklagt, daß bei der genauen Aufzeichnung der Einwohner *eine besondere Furcht, Mißtrauen und Argwohn wahrgenommen wurden und daß die mehrsten sich dabei gefährliche Dessins einbildeten, sich viele gar retirirt hätten oder sonst in undienlicher Verfassung begriffen sein möchten*. Seit 1730 umfaßte die Zahl der Wirthe nicht nur — wie bisher — die Eigentümer, sondern auch die Mieter. Da die Zahlenergebnisse mißfällig aufgenommen worden waren — *Majestät sei mit der übergebenen Liste von den in der Residenz befindlichen Seelen gar nicht zufrieden und vermeine, daß nicht alle Menschen richtig aufgeschrieben seien* —, ergingen besondere Instruktionen, in denen bei Androhung von Strafen gefordert wurde, *okkurat zu zählen und Doppelzählungen zu vermeiden*. Von jetzt an wurde auch in den Historischen Tabellen nach dem Geschlecht der Einwohner unterschieden; die Bevölkerung in Anstalten brauchte nicht mitgezählt zu werden, desgleichen nicht Studiosi und Schüler, die nicht *Stadtkinder* waren. Die Visitationen wurden in Berlin erstmals 1742 von 18 bestellten *Commissaires des quartiers* vorgenommen, und im Jahre darauf wurden die Tabellen nach Quartieren aufgestellt. Die Zahlen der Franzosen, Wallonen, Böhmen, Salzburger und Juden wurden gesondert aufgeführt. Die Ergebnisse der von der Polizei vorgenommenen Bevölkerungszählungen wurden dadurch kontrolliert, daß die Militärbehörde eine zweite Aufnahme unmittelbar folgen ließ; so wurden 1747 die Einwohner ohne Garnison zunächst vom Polizeicollegio durch die Quartiermeister, 8 Tage später die ganze Bevölkerung vom *Gouvernement durch die sämtlichen Herrn Officiers der Garnison* gezählt. Nach wie vor scheint die Erfassung der Militärbevölkerung mit Schwierigkeiten verbunden gewesen zu sein. Wegen der Erhebung der Bevölkerung der außerhalb des Weichbildes der

Stadt gelegenen Häuser herrschten offenbar Meinungsverschiedenheiten zwischen den Landräten, die angeordnet hatten, diese Häuser zum platten Lande zu zählen, und dem Magistrat, der nichts mit der Aufnahme zu tun haben wollte und die Zählung als Sache der Polizei bezeichnete.

Außerdem wurden damals bereits Tabellen über Getreidepreise, Viehstand, Wollproduktion, Anbau von Flachs, Seide, Tabak und Hopfen, ferner über Woll-, Baumwoll- und Leinenmanufakturen, über das Handwerkswesen u. a. angefertigt. Die Aufstellungen der Akziseämter erbrachten Angaben über den Verbrauch von akzisepflichtigen Waren in den Städten. Über Berliner statistische Arbeiten der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird im 5. Jahrgang des vom damaligen Berliner städtestatistischen Bureau herausgegebenen Jahrbuches von dem sächsischen Archivar Burkhardt in seiner kurzen Abhandlung »Zur Statistik Berlins in den Jahren 1762 bis 1790« berichtet. Dieser Beitrag enthält Zahlenangaben über die Berliner Bevölkerung, ferner über das Gewerbeswesen, über Fabriken und Manufakturen, Verbrauch, Preise usw. Ein Teil dieser Zahlen wurde als »Nachrichten über Berlin« 1790 in den Turm der Marienkirche eingemauert.

#### 1805 Gründung des preußischen Königlichen Statistischen Bureaus

Das Jahr 1805 stellt einen Markstein in der Geschichte der Berliner Statistik dar. Auf Anregung des Freiherrn vom Stein wurde das Königliche Statistische Bureau in Berlin gegründet, aus dem später das Preußische Statistische Landesamt hervorging. Nach der Zweckbestimmung des neuen Bureaus sollten die statistischen Aufnahmen in Preußen neu geregelt und zentralisiert werden, um das Nationalvermögen des Staates und die Stufe des Wohlstandes möglichst genau bestimmen zu können, auf der die verschiedenen Bevölkerungsklassen standen. Die Gründung dieser staatlichen statistischen Fachbehörde war für die Entwicklung der Berliner Statistik von großer Bedeutung, weil dieses Amt von Anfang an für die Beteiligung des Berliner Magistrats an der Durchführung der Volkszählungen eintrat und die Mitwirkung ehrenamtlicher Bürger bei den Zählungen befürwortete.

Vom Königlichen Statistischen Bureau wurden zu Beginn seiner Tätigkeit die verschiedensten Zahlenzusammenstellungen für den »Statistisch-historischen Bericht« angefertigt, z. B. Populationslisten, ferner Tabellen über die Produktion einiger Gewerbebezweige, den Verbrauch der Städtebewohner an Getreide, Schlachtvieh, Wein, Branntwein, Bier, Zucker, Kaffee usw., über Getreidepreise sowie über die Preise wichtiger Lebensbedürfnisse, wie Wohnung, Feuerung, Erleuchtung, Küche, Keller, Garderobe, Equipage, Dienstpersonal, Schreibmaterial, öffentliche Lustbarkeiten sowie sonstige Bedürfnisse, beispielsweise Preise für Zeitungen, Briefporto, Frisieren, Barbieren, Puder, Baumaterialien, Salpeter, Schwefel, nach Ansicht Böckhs allerdings eine *sonderbare Zusammenstellung*. Weiterhin wurden Angaben über Unterricht, Handel, Justizwesen, Staatseinkünfte usw. gemacht. Das Amt war namentlich um die Ausgestaltung der Populationstabellen bemüht, vor allem versuchte man, die Statistik der Todesursachen zu verbessern.

#### 1810 Einführung der »Großen Statistischen Tabelle«

Infolge der Besetzung Preußens durch die Franzosen wurde 1806 die Tätigkeit des Königlichen Statistischen Bureaus unterbrochen. Nach Wiederaufnahme seiner Arbeiten im Jahre 1810 wurde zum erstenmal die »Große Statistische Tabelle« mit Angaben über Gebäude, Bevölkerung, Unterrichtsanstalten, Polizeianstalten und Erwerbsmittel (Zahl der Betriebe, zum Teil auch der Beschäftigten) aufgestellt. Seit 1811 meldeten 38 preußische Städte monatlich die Preise für Getreide, Erbsen, Kartoffeln, Hopfen, Rind- und Schweinefleisch, Talg, Butter, Bier, Branntwein, Stroh und Heu, außerdem jährlich u. a. die Preise für Bau- und für Brennmaterialien.

Zur Ermittlung des Bevölkerungsstandes wurden von 1811 bis 1822 jährlich, dann bis 1867 alle 3 Jahre Zählungen veranstaltet, die aber bis 1842 meist nur darin bestanden, daß die Polizei die gewünschten Zahlen aus den von ihr geführten Verzeichnissen der Bevölkerung zusammenstellte. In den Jahren 1813 und 1815 fielen infolge der Freiheitskriege auch die polizeilichen Zählungen aus, 1817 fand eine *besonders bewirkte* und 1830 eine *besondere eigene* Zählung durch das Polizeipräsidium statt. Wirkliche Zählungen der Zivileinwohner Berlins, sogenannte Naturalzählungen, wurden dagegen in den Jahren 1810 und 1843 durchgeführt.

#### 1843 beteiligt sich zum erstenmal der Magistrat an einer Naturalzählung

Es ist interessant, daß schon die Verfügung, die 1811 die Aufnahme der Großen Statistischen Tabelle anordnete, vorgesehen hatte, daß der Berliner Magistrat die Volkszählung durchführen sollte, die Polizei sollte zur Erleichterung mitwirken. Da aber *die Organe, auf die sich der Magistrat stützen wollte*, ihren Dienst versagten, konnte der Magistrat die Angaben nicht liefern. Die Anfertigung der Tabelle wurde daher dem Polizeipräsidium übertragen. Bereits 1816 klagte der Magistrat über die geringe Zuverlässigkeit der Einwohnerzahlen und erklärte sich bereit, bei einer genauen Zählung mitzuwirken. Weil der Magistrat die von der Regierung daraufhin vorgeschlagenen Termine für die Ablieferung der ausgefüllten Erhebungsbogen für untragbar hielt und seinen Vorschlag zur Mitwirkung aus diesem Grunde zurückzog, bestimmte die Regierung, daß die Zählungen nur von der Polizei durchzuführen seien. Ein neuer Anstoß, den Berliner Magistrat in das Zählgeschäft einzuschalten, ging 1842 von Hoffmann, dem damaligen Leiter des Königlichen Statistischen Bureaus, aus. Da nämlich die auf Grund der Polizeirevierregister ermittelten Einwohnerzahlen für Berlin trotz der seit 1838 vom Polizeipräsidium vorgenommenen Kontrollen der von den Polizeirevieren festgestellten Bevölkerungszahlen unzufriedenstellend waren und da Hoffmann an der Beseitigung der Unsicherheit der Einwohnerzahlen von Berlin besonders gelegen war, regte er in einem Schreiben an den damaligen Oberbürgermeister Krausnick an, eine *wirkliche Naturalzählung* vorzunehmen und die bevorstehende Erhebung von 1843 als eine Kommunalsache zu behandeln. Nun aber berief sich das Polizeipräsidium auf die gute Organisation seines Meldewesens und glaubte, die geplante Naturalzählung als Notbehelf abtun zu können. Das Polizeipräsidium gab auch zu bedenken, daß bei einer solchen Zählung mehrere hundert *fähige und sorg-*



fältige Personen tätig sein mußten. Das Mißtrauen des Polizeipräsidiums gegen die Neuerung zeigte sich auch darin, daß es die Hausbesitzer, die noch am besten eingesetzt werden konnten, als Zähler für ungeeignet hielt, weil sie weder die nötige Autorität gegenüber den Hausbewohnern besaßen noch zu diesem Geschäft befähigt seien, im übrigen sei *in allen Ständen des Publikums die größte Unwillfährigkeit* zu erwarten. Da es dem Magistrat durch einen Gegenbericht gelungen war, die Bedenken des Polizeipräsidiums zu zerstreuen, entschieden die Ministerien des Innern und der Finanzen, daß die Zählung ausführbar sein werde, *sobald die Kommunalbehörden mit den königlichen Behörden zusammenwirken würden*. Daraufhin wurde ein Programm für die Durchführung einer Naturalzählung ausgearbeitet und das Stadtgebiet in 140 Bezirke eingeteilt; als Leiter dieser Bezirke wurden Polizeikommissare und Bezirksvorsteher bestimmt, denen je 12 Personen als Zähler zugeordnet wurden. Der Magistrat forderte die Kommunalbeamten, Armenbeamten, Servisverordneten, Bezirksvorsteher und Schiedsmänner zur Beteiligung als Zähler auf. Böckh berichtet allerdings, daß die Stadtverordnetenversammlung die Beteiligung — gemeint ist wohl die der Stadtverordneten — an der Zählung mit der Begründung ablehnte, daß sie Konflikte vermeiden wolle. Die Erhebung wurde aber nach einer Notiz über die kommunale Mitwirkung und deren Erfolg bei der Berliner Volkszählung im Jahre 1843<sup>9)</sup> wie vorgesehen mit Hilfe von unbesoldeten Kommunalbeamten und achtbaren Bürgern durchgeführt, womit zum erstenmal in Berlin eine Naturalzählung unter kommunaler Beteiligung vorgenommen wurde. Damals hatte Berlin rund 350 000 Einwohner.

Im Jahre 1846 wurde wieder nur eine vereinfachte Zählung durchgeführt. Die Polizei fertigte aus ihren Revierbüchern Einwohnerlisten für die einzelnen Häuser an; diese Listen wurden an Ort und Stelle verglichen und — wenn notwendig — berichtigt oder ergänzt. An den dann folgenden Zählungen von 1849, 1852, 1855 und 1858 waren die Kommunalbehörden ebenfalls nicht beteiligt. Auch Dieterici, der Nachfolger Hoffmanns in der Leitung des königlichen Statistischen Bureaus, bemängelte, daß in Berlin keine wirklichen Zählungen durchgeführt und daß Polizeibeamte bei den Zählungen verwendet wurden. Seine Absicht, die Erhebung von 1858 in Berlin den Kommunalbehörden zu übertragen, scheiterte an der ministeriellen Anordnung, bei dieser Erhebung wiederum die eigenen staatlichen Polizeiorgane in Anspruch zu nehmen. Die Polizeibeamten übergaben den *selbständigen* Einwohnern — in der Regel waren dies die Inhaber einer Wohnung — die Formulare zur eigenen Ausfüllung.

Mit dem Wachsen Berlins und der Zunahme der Aufgaben und Verpflichtungen des Magistrats gegenüber der Allgemeinheit ergab sich für ihn das dringende Verlangen, sich auch an den Volkszählungsarbeiten mehr und mehr zu beteiligen. Man sah in der Durchführung einer Volkszählung und in der Bearbeitung ihrer Ergebnisse besonders geeignete Betätigungsgebiete für die Selbstverwaltung der Gemeinden. Zweifellos standen hier sachliche Erwägungen im Vordergrund, ging es doch in erster Linie um die Gewinnung zuverlässigerer

Zahlen und um die Möglichkeit, sich zusätzliche Unterlagen zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben zu beschaffen. Eine wichtige Rolle dürften aber auch psychologische Erwägungen gespielt haben, wie beispielsweise die Überlegung, daß es dem Gelingen der Volkszählungen dienlicher sei, wenn man die exekutiven Polizeiorgane des Staates nach Möglichkeit von der unmittelbaren Beteiligung an den Zählungen befreie und sie namentlich vom direkten Umgang mit dem Publikum fernhalte. Was lag näher, als zu versuchen, die Einwohner der Stadt für eine Aufgabe zu gewinnen, deren Lösung die Voraussetzung für die Erreichung der erwähnten Ziele war? Daß es dabei zu Spannungen mit dem Polizeipräsidium und gelegentlich auch zu Meinungsverschiedenheiten mit anderen Stellen kam, ist nicht verwunderlich, es spricht aber für die Beteiligten, daß die Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit aus dem Wege geräumt werden konnten.

### Neue Wege bei der Volkszählung 1861 (Berliner Reform)

Nach den geschilderten, meist vergeblichen Versuchen, die Berliner Kommune<sup>9)</sup> an der Durchführung der Volkszählungen zu beteiligen, wurde endlich bei der Zählung von 1861, die kurz vor der Bildung des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin stattfand, ein grundlegend neues Verfahren angewandt. Der Pionierarbeit, die hier von den Berliner Kommunalbehörden nicht nur für die Berliner Statistik und die Städtestatistik, sondern für die amtliche Statistik überhaupt geleistet wurde, verdankte das junge Amt viel, und es konnte bei den Arbeiten an den späteren Volkszählungen weitgehend auf den Erfahrungen aufbauen, die damals gesammelt worden sind. Einige Männer, die von Hause aus gar nicht einmal viel Beziehung zur Statistik hatten, traten aufgeschlossen und nachdrücklich für die Durchsetzung der neuen Gedanken im Interesse des städtischen Gemeinwesens ein. An erster Stelle sei hier der rührige und die Belange der Berliner Statistik immer wieder fördernde Arzt und Stadtverordnete Dr. Salomon Neumann genannt, auf dessen Initiative ein beträchtlicher Teil der Neuerungen zurückzuführen war und der auch an der Organisation der damaligen Zählungen sowie an der Bearbeitung ihrer Ergebnisse und an der Auswertung maßgeblich beteiligt war. Ferner müssen hier der besoldete Stadtrat Gilow und der Stadtverordnete Delbrück, von Beruf Kaufmann, erwähnt werden. Gilow war einer der aktivsten Förderer der Berliner Statistik; Böckh bezeichnete ihn als den Mann, dem der Stand der damaligen Berliner Statistik *in seiner wichtigsten Grundlage* zu verdanken war. Alle diese Männer wirkten im Geiste Steins an einer Aufgabe, die der Berliner Selbstverwaltung zum Vorteil der Allgemeinheit ein neues Betätigungsfeld erschloß.

Als Voraussetzung für die Durchführungsarbeiten der Zählung von 1861 sollte zunächst eine Angleichung (Kongruenz) zwischen der unterschiedlichen kommunalen und der polizeilichen Einteilung des Berliner Stadtgebietes herbeigeführt werden, weil das Nebeneinanderbestehen verschiedener Gliederungen jede praktische und wissenschaftliche Bearbeitung einer Berliner Statistik

<sup>9)</sup> »Die Berliner Volkszählung vom 3. December 1861«, Berlin 1863, S. 10 (Anmerkung).

<sup>9)</sup> Unter dem seinerzeit geläufigen und immer wieder benutzten Begriff Kommune ist hier und im folgenden die Gesamtheit der gemeindlichen Organe (Stadtverordnetenversammlung und Magistrat) im Gegensatz zu den Organen der staatlichen Verwaltung zu verstehen.

unmöglich gemacht hatte. Insbesondere wurde von der Stadtverwaltung bei der Gliederung der Polizeireviere verlangt, daß diese nur aus ganzen Stadtbezirken bestehen und keine Bruchteile von ihnen enthalten sollten. Als Gliederungsunterlagen wurden von der Gemeinde die Steuerkataster der städtischen Servis- und Einquartierungsdeputation oder auch die städtischen Feuerkataster zur Erfassung der Gebäude und zur Kontrolle der Ergebnisse vorgeschlagen. Da die Volkszählung von 1861 eine Selbstzählung sein sollte, mußten die Haushaltungslisten von den Vorständen der Haushalte ausgefüllt werden. Die Ergebnisse sollten nicht mehr von der Polizei kontrolliert werden, vielmehr hielt man es für notwendig und auch möglich, eine ausreichende Zahl von befähigten Personen zu gewinnen, die sich als Zählungsrevisoren betätigen sollten. Man ging davon aus, daß für die vorhandenen 80 000 Haushalte in Berlin etwa 2 000 ehrenamtliche Zähler gebraucht würden, so daß rd. 40 Haushalte auf einen Zähler kamen. Diese sollten aus dem Magistrat, den Stadtverordneten, Bezirksvorstehern, Schiedsmännern, aus den Armen- und Schul-Kommissionen, den Servis-Verordneten usw. gewonnen werden, außerdem aus dem Kreise der Bürgerschaft, der Lehrer, der Vorsteher und Verwalter von gemeinnützigen Instituten, ferner aus Beamten des Magistrats, des Polizeipräsidiums, aus den Beschäftigten großer Fabriken und den Vorständen der Handwerkervereine, der Meister- und Gesellenkassen sowie aus den Mitgliedern des *Handwerker- und Fabrikstandes*.

Die Verzeichnisse der Häuser bzw. Haushalte sollten wie früher von der Polizei auf Grund der Polizeirevierregister aufgestellt werden. Die Stellung des Polizeipräsidiums wurde im übrigen durch Berufung eines Vertreters in die Gemischte Kommission der Kommunalbehörden und des Polizeipräsidiums gewahrt.

Neumann faßte die wesentlichen Gedanken, die der für die Entwicklung des gesamten Volkszählungswesens bahnbrechenden Berliner Reform zugrunde lagen, in seinem Bericht vom 3. Mai 1861 zusammen. Darin wird vor allem ein vollkommeneres und zuverlässigeres Ergebnis der bevorstehenden Volkszählung von 1861 verlangt. Diese Besserung müsse durch eine neuartige Organisation des Zählgeschäfts erreicht werden. Mit der Volkszählung sollte zugleich die Sammlung statistischer Daten für die Zwecke der Kommunalverwaltung verbunden werden. Schließlich forderte Neumann auch hier die Beseitigung der Abweichungen zwischen der kommunalen und der polizeilichen Einteilung des Berliner Stadtgebietes. Diese letzte Forderung wurde zwar noch nicht erfüllt, doch gelang es, die übrigen Absichten zu verwirklichen.

Durch Kommunalbeschluß wurde zunächst eine Gemischte Deputation aus Vertretern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats eingesetzt. Sie sollte beraten, wie eine Mitwirkung dieser Stellen bei der Durchführung der bevorstehenden Volkszählung am zweckmäßigsten herbeigeführt, vorbereitet und ausgeführt werden könne. Nach Ansicht ihrer Vertreter sollte die Mitwirkung der Kommune bei der Durchführung der Volkszählung hauptsächlich in der Kontrolle der vollständigen Erfassung aller Haushalte bestehen, außerdem sollten befähigte Zähler beschafft werden; hinzu kamen die Unter-

## Die Begründer der Berliner Statistik



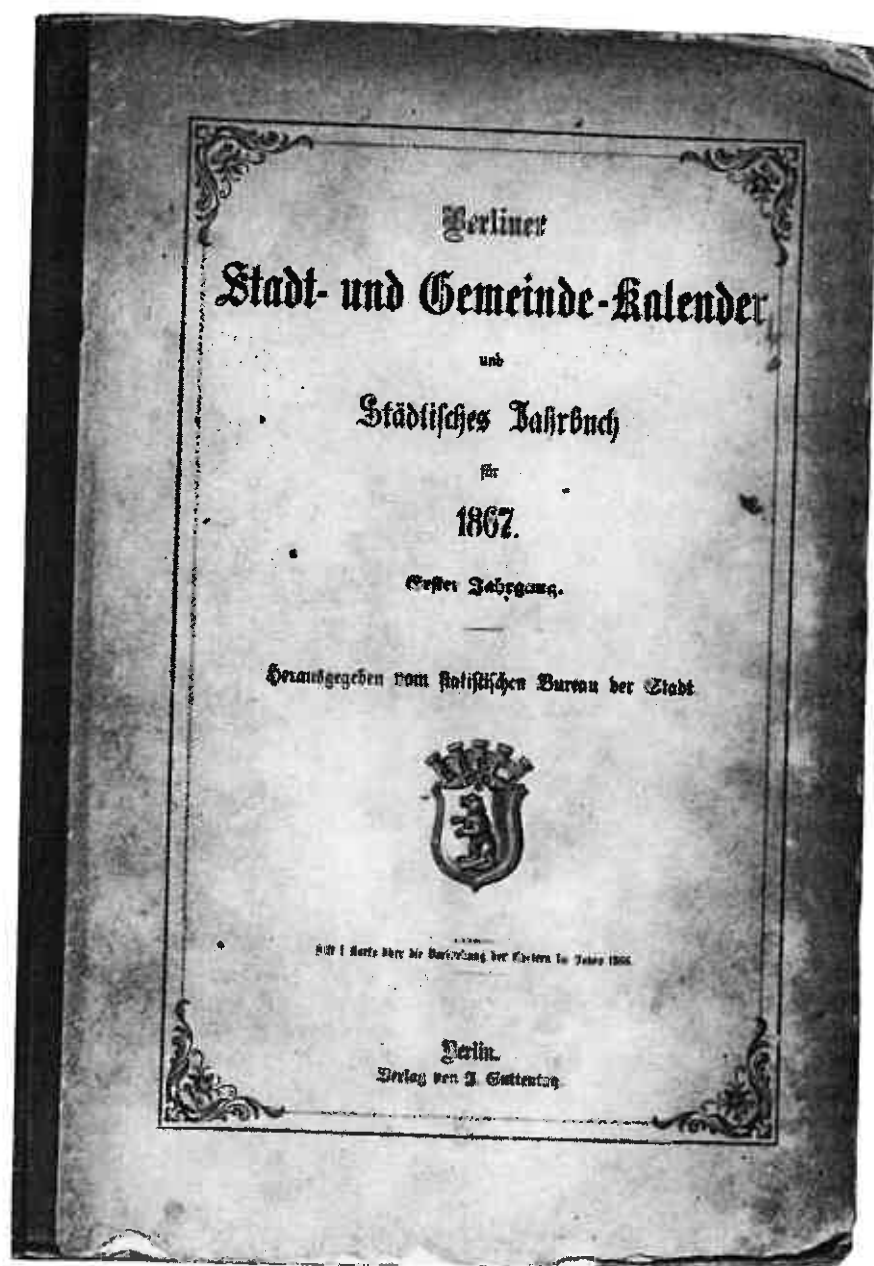
Sanitätsrat Dr. med. Saloman Neumann (1819–1907) erwarb sich als Stadtverordneter schon vor der Bildung des Statistischen Bureaus große Verdienste um die Berliner Statistik. Er gab — zusammen mit Stadtrat Gilow — bahnbrechende Anregungen für die neuartige Organisation und Durchführung der Volkszählungen, insbesondere der von 1861 (*»Berliner Reform«*). Neumann wertete auch die Zählungsergebnisse selber aus. Nach der Bildung des Statistischen Bureaus trat er während seiner 38 Jahre dauernden Zugehörigkeit zur Deputation für Statistik tatkräftig für die Berliner Statistik ein.



Bürgermeister Franz Naunyn stellte am 9. Oktober 1856 beim Magistrat den Antrag, die »Lokal-Statistik Berlins zu concentriren« und regte die Einrichtung eines eigenen städtischen Statistischen Bureaus an.



Stadtrat und Syndikus Hermann Duncker, der spätere Bürgermeister von Berlin, beantragte am 20. November 1860 beim Magistrat, ein selbständiges Statistisches Bureau zu bilden, weil die Statistik eine »bestimmte«, d. h. besondere Organisation erhalten müsse und nicht mit einer anderen Dienststelle verbunden werden dürfe.



Das erste vom Statistischen Bureau herausgegebene Jahrbuch

richtung der Zähler und die organisatorischen Maßnahmen, die mit der Heranziehung dieser ehrenamtlich tätigen Personen verbunden waren.

Die Verhandlungen der Gemischten Deputation mit dem hierzu bestellten Kommissar des Polizeipräsidiums führten in einer Reihe von Fragen zu einem Einverständnis, z. B. über die Durchführung der Zählung unter der Leitung einer gemeinschaftlichen Kommission der Kommunal- und der Polizeibehörde, ferner über die Beschaffung von befähigten ehrenamtlichen Zählern und ihre Unterrichtung durch die Kommune, über die Aufstellung eines Verzeichnisses der Hausstände mit Angabe der Personenzahl je Haus durch die Polizei, über die von beiden Behörden gemeinschaftlich zu erlassenden Bekanntmachungen, ferner über die selbständige Benutzung und Verwertung des eingegangenen Materials durch jede Behörde für sich sowie über die Berechtigung der Kommune, neben der allgemeinen polizeilichen Bevölkerungszählung auch im kommunalen Interesse liegende statistische Daten zu sammeln. Dagegen erschien den beiden Kommunaldeputierten — es handelte sich hier um den Stadtrat Gilow und den Stadtverordneten Dr. Neumann — das Zählungsformular *in mehreren Punkten als durchaus ungeeignet*, weil in ihm nicht darauf Rücksicht genommen war, daß die Zählung in Berlin durch Selbsteintragung der Haushalte ausgeführt werden sollte und nicht, wie im übrigen Preußen, durch Aufnahme der Bevölkerung von Haus zu Haus mit Hilfe von Zählungsagenten. Auch die Anleitung zur Ausfüllung des Fragebogens wurde beanstandet. Die Schwierigkeiten wurden dadurch noch größer, daß der Druck der Formblätter vom Polizeipräsidium eingeleitet war, obwohl die Feststellung der Details der Entscheidung der Gemischten Deputation überlassen bleiben sollte.

Nach eingehender Beratung wurden der Stadtrat Gilow und die Stadtverordneten Delbrück und Dr. Neumann zu Mitgliedern der städtischen Kommission für die Volkszählung ernannt und beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur *bestmöglichen Erreichung des von den Kommunalbehörden beabsichtigten Zweckes ihrerseits in Angriff zu nehmen*.

Nach Konstituierung der Centralkommission — ihr gehörte außer den genannten 3 Kommunaldeputierten der Kommissar des Polizeipräsidiums an — wurde die Durchführung der Zählung vorbereitet. Die Kommunaldeputierten mußten ihr Hauptaugenmerk auf die Herstellung der Grundlage für das Gelingen der Zählung richten: daher wurden alle Kommunalbeamten durch ein Rundschreiben um ihre Mitwirkung als Zählungsrevisoren gebeten, außerdem wurden sie aufgefordert, ihnen bekannte, befähigte *Bezirksgenossen* namhaft zu machen. Diese und andere Werbemaßnahmen hatten *einen überaus glänzenden, das eigentliche Bedürfnis weit überholenden Erfolg*. Die bereinigten Listen enthielten die Namen von nicht weniger als 7438 Personen, die zur Mitwirkung am Zählungsgeschäft bereit waren. Hierbei handelte es sich zu einem erheblichen Teil um Beamte und Lehrer, die ohnedies schon Ehrenämter innehatten. Nicht ganz reibungslos vollzog sich dagegen die Unterweisung der ehrenamtlichen Kräfte, weil sich die Vorbereitungsarbeiten infolge der anfangs bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunalbehörden und Polizeipräsidium verzögert hatten und sich nun, als der Zählungstermin vor der Tür stand, der

Zeitdruck unliebsam bemerkbar machte. Schwierigkeiten ergaben sich bei den Vorbereitungsarbeiten vor allem aber daraus, daß die nach Stadtbezirken geführten Verzeichnisse der Haushalte auf die der 40 Polizeireviere neu zu übertragen und in diesen nach Straßen und Hausnummern zu ordnen waren. Diese Arbeiten, die bei einer Übereinstimmung der polizeilichen Einteilung des Gebiets von Berlin mit der kommunalen überflüssig gewesen wären, erforderten einen beträchtlichen Aufwand an Arbeit und Zeit. 36 Arbeiter mußten hierfür eine Woche lang im Durchschnitt täglich 16 Stunden tätig sein.

Die Organisation des Zählgeschäfts der Volkszählung am 3. Dezember 1861 geht aus dem folgenden Schema hervor:

Zählungsorgane	Zählbereich	Aufgaben
1. <b>Central-Commission</b> (3 Deputierte der Communalbehörden <sup>1)</sup> und 1 Deputierter — Commissar — des Kgl. Polizeipräsidiums)	Ganzes Stadtgebiet	Leitung der Zählung
2. <b>Revier-Zählungs-Commission</b> (Ein von den Communalmitgliedern der Central-Commission ernannter Communaldeputierter und der jeweilige Polizeilieutenant des Reviers für jedes der 40 Polizeireviere)	Polizeirevier	Leitung des Zählungsgeschäfts im Revier. Von den ausgefüllten Erhebungsbogen übernahm der Polizei-Lieutenant die polizeilichen Hauszettel und die Haushaltungsurlisten, die Communal-Deputierten die Grundstücks-Kontrolllisten. Diese wurden dann an die Communal-Deputierten der Central-Commission zurückgeliefert
3. <b>Districts-Commissare</b> (Von den Revier-Zählungs-Commissionen gewählte, ehrenamtlich tätige Communalbeamte oder Bürger des Reviers)	District (rd. 10 Häuser)	Verteilung der Erhebungspapiere an die Zählungsrevisoren und Rückgabe der ausgefüllten Papiere an die Revier-Zählungs-Commission
4. <b>Zählungs-Revisor</b> (Von den Districts-Commissaren ernannte ehrenamtlich tätige Communalbeamte oder Bürger des Reviers)	Zählbezirk (bis 5 Häuser)	Verteilung der Haushaltungsurlisten zur Ausfüllung an den Haushaltsvorstand, Beantwortung der die Wohnung betreffenden Fragen der Grundstücks-Kontrollliste, Einsammlung der ausgefüllten Haushaltungsurlisten und Prüfung der Eintragungen, evtl. Ergänzung oder Ausfüllung durch den Zählungs-Revisor.  Eintragung der Angaben über die Personen in die Grundstücks-Kontrollliste nach den Angaben der Haushaltungsurlisten, Abgabe der polizeilichen Hauszettel sowie der ausgefüllten Haushaltungsurlisten und Grundstücks-Kontrolllisten an den Districts-Commissar

1) Die Communal-»Behörden« umfaßten die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat.

Das Polizeipräsidium lieferte jeder Revier-Zählungs-Commission

1. ein Verzeichnis der im Revier gelegenen bewohnten Grundstücke nach Straßen und Hausnummern,
2. ein Verzeichnis der in jedem Haus vorhandenen Haushalte mit Angabe des Namens und des Standes des Haushaltsvorstandes sowie der Personenzahl des Haushalts. Für jedes Haus wurde außerdem ein besonderes Blatt, der polizeiliche Hauszettel, geliefert,
3. Haushaltungsurlisten (Hausstandsurlisten) zum Ausfüllen durch die Haushalte.

Die Districts-Commissare erhielten von der Revier-Zählungs-Commission gesondert für jedes Haus

1. den polizeilichen Hauszettel,
2. die Haushaltungsurlisten,
3. die mit Straße und Hausnummer versehene Grundstücks-Kontrollliste (als Umschlag für 1. und 2.).

Die kommunale Grundstücksliste und die Hausstands-Urliste, die bei der Volkszählung am 3. Dezember 1861 in Berlin benutzt wurden

\*) Grundstücks - Kontrollliste zum Hause Strasse No.  
A. Haushaltungen, welche hauptsächlich im Vorderhause gelegen sind.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Laufende Nummer.	Bezeichnung der Haushaltung durch Namen und Stand des Vorstehers oder der Vorsteherin.	Gesamt- Seelenzahl in dieser Haushaltung nach dem Po- lizei- Ver- merke.	laut Aufnah- me vom 8. Dec. 1861.	Von dieser Seelenzahl (Col. 3.)				Die Wohnung der bez. Hau- haltung				Hat die Woh- nung einen beson- deren Küchen- raum?
				gehören zur Familie.	sind Dienst- boten.	sind Cham- bro- gar- nisten.	sind Schlaf- leute.	ist gelegen im Keller? parterre? entresol? oder wie viel Treppen hoch?	hat wieviel heiz- bare Zim- mer?	wird nur zum Schla- fen und Wohnen be- nutzt?	oder auch zum hand- werk- süß- er Gewerbe- betrieb und zwar in welchem?	

B. Haushaltungen, die ausschließlich im Hofgebäude belegen sind (Hofwohnungen).

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	-----	-----

Vorstehende 12 Rubriken sind gleichen Inhalts wie die sub A. befindlichen.

Die Grundstücksliste mit den Berliner Zusatzfragen war vom Zählungsrevisor auszufüllen

\*\*) Urliste der zur Haushaltung des gehörigen Personen.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Durchlaufende Nummer sämtlicher Bewohner.	Nummer des Hauses oder der Besetzung (event. Bezeichnung).	Benennungs-, Vor- und Familien-Namen der sämtlichen Bewohner eines jeden Hauses, einer jeden Besetzung. (Unter fortlaufender Nummer der Zahl der Bewohner eines jeden Hauses.)	Stand oder Gewerbe.	Lebensjahr, worin jeder Einzelne sich befindet.	Religion.	Zahl der Personen eines jeden Hausstandes.	Datum der Aufnahme.	Bemerkungen.
		No. N a m e.			Evangelisch. Katholisch. Juden.			

Die Urlisten wurden vom Zählungsrevisor mit Hilfe der polizeilichen Hauszettel an die Haushalte verteilt. Die »Vorstehers« der Haushalte hatten die Urlisten auszufüllen. Der Zählungsrevisor sammelte die ausgefüllten Urlisten wieder ein, prüfte sie und ergänzte die Eintragungen an Ort und Stelle, falls dies notwendig war.

Die Listen wurden von den Districts-Commissaren an die Zählungs-Revisoren verteilt. Diese hatten die Urlisten an die Haushalte zur Ausfüllung abzugeben. Die Zählungs-Revisoren waren am Zählgeschäft außerdem dadurch unmittelbar beteiligt, daß sie die Angaben über die Person aus den Haushaltsurlisten in die Grundstückskontrolllisten zu übernehmen hatten. Die Zählungs-Revisoren sammelten die ausgefüllten Urlisten ein, prüften sie und ergänzten sie gegebenenfalls an Ort und Stelle. Die Erhebungspapiere wurden über die Districts-Commissare an die Revier-Zählungs-Commissionen abgeliefert. Hier übernahm der Commissar des Polizeipräsidiums die polizeilichen Hauszettel und die Urlisten. Die Grundstückskontrolllisten wurden von den Kommunaldeputierten des Reviers an die der Central-Commission weitergeleitet.

Die Bevölkerung wurde durch amtliche Bekanntmachungen und mehrfache Hinweise in der Tagespresse auf die Bedeutung der bevorstehenden Zählung aufmerksam gemacht. Um den Haushaltsvorständen die Ausfüllung der Urlisten zu erleichtern, wurden als Ergänzung der amtlichen Anleitung zur Ausfüllung der Urlisten noch besondere *kurze und faßliche Regeln für die Berliner Volkszählung am 3. December 1861* angefertigt und jeder Urliste beigelegt. Den Zählungs-Revisoren wurden vorsichtshalber Legitimationskarten ausgehändigt, die sich aber bei der Zählung selbst als überflüssig erwiesen. Die Durchführung dieser Volkszählung vollzog sich im ganzen reibungslos, allein die rege Beteiligung an der Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit hat dem Optimismus der Kommunalbehörden recht gegeben. Der Erfolg war aber letzten Endes darin begründet, daß die Berliner Bevölkerung dieses Vorhaben unterstützt haben muß, obwohl es ja doch eine ungewohnte Belastung für die Haushaltsvorstände mit sich brachte. In dem Bericht über die Zählung heißt es, daß die Einwohnerschaft einen *gesunden Sinn* gezeigt und *dem Zählungsgeschäft willigen Beistand* geleistet habe, an anderer Stelle wird sogar davon gesprochen, daß die gesamte Bürgerschaft — erfreulicherweise mit seltenen und unerwarteten Ausnahmen — die Durchführung der Zählung *durch ein freundliches Entgegenkommen wesentlich erleichtert* habe. Interessant ist aber doch, daß schon vor hundert Jahren gelegentlich die gleichen Bedenken von den zur Ausfüllung Verpflichteten geltend gemacht worden sind wie heute. So hielt man es für tunlich, kurz vor dem Zählungstage eine Bekanntmachung herauszugeben, die das Publikum darüber beruhigen sollte, daß die Fragen nach der Wohnung *keinerlei Besteuerungszwecke im Hinterhalt hätten* und daß von der richtigen und vollständigen Angabe der Seelenzahl der Anteil der für den preußischen Staat bestimmten Beträge an den Zollvereinseinnahmen abhängen.

Durch die Beteiligung freiwilliger ehrenamtlicher Zähler war *der wichtigste statistische Akt aus der städtischen Verwaltung heraus* durchgeführt worden. Der Internationale Statistische Kongreß, der 1863 in Berlin tagte und vor dem Neumann u. a. über seine bei der Zählung von 1861 gemachten Erfahrungen mit freiwilligen Zählern berichtete, beschloß, die Nachahmung des Berliner Beispiels für die Gemeinden zu empfehlen, in denen dieses Verfahren nach dem Bildungsgrade ihrer Einwohner ausführbar erscheine.



Neumann war es auch, der die Ergebnisse der Volkszählung von 1861 auswertete. Berlin hatte zu dieser Zeit bereits 547 000 Einwohner. Neumann leitete die tabellarischen Zusammenstellungen und verfaßte die ausführlichen textlichen Erläuterungen. Diese Arbeiten sind ebenso wie diejenigen für die Vorbereitung und die Durchführung der Zählung besonders verdienstlich, weil damals noch kein Statistisches Amt zur Verfügung stand. Die Veröffentlichungen über die Volkszählung von 1861 zeigen deutlich, inwieweit es Neumann gelungen war, die Zählungsergebnisse für kommunale Zwecke nutzbar zu machen. Durch die von ihm eingeführte Grundstückskontrolliste schuf er die Grundlage für eine — wie Silbergleit in der Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Amtes<sup>7)</sup> sagt — *besondere Kommunalstatistik der Bevölkerung wie der Wohnungen*. Neumanns Bericht über die Volkszählung von 1861 bildete den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Untersuchungen der Grundstücks- und Wohnungsstatistik.

Es verdient weiterhin hervorgehoben zu werden, daß die vor hundert Jahren von Neumann eingeführte Zählungsmethode in ihren wesentlichen Teilen auch heute noch bei Volkszählungen verwendet wird.

#### Neumann und Gilow Pioniere der Berliner Statistik

Es ist das bleibende Verdienst von Neumann und Gilow, wichtige Vorarbeiten für das spätere Statistische Bureau geleistet zu haben. Böckh tat gewiß nicht zuviel, wenn er immer wieder die Verdienste dieser Pioniere der Berliner Statistik hervorhob und sie die eigentlichen Begründer der Statistik der Stadt Berlin nannte.

Das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin hatte im Jahre 1852 ein eigenes Statistisches Bureau gegründet, dessen Aufgabe darin bestand, Zahlenmaterial über Vorgänge in Berlin zu sammeln und zu verarbeiten. Dieses Amt gab einen ersten Jahresbericht für 1852 als Sonderdruck heraus, der zweite für 1853 folgte im Jahre darauf. Der Bericht für 1854 nannte sich »Berliner Statistisches Jahrbuch« und erschien 1856. Das immerhin 281 Seiten umfassende Werk enthielt zahlreiche Übersichten mit textlichen Erläuterungen und beschränkte sich im wesentlichen auf eigene Zahlen der Polizei. Dieser Mangel wurde zwar von den Herausgebern erkannt und zugegeben, zu einer befriedigenden Vervollständigung des statistischen Bildes von Berlin kam es aber nicht, weil offenbar über den vom Polizeipräsidenten gemachten Vorschlag, das beim Magistrat und beim Polizeipräsidium anfallende Material dem mit der Ausarbeitung beauftragten Beamten gleichzeitig zugänglich zu machen, keine Einigung erzielt werden konnte. Trotzdem enthielten die Jahrbücher auch einige Zahlenübersichten, die auf geschäftsstatistischen Ergebnissen oder auf Untersuchungen anderer Stellen beruhten. So wurden z. B. Geschäftsstatistiken der Steuerbuchhalterei der Servis- und Einquartierungsdeputation, der städtischen Gasanstalt, der Armen-Direction, des Stadthaushalts, ferner solche von weiteren öffentlichen und von privaten Einrichtungen ausgewertet. Da nicht genügend Mittel bereitgestellt wurden, konnte das Polizeipräsidium

Bürgermeister Naunyns Antrag  
an den Magistrat, ein eigenes städtisches Statistisches Bureau zu bilden

Berlin, den 9<sup>ten</sup> Oktober 1856.

Dem Magistrat erlauben wir uns den nachstehenden, zunächst durch die Bedürfnisse unserer Verwaltung hervorgerufenen, in seinen Konsequenzen indessen über denselben hinausgreifenden Antrag zur geneigten Erwägung und Beschlußnahme ganz ergebenst vorzulegen.

Der außerordentliche Werth und Nutzen statistischer Zusammenstellungen für alle Zweige der Verwaltung ist je länger je mehr auch in unserem Vaterlande zur Anerkennung gelangt. Immer allgemeiner und lebhafter wird das Bewußtsein, daß die genaue und zuverlässige Kenntniß der Verhältnisse des Lebens, der thatsächlichen Wirkungen der von der Gesetzgebung und von der Administration ergriffenen Maßregeln die sicherste Grundlage für jeden Fortschritt in der einen wie in der anderen abgiebt, daß ohne eine solche Grundlage die mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten betrauten Behörden mehr oder weniger im Dunkeln tappen, und die Erfolge ihrer Wirksamkeit vom Zufall oder von einer glücklichen Inspiration mehr abhängen, als von einer der wirklichen Bedürfnisse sich klar bewußten Einsicht. — Gilt dieser Satz mehr oder minder von jeder Verwaltung, so muß er bei derjenigen noch eine ganz besondere Bedeutung gewinnen, die an die Spitze eines großen, reich gegliederten kommunalen Organismus gestellt ist, für welchen die Bedingungen eines glücklichen Gedeihens in den verschiedensten, oft scheinbar weit voneinander entfernten und doch in der lebendigsten Wechselwirkung stehenden Beziehungen liegen. Für das Objekt unserer Verwaltung allein, welche Fülle thatsächlicher Momente ist hier von Einfluß! — Das Steigen und Fallen der Bevölkerung im Ganzen, die Preise der Lebensmittel, das Verhältnis derselben zu den Arbeitslöhnen, die Besteuerungs-, die Wohnungs-Verhältnisse etc. etc.

Aber nicht allein die genaue Kenntniß des Objektes einer Verwaltung ist Bedingung einer guten Handhabung derselben, nicht minder erfordert diese die genaueste Einsicht in die Wirkungen der bisherigen Behandlungsart dieses Objektes!

Nun fehlt es zwar weder nach der einen, noch nach der anderen Seite hin an statistischen Grundlagen. Die gedruckten Verwaltungs-Berichte des Magistrats enthalten eine Masse höchst schätzbaren statistischen Materials. Die vor einigen Jahren gepflogenen Verhandlungen über eine Reorganisation der Armen-Verwaltung haben vergleichende Zusammenstellungen über die Ergebnisse derselben in einem längeren Zeitraume geliefert, und wir sind bemüht, in Beziehung auf einzelne Zweige noch ein reicheres statistisches Material zusammenzubringen, als damals zu Gebote stand. Was uns aber fehlt, ist die

Vereinigung dieses zum Theil in verschiedenen Bureaus zerstreuten Materials, ist die volle Verwertung desselben, welche nur dann — und auch dann nur sehr allmählich — möglich wird, wenn die Bearbeitung der Lokal-Statistik Berlins concentrirt wird. Nur dadurch würde das Material wahrhaft fruchtbringend gemacht werden können, die richtige Fragestellung, die Vergleichung und Zusammenstellung der Daten würde zu belehrenden und folgenreichen Ergebnissen führen. Von welcher Bedeutung dieß ist, hat sich erst kürzlich für das Armen-Medizinal-Wesen durch die dem Magistrat bekannte Schrift des Herrn Dr. Neumann und die Polemik, die sich an dieselbe knüpfte, herausgestellt.

Die Folgerungen, die hier aus der Kombination nackter Zahlen bereits gewonnen sind einerseits, andererseits aber die bei dieser Gelegenheit hervorgetretene Vervollkommnungsfähigkeit unserer statistischen Unterlagen hat uns die nächste Anregung gegeben, die Aufmerksamkeit des Magistrats für diesen wichtigen Gegenstand in Anspruch zu nehmen und es aus den angedeuteten Gründen und da die Arbeiten des bei dem Polizei-Präsidium bereits ins Leben getretenen statistischen Amtes den an eine Statistik der Kommunalverwaltung zu machenden Ansprüchen nicht genügen können, der Erwägung des Magistrats anheimzustellen:

ob nicht auf die Bildung eines eigenen, unter die Leitung eines Magistrats-Mitgliedes zu stellenden städtischen, statistischen Bureaus Bedacht zu nehmen sein dürfte.

Die Armen-Direktion.  
Naunyn.

nur drei Jahrgänge seines Jahrbuches herausbringen. Auch die Anregung des Polizeipräsidiiums, eine Permanente Statistische Commission aus Vertretern des Polizeipräsidiiums und des Magistrats zur gemeinsamen Herstellung einer »Statistik von Berlin« aus Anlaß der 1863 in Berlin veranstalteten Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses einzusetzen, wurde nicht verwirklicht, weil die Meinungsverschiedenheiten über die Bildung der Kommission nicht beseitigt werden konnten.

#### **Bürgermeister Naunyn beantragt 1856 die Schaffung eines besonderen städtischen Statistischen Bureaus**

Die statistischen Arbeiten des Polizeipräsidiiums genügten aber nicht den Ansprüchen derjenigen, die vor allem den Berliner kommunalen Stellen die Möglichkeit geben wollten, das *Objekt der Verwaltung* zu erkennen und darüber hinaus eine *genaue Einsicht in die Wirkungen der bisherigen Behandlungsart dieses Objekts* zu gewinnen. Mit dem Anwachsen der Aufgaben, die Berlin zu erfüllen hatte, war auch das Verlangen nach statistischen Angaben, die den Bedürfnissen der Berliner Verwaltung mehr entsprachen, immer dringender geworden. So mehrten sich die Stimmen, die auf die Vorteile einer eigenen kommunalen Einrichtung aufmerksam machten, die das bei den Fachverwaltungen vorhandene Zahlenmaterial sammeln und selber statistische Arbeiten durchführen sollte. Bezeichnend ist, daß dieser Wunsch zum erstenmal von der Armendirektion geäußert wurde, jener Stelle also, deren Aufgabe es war, die infolge des Anwachsens Berlins zur Großstadt zutage getretenen sozialen Notstände zu beseitigen.

Der damalige Vorsitzende der städtischen Armendirektion, der um die Berliner Verwaltung verdiente Bürgermeister Naunyn, legte dem Magistrat einen mit dem 9. Oktober 1856 datierten Antrag auf Bildung eines eigenen städte-statistischen Bureaus vor, den er ausführlich und wohlüberlegt begründete. Naunyn war geschickt genug, von den *Bedürfnissen unserer Verwaltung* auszugehen und meinte, daß die genaue und zuverlässige Kenntnis der Verhältnisse des Lebens, andererseits auch der tatsächlichen Wirkungen der von der Gesetzgebung und von der Administration ergriffenen Maßregeln die sicherste Grundlage für jeden Fortschritt abgebe. Er erklärte aber auch, daß der außerordentliche Wert und Nutzen der Statistik für alle Zweige der Verwaltung mehr und mehr anerkannt werde. Schon am 30. Dezember 1856 richtete der Magistrat auf Grund des Naunynschen Antrages eine Rundverfügung an die verschiedenen Deputationen. Hierin wurde der Beschluß des Magistrats mitgeteilt, daß ein Statistisches Bureau eingerichtet werden solle. Statt aber ein selbständiges Bureau zu bilden, wählte man wahrscheinlich aus Gründen der Sparsamkeit einen Weg, der zum Mißerfolg führen mußte: man verband das Statistische Bureau zunächst versuchsweise mit der Magistratskalkulatur<sup>8)</sup>. Diese Rechnungsprüfungsstelle sollte die *nöthigen Berechnungen anlegen und die Sammlung glaubwürdiger Notizen bewirken*. Schon nach kurzer Zeit wandte

<sup>8)</sup> Bei der Magistratskalkulatur handelte es sich um die Rechnungsprüfungsstelle des Magistrats; ein zentrales städtisches Rechnungsamt zur Revision aller Jahresrechnungen in der städtischen Verwaltung wurde erst durch Verfügung des Magistrats vom 10. September 1875 gebildet.



sich der besoldete Stadtrat und Syndikus Duncker an den Magistrat mit dem Antrag, sich für die Bildung eines selbständigen Statistischen Bureaus auszusprechen, weil die statistischen Arbeiten im wesentlichen auf dem alten Stand geblieben seien. Duncker meinte, es könne auch nicht anders sein, wenn die Statistik nicht eine bestimmte Organisation erhalte und solange sie nur von Beamten als Nebenbeschäftigung betrieben werde. Wenn hier also das Fehlen einer bestimmten Organisation bemängelt wurde, dann wurde damit unmißverständlich die Verbindung des Statistischen Bureaus mit der Magistratskalkulation abgelehnt. Duncker scheint es mit seinem Anliegen recht ernst gewesen zu sein, denn er beantragte weiterhin, die Fragen der Organisation und der Finanzierung vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, und empfahl, zu diesem Zweck eine Gemischte Deputation einzusetzen. Tatsächlich machte der Magistrat am 5. Januar 1861 eine Vorlage an die Stadtverordneten. Die Gemischte Deputation wurde bereits am 10. Januar 1861 gewählt; ihr gehörten u. a. die Stadtverordneten Neumann und Virchow, der bekannte Arzt, an. Da sich die Deputationsmitglieder über die künftige Organisation des Statistischen Bureaus nicht einigen konnten, kam es in dieser Frage zu keinem Beschluß. Man überließ es vielmehr der Verwaltung, entweder ein selbständiges Statistisches Bureau einzurichten oder den einzelnen Verwaltungen die Anfertigung der erforderlichen Zahlenzusammenstellungen zu übertragen. Aber wenigstens darin war die Deputation einer Meinung, daß der Diätenfonds versuchsweise auf 2 Jahre um je 600 Taler zu erhöhen sei, um die Kräfte zu bezahlen, die zur Beschaffung des statistischen Materials notwendig waren.

## 2. Der Aufbau des Statistischen Bureaus (1862 bis 1874)

### Am 8. Februar 1862 nimmt das Statistische Bureau Berlins seine Tätigkeit auf

Der Magistrat beantragte nun am 4. April 1861 bei der Stadtverordnetenversammlung, die erwähnten Mittel zu bewilligen, außerdem fügte er den Entwurf eines Programms für die geplanten statistischen Arbeiten bei. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte am 18. April 1861 die 600 Taler, konnte sich aber nicht entschließen, gleichzeitig dem Programmentwurf für die statistischen Arbeiten ihren Segen zu geben. Vielmehr wurde ausdrücklich vermerkt: *ohne daß jedoch durch diesen Beschluß eine Genehmigung zu dem uns mitgetheilten Programm ausgesprochen wäre.* Auch der Beschluß der Deputation, die sich — wie oben erwähnt — mit der künftigen Gestaltung der Berliner Statistik zu befassen hatte, spricht nicht sehr für statistischen Avantgardismus. Die 600 Taler, um die der Diätenfonds erhöht werden durfte, waren nämlich für die Gewinnung von Kräften vorgesehen, die statistisches Material für die Verwaltungsberichte beschaffen sollten. Keine Rede war hier von statistischen Arbeiten über solche Angelegenheiten, welche für die kommunalen Verhältnisse ein allgemeines Interesse haben.

Wie dem aber auch sei, schließlich hatte sich im Magistrat doch noch die Meinung derer durchgesetzt, die der Verwaltung mit der Statistik ein Instrument an die Hand geben wollten, mit dem Erkenntnisse über alle Gebiete des öffentlichen Lebens zu gewinnen waren, so daß am Sonnabend, dem 8. Februar 1862, das Statistische Bureau gebildet werden konnte.

Der erste Leiter des Berliner Statistischen Bureaus war Dr. Hermann Schwabe. Mit Initiative, Temperament, Freude am Gestalten und anscheinend wenig betroffen von den geschilderten Schwierigkeiten ging er an den Aufbau des Amtes, dessen Erzeugnisse sichtbar den Stempel seiner Persönlichkeit tragen. Von Anfang an war er von dem Gedanken beseelt, aus dem bescheidenen »vorläufigen« Statistischen Bureau ein leistungsfähiges Amt zu machen, das die Wünsche nach einer brauchbaren Lokal- oder Kommunalstatistik erfüllen sollte. Eine große Aufgabe stand ihm, der als 35jähriger die Stelle in der Berliner Verwaltung übernahm, bevor. Ihm scheint die wissenschaftliche wie die populär-schriftstellerische Betätigung ebenso gelegen zu haben wie die Lösung organisatorischer und technischer Probleme. Bei seinen Beiträgen setzen die Gründlichkeit, mit der sie abgefaßt wurden, der äußere Umfang, die Lebendigkeit und die Gewandtheit seines Stils und auch die Verschiedenheit der Themen, die er sich stellte, in Erstaunen. Es scheint, als wenn er in der Ahnung seines frühen Todes seine Produktivität immer mehr gesteigert hätte, als wenn er immer neue Aufgaben gesucht und gefunden hätte, um sie wenigstens in Gang zu bringen, als wenn er auch die Stellung seines Amtes nach außen hin festigen zu müssen glaubte, um von sich selber sagen zu dürfen, daß er das junge Amt schon zu hohem Ansehen geführt habe.

Hermann Schwabe wurde am 4. April 1830 in Buttstädt im Großherzogtum Sachsen-Weimar geboren. Nach Beendigung seiner Studien — er legte die juristische und staatswissenschaftliche Staatsprüfung ab und promovierte dann zum Dr. jur. — kam er 1858 an das Königliche Statistische Bureau zu Berlin, um hier in die praktische Statistik eingeführt zu werden. Im Jahre 1860 wurde er von diesem Amt als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter übernommen, er war dort vorzugsweise als Bibliothekar beschäftigt. Kurz nach Errichtung des Statistischen Bureaus durch den Berliner Magistrat überreichte er diesem seinen Plan über eine Statistik von Berlin, der dazu beigetragen haben dürfte, daß er zum 15. April 1865 als Leiter des Berliner Statistischen Bureaus hauptamtlich angestellt wurde. Der erwähnte Plan hatte auch dazu geführt, daß der Magistrat zu Schwabe bereits vor dessen eigentlicher Anstellung enge Beziehungen aufnahm und ihn mit Sonderaufträgen betraute. Nach seiner Anstellung im Jahre 1865 waren Schwabe nur noch 9 Jahre als Leiter des Berliner Statistischen Bureaus vergönnt, denn er starb — erst 44 Jahre alt — am 19. Oktober 1874. Noch im Sommer 1874 war ihm von der philosophischen Fakultät der Berliner Universität eine außerordentliche Professur der Staatswissenschaften übertragen worden; die Lehrtätigkeit konnte er aber nicht mehr ausüben.

**Der erste Leiter des Statistischen Bureaus, Dr. Hermann Schwabe, legt am 16. März 1862 einen Plan über eine Statistik von Berlin vor**

Ausgangspunkt für die Beurteilung und Würdigung seines Werkes ist der von Schwabe dem Magistrat vorgelegte *Plan*, denn aus ihm ist zu erkennen, was sich Schwabe schon vor seinem Dienstantritt unter dem Aufgabenbereich seiner künftigen Wirkungsstätte vorgestellt hatte. Außerdem ist aus dem Vergleich des damals aufgestellten Schemas mit den später folgenden Veröffentlichungen zu ersehen, inwieweit seine Wünsche und Ziele verwirklicht wurden. Angeregt von den Verhandlungen über die Statistik der Großstädte auf der Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses in Paris im Jahre 1855 schlug Schwabe dem Magistrat vor, statistisches Material für folgende Gebiete des öffentlichen Lebens zu sammeln und auszuwerten:

Stadtgebiet,  
Bevölkerung,  
Gebäude,

Landwirtschaft und Viehzucht,  
Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei,  
Bergbau und Hüttenwesen,  
Handel und Industrie,  
Verkehr,

Öffentliche Bauten und Bauwesen,  
Geld- und Kreditinstitute,  
Versicherungswesen,

Preise und Konsumtion,

Arbeitende Klassen und Arbeits-  
verhältnisse,

Soziale Selbsthilfe,  
Öffentliche Wohltätigkeit und  
Armenwesen,

Gemeindeverfassung und Verwal-  
tungsorganismus,

Sicherheitspolizei und Gefängnis-  
wesen,

Öffentliche Gesundheit und  
Gesundheitspflege,

Kirche und Gottesdienst,  
Schulen und Unterricht,

Künste und Wissenschaften,  
Presse und Literatur,

Zivil- und Kriminalrechtspflege  
Finanzen, Steuern, Stadtschulden.

Die 24 Kapitel wurden nochmals in 108 Abschnitte unterteilt. Schon diese Systematik umfaßte im wesentlichen die Gebiete, die in der Folgezeit zum Arbeitsprogramm der Städtestatistik gehörten.

In den Erläuterungen zu dem Plan gibt Schwabe eine eingehende Begründung für seinen Vorschlag. Er geht dabei von dem Gedanken aus, daß es notwendig sei, gewisse Erscheinungen der neueren Zeit, die sich mit besonderer Eindringlichkeit in den Großstädten bemerkbar machten, zahlenmäßig zu beobachten. Als Beispiel auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens nennt er die *agglomerierte Bevölkerung der Hauptstädte, jener Bienenkörbe, in denen Leben und Strebsamkeit, Arbeit und Rührigkeit unausgesetzt zur Erscheinung kommen*. Da sich diese dicht zusammengedrängten Massen von der übrigen Bevölkerung des Staates im Hinblick auf die Lebensdauer, die sozialen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage unterscheiden, müsse man ihnen auch in der Statistik eine besondere Beachtung schenken. Aus dem Verkehrswesen führt er die

Eisenbahnen an, denen er den Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte der Hauptstädte zuschreibt. Ihre Entwicklung sei ein Maßstab für das *Steigen und Sinken der ganzen Nation*. Im übrigen glaubt Schwabe, mit Hilfe der Statistiken der Bevölkerung, des Verbrauchs und der Wohnungsverhältnisse ein Bild der physischen Beschaffenheit der Berliner Bevölkerung geben zu können, aus den Ergebnissen der Kulturstatistik will er Schlüsse auf die geistige Beschaffenheit ziehen, die Daten der Kriminalstatistik sollen über die sittlichen Verhältnisse der Berliner berichten und als Kind seiner Zeit meint er, hierüber auch aus den Zahlen der unehelichen Geburten, Konkubinate, wilden Ehen, Prostitution, Ehescheidungsklagen und Selbstmorde etwas aussagen zu können. Tatsächlich veröffentlicht Schwabe auch regelmäßig ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Sittenpolizei. Aus den Angaben über Beruf, Ehestand, Erwerbstätigkeit, Arbeitsverhältnisse und Armenwesen beabsichtigt er, Erkenntnisse über die soziale Beschaffenheit der Bevölkerung zu gewinnen. Die Fortschritte von Wirtschaft und Wohlstand will Schwabe am Umfang der Naturkräfte messen, die im Dienste des Menschen zur Arbeit verwendet werden.

Die Ergebnisse der nach einem solchen Schema durchgeführten Statistik sollten der Verwaltung Hinweise dafür geben, worauf sie *loszusteuern hat, um die Bewegung zu leiten*. Auch zu einem Vergleich mit ausländischen Hauptstädten wollte Schwabe die Ergebnisse nutzbringend verwenden. Diese beiden Aufgaben der städtestatistischen Arbeit sind offenbar die wichtigsten, die ihm bei der Abfassung seines Planes vorschwebten. Hinzu kommt aber ein weiterer Gesichtspunkt, nämlich die Aufgabe der Statistik, der Verwaltung selbst als Mittel zu dienen, die Erfolge von Verwaltungsmaßnahmen in Zahlen darzu-  
legen und nachzuweisen.

**Finanzielle Beschränkungen hemmen zunächst den Aufbau des Bureaus**

Die Wirklichkeit sah zunächst anders aus. Das Statistische Bureau wurde 1862 im damaligen Berliner Rathaus, Königstraße Ecke Spandauer Straße, eingerichtet. Da es in den ersten Jahren seines Bestehens ohne wissenschaftliche Führung war und die personalmäßige Besetzung überhaupt nicht zureichte, konnte für diese Zeit nicht viel Positives an statistischen Ergebnissen erwartet werden. Dem neuen Bureau wurde ein Supernumerar überwiesen, bald danach mußte eine Hilfskraft angefordert werden. Da der Magistrat durch den Kommunalbeschluß, der ihm für die ersten 2 Jahre nur je 600 Taler für persönliche Ausgaben des Statistischen Bureaus bewilligte, gebunden war, konnte Schwabe erst zum 15. April 1865 hauptamtlich angestellt werden. Die Stadtverordnetenversammlung konnte sich jedoch noch nicht entschließen, den Leiter des Statistischen Bureaus, der sich inzwischen schon gewisse Verdienste um die Berliner Verwaltung erworben hatte, sofort für immer anzustellen, sondern sie tat es zunächst nur für jeweils 3 Jahre. Erst im Herbst 1872 wurde die definitive Anstellung des Direktors zum 1. Januar 1873 von diesem Gremium genehmigt. Wenig großzügig und weitschauend zeigte sich die Stadtverordnetenversammlung auch bei der Besoldungsfrage, und es scheint, als wenn diejenigen, die in der Kommunalstatistik eine nicht gar zu nützliche Betätigung sahen, in der

damaligen Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit hatten. So wurde dem Leiter des Statistischen Bureaus bei seiner Einstellung im Jahre 1865 nur ein Jahresgehalt von 800 Talern bewilligt. Der wissenschaftlichen Hilfskraft, die Schwabe bei seinem Eintritt in die städtischen Dienste zugewiesen wurde, gewährte man zuerst überhaupt keine Besoldung. Der immer wieder vermittelnde Magistrat beantragte zwar bald, das Gehalt Schwabes zu erhöhen und seiner Hilfskraft eine angemessene Besoldung zukommen zu lassen, doch bewilligte die Stadtverordnetenversammlung an Stelle der beantragten 1400 Taler für Schwabe nur 1200 Taler vom Jahre 1868 an für 3 Jahre, für den Assessor entsprechend 800 Taler. Erst mit seiner endgültigen Anstellung erhielt Schwabe 1600 Taler, und dem zweiten Beamten wurden von der Stadtverordnetenversammlung 1200 Taler genehmigt.

Durch diese Schwierigkeiten, die nicht der Magistrat, sondern die Stadtverordnetenversammlung machte, ließen sich aber weder Schwabe noch seine Mitarbeiter verdrängen. Schon in den Jahren 1862 bis 1865 erwies sich Schwabe als ein zielbewußter Mann, der die Zeit nutzte, um manche unentbehrliche Voraussetzung für sein späteres Wirken zu schaffen. Zu diesen Untersuchungen wurde er zwar vom Magistrat beauftragt, die Initiative dürfte aber von ihm ausgegangen sein. So übersetzte er die über die Statistik der Großstädte vom Internationalen Statistischen Kongreß veröffentlichten Berichte und besuchte einige europäische Hauptstädte, um ihre statistischen Einrichtungen kennenzulernen. Als Grundlage für alle Berechnungen, welche irgend welche andern Verhältnisse und Thatsachen mit der Bevölkerung in Relation bringen, war eine Übersicht über die zahlenmäßige Entwicklung der Berliner Bevölkerung seit 1721 gedacht, die Zahlen der Zivil- und der Militärpersonen enthielt. Die Zusammenstellung wies ferner Angaben über die Geborenen und die Gestorbenen nach Jahren, über die Geburten- und Wanderungsüberschüsse und über die relative Bevölkerungszunahme für je 3 Jahre auf; für jedes Jahr brachte sie Bevölkerungszahlen für die Zeit von 1751 bis 1861, und zwar auch in der Gliederung nach Zivil- und Militärpersonen. Für die Jahre, in denen keine Zählungen stattgefunden hatten, berechnete Schwabe die Bevölkerungszahlen mit Hilfe der Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung. War die Kenntnis des Inhalts der Verhandlungen auf den Tagungen des Internationalen Statistischen Kongresses für die Gestaltung des künftigen Arbeitsprogramms und — wie wir heute sagen würden — für die Koordinierung der Berliner Statistik mit der anderer Großstädte von Bedeutung, so bildete die nachträgliche Feststellung der Bevölkerungszahlen Berlins vom Jahre 1721 an die Voraussetzung für später im Amt angestellte Untersuchungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik.

Welche Arbeiten das Statistische Bureau von 1862 bis 1865 im einzelnen durchführte, ist nicht bekannt. Aber man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die wenigen Kräfte vor allem damit beschäftigt waren, ein möglichst vielseitiges und umfassendes Zahlenmaterial aus den verschiedenen Zweigen der Berliner Verwaltung und des öffentlichen Lebens zu sammeln. Die Bereitstellung eines solchen Materials war notwendig, um zunächst einmal die

Aufgaben zu erfüllen, die der Gemischten Deputation im Jahre 1861 bei den Beratungen über die Bildung eines Statistischen Bureaus als vordringlich erschienen waren: nämlich die Beschaffung des statistischen Materials für die der Stadtverordnetenversammlung zu erstattenden Verwaltungsberichte.

### 1867 erscheint das erste Statistische Jahrbuch des Bureaus

Schwabe wird vermutlich das Sammeln von statistischem Material schon vor seinem Dienstantritt gefördert haben, weil die Tätigkeit gerade auf diesem Gebiet sein besonderes Anliegen, ein eigenes Veröffentlichungsorgan ins Leben zu rufen, aufs engste berührte. Nur zwei Jahre brauchte Schwabe, um das erste Jahrbuch erscheinen zu lassen. Es kam 1867 unter dem Titel »Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und Städtisches Jahrbuch, herausgegeben vom statistischen Bureau der Stadt« heraus. Sein Erscheinen wurde dadurch begünstigt, daß das Polizeipräsidium die Herausgabe seines Jahrbuchs einige Jahre zuvor eingestellt hatte. Andererseits scheint die weitere Veröffentlichung des Städtischen Jahrbuchs auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Böckh berichtete später, daß Schwabe die ersten Jahrgänge als *Privatunternehmen* herausgegeben habe und daß das Jahrbuch erst nach der Einsetzung der Deputation für Statistik im Jahre 1869 aus der Gemeindekasse unterstützt wurde; außerdem erklärte sich die Stadt bereit, eine bestimmte Anzahl von Exemplaren abzunehmen. Hierdurch war das regelmäßige Erscheinen des Jahrbuchs, das vom 3. bis zum 6. Jahrgang die Bezeichnung »Berlin und seine Entwicklung, Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik« führte, gesichert. Die folgenden drei Jahrgänge kamen unter dem Titel »Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik« heraus.

Die Jahrbücher waren zunächst noch keine rein statistischen Werke. Es mag einem Verwaltungsbedürfnis entsprochen haben, in diese Veröffentlichungen auch Kalendarien, Genealogien, Tarife, Benutzungsbestimmungen öffentlicher Einrichtungen, Besuchsordnungen usw. aufzunehmen. Einen breiten Raum beanspruchten die Nachweisungen der Bezirke der Stadt, der Schul- und der Armenkommissionen sowie sämtlicher Gemeindebeamten. Auch ein Parochienverzeichnis und ein Straßenverzeichnis, das die Angaben der Stadtbezirke, der Polizeireviere, der Armenkommissionen, der Schulkommissionen sowie der Kirchspiele enthielt, war beigegeben. Wenn man bedenkt, daß noch eine Chronik, ein Namenregister und in den folgenden Jahrgängen auch Nekrologe in das Jahrbuch aufgenommen wurden, dann kann es nicht verwundern, daß für die »Abhandlungen«, also für die Textbeiträge über statistische oder sonst besonders wichtige aktuelle Fragen sowie für den eigentlichen statistischen Teil nur ein Drittel der gesamten Seitenzahl übrigblieb.

Das Kapitel, in dem die statistischen Daten in Anlehnung an den von Schwabe selbst entworfenen Plan vereinigt wurden, erschien unter dem Titel »Statistik von Berlin«. Für ihn zeichnete Schwabe selbst verantwortlich. Die gesammelten Daten wurden in Übersichten zusammengefaßt, die meist ausführlich erläutert wurden. Es ist verständlich, daß im ersten »Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender«, also 5 Jahre nach Errichtung des Amtes und 2 Jahre nach dem Eintritt

Schwabes als Amtsleiter, noch nicht Angaben für alle in seinem Plan genannten Abschnitte veröffentlicht werden konnten. Zunächst fehlten beispielsweise noch Mitteilungen über Geld- und Kreditinstitute, Gemeindeverfassung und Verwaltungsorganismus, Gesundheitswesen sowie Künste und Wissenschaften; auch das dargebotene Zahlenmaterial entsprach nach Inhalt, Umfang, Gliederung und Form noch nicht den späteren Vorstellungen einer Kommunalstatistik. Wer aber die ersten Jahrgänge des Gemeindekalenders durchblättert, wird bemerken, daß Schwabe bemüht war, den verfügbaren Zahlenstoff zu verarbeiten und ihn mit lebhaften textlichen Erläuterungen zu versehen. Schon der 1. Jahrgang weist einige Abschnitte auf, die nicht in Schwabes Plan vorgesehen waren, z. B. bringt er in seinem Kapitel »Statistik von Berlin« bereits ausführliche Angaben über das Grundeigentum, und zwar über Kapitalwert, Belastung, Besitzwechsel. Da ein ausführlicher Bericht der Centralen Volkszählungs-Commission über die Ergebnisse der vorangegangenen Volkszählung vorlag, wurde auch ein Abschnitt über die Wohnungsverhältnisse aufgenommen. Ein Vergleich mit den späteren Jahrgängen zeigt, daß der Umfang des Kapitels »Statistik von Berlin« beträchtlich zunahm und daß bald ganze Abschnitte neu eingefügt wurden, wie z. B. die über Arbeitende Klassen, Öffentliche Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Viehzucht sowie Hüttenproduktion. Die nichtstatistischen Bestandteile traten immer mehr in den Hintergrund, bis sie ganz aus dem Jahrbuch verschwanden.

Wir, die wir heute so manches von der Herbeischaffung des Materials, von seiner Verarbeitung und schließlich auch von der Auswertung und der Art des Darbietens als selbstverständlich ansehen und demzufolge oftmals versucht sein mögen, auf das, was vor hundert Jahren veröffentlicht wurde, mit einer gewissen milden Nachsicht herabzublicken, sollten aber nicht vergessen, welch hohes Maß von Wissen, Tatkraft und Zähigkeit es damals erforderte, den vielfältigen Stoff aus verschiedenen Quellen zusammenzutragen, ihn zu ordnen und ihn in schon so ausgefeilter und zugleich gefälliger Form dem Leser anzubieten. Wir sollten auch nicht meinen, daß Schwabe bei der Herausgabe seiner Jahrbücher keine Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hätte. In der Einleitung zum 1. Jahrgang weist er darauf hin, daß ihm viel daran gelegen war, einen aktuellen Beitrag über die Cholera-Epidemie des Jahres 1866 herauszubringen. Daß ihm dies hier sogleich gelang, war eine Leistung, denn der größte Teil des übrigen Zahlenstoffes bezieht sich auf die Jahre vor 1866. An anderer Stelle beklagt er sich darüber, daß die Führung einer Lokalstatistik in Berlin *ungemein* erschwert werde. Er verrät uns auch die Ursache seines Kummers: die wichtigsten *Materialien für die Statistik* lagen nämlich teils in Händen des Magistrats, teils beim Polizeipräsidium (z. B. die Unterlagen für die so wichtige Bevölkerungsstatistik); andere wieder, wie z. B. die der *Pflasterung und der damit zusammenhängenden Materialien über die Höhenlagen der Straßen*, waren zu einem Teil in Händen des Magistrats, zum anderen Teil bei der Ministerialbaukommission. Auch die Kriege von 1866 und 1870/71 hemmten die Arbeit des Amtes; so mußten die Bemühungen Schwabes, namentlich mit dem Polizeipräsidium eine Vereinbarung über die Verarbeitung des beiderseitigen Materials herbeizuführen, 1866 eingestellt werden.

Dieses Ungemach, gegen das er vor allem wohl in der ersten Zeit anzukämpfen hatte, wurde aber durch manches Positive wettgemacht. Besonders sind hier Schwabes anscheinend nie versagende Initiative, seine Arbeitsfreudigkeit und die Fähigkeit zu improvisieren zu nennen. Die Inhaltsverzeichnisse der Jahrbücher bezeugen seine Schaffenskraft, und wenn Schwabe berichtet, daß er dazu überging, andere Quellen auszuschöpfen, um statistische Aussagen machen zu können, so ist auch das ein Beweis dafür, daß er sich durch Schwierigkeiten nicht entmutigen ließ. Behelfsweise griff er zu Veröffentlichungen der Presse und versuchte, diese durchaus nicht immer einer amtlichen Stelle ebenbürtige Quelle auszuwerten. Aber noch eine andere sehr bedeutungsvolle Tatsache kam ihm zu Hilfe: er hatte vorzügliche Mitarbeiter und gewann außerdem einige außerhalb des Bureaus stehende Männer von Format, die den verschiedenen Jahrgängen des Jahrbuches beachtliche Beiträge lieferten.

#### **Viele bekannte Wissenschaftler lieferten Beiträge für die Jahrbücher**

Sein engster Mitarbeiter war seit 1865 der als zweite wissenschaftliche Kraft eingestellte bisherige Regierungsreferendar Dr. Ernst Bruch, der zahlreiche Abhandlungen bearbeitete; er wurde 1873 zum Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt Breslau berufen. Dr. Bartholomäi und Dr. Huppé, ebenfalls wissenschaftliche Assistenten, beteiligten sich weiterhin — zum Teil in Zusammenarbeit mit Schwabe — an Beiträgen für die Jahrbücher. Zu den außenstehenden Mitarbeitern zählte der Direktor des Königlichen Statistischen Bureaus, Geheimrat Dr. Engel, der sich schon am 1. Jahrgang als Verfasser des Aufsatzes über »Ein Reformprincip für Sparkassen, zur Abhilfe der Hypotheken-Credit-Not« beteiligte. Auch der Stadtarchivar Dr. Fidicin bereicherte die Jahrbücher durch aufschlußreiche Artikel seines Wissensgebietes, z. B. über die Wappen und Farben Berlins. Der bekannte Physiker und Meteorologe Geheimrat Prof. Heinrich Wilhelm Dove, der das Gesetz von der Drehung der Winde aufstellte, war der Verfasser der die Abhandlungen der Jahrbücher einleitenden Abschnitte über »Die Witterungsverhältnisse von Berlin«. Für die Abfassung des Artikels über »Die Cholera-Epidemie des Jahres 1866 in Berlin«, den Schwabe — wie oben erwähnt — noch in den 1. Jahrgang hineinbrachte, war Prof. Dr. August Hirsch gewonnen worden, der Geschichte der Medizin an der Berliner Universität las, mit Virchow verbunden war und eine rege schriftstellerische Tätigkeit entfaltete. Schließlich bereicherte auch ein Gelehrter wie Prof. Dr. Étienne Laspeyres, der damals am Polytechnikum zu Riga las, das Jahrbuch durch seinen Beitrag über »Die Gruppierung der Industrie in den großen Städten«, der im 3. Jahrgang erschien.

#### **Schwabe erkennt 1868 die Gesetzmäßigkeit im Verhältnis der Mietausgaben zum Einkommen (Schwabesches Gesetz)**

Schwabe selbst verfaßte eine Reihe von Beiträgen, einige von ihnen seien hier genannt. In einer Zeit, in der die Bewohner von kleineren Gemeinden in zunehmender Zahl in die Großstädte strömten, um die Vorteile der beginnenden Industrialisierung und die Vorzüge des großstädtischen Lebens wahrzunehmen,

lag es nahe, dem Phänomen der Agglomeration auch statistisch nachzugehen. Schwabe griff dieses Problem denn auch gleich zu Beginn seiner Tätigkeit auf und brachte schon im ersten Jahrbuch eine kurze Abhandlung hierüber, die er unter dem Titel »Über die Quellen für das Wachstum der großen Städte im preußischen Staate« veröffentlichte. Diese Arbeit stellt einen Auszug aus einer größeren Untersuchung über das preußische Städtewesen und die Entwicklungsgeschichte des Bürgertums dar. Sie führt zu dem Ergebnis, daß das Anwachsen der Großstädte nicht allein durch die Abwanderung der Landbevölkerung verursacht wurde, sondern daß die kleinen Städte fast ebenso stark als Quelle für das Wachstum der Großstädte in Betracht kamen. Bezeichnend für die Art, wie sich Schwabe mit den ihm begegnenden Problemen auseinandersetzte, sind seine »Betrachtungen über die Volksseele in Berlin« (4. Jahrgang). Diese Abhandlung stellt einen Versuch dar, bestimmte geistige Eigentümlichkeiten, die sich in Berlin und im Leben der Stadt offenbarten, mit Hilfe statistisch erwiesener Tatsachen zu erklären. Die amiesonartige Regsamkeit Berlins harmonisierte mit der Tatsache, daß hier die lebensfrischsten Altersklassen der 20- bis 40jährigen am stärksten vertreten waren. Weil andererseits das Greisenalter in Berlin — damals — nur schwach vertreten ist, fließt dem Berliner Kinde die Quelle der Belehrung durch das weise Alter spärlicher als anderswo. Schwabe trägt eine Menge Argumente für die Wertschätzung des Alters — namentlich Zeugnisse aus dem klassischen Altertum — zusammen, um nachzuweisen, daß die relative Menge von Greisen nicht ohne Einfluß auf das Kulturleben ist. Wenn auch die spätere Entwicklung gezeigt hat, daß eine Vergreisung im Altersaufbau der Bevölkerung aus den verschiedensten Gründen gewichtige Nachteile zur Folge hat, die vielleicht sogar den Vorteil des Belehrns durch die Greise aufheben können, so besticht doch das eifrige und ehrliche Bemühen, mit dem sich Schwabe für seine wohlgemeinten Thesen einsetzt. Freilich scheint es uns heute etwas einseitig, wenn die Möglichkeit der Belehrung der Jugend so bevorzugt dem weisen Greise zugestanden wird. Veranlaßt durch ein Pro memoria des Oberbürgermeisters Seydel, der die Erstellung einer Schulstatistik empfahl, bei der die bestehenden Schulen einerseits und die Bildungsbedürfnisse der städtischen Bevölkerung andererseits berücksichtigt werden sollten, schrieb Schwabe zusammen mit Bartholomäi eine eingehende Studie »Über Inhalt und Methode einer Berliner Schulstatistik« (4. Jahrgang). Nach der Darlegung der eine Schulstatistik bestimmenden Elemente werden Vorschläge über die Methode der Erhebungen gemacht und das bereits vorhandene Zahlenmaterial über den Schulbesuch behandelt. Einen besonderen Reiz erhält der Beitrag durch das letzte Kapitel über den Vorstellungskreis der Berliner Kinder beim Eintritt in die Schule. Hierin werden die Ergebnisse einer Befragung wiedergegeben, die der Pädagogische Verein in Berlin angeregt hatte. Ziel dieser Befragung durch die Lehrer war es, die Individualität der in die unterste Klasse eintretenden Berliner Schüler und Schülerinnen festzustellen, soweit sie auf den Vorstellungen aus der Umgebung der Kinder beruhte. Besonders interessierte, welchen Einfluß die Großstadt auf die Individualität und die Bildungsfähigkeit des Kindes ausübt und ob die Geschlechter mit unterschiedlichen Vorstellungen in die Schule eintreten. Es wird nachgewiesen, daß damals die Knaben vorstellungsreicher in die Schule kamen als die Mädchen, daß aber im

Das Schwabesche Gesetz  
Im Gemeinde-Kalender und städtischen Jahrbuch für 1868,  
Seite 264 ff., veröffentlichte Schwabe den nachstehend  
wiedergegebenen Beitrag, dessen Schluß den bekannten,  
nach ihm benannten Erfahrungssatz enthält.

## Das Verhältniß von Miete und Einkommen in Berlin.

Beiträge zu einer Consumtionsstatistik von Dr. H. Schwabe.

Für Verwaltungszwecke sind im Jahre 1867 Erhebungen über das Verhältniß von Miete und Einkommen durch das städtische statistische Bureau gemacht worden, wozu zweierlei Material benutzt worden ist. Erstlich die Gehälter der hiesigen Staats- und Communal-Beamten, welche weniger als 1000 Thlr. Gehalt haben, sodann das Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen Bewohner der Stadt.

Zu der ersten Richtung sind 4281 Fälle, in der letzteren 9741 Fälle von Einkommen mit je der betreffenden Miete verglichen und die factischen Ergebnisse in Tabellen zur Darstellung gebracht worden. Die Gehälter der Beamten sind aus 20 Actenstücken der Servisdeputation, die Einkommensteuerpflichtigen aus dem Verzeichniß der für das Jahr 1865 zur classificirten Einkommensteuer veranlagten Einwohner Berlins entnommen worden. Natürlich mußten unter den Beamten diejenigen außer Anschlag bleiben, welche Chambregarnie wohnen. Auch unter den Einkommensteuerpflichtigen fielen diejenigen aus, welche wegen Verzehrs u. s. w. nicht zu ermitteln waren. Die Ermittlung der Miete, welche auf jedes der 14022 Einkommen fällt, ist aus den ca. 60 Mietsteuerkatastern der Servisdeputation bewirkt worden.

Diese Frage, welchen Theil des Einkommens repräsentirt im Durchschnitt die Miete? beantwortet sich zunächst für die Beamtengehälter unter 1000 Thlr. durch nachstehende Tabelle 1.

Tabelle 1. Beamten-Gehälter unter 1000 Thlr.

Einkommens- klassen.	1. Einkommens- beträge. Thlr.	2. Spezieller Durchschnitts- betrag des Einkommens. Thlr.	3. Factischer Durchschnitts- betrag des Einkommens. Thlr.	4. Zahl der Mietten.	5. Gesamt- summe der Einkommens- beträge. Thlr.	6. Gesamt- betrag der Mietten. Thlr.	7. Durch- schnitts- betrag der Mietten. Thlr.	8. Verhältniß der Miete zum Einkommen.
1	90—99	98	96,0	151	14496	8422	55,8	1 : 1,73
2	100—124	112	117,0	4	468	188	47,0	1 : 2,49
3	125—149	137	136,0	1	136	55	55,0	1 : 2,47
4	150—174	162	162,0	45	7311	1985	43,0	1 : 3,78
5	175—199	187	187,4	49	9181	3547	38,0	1 : 3,00
6	200—249	225	224,9	441	99196	26960	61,1	1 : 3,08
7	250—299	275	268,5	1098	267167	63428	67,6	1 : 3,86
8	300—349	325	307,5	588	180811	43253	73,7	1 : 4,17
9	350—399	375	354,4	492	175861	39906	79,9	1 : 4,46
10	400—449	425	425,7	337	135862	30580	90,7	1 : 4,45
11	450—499	475	457,7	147	69547	14967	108,0	1 : 4,44
12	500—549	525	502,5	144	75940	16338	111,4	1 : 4,41
13	550—599	575	532,8	81	44758	9975	109,9	1 : 4,48
14	600—649	625	600,0	177	108500	22703	135,9	1 : 4,48
15	650—699	675	651,3	78	48930	10296	140,0	1 : 4,46
16	700—749	725	701,4	155	108732	23681	152,8	1 : 4,59
17	750—799	775	750,9	87	27786	5007	135,9	1 : 5,55
18	800—849	825	800,3	142	113645	23037	169,3	1 : 4,93
19	850—899	875	859,5	30	23249	4977	127,6	1 : 6,68
20	900—999	950	911,4	151	127616	24756	164,3	1 : 5,55
				4281	1648402	377624	88,2	1 : 4,84

In Col. 1. sind die Gehälter in 20 Classen gebracht; Col. 4. giebt für jede Classe die Zahl der beobachteten Fälle; Col. 8. giebt für jede Classe das Verhältniß von Miete und Einkommen.

Um die richtigen Verhältnisse aus dieser Tabelle herauszulesen, empfiehlt es sich dieselbe zunächst zu rectificiren. Betrachtet man nämlich die Beamten-Gehälter welche weniger als 300 Thaler betragen, so bestehen diese vielfach aus solchen niederer Post-Beamten, namentlich Briefträger, niederer Justizbeamten, Boten, Kanzleibienen, Nachtwächter u. s. w. Gegenüber den Preisverhältnissen der unentbehrlichsten Nahrungsmittel und Unterhaltungsmittel in Berlin dürfte wohl bei den geringen Gehältern anzunehmen sein, daß entweder die Frau durch Arbeit oder der Mann durch Nebenverdienste oder

beide zusammen das Einkommen höher bringen, als es der Gehalt bezeichnet. Dies ergibt sich am augenscheinlichsten bei den untersten Gehaltsklassen, in denen sich Einkommen und Miete nahezu gleichstehen. Es wird sich deshalb empfehlen, mit einem Einkommen von 300 Thalern als Minimum zu beginnen, welches wohl bei den Berliner Verhältnissen für einen Haushalt mit eigener Wohnung nicht zu hoch gehalten sein dürfte. Bei dieser Annahme stellt sich im Durchschnitt die Miete als der 4,66 Teil

des Einkommens dar. Aus Colonne 8 der Tabelle ergibt sich, wie das Verhältnis der Miete zum Einkommen mit der Zunahme des Letzteren ein immer geringeres wird.

Ungleich deutlicher springt diese Abnahme der Miete mit der Zunahme des Einkommens in die Augen, wenn man dieselbe in Procenten des Einkommens berechnet.

Dann ergeben sich, wenn man die Einkommensklassen etwas zusammenfaßt und die Unregelmäßigkeiten interpoliert, folgende Verhältnisse:

Zahl der in jeder Gehaltsklasse beobachteten Fälle:	Wenn der Durchschnittsbetrag des Gehaltes innerhalb der einzelnen Klassen beträgt:	so nehmen die Ausgaben für Miete davon in Anspruch	
		Thlr.	Procent:
588	326	24,10	
482	375	23,47	
337	426	22,49	
147	475	22,51	
144	525	22,11	
81	575	22,22	
177	625	22,07	
72	675	21,92	
155	725	21,82	
178	800	19,85	
190	925	17,42	

Die berechneten Procentzahlen stellen ziemlich genau die Art und Weise dar, wie das Verhältnis der Miete zum Einkommen in demselben Maße geringer wird, als das Einkommen wächst.

Wir betrachten jetzt die obige Frage für das Einkommen über 1000 Thaler in Tabelle 2.

Tab. 2., Einkommen über 1000 Thlr.

Steuer- klassen.	Einkommensbeträge, welche den Steuerstufen ent- sprechen. Thlr.	Durchschnitts- betrag des den Steuerstufen ent- sprechenden Einkommens. Thlr.	Zahl der Mietten für jede Steuerstufe.	Gesamt- summe der Einkommens- beträge. Thlr.	Gesamt- betrag der Mietten. Thlr.	Durchschnitts- betrag der Mietten. Thlr.	Verhältnis der Miete zum Einkommen.
1	1000—1199	1100	1861	9047100	563919	303	1 : 3,43
2	1200—1399	1300	1137	1478100	363507	320	1 : 4,06
3	1400—1599	1500	1070	1605000	384177	359	1 : 4,16
4	1600—1999	1800	1232	2217600	475348	386	1 : 4,66
5	2000—2599	2200	1024	2252800	461489	451	1 : 4,98
6	2600—2799	2600	702	1825200	359445	512	1 : 5,08
7	2800—3199	3000	475	1435000	244390	515	1 : 5,83
8	3200—3599	3400	456	1550400	270700	594	1 : 5,72
9	3600—3999	3800	232	881600	132451	571	1 : 6,65
10	4000—4799	4400	422	1856800	304330	723	1 : 6,09
11	4800—5599	5400	286	1555200	222956	774	1 : 6,98
12	6000—7199	6600	271	1788600	236383	835	1 : 7,91
13	7200—9599	8400	210	1764000	205425	978	1 : 8,39
14	9600—11999	10800	128	1382000	125870	982	1 : 11,00
15	12000—15999	14000	94	1316000	114890	1222	1 : 11,46
16	16000—19999	18000	56	1008000	72311	1361	1 : 13,23
17	20000—23999	22000	32	484000	42240	2238	1 : 9,53
18	24000—31999	28000	21	588000	34821	1658	1 : 16,89
19	32000—39999	36000	21	756000	28310	1348	1 : 26,71
20	40000—51999	46000	6	276000	21560	3593	1 : 12,90
21	52000—63999	58000	5	290000	2972	1855	1 : 31,27
22	64000—79999	72000	3	210000	3776	1925	1 : 37,40
23	80000—99999	90000	2	180000	8354	2677	1 : 33,62
24	100000—119999	110000	1	110000	700	700	1 : 157,14
25	120000—139999	130000	—	—	—	—	—
26	140000—159999	150000	—	—	—	—	—
27	160000—179999	170000	1	170000	30261	36263	1 : 4,69
28	180000—199999	190000	—	—	—	—	—
29	200000—239999	220000	—	—	—	—	—
30	240000 u. darüber	—	1	240000	2500	2500	1 : 96,0
zusammen			9741	20257400	4725478	485	1 : 4,19

Dieser Tabelle sind die Einkommensbeträge zu Grunde gelegt, welche den 30 Steuerstufen entsprechen, die das Gesetz vom 1. Mai 1851 über Klassensteuer und classifizierte Einkommenssteuer aufgestellt hat. Sie zeigt in ihrer letzten Colonne das

Verhältniß der Miethe zum Einkommen. Man ersieht auch hier, wie mit großer Regelmäßigkeit die Miethe mit der Zunahme des Einkommens einen immer geringeren Theil desselben einnimmt. Im Durchschnitt beträgt die Miethe den 6,10 Theil des Einkommens.

Um auch dies Verhältniß klarer zu überschauen, wollen wir dasselbe in Procenten darstellen, wobei einzelne Steuerstufen zur Vermeidung von Sprüngen zusammengefaßt worden sind, und die Unregelmäßigkeiten Ausgleichung in der letzten Spalte erfahren haben:

Zahl der in jeder Einkommensklasse beobachteten Fälle.	Wenn der Durchschnittsbetrag des den Steuerstufen entsprechenden Einkommens beträgt	so nehmen die Ausgaben für Miethe davon in Anspruch		oder mit Ausgleichung der Unregelmäßigkeiten:	
		Procent:		Procent:	
1861	1100	27,55		27,55	
1137	1200	24,63		24,63	
1070	1500	23,92		23,92	
1382	1800	21,46		21,46	
1024	2200	20,40		20,40	
702	2600	19,68		19,68	
475	3000	17,15		17,15	
456	3400	17,48		16,10	
282	3800	15,94		15,04	
422	4400	16,43		14,69	
288	5400	14,38		14,33	
271	6800	12,63		12,65	
210	8400	11,64		11,64	
128	10800	9,99		9,99	
94	14000	8,73		8,73	
56	18000	7,57		7,57	
43	26000	7,52		7,52	
40	über 22000	8,57		5,90	

Man kann die Resultate dieser Tabellen in dem Satz zusammenfassen: je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, welche er im Verhältniß zu seinem Einkommen für Wohnung vorausgaben muß.

Will man für die Abnahme der Miethe bei den höheren Einkommensklassen das Gesetz auf mathematischem Wege entwickeln, und nimmt die gegebenen Glieder, wie sie sich aus den 30 Steuerstufen des Gesetzes vom 1. Mai 1851 ergeben, zur Grundlage, so entsprechen die Zahlenreihen der nachstehenden Tabelle 3. ziemlich genau den

Tab. 3. Entwicklung des Gesetzes.

Wenn das jährliche Einkommen beträgt	so nehmen die Ausgaben für Wohnung davon in Anspruch	Wenn das jährliche Einkommen beträgt	so nehmen die Ausgaben für Wohnung davon in Anspruch
	Procent:		Procent:
1100	27,54	4100	14,94
1200	26,81	4200	14,76
1300	25,91	4300	14,59
1400	24,94	4400	14,42
1500	23,89	4500	14,25
1600	22,65	4600	14,09
1700	22,01	4700	13,93
1800	21,46	4800	13,77
1900	20,98	4900	13,62
2000	20,56	5000	13,47
2100	20,18	6000	12,17
2200	19,85	7000	11,17
2300	19,50	8000	10,37
2400	19,18	9000	9,73
2500	18,87	10000	9,30
2600	18,50	12000	8,87
2700	18,21	14000	7,77
2800	17,92	16000	7,37
2900	17,66	18000	6,85
3000	17,40	20000	6,50
3100	17,15	25000	5,70
3200	16,91	30000	5,07
3300	16,68	35000	4,57
3400	16,46	40000	4,16
3500	16,25	45000	3,80
3600	16,05	50000	3,50
3700	15,86	60000	3,00
3800	15,68	70000	2,60
3900	15,51	80000	2,28
4000	15,12		

Bedingungen des Gesetzes. Dasselbe ist von 1000—5000 Thalern Einkommen für das Fortschreiten desselben von 100 zu 100 Thalern berechnet; von 5000 ab bis 10,000 Thalern in einer Progression von 1000 zu 1000 Thalern u. s. w.

Zu diesen Zahlenreihen ist der Satz: je ärmer jemand ist, einen desto größeren Theil seines Einkommens muß er für Wohnung vorausgaben, mathematisch dargestellt.



ganzen das Kind in Berlin verhältnismäßig vorstellungsarm war. Schwabe setzt sich allerdings — temperamentvoll, wie er ist — darüber hinweg, daß es sich hier um psychologisch-abstrakte Vorgänge handelt, die der statistischen Erfassung kaum zugänglich sind. Die Unzulänglichkeiten in der wohnungsmäßigen Unterbringung eines Teiles der Bevölkerung veranlaßten Schwabe, der Frage der »Berliner Kellerwohnungen nach ihrer Räumlichkeit und Bewohnerschaft« (5. Jahrgang) nachzugehen. Er untersuchte die Kellerwohnungen insbesondere im Hinblick auf die Zahl der heizbaren Zimmer und auf den Beruf der Bewohner bzw. der Haushaltsvorstände. Abschließend sei noch auf den Beitrag hingewiesen, der Schwabe in weiteren Kreisen und auch für die Zukunft bekannt machen sollte. Es handelt sich hier um seine im 2. Jahrbuchjahrgang veröffentlichte Abhandlung über »Das Verhältnis von Miete und Einkommen in Berlin«. Schwabe stellte fest, daß das Verhältnis der Miete zum Einkommen in demselben Maße geringer wird, in dem das Einkommen wächst. Den Nachweis liefern die Ergebnisse von Untersuchungen, denen die bis 1000 Taler betragenden Gehälter der Berliner Staats- und Kommunalbeamten sowie die Einkommen der einkommensteuerpflichtigen Bewohner der Stadt zugrunde lagen. Der von Schwabe am Schluß seines Artikels in eine einfache Form gebrachte Erfahrungssatz, daß nämlich *je ärmer Jemand ist, einen desto größeren Theil seines Einkommens er für Wohnung verausgaben muß*, ist später als das sogenannte Schwabesche Gesetz bezeichnet und bekannt geworden. Engel, der Direktor des Preußischen Statistischen Bureaus, erweiterte den Satz, indem er die Erfahrung zahlenmäßig belegte, daß mit steigendem Einkommen auch der Anteil der Ausgaben für Ernährung an den Gesamtausgaben abnimmt (Engelsches Gesetz).

#### Die Volkszählung am 3. Dezember 1867

Bei der Volkszählung am 3. Dezember 1867 wirkte erstmals das Statistische Bureau mit, und Schwabe wurde der Volkszählungskommission beigeordnet. Da sich die bei den vorangegangenen Zählungen in Berlin eingeführten Neuerungen bewährt hatten, bediente man sich auch jetzt wieder der ehrenamtlichen Zählungsrevisoren usw.; diesmal wurden annähernd 8500 Ehrenämter vergeben, darunter waren allein 6685 Zählungsrevisoren, die abermals ohne besondere Schwierigkeiten für diese Aufgabe gewonnen werden konnten. Ebenfalls hielt man am Grundsatz der Selbsteintragung durch die Haushaltsvorstände fest. Aber diese Erhebung unterschied sich doch in mancher Hinsicht von den früher durchgeführten Volkszählungen. Zunächst waren die Spannungen, die auf die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Gemeindebehörden und dem Polizeipräsidium bisher oft nachteilig eingewirkt hatten, geringer geworden, so daß nun nicht nur bei der Durchführung der Zählung, sondern auch bei der Bearbeitung der Ergebnisse ein engerer Kontakt zwischen den genannten Stellen zustande kam. Zum erstenmal stellte das Statistische Bureau die von der Staatsregierung verlangten Tabellen auf; diese Arbeit war bis dahin vom Polizeipräsidium erledigt worden. Da diese Ergebnisse aber wieder nicht die gemeindlichen Bedürfnisse befriedigten, wurde das Zählungsmaterial nach Ablieferung der »staatlichen« Tabellen für die lokalen Zwecke noch einmal verarbeitet.

Hierbei wurde auf die Möglichkeit Rücksicht genommen, die neu zu erstellen- den Tabellen mit den Ergebnissen der Zählung von 1864 zu vergleichen, ins- besondere mit den ausführlichen wohnungsstatistischen Angaben. Außerdem wurde Wert auf die Ausweisung bevölkerungsstatistischer Daten gelegt. Einen Fortschritt bedeutete hier die vollständige Erfassung der ortsanwesenden Be- völkerung. Das Verfahren der Zählung der Militärbevölkerung wurde ver- bessert: jetzt wurde nicht wie bisher die gesamte Militärbevölkerung von der Zählung durch die Ortsbehörden ausgeschlossen, sondern nur noch der Teil dieses Personenkreises, der in von der Militärverwaltung ressortirenden Ge- bäuden wohnte. Damit fiel die grundsätzliche Trennung der Militärbevölkerung von der Zivilbevölkerung fort. Von den 1867 gezählten rund 700 000 Einwohnern Berlins gehörten immerhin 22 000 zur Militärbevölkerung, davon waren 18 500 aktive Militärpersonen und 3 500 Angehörige. Ferner wurden Tabellen zu- sammengestellt, die einen Einblick in die Gliederung der Erwerbstätigen nach Berufs- und Erwerbsklassen vermitteln sollten.

In die staatliche Zählungsliste, die gegenüber der von 1864 stark erweitert war, waren vom Haushaltsvorstand Name, Geschlecht, Alter, Religionsbekenntnis, Familienstand, Beruf, Staatsangehörigkeit, Art des Aufenthaltes am Zählungsort (als Gast, Reisender usw.) und *besondere Mängel einzelner Individuen* (blind, taubstumm usw.) für jedes Haushaltsmitglied einzutragen. Hinzu kam eine Extra- Zählungsliste für Anstalten.

Die Kosten dieser Zählung einschließlich der Diäten und der des Drucks des Berichts beliefen sich nach Abzug des auf die Polizei entfallenden Kostenanteils auf ganze 6 543 Taler.

Die Angaben der Haushaltslisten wurden auf einzelne für je eine Person bestimmte Zählblättchen, die sogenannten Zählungskarten, übertragen, und mit deren Hilfe wurden nach entsprechender Sortierung die Tabellen erstellt.

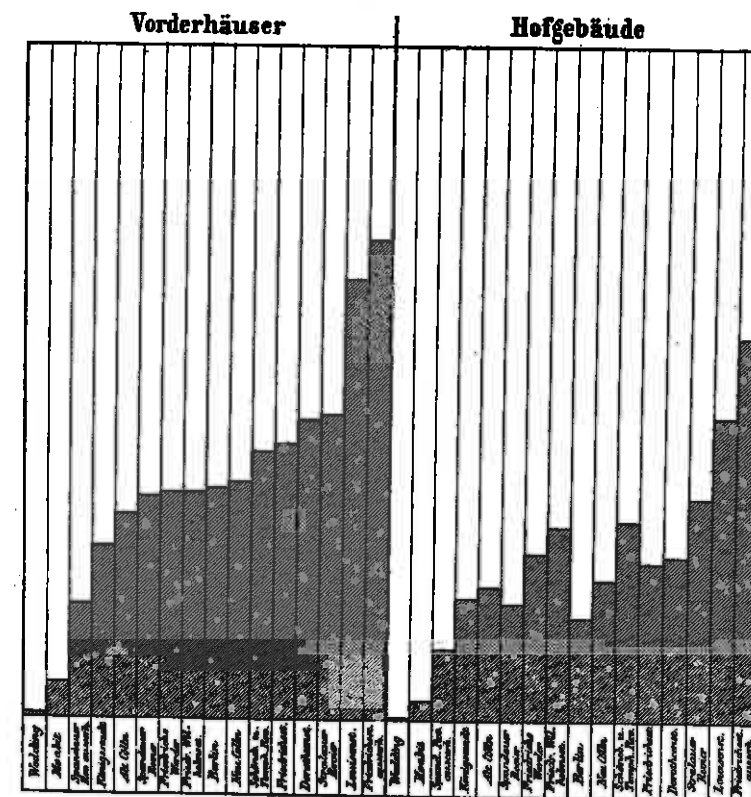
Die Ergebnisse der Volkszählung von 1867 wurden von Schwabe bearbeitet und erschienen mit einem »Bericht der städtischen Volkszählungs-Commission über die Ausführung der Zählung« sowie einer Sammlung von 24 graphischen Er- weiterungen des *diesmaligen Berichts* bezeichnet. Er fügte hinzu, daß sie zu Detailstudien anregen, die Statistik populärer machen und ihr eine ästhetische Färbung geben sollten. Er stellte sogar den Programmpunkt der nächsten Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses, »La méthode graphique dans la statistique est éminemment propre à populariser et à vulgariser la science«, diesem Ergebnisband voran.

Der dreijährige Turnus, in dem die Volkszählungen vorgenommen worden waren, wurde durch den Krieg von 1870/71 gestört. Aber noch in dem Jahre, in dem der Frieden geschlossen wurde, führte man die erste Nachkriegsbestands- aufnahme der Bevölkerung durch. Im übrigen war man nach der Reichsgründung nicht mehr in dem Maße an die Innehaltung des alten Turnus gebunden, ent- fielen doch nun die erwähnten finanzpolitischen Rücksichten im Hinblick auf den Anteil Preußens an den Zollvereinsentnahmen.

Eine der ersten Graphiken des Amtes  
(Volkszählungsbericht 1867, Tafel 15)

## Die Wasserleitung.

Darstellung des Verhältnisses,  
in welchem die einzelnen Stadttheile mit  
Wasserleitung versehen sind.



*Erläuterung: Die Stadttheile sind geordnet nach der Stärke wie der die Wasserleitung in den Vorderhäusern auftritt. Der schraffierte Raum stellt das mit Wasserleitung versehene Terrain dar; der weiße Raum zeigt, welches Gebiet noch zu versorgen ist.*

In die Zeit Schwabes fällt auch der vorläufige Abschluß der Bemühungen, das Statistische Bureau in den organisatorischen Aufbau der städtischen Verwaltung einzufügen. Das neugegründete Bureau wurde dem Magistrat untergeordnet. Außerdem wurde im Jahre 1869 eine Gemischte städtische Deputation für Statistik gebildet.

Der Magistrat gab dieser Deputation die Instruktion vom 31. Dezember 1870, die in etwas umständlicher Form ihr Verhältnis zum Statistischen Bureau und darüber hinaus die Stellung beider gegenüber dem Magistrat regelte. Die Deputation hatte die statistischen Einrichtungen, Erhebungen und Aufstellungen zu beraten und hierüber gutachtlich zu beschließen. Im einzelnen wurde festgelegt, daß *außerordentliche Erhebungen, welche nicht in den Grenzen der städtischen Verwaltung selbst eingeschlossen waren, nicht angeordnet würden, ohne die Deputation vorher gutachtlich zu hören.* Auch Anträge des Statistischen Bureaus auf Durchführung von Erhebungen oder auf Vervollständigung des statistischen Materials durch Mitwirkung der verschiedenen Verwaltungen waren der Deputation zur gutachtlichen Beschlußnahme vorzulegen. Ferner mußten die Einrichtungen und Arbeiten des Statistischen Bureaus der Deputation zur Kenntnis gebracht werden; diese hatte dann hierüber Beschlüsse zu fassen, die für das Statistische Bureau maßgebend waren. Hierzu zählten z. B. Anordnungen, die auf die Vervollständigung, Sammlung und Beschaffung von statistischem Material gerichtet waren, desgleichen solche, die getroffen werden sollten, um das vorhandene Zahlenmaterial weiter zu bearbeiten oder in den bisherigen Veröffentlichungen eine Änderung eintreten zu lassen, auch die Planung größerer Veröffentlichungen gehörte dazu. Angelegenheiten der Organisation des Statistischen Bureaus und seines Personals mußten von der Deputation begutachtet werden. Im übrigen sollte der Magistrat mit dem Statistischen Bureau unmittelbar verkehren. Aufträge der Verwaltungsdeputationen an das Statistische Bureau sollten an den Magistrat gerichtet werden. Das Statistische Bureau hatte ferner Anforderungen anderer Behörden um Auskunft oder um Nachweisungen vor ihrer Erledigung dem Magistrat anzuzeigen. Dem Leiter des Statistischen Bureaus verblieb demnach, Anordnungen über Angelegenheiten zu treffen, die weder die bereits bestimmten Arbeiten noch die Aufträge des Magistrats bzw. der Verwaltungsdeputationen betrafen.

Die Deputation für Statistik wurde auf Antrag des Magistrats vom 16. April 1867 bzw. vom 19. Dezember 1868 und auf den dann bald folgenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Januar 1869 hin gebildet. Ihr gehörten der Oberbürgermeister als Vorsitzender, ferner 2 Magistratsmitglieder und 4 Stadtverordnete als Mitglieder an; 1875 wurde noch der damalige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann zusätzlich in die Deputation gewählt. Bezeichnend für das nun wohl wachgewordene Interesse, das die Stadtväter der damaligen Zeit — und zwar die Vertreter beider kommunaler Organe — an den statistischen Arbeiten zeigten, ist es, daß als Vorsitzende der Deputation u. a. die Oberbürgermeister Seydel, Hobrecht und von Forckenbeck fungierten. Von den Magistratsmitgliedern saßen Männer wie die Stadträte Duncker und Gilow als Mitglieder in der Deputation. Aus dem Kreise der Stadtverord-

neten seien Neumann und Virchow genannt, die der Deputation über 3 Jahrzehnte angehörten. Diese Deputation kann als Vorläuferin des heutigen 7köpfigen Statistischen Landesausschusses Berlin angesehen werden, der über die Notwendigkeit neuer statistischer Vorhaben zu befinden hat.

### Neuartige Zählkarten bei der Volkszählung 1871

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1871 wurde in Berlin wieder von einer besonderen Kommission geleitet. Beim Zählgeschäft wirkten auch diesmal ehrenamtliche Kräfte mit, und zwar 7000 Zählungsrevisoren und 2000 Distriktskommissare. Der Direktor des Berliner Statistischen Bureaus wurde zum Mitglied der Zentralkommission berufen, der die Leitung der Volkszählungen im preußischen Staat oblag.

Das Fragenprogramm wies abermals einige Erweiterungen gegenüber den vorangegangenen Zählungen auf. So wurde auf der Grundstückskarte zusätzlich nach den bebauten Grundstücken mit Gärten gefragt. Weitere neue Fragen betrafen den Geburtsort und die Dauer der Anwesenheit der Bevölkerung sowie den Schulbesuch. Wiederum beschäftigte man sich eingehend mit den Wohnungen. Auf einer besonderen Karte für die Wohnverhältnisse wurde u. a. nach den nicht heizbaren Zimmern, nach den Wohnungen mit WC und nach solchen mit Geschäftsräumen gefragt. Der Begriff Haushaltung wurde neu festgelegt: die Haushaltung war nun nicht mehr mit Wohngemeinschaft oder Wohnungs-Genossenschaft im weiteren Sinne, die alle in einer direkt ermieteten Wohnung wohnenden Personen umfaßt, identisch, vielmehr wurden jetzt z. B. Haushalte, die zu zweit oder zu mehreren in einer Wohnung lebten, gesondert als solche gezählt. Außerdem galten einzeln lebende selbständige Personen, die eine besondere Wohnung innehatten und eine eigene Hauswirtschaft führten, ebenfalls als Haushaltung.

An Stelle der bisher üblichen Haushaltslisten wurden erstmals Individualzählkarten benutzt. Offenbar war man zu dieser Neuerung dadurch gekommen, daß man nach einem Wege suchte, wie sich die Mühe der Übertragung der Angaben von der Haushaltsliste auf die oben erwähnten bei der Aufbereitung der Ergebnisse der Volkszählung von 1867 eingeführten Zählungskarten ersparen ließe. Es lag nahe, wie Bruch in seiner Abhandlung »Über Princip und Resultat der letzten Volkszählung«<sup>\*)</sup> sagt, die Zählblättchen in Form von Personenzählkarten den Leuten gleich in die Hand zu geben, um darauf die Eintragungen in origine zu machen. Zwar sah man in diesem Verfahren einen Fortschritt, weil die Individualisierung nunmehr zu dem Individuum selbst, der einzelnen Person, und damit allerdings an der Gränze des Erreichbaren angekommen war, aber schon Bruch klagt über die ungefüge chaotische Masse von Zählkarten, die der manuellen Aufbereitung doch wohl erhebliche Schwierigkeiten bereitete.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1871 konnte Schwabe noch kurz vor seinem Ableben veröffentlichen. Er bearbeitete den Band selber und stellte ihm wieder einige graphische Darstellungen voran.

Die temperamentvollen, oft eigenwilligen und bisweilen herausfordernden Betrachtungen, mit denen Schwabe dem Leser die Problematik der Zahl nahezubringen versuchte, lassen seine Beiträge auch heute noch reizvoll erscheinen. Meist sind es soziale Probleme, wie beispielsweise die Frauenemanzipation oder die Teilnahme der Frauen an der Arbeit, die ihn verlocken, sich über die damals aktuellen Fragen auszulassen und dabei Geister, wie Plato, Locke, Mill, Voltaire oder Schopenhauer heraufzubeschwören — alles, um das Für und Wider gegenüberzustellen und dann mit seiner höchst subjektiven Meinung nicht hinter dem Berge zu bleiben.

Die Schriften Schwabes stießen im allgemeinen auf ein großes Interesse, und er betätigte sich auch des öfteren als geschickter und beliebter Vortragsredner, z. B. bei Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine, wie des Berliner Handwerkervereins oder des Vereins der jungen Kaufleute. Über das Thema »Kellerwohnungen« hielt er seinen letzten Vortrag auf dem Gesundheitspflegekongreß in Danzig. Er verfaßte auch allgemeinbildende Beiträge für Zeitschriften, wie den »Arbeiterfreund«, die Zeitschrift des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Es blieb aber auch nicht aus, daß Verwaltungsstellen und außerhalb der städtischen Verwaltung Stehende manchen Abhandlungen und Teilen der ebenfalls in den Jahrbüchern veröffentlichten Abschnitte »Berliner Chronik« mit Argwohn gegenüberstanden, weil sie ihnen nicht genehme Tendenzen enthielten. So war Schwabe als Herausgeber der Jahrbücher gelegentlichen Angriffen ausgesetzt, obwohl er sie mit seinen eigenen Beiträgen am allerwenigsten verursacht hatte.

### Beziehungen zur amtlichen Statistik in anderen Ländern und Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses 1863 in Berlin

Schon bevor Schwabe die Leitung des Statistischen Bureaus übernommen hatte, bestanden Beziehungen der Berliner zur internationalen Statistik. Über die bei der Volkszählung von 1861 von Berlin eingeführten Neuerungen wurde — wie bereits erwähnt — dem Internationalen Statistischen Kongreß (Verband der Statistiker), der seine 5. Tagung vom 4. bis zum 12. September 1863 in Berlin abhielt, von Neumann berichtet. Schwabe selbst, der an der Durchführung der Volkszählung in Berlin von 1861 und auch an der Auswertung ihrer Ergebnisse noch nicht beteiligt war, hatte seine Fühler nach der Auslandsstatistik schon vor seinem eigentlichen Übertritt in die Berliner Dienste ausgestreckt. Im Auftrage des Magistrats reiste er im Sommer 1862 nach London, Paris und Brüssel, um sich über die statistischen Einrichtungen dieser Städte zu unterrichten und um den Austausch statistischer Veröffentlichungen und sonstiger die Berliner Verwaltung interessierender Schriften anzubahnen. Über Eindrücke und Ergebnisse dieser Reise erstattete er einen eingehenden Bericht. Von praktischer Bedeutung für seine spätere Tätigkeit im Statistischen Bureau der Stadt Berlin war die Beschäftigung mit den Verhandlungsergebnissen des Internationalen Statistischen Kongresses, die er ebenfalls noch vor 1865 übersetzte. Insbesondere griff er die auf der Pariser Tagung von 1855 beschlossenen Richtlinien zur Führung einer Statistik der Großstädte auf, die er bei der Abfassung seines

\*) »Berlin und seine Entwicklung, Statistisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik«, 6. Jahrgang 1872, S. 5.

bereits erwähnten Planes über eine Statistik von Berlin verwertet haben dürfte. Auch während seiner Amtsleitertätigkeit hielt er die Verbindungen zur internationalen Statistik und zu anderen statistischen Ämtern der deutschen Länder aufrecht. Im Jahre 1872 unternahm er noch eine Reise nach St. Petersburg, um an der vorletzten Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses teilzunehmen. Hier wurde von ihm und von Körösi erstmals die Frage der Herausgabe eines internationalen Jahrbuches der Städte vorgebracht<sup>10)</sup>. Der 1853 gegründete Internationale Statistische Kongreß scheiterte 1878 an seinen Bestrebungen, die amtliche Statistik der einzelnen Länder zu beeinflussen. Nach wenigen Jahren (1885) wurde dann das Internationale Statistische Institut gegründet.

In diesem Zusammenhang dürfte es interessieren, daß zu der Zeit, als das Berliner Statistische Bureau gebildet wurde, schon eine ganze Reihe von staatlichen statistischen Ämtern im In- und Ausland bestand. U. a. wurden von 1848 bis 1861 Statistische Ämter in 14 Staaten eingerichtet, und zwar in Holland (1848), Bern (Kanton) und Toskana (1849), Sachsen (1850), Mecklenburg-Schwerin (1851), Baden (1852), Braunschweig (1854), Oldenburg und Schottland (1855), Rußland (1858), Sachsen-Koburg-Gotha (1859), Schweiz (1860), Hessen und Argentinien (1861)<sup>11)</sup>. Hinzu kommen das Preußische Statistische Bureau (1805), die Ämter in Bayern (1808 bzw. 1833) und Bremen (1850) sowie die statistischen Dienststellen in zahlreichen anderen Ländern, die noch nicht selbständige Ämter mit eigenen wissenschaftlich vorgebildeten Leitern darstellten. Das Central-Bureau des Zollvereins in Berlin wurde im Jahre 1833 gegründet und am 23. Juli 1872 durch das Kaiserliche Statistische Amt ersetzt.

Nach Schwabes frühem Tode am 19. Oktober 1874 konnte die Frage seiner Nachfolge nicht von heute auf morgen geregelt werden. Daher wurde zunächst der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. jur. et phil. Huppé mit der interimistischen Leitung des Statistischen Bureaus betraut, die er von Oktober 1874 bis Juni 1875 innehatte. Huppé gab den 2. Jahrgang des Berliner Städtischen Jahrbuches für Volkswirtschaft und Statistik mit den Angaben für 1873 heraus und gestaltete diesen Band nach neuen Gesichtspunkten. Er kam zu der Erkenntnis, daß die in den Jahrbüchern bisher veröffentlichten, teilweise recht umfangreichen und überwiegend textlichen Abhandlungen im Grunde einen wesensfremden Bestandteil in einem statistischen Jahrbuch darstellten, weil sie — so anregend und allgemein unterrichtend sie auch waren — doch oft keine im Amt erarbeiteten Ergebnisse enthielten und bisweilen nur wenige Beziehungen zu Berlin aufwiesen. Er verzichtete deshalb auf die »Abhandlungen« und nahm statt dessen Böckhs Nachruf auf Schwabe in den 2. Jahrgang auf. Deutlicher zeichnete sich jetzt der Wunsch, das Jahrbuch zu einem ausschließlich statistischen Organ werden zu lassen, dadurch ab, daß der übrige Inhalt des Jahrbuches »Amtlicher Teil« genannt wurde. Dieser enthielt einen statistischen und einen volkswirtschaftlichen Abschnitt, der inhaltlich die bisherige »Berliner Chronik« sowie die Materialien der Verwaltungsberichte der verschiedenen Deputationen umfaßte.

### 3. Die klassische Zeit der Berliner Statistik (1875 bis 1920)

<sup>10)</sup> Vgl. M. H. Bunte »Die internationale Statistik der Großstädte« in »Internationale Städtestatistik«, herausgegeben vom Verband Deutscher Städtestatistiker, Saarbrücken 1958.

<sup>11)</sup> Artikel »Statistik« von Zahn im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, S. 888.

Der zweite Leiter des Statistischen Bureaus, Richard Böckh, vollendete, was von Schwabe an statistischen Vorhaben eingeleitet oder erst geplant war. Darüber hinaus konnte Böckh als Wissenschaftler, geübter Mathematiker und vor allem als strenger Methodiker die Berliner Statistik in ihrem Inhalt so vertiefen und sie in eine so gültige — fast möchte man sagen: endgültige — Form bringen, daß er mit Recht als ihr Altmeister bezeichnet wird. In ihm vereinigten sich Verstandesschärfe, Schaffenskraft und menschliche Größe zu seltener Harmonie. Seine Arbeiten beeinflussten nicht nur die Entwicklung der Berliner, sondern wesentlich auch die der amtlichen Statistik überhaupt.

Die Bedeutung seines fruchtbaren Wirkens liegt darin, daß er die statistische Berichterstattung beträchtlich ausdehnte und aus seinen Arbeiten eine Fülle neuer Erkenntnisse gewann. Er förderte namentlich das weite Gebiet der Bevölkerungsstatistik und führte hier bahnbrechende Arbeiten aus. Erfolgreich trat er auch für eine weitergehende Gliederung des Tatsachenmaterials ein. Seine Berichte über die Volkszählungen sind Standardwerke, die Jahrzehnte hindurch Vorbilder für spätere Auswertungen waren. Wichtige neue Arbeitsgebiete, vor allem sozialstatistischer Art, wurden von ihm in Angriff genommen.

Böckhs Erzeugnisse strahlen, da er Äußerungen der Leidenschaft keinen Raum gibt, im Gegensatz zu seinem freimütigeren Vorgänger eine gewisse Kühle aus, die der reifen Erfahrung eigen ist. Nur selten spürt man in seinen Schriften die ihm nachgerühmte Wärme des Gefühls, wohl aber offenbart sich in seinen Werken immer wieder das rastlose Suchen nach neuen Erkenntnissen und der Wahrheit. Seine Persönlichkeit fand in den Veröffentlichungen überall ihren Niederschlag, und sie bestimmte die Arbeiten des Amtes auch in der Folgezeit so nachhaltig, daß es gerechtfertigt ist, das Jahr 1875, in dem er die Nachfolgerschaft Schwabes antrat, als Beginn eines neuen Zeitabschnittes in der Entwicklung der Berliner Statistik anzusehen.

#### Im Juni 1875 wird Richard Böckh Leiter des Statistischen Bureaus

Als Sohn des Philologen, Altertumsforschers und Professors an der Berliner Universität, August Böckh<sup>13)</sup>, wurde Richard Böckh am 28. März 1824 in Berlin geboren. Nach dem ersten juristischen Examen trat er am 20. Oktober 1845 als Kammergerichtsauscultator (Kammergerichtsreferendar) in den preußischen Staatsdienst. Im Frühjahr 1847 ging er als Regierungsreferendar zur Regierung in Potsdam, 1849 in gleicher Eigenschaft zur Regierung in Erfurt. Böckh bestand im Frühjahr 1852 das Regierungsassessorexamen und trat nach einer Auslandsreise im Oktober 1852 in das Königliche Preussische Statistische Bureau ein,

<sup>13)</sup> Nach August Böckh (1785 bis 1867) wurde die im heutigen Verwaltungsbezirk Kreuzberg gelegene Böckhstraße benannt; er war Ehrenbürger von Berlin und Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

dessen Leiter sein von ihm sehr verehrter Lehrer Professor Dieterici war. Schon im Jahre 1855 trennte er sich von diesem Bureau, um für 6 Jahre zur Regierung in Potsdam überzutreten. Er kehrte 1861 in das nun von Engel geleitete Preußische Statistische Bureau zurück und wurde 1864 Regierungsrat. Seine Tätigkeit in Berlin wurde in den Jahren 1864 und 1871 durch seine Abordnung nach Schleswig bzw. Straßburg im Elsaß unterbrochen, wo er nach Beendigung der Kriege die ersten Volkszählungen in den neu gewonnenen Gebieten zu leiten hatte. Im Juni 1875 wurde er zum Leiter des Berliner Statistischen Bureaus berufen und übte diese Tätigkeit 28 Jahre lang aus, bis er Ende 1902 im Alter von 78 Jahren in den verdienten Ruhestand trat. Einige Jahre nach seinem Eintritt in die städtischen Dienste erhielt Böckh eine außerordentliche Professur an der Berliner Universität (1881), kurz danach ernannte ihn die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen in Würdigung seiner Verdienste um die Bearbeitung der Ergebnisse der Berliner Volkszählung von 1875 und um seine nationalitätsstatistischen Arbeiten zum Ehrendoktor. Im Jahre 1885 wurde Böckh Geheimer Regierungsrat. 10 Jahre später (1895) wurde er zur 50. Wiederkehr des Tages seines Eintritts in den preußischen Staatsdienst Ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität. Auch zu seinem 80. Geburtstag wurden Böckh Ehrungen zuteil. Im Namen der Universität beglückwünschte ihn der damalige Rektor, der Geograph Freiherr von Richthofen; bei dieser Gelegenheit richtete auch der Dekan der philosophischen Fakultät, der Physiker Max Planck — Böckhs Neffe —, eine Ansprache an den Jubilar. Böckh lehrte auch noch nach seiner Pensionierung; wenige Tage vor seinem Tode hielt er die letzte Seminarübung in seiner Wohnung ab. Als 83jähriger verschied er nach kurzem Krankenlager am 5. Dezember 1907.

### Frühere statistische Arbeiten Böckhs

Schon bevor Böckh seine Stellung als Leiter des Statistischen Bureaus angetreten hatte, war er durch seine zahlreichen Veröffentlichungen über bevölkerungs-, nationalitäts- und sozialstatistische Fragen als Kapazität anerkannt. So hatte er u. a. Arbeiten über die Anzahl und Dichtigkeit der Bevölkerung von Frankreich, England und Preußen, über die Methoden der Volkszählung und über Themen herausgebracht, die bei dem damaligen Streben der Deutschen nach nationaler Einheit besonders zeitnah waren, wie etwa »Die statistische Bedeutung der Volkssprache als Kennzeichen der Nationalität« oder »Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten« (1869), ein Werk, das sich nach dem Urteil Moltkes durch eine außergewöhnliche Beherrschung des Stoffes auszeichnete und dessen man sich nach dem Kriege von 1870/71 bei der Festlegung der Grenze Elsaß-Lothringens gegen Frankreich bediente.

Von bleibendem Wert — und immer wieder als nützliche Quellen verwendet — sind auch seine historischen Studien. Im Auftrage des Königlichen Statistischen Bureaus verfaßte er als Festgabe für den 1863 in Berlin tagenden Internationalen Statistischen Kongreß seine Schrift über »Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des Preußischen Staates«. Dieses inhaltvolle Werk

schildert die statistischen Aufnahmen von der Zeit des Großen Kurfürsten bis 1800 und behandelt dann die Entwicklung des Königlichen Statistischen Bureaus und seiner Arbeiten von Krugs 1805 erschienenen »Betrachtungen über den Nationalreichtum«, die den Anlaß zur Bildung dieses Amtes gaben, bis zu seinem nachmaligen Direktor Dieterici. Ein eindrucksvoller Beweis für seine Fähigkeit, das Geschehen in seinem geschichtlichen Ablauf knapp und doch erschöpfend darzustellen, ist auch die Schilderung der historischen Entwicklung der Volkszählungen in Preußen seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts, die er seinem Bericht über die Ergebnisse der Volkszählung in Berlin von 1875 vorangestellt hatte.

### Böckhs wissenschaftliche Betrachtungsweise der Statistik

Das Schaffen Böckhs als Leiter des Berliner Statistischen Bureaus stand wie sein vorheriges Wirken unter den Leitgedanken Wahrheit und Wissenschaftlichkeit. Die Wirklichkeit sollte unbefangen durch Zahlen klargelegt werden, man müsse sie studieren und daraus die Wahrheit entwickeln, so ergäbe sich schon der erste Schritt zur Besserung der Wirklichkeit. Böckhs Wissenschaftlichkeit umfaßte das Streben nach Objektivität und die logische und tiefe Durchdringung des Zahlenstoffes. Er gliederte die Zahlen manchmal bis an die Grenze des Möglichen und stellte ihnen andere in bisher unerreichter Vielseitigkeit gegenüber. Er bezog auch Gegenstände, die bis dahin nur in elementarer Weise behandelt oder erst neu aufgenommen waren, in die höhere Statistik ein. Unter *wissenschaftlicher Statistik* — eine Bezeichnung, deren er sich mit Vorliebe bediente — verstand Böckh die Anwendung einwandfreier Methoden und im besonderen das zweckmäßige Inbeziehungsetzen, das »Reduciren« einer statistischen Masse auf eine andere. Immer wieder begegnen wir in seinen Veröffentlichungen eindringlichen Hinweisen auf die entscheidende Bedeutung der Reduktion, die allen logischen Ansprüchen genügt.

### Wahrung der städtestatistischen Interessen

Obwohl aus der *staatlichen Statistik* hervorgegangen, hatte Böckh eine hohe Meinung von den *städtestatistischen Aufgaben*. Er widersprach der Ansicht, daß die staatliche Statistik die allein mögliche sei und hielt dieser *beschränkten Auffassung* die Tatsache entgegen, daß die Städtestatistik seit den 60er Jahren erfolgreich ausgebaut worden sei. Gerade sie sei daher vorzugsweise *im Stande, in dem Verfolgen allgemeiner Fragen bis in's Einzelne, und in der Gewinnung des Allgemeinen aus dem Einzelnen die der Statistik zu Grunde liegende Idee zu verwirklichen*. Über das von der Berliner Statistik bisher Geleistete wurde in einem vom Magistrat an den preußischen Minister des Innern gerichteten Schreiben vom 16. September 1880, das vermutlich von Böckh entworfen war, u. a. folgendes ausgeführt:

*Die Stadt Berlin ist ohne äußere Anregung und selbständig vor 19 Jahren mit der Reform des Volkszählungswesens dem ganzen Staate und Reich vorangegangen und hat den Grund zu einem dem Prinzip der Selbstverwaltung*

entsprechenden, die Zuverlässigkeit der Zählungsergebnisse wesentlich erhöhen- den Zählungsverfahren gelegt. Die Stadt Berlin hat gleichzeitig und in Verbindung mit der Volkszählung die Statistik der Wohnungs- und Hausstands- verhältnisse in einer Weise cultivirt und seitdem dauernd fortgebildet, wie bisher an keiner anderen Stelle geschehen ist. ... Die Stadt Berlin hat ferner seit Gründung ihres statistischen Bureaus, wiederum in Verbindung mit den Volkszählungen, eine Cultur der Bevölkerungsstatistik eintreten lassen, welche in tabellarischer Combination der verschiedenen Gesichtspunkte gleichfalls über die Leistungen der meisten statistischen Bureaux und namentlich des Königlichen Bureaus weit hinausgegangen ist; sie hat endlich zuerst, und bis jetzt allein von allen statistischen Bureaux bei ihren bevölkerungsstatistischen Auszählungen ein rationelles, die Zuverlässigkeit derselben sicherndes System zur Anwendung gebracht<sup>13)</sup>.

Über die Arbeiten des Bureaus meinte Böckh, daß es, wenn es künftig seiner Aufgabe ganz genügen solle, grundsätzlich alle statistischen Aufnahmen, die mehr seien als die Notierungen ressortmäßiger Buchführung, in seiner Hand vereinigen und von der untersten Erhebung bis zur letzten wissenschaftlichen Durcharbeitung hinauf nach den in der Statistik geltenden Prinzipien ins Werk setzen müsse. Böckh tat sein möglichstes, um dieses anspruchsvolle Ziel zu verwirklichen: er erweiterte das Arbeitsprogramm des Bureaus ständig und gab die notwendigen Anweisungen zur Durchführung der zum Teil sehr umfangreichen und zeitraubenden Berechnungen und manuellen Aufbereitungen. Er trat auch für den organisatorischen Zusammenschluß der deutschen städtestatistischen Ämter ein.

#### Vier Veröffentlichungsreihen des Statistischen Bureaus

Die Arbeiten, die das Amt unter Böckhs Leitung herausbrachte, lassen die intensive Tätigkeit Böckhs und den Einfluß auf die ansehnliche Zahl seiner wissenschaftlichen Helfer, die vor allem an den Arbeiten für das Statistische Jahrbuch beteiligt waren, erkennen.

Das Amt gab zu Böckhs Zeit im wesentlichen vier Veröffentlichungsreihen heraus: das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin, die Berichte über die Volkszählungen und die sonstigen großen Erhebungen sowie die wöchentlichen bzw. monatlichen Statistischen Beilagen zum Communalblatt; hinzu kamen noch die seit 1884 regelmäßig erschienenen Veröffentlichungen über die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin.

Vornehmlich zur schnellen Unterrichtung der Verwaltung lieferte das Bureau statistische Beilagen unter der Bezeichnung »Veröffentlichungen des statistischen Bureaus der Stadt Berlin« zu dem vom Magistrat herausgegebenen »Communalblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin für die gesamte Gemeinde-Verwaltung und communale Interessen«. Die wöchentlichen Beilagen (Wochenberichte) enthielten z. B. Zahlen über die Bevölkerungsbewegung, ferner über die

Witterungsverhältnisse und den Spreewasserstand, die monatlichen Beilagen (Monatsberichte) umfaßten außerdem Angaben über Krankheits- und Sterbefälle in städtischen Krankenhäusern und über epidemische Erkrankungen im Bereich der Armenkrankenpflege. Als Böckh die Leitung des Statistischen Bureaus übernommen hatte, vereinfachte er die Beilagen, andererseits erweiterte er sie erheblich, namentlich durch bevölkerungsstatistische Daten. Er benutzte die Beilagen auch, um die Verwaltung mit anderen wichtigen Ergebnissen der Amtsbearbeitung bekanntzumachen; so veröffentlichte er an dieser Stelle seine aus den Sterbefällen des Jahres 1877 entwickelte Sterblichkeitstafel der Stadt Berlin.

Mit der Herausgabe des Statistischen Jahrbuchs verfolgte Böckh von Anfang an das Ziel, jährlich einen systematischen Abriss und Überblick der Berliner Statistik zu geben, und zwar wollte auch er nicht nur Zahlenübersichten, sondern zugleich die notwendigen textlichen Erläuterungen dazu liefern. Dies empfahl sich, weil damals noch keine regelmäßigen Veröffentlichungen erschienen, die — wie es heute üblich ist — die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgebiete mit Kommentaren den interessierten Stellen unterbreiteten.

Böckh konnte sich rühmen, daß das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin über den gewöhnlichen Inhalt eines Jahrbuches weit hinausging: einmal *nach unten hin*, indem es neben den fertig vorliegenden Tabellen auch zahlreiche Angaben aus dem Berliner Vereinsleben brachte, in dem kaum die Anfänge einer Statistik zu finden waren, und zum anderen, weil er infolge des größer gewordenen Bedürfnisses nach statistischen Zahlen den Lesern des Jahrbuches die wissenschaftlichen Ergebnisse zugänglich machte. Wissenschaftliche Methoden sollten auch bei den im Jahrbuch veröffentlichten Tabellen angewandt werden, denn ohne sie würden statistische Jahrbücher mehr dem Irrtum als der Wahrheit dienen. Als Endziel schwebte Böckh vor, die statistischen Grundsätze in allen Zweigen menschlicher Tätigkeit systematisch durchzuführen. Daß dies nur schrittweise zu erreichen war, erkannte Böckh selber, und es klingt fast resignierend, wenn er einmal gestand, daß es schon genüge, wenn nicht das mühsam Erworbene bei irgendeiner Änderung wieder verloren gehe.

Nur zu einem kleinen Teil stammten die zur Veröffentlichung bestimmten Übersichten aus dem im Statistischen Bureau selbst anfallenden Material. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um bevölkerungsstatistische Unterlagen und um die Ergebnisse der Volks- und der übrigen Großzählungen, war doch zu jener Zeit die Bevölkerungsstatistik die eigentliche Domäne der Statistischen Ämter. Ein beträchtlicher Teil des Zahlenmaterials wurde den Geschäftsstatistiken von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden entnommen. Diese Stellen lieferten fertige statistische Zusammenstellungen oder überließen dem Bureau das Urmaterial zur Anfertigung von Tabellen. Aber auch Verwaltungsberichte und andere Unterlagen wurden ausgewertet. Folgende Stellen unterstützten in Böckhs ersten Amtsjahren die Arbeiten des Bureaus vor allem: das Königliche Polizeipräsidium, das Landgericht, die Verwaltungen der Eisenbahn, der Post und des Telegrafendienstes, die Steuerverwaltung, die Veranlagungskommission, die Hauptsteuerämter, die Gefängnisse und schließlich das Kaiserliche Statistische Amt sowie das preußische Königliche Statistische Bureau.

<sup>13)</sup> »Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 1. December 1880 in der Stadt Berlin«, 1. Heft, Berlin 1883, Seite 7.



Geschäftsstatistiken der städtischen Verwaltungen standen zwar reichlich zur Verfügung, doch war der Wert eines Teiles dieser Aufstellungen für die Statistik des Amtes dadurch beeinträchtigt, daß ihr Inhalt oder ihre Form häufig wechselten oder daß sie nicht regelmäßig geliefert wurden. Andererseits wurden Böckhs Bemühungen, Zahlenunterlagen städtischer Stellen zu erhalten, von der Deputation für Statistik und den Leitern der Fachverwaltungen wirksam unterstützt.

Um das Jahrbuch vielseitiger zu gestalten, versuchte Böckh, auch von Anstalten, Vereinen und Vereinigungen Zahlenmaterial zu bekommen. Vereinsangaben spielten — wie bereits angedeutet — damals als Quelle für die Städtestatistik eine bedeutende Rolle, weil wichtige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie z. B. die Armen- und Krankenpflege, die Gesundheitspflege, das Wohlfahrtswesen, aber auch das Unterrichts- und Bildungswesen besonders noch in Böckhs Anfangszeit weit mehr, als dies später der Fall war, von privaten Einrichtungen getragen wurden. Umfangreiches Material bezog das Amt auch von Genossenschaften, Spar- und Vorschußvereinen, ferner von Vereinen zur gegenseitigen Unterstützung der Mitglieder sowie von Gewerkvereinen und Innungen.

#### **Anpassung des Statistischen Jahrbuchs an die steigenden Informationsbedürfnisse und erste Versuche mit einer Groß-Berliner Statistik**

Das Statistische Jahrbuch, dessen erster von Böckh bearbeiteter Jahrgang für 1875<sup>14)</sup> nur 198 Seiten umfaßte, wuchs trotz des Vorsatzes, seinen Umfang in Grenzen zu halten, mit der Zeit erheblich an: der Jahrgang für 1898 wies beispielsweise über 600 Seiten auf. Diese Erweiterung ist nicht nur auf das steigende Bedürfnis der Verwaltung und der Öffentlichkeit nach vielseitigen Statistiken zurückzuführen, sondern auch darauf, daß dem Bureau immer mehr Material zufließte und daß Böckhs Arbeiten insbesondere auf bevölkerungsstatistischem Gebiet einen zunehmenden Raum beanspruchten, zumal der Herausgeber wegen der häufigen Mißdeutungen seiner Ergebnisse auf die Wiederholungen der eingehenden Erläuterungen namentlich zu seinen Sterblichkeitstabellen und den Tabellen zur Todesursachenstatistik nicht verzichten wollte.

Böckh erkannte, daß die Ausdehnung der Berliner Statistik auf die umliegenden Gemeinden bei der bevölkerungsmäßigen Zunahme und der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung Berlins sowie seiner Nachbarorte immer dringlicher wurde: je größer die Agglomeration der Hauptstadt werde, um so mehr werde die Statistik, die sich nur auf das Stadtgebiet von Berlin beschränke, ein Torso sein. Skeptisch beurteilte er aber die Aussichten für eine solche Erweiterung, ohne daß gleichzeitig das Ressort seines Amtes entsprechend ausgedehnt werde. Die Aufnahme einiger Angaben aus den bei anderen Behörden vorgenommenen Aufzeichnungen in das Berliner Jahrbuch bezeichnete er als einen kümmerlichen Notbehelf. Tatsächlich beschränkten sich die Übersichten, die er mit Zahlen über bei Berlin gelegene Gemeinden im

<sup>14)</sup> Dieses im Jahre 1877 erschienene Jahrbuch führte noch den Titel »Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik« (3. Jahrgang). Mit dem 1878 erschienenen 4. Jahrgang mit Angaben für das Jahr 1876 begann dann die Reihe der »Statistischen Jahrbücher der Stadt Berlin«.

Jahrbuch veröffentlichte, auf die Sterbefälle nach der Todesursache, deren Auszählung das Virchowsche Todesursachenschema zugrunde gelegt war, und auf Zahlen, die den Mitteilungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes entnommen wurden. Die Auszählung der Sterbefälle nach Todesursachen wurde seit 1880 in Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Tempelhof, Rixdorf, Treptow, ferner in Stralau, Rummelsburg, Lichtenberg, Weißensee, Heinersdorf, Pankow und Reinickendorf vorgenommen. Bald mußten diese Zusammenstellungen aber auf Charlottenburg und die Gemeinden der Barnimer Seite beschränkt werden, weil dem Kreisphysikus des Kreises Teltow nicht mehr gestattet wurde, die von den dortigen Standesämtern ausgefertigten Sterbefallkarten einzusehen. Trotzdem vertrat Böckh weiter die Ansicht, daß sich die Statistik über die Berliner Weichbildgrenze hinaus mit dem Gesamtgebiet der Agglomeration zu befassen habe, und zwar müsse sie sich möglichst auf den früheren weiteren Polizeibezirk von Berlin erstrecken. Bevölkerungszahlen über Gemeinden dieses Gebiets enthielt bereits der Volkszählungsbericht 1875. Später brachte Böckh Zahlen über die Bevölkerung der Berliner Vororte, z. B. *im Umkreise von zwei Meilen um den Mittelpunkt Berlins*<sup>15)</sup>.

In den 90er Jahren erschien das Jahrbuch nach Inhalt und Form so, wie es Böckh erstrebt haben mochte. Der Stoff wurde im Jahrgang für 1898 in folgende Abschnitte eingeteilt:

- I. Bevölkerung (Stand der Bevölkerung, Eheschließungen, Ehelösungen, Geburten, Legitimierung unehelicher Kinder, Sterbefälle, örtliche Bewegung der Bevölkerung)
- II. Naturverhältnisse
- III. Grundbesitz und Gebäude
- IV. Öffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude (städtische Bauverwaltung, Straßen-Reinigung und -Bespargung, Park- und Gartenverwaltung, Canalisation, Wasserwerke, städtisches Erleuchtungswesen, Feuerlöschwesen)
- V. Gewerbeverhältnisse und Arbeitslöhne
- VI. Preise, Consumption, Verkehr
- VII. Versicherungswesen und Anstalten für Selbsthülfe
- VIII. Armenwesen, Wohltätigkeit und Krankenpflege
- IX. Polizei, Rechtspflege, Gefängnisse
- X. Anstalten und Vereine für Unterricht und Bildung
- XI. Religionsverbände
- XII. Öffentliche Lasten und Rechte

Den eigentlichen Texten schickte Böckh Vorworte voraus, die ein Quellenmaterial von besonderem Wert darstellen, weil sie u. a. Hinweise auf neu aufgenommene Arbeitsgebiete, methodische Neuerungen, Besonderheiten der Mittelbeschaffung und Schwierigkeiten bei der Herausgabe enthalten. Seine Einleitungen benutzte er des öfteren auch dazu, die Persönlichkeiten, die sich

<sup>15)</sup> Als Mittelpunkt Berlins galt zu dieser Zeit das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten auf der Langen Brücke, das heute vor dem Charlottenburger Schloß steht.

um die Berliner Statistik hervorragend verdient gemacht hatten, zu ehren. Verschiedenen Jahrbuchabschnitten wurden Anhänge hinzugefügt, die Zahlen über Dinge enthielten, die nicht unmittelbar mit dem Thema des Jahrbuchs zusammenhängen, wie regionale Vergleichszahlen der Bevölkerung in- und ausländischer Großstädte sowie anderer Staaten. Als Wegweiser durch den weit verzweigten Stoff dienten Inhaltsverzeichnisse, die seit 1895 durch alphabetische Register ergänzt wurden.

Technische und organisatorische Schwierigkeiten hemmten die Herausgabe des Jahrbuches gelegentlich. So scheint die Einführung des mit dem 1. April beginnenden Etatsjahres bei der Stadtverwaltung im Jahre 1877 die Arbeiten an den Jahrbüchern in ziemliche Verwirrung gebracht zu haben. Ein noch größeres Kopfzerbrechen hat aber der Umstand verursacht, daß über das Erscheinen des Jahrbuches und die Bewilligung der Mittel in jedem Jahr von neuem entschieden werden mußte. Die sich hieraus ergebende Ungewißheit hatte auch eine Unsicherheit in der Arbeit des Bureaus zur Folge. Eine Änderung trat hierin erst mit dem Beschluß der Stadtverordneten vom 24. März 1892 ein, durch den das Jahrbuch als eine dauernd erforderliche Arbeit anerkannt wurde. Mit der Anfertigung dieser regelmäßig durchzuführenden Arbeit wurde der Direktor des Amtes vom Magistrat beauftragt. Auch die Deputation für Statistik war in der damaligen Zeit für die Arbeiten am Jahrbuch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zu ihrer Zuständigkeit gehörte beispielsweise die Beschlußfassung darüber, ob das Jahrbuch aus besonderen Gründen für zwei Jahre zusammen zu bearbeiten sei, wie es bei den Jahrgängen für 1886/87 und 1889/90 der Fall war.

#### **Böckhs Einfluß auf die Entwicklung des Arbeitsprogramms und auf die Methoden der amtlichen Statistik**

Böckh bemühte sich vor allem um den Ausbau der Bevölkerungsstatistik und hierbei insbesondere um die Erarbeitung zweckmäßiger Methoden, damit die bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge richtig erkannt werden konnten. Trotz der Vorliebe, die gerade er für die Bevölkerungsstatistik hatte, vertrat er die Ansicht, daß diese zwar den Kern, aber doch immer nur einen Teil der Statistik ausmache. Die Statistik in ihrem ganzen Umfang habe *alles zur Erscheinung kommende Tatsächliche*, was sich überhaupt nach Maß und Zahl in vergleichbarer Form darstellen ließe, zum Gegenstand.

Die Zahlen über den Bevölkerungsstand suchte er dadurch zu bessern, daß er ihrer Ermittlung das Berliner Stadtgebiet zugrunde legte; bis dahin waren Regierungs- bzw. Polizeibezirkgrenzen maßgebend. Außerdem brachte er Zahlen für den weiteren *Polizeibezirk*, der Teile der Nachbarkreise Teltow und Niederbarnim umfaßte. Es wurden die Ortsanwesenden sowie die Wohnbevölkerung ausgewiesen. Die ortsanwesende Bevölkerung wurde u. a. nach dem Geschlecht, dem Familienstand und dem Alter gegliedert, ferner nach dem Geburtsort, der Staatsangehörigkeit, nach Beruf und Arbeitsstellung und nach Zu- und Auswanderungsperioden. Die Unterscheidung in geborene Berliner und Zugezogene in

Verbindung mit der Zeit des Zuzugs sollte Aufschluß darüber geben, *wie jung der Berliner in seiner Eigenschaft als Berliner* war. Der Anteil der gebürtigen Berliner an der Gesamtbevölkerung machte 1875 nur noch 41,3 vH aus. Von den Zugezogenen stammten zwar die meisten aus der Provinz Brandenburg, aber dann folgte bereits die Provinz Schlesien, und es mag sein, daß aus dieser Zeit die Behauptung herrührt, jeder zweite Berliner sei in Breslau geboren.

Auch eine Gliederung der Bevölkerung nach der Konfession wurde gebracht, und Böckh beantwortete einmal die Einwendungen, daß auf die statistische Ausweisung der Konfessionsverhältnisse ein zu großer Wert gelegt und die Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinschaft mit zu vielen Merkmalen kombiniert werde, mit dem Hinweis, daß die Tendenz, von der Konfessionszugehörigkeit nichts wissen zu wollen, zwar im Wachsen sei, daß es aber zur Widerlegung religiöser Vorurteile nichts Besseres gäbe, als diese Zusammenhänge durch die Statistik aufzuhellen. Böckh ging auch auf den Angriff eines Antisemiten ein, der behauptet hatte, im Statistischen Jahrbuch sei *der Anteil der Juden am Verbrechen* als gering hervorgehoben worden, während die veröffentlichten Zahlen das Gegenteil bewiesen hätten. Dem Vorwurf der *direkten Fälschung einer Wahrheit* hielt Böckh entgegen, daß im Statistischen Jahrbuch lediglich eine *absolut unbestreitbare Tatsache* ausgesprochen worden sei. Diese Kontroverse hatte damals viel Staub aufgewirbelt, und noch heute wird ihr Inhalt als Beispiel bei der Erörterung der Frage der Vergleichbarkeit statistischer Zahlen benutzt.

Die Statistik der Bevölkerungsbewegung konnte kurz nach Böckhs Amtsantritt organisatorisch vereinfacht und inhaltlich erweitert werden. Dadurch, daß das Königliche Statistische Bureau eine Statistik der Geborenen, Eheschließungen und Sterbefälle auf Grund der Eintragungen in die Kirchenbücher, das Polizeipräsidium dagegen eine Sterblichkeitsstatistik unter Benutzung der ärztlichen Totenscheine und außerdem das städtestatistische Bureau Sterblichkeitstabellen nach einem vom Polizeipräsidium abweichenden Verfahren aufgestellt hatten, waren manche Verwirrungen entstanden. Insbesondere hatte sich der Umstand unliebsam bemerkbar gemacht, daß die Ergebnisse der Sterblichkeitsstatistiken nicht übereinstimmten. Der Übergang der Registrierungen von den Kirchenbehörden auf die 1874 gegründeten Standesämter führte zunächst zu einer Erweiterung der Tätigkeit des Berliner Statistischen Bureaus, indem sich seine wöchentlichen Übersichten über die Sterblichkeit nun auch auf die Notierungen der Standesämter erstrecken konnten. Dies hatte zur Folge, daß die Arbeiten des Polizeipräsidiums über die Sterblichkeitsverhältnisse eingeschränkt wurden. Eine endgültige und grundlegende Änderung ergab sich, als die personalstatistischen Arbeiten des Polizeipräsidiums im Jahre 1875 auf das Statistische Bureau übergingen. So kam dieses in den Besitz der ärztlichen Totenscheine, und da es jetzt auch die von den Standesämtern für das Königliche Statistische Bureau aufgestellten Zählkarten benutzen konnte, war es in der Lage, die Vorzüge beider bisheriger Arbeiten zu vereinigen und die standesamtlichen Meldungen durch die Angaben der Ärzte über die Todesursachen usw. zu ergänzen. Andere Verbesserungen und Erweiterungen dieser Arbeiten wurden

dadurch möglich, daß die Standesämter städtische Behörden wurden. Jetzt regte Böckh an, Zählkarten der Eheschließungen, der Lebend- und Totgeborenen sowie der Sterbefälle mit für Berlin geltenden Zusatzfragen ausfüllen zu lassen. Dadurch, daß die bevölkerungstatistischen Unterlagen vom Polizeipräsidium auf das Statistische Bureau übergingen, konnte Böckh auch die Statistik der Wanderungsbewegung nach seinen Wünschen ausbauen.

Die Vielgestaltigkeit des Tabellenprogramms ist auch hier erstaunlich: in den damaligen Jahrbüchern erschienen bereits regelmäßig Zahlenzusammenstellungen über Eheschließungen in der Gliederung nach Monaten, Familienstand, Heiratsalter, erster bzw. weiterer Ehe, ferner nach dem gegenseitigen Alter und der Altersdifferenz der Heiratenden, der Konfession, dem Geburtsort und dem Beruf der Heiratenden. Weiterhin wurden Verehelichungsziffern der Jungfrauen und der verheiratet gewesenen Frauen berechnet, wobei festgestellt wurde, wieviel weibliche Personen der verschiedenen Geburtsjahrgängen von je 1000 ledigen nie verheiratet gewesenen Frauenzimmern heirateten bzw. wieviel weibliche Personen der verschiedenen Geburtsjahrgängen von je 1000 verheiratet gewesenen Frauen heirateten (Heiratsfrequenz). Auch Verehelichungstabellen wurden aufgestellt; sie enthielten die Anteile der verheirateten Frauen an den ledigen weiblichen Personen bis zu jedem Alter. Die Ehelösungen wurden u. a. nach ihrer Ursache und die durch Tod gelösten Ehen nach der Ehedauer sowie dem Alter des verstorbenen Ehepartners ausgewiesen. Bei den Zahlen der Geborenen unterschied man nach dem Geschlecht, den Lebend- bzw. den Totgeborenen, dem Alter der Mütter, ferner nach ehelich und außerehelich Geborenen, nach Standesamtsbezirken und dem Beruf des ehelichen Vaters bzw. der außerehelichen Mutter. Über die Bevölkerungsbewegung veröffentlichte Böckh eine zusammenfassende Darstellung mit zahlreichen Tabellen unter dem Titel »Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin in den Jahren 1869 bis 1878«. Die Bevölkerungsstatistik konnte z. B. auch dadurch weiter ausgebaut werden, daß seit 1882 die legitimierten unehelichen Kinder nach Geburtsjahren in den monatlichen Geschäftsnachweisungen der Standesämter angegeben wurden.

Zur Berechnung der nach dem Heiratsalter der Frauen unterschiedlichen Ehedauererwartung wurden 5 Ehedauertafeln der Frauen nach verschiedenen Heiratsaltersgruppen aufgestellt. Diese Tafeln wurden u. a. dazu benutzt, die Fruchtbarkeit der Ehen je nach dem Heiratsalter der Frauen nachzuweisen. Außerdem wurden die Dauer der Ehelosigkeit der Wiederheiratenden, die Eheschließungen nach dem Geburtsort, der Konfession und dem Beruf der Heiratenden, die Ehepaare nach der Konfession der Ehepartner und der Kinderzahl untersucht.

Eingehend befaßte sich Böckh mit dem Nachweis der Sterblichkeitsverhältnisse. Er ging dabei insbesondere auf die Säuglingssterblichkeit und die Unterschiede der Sterblichkeitsziffern in den Stadtgebieten (Standesamtsbezirken) ein, als deren Ursache er die Abweichungen in der Wohlhabenheit bezeichnete. Er untersuchte auch die Sterbefälle nach der Höhenlage der Wohnungen und kam zu dem Ergebnis, daß die Sterblichkeitsziffern der Bevölkerungsteile, die

### Sterblichkeitstafel.

Die Methode, nach welcher die Sterblichkeitstabellen der Stadt Berlin von dem Herausgeber berechnet worden sind, gehört dem System der directen Methoden an, d. h. derjenigen, bei welchen die Tafel durch Vergleichung der Zahl der Gestorbenen mit der Zahl der Lebenden des entsprechenden Alters konstruiert wird; sie beruht also auf einem Princip, welches zuerst zu Ende des vorigen Jahrhunderts in England, dann in Weiterführung der betreffenden Arbeiten in Schweden angewandt, in Deutschland aber zuerst durch Ludwig Meier bezeichnet worden ist. Sie unterscheidet sich jedoch wesentlich sowohl von den wenigen älteren derartigen Berechnungen, wie auch von verschiedenen in neuerer Zeit nach der directen Methode hergestellten Tafeln, und zwar vornehmlich dadurch, daß sie das ganze durch die Ausbildung der praktischen Statistik zugängliche Material in den Bereich ihrer Berechnung zieht und nach den Grundsätzen der statistischen Wissenschaft verwendet. Die charakteristischen Principien der Methode des Herausgebers sind diese:

Die Darstellung der Sterblichkeit begreift jedesmal eine bestimmte Periode und zwar grundsätzlich jedesmal ein Kalenderjahr. Es kommen sämtliche Fälle dieses Jahres in Betracht, welche innerhalb der betreffenden Stadt bez. des betreffenden Landes eingetreten sind. Diese werden verglichen mit der Zahl der im Jahresanfang lebenden Bevölkerung, und zwar in der Weise, daß die Sterbefälle unterschieden werden, welche in jedem Geburtsjahrgange eingetreten sind, so daß also jeder Geburtsjahrgang durch das betreffende Kalenderjahr verfolgt wird. Hierbei werden jedoch auch die Veränderungen berücksichtigt, welche in der Anzahl der Lebenden durch Ab- und Zugänge eintreten, deren Einfluß rechnerisch auf den Jahresanfang (oder bez. auf den Jahresluß) bezogen wird. Ferner wird innerhalb der Sterblichkeit jeder Geburtsjahrgang die Zahl derjenigen Fälle unterschieden, welche vor und bez. welche nach der Vollendung eines bestimmten Altersjahres eingetreten sind, es wird also die von der Statistik bereits seit den ersten Anfängen derartiger Berechnungen beobachtete Classification nach Altersjahren beibehalten. — Auch hinsichtlich dieser Combination der Classen nach Alters- und Geburtszeitgrenzen darf der Herausgeber wohl die Priorität in Anspruch nehmen, einerseits, da dieselbe von ihm bereits 1865, soweit es damals möglich war, im statistischen Seminar praktisch angewendet worden ist, und namentlich weil diese Unterscheidung durch den Zweck seiner Methode geboten ist, und da gerade diese Unterscheidung die wissenschaftlich correcte Ermittlung der Lebensdauer ermöglicht, ein Punkt, auf welchen der Herausgeber bereits im J. 1863 aufmerksam gemacht hatte; und weil ohne diesen Zweck eine solche Unterscheidung, welche dem Princip nach nicht neu ist (schon Halley kannte den Gegensatz der Sterblichkeit nach Alters- und Geburtsjahrgängen), nur von untergeordneter Bedeutung ist. Es handelt sich nämlich bekanntlich bei der Sterblichkeitsberechnung nicht nur darum, daß wir erfahren, welche Sterblichkeit bis zu einer bestimmten Altersgränze eintritt, sondern auch um die Ermittlung der Lebensdauer; hierzu muß man wissen, wie groß die Zahl der Jahre ist, welche von den zwischen zwei Altersgränzen Sterbenden durchlebt worden sind. Es ist nun das Charakteristicum der Methode des Herausgebers, daß dieselbe die Anzahl dieser Jahre in den in der Form der Sterblichkeitstafel dargestellten Zahlen der Ueberlebenden der Geburtszeitclassen findet. Wir sagen Geburtszeitclassen, weil es sich hierbei nicht bloß um Jahresclassen handelt, sondern nach dieser Methode (und auch in diesem Punkte unterscheidet sie sich von den Arbeiten anderer auf diesem Gebiete) jeder beliebige Altersabschnitt in die Berechnung einbezogen werden kann, sobald nur die entsprechende Geburtszeitklasse, also nach Quartalen, Monaten, ja selbst nach Tagen\*) unterschieden wird; und durch die Möglichkeit, in der Unterscheidung des Alters bis auf jeden beliebigen kleinen Abschnitt zu gehen, liegt wiederum die Correctur der principiellen Ungenauigkeit, welche in der Präsumtion der Identität der Zahlen der Ueberlebenden nach Geburtszeitclassen mit denen der zwischen bestimmten Altersgränzen durchlebten Jahre liegt.

Sterblichkeitstafel der Stadt Berlin pro 1876.

Alter in vollen Jahren	männliches Geschlecht				weibliches Geschlecht				Alter in vollen Jahren	männliches Geschlecht				weibliches Geschlecht			
	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter		Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter	Heber- lebenbe im Alter	Mortalitäts- Coefficient im Alter
0	1000.00	27.96	1000.00	32.88	38	305.29	14.8	24.41	441.85	10.2	20.42	12.6	28.70	11.5	28.11	12.6	28.70
+ 0	980.33	29.12	985.16	34.07	39	289.01	15.4	23.80	436.32	11.5	28.11	12.6	28.70	11.5	28.11	12.6	28.70
1/12	881.25	31.65	901.99	36.37	40	263.08	15.9	23.18	431.35	12.6	28.70	13.7	27.47	13.7	27.47	13.7	27.47
1/6	845.54	32.90	869.72	37.63	41	237.30	16.5	22.50	425.75	13.7	27.47	14.8	26.79	14.8	26.79	14.8	26.79
1/4	812.55	34.15	841.75	38.80	42	210.01	17.9	21.84	420.88	14.8	26.79	15.9	26.17	15.9	26.17	15.9	26.17
1/3	783.19	35.34	814.60	40.01	43	183.45	19.3	21.32	414.85	15.9	26.17	17.0	25.49	17.0	25.49	17.0	25.49
1/2	756.50	36.50	792.44	41.04	44	156.14	20.7	20.75	409.72	17.0	25.49	18.1	24.78	18.1	24.78	18.1	24.78
2/3	734.70	37.50	773.53	42.83	45	128.96	22.5	20.23	404.96	18.1	24.78	19.2	24.05	19.2	24.05	19.2	24.05
3/4	715.22	38.44	756.85	43.55	46	101.52	24.8	19.68	400.48	19.2	24.05	20.3	23.33	20.3	23.33	20.3	23.33
4/5	700.52	39.16	742.36	44.31	47	73.83	27.0	19.08	395.82	20.3	23.33	21.4	22.56	21.4	22.56	21.4	22.56
5/6	688.92	40.03	728.23	45.01	48	45.01	29.0	18.44	391.00	21.4	22.56	22.5	21.84	22.5	21.84	22.5	21.84
2/3	670.08	40.77	715.65	45.71	49	15.8	31.1	17.85	386.91	22.5	21.84	23.6	21.13	23.6	21.13	23.6	21.13
3/4	657.96	41.44	703.39	46.35	50	311.52	33.9	17.20	381.71	23.6	21.13	24.7	20.42	24.7	20.42	24.7	20.42
1	648.33	41.97	692.36	46.85	51	304.18	36.8	16.69	376.15	24.7	20.42	25.8	19.79	25.8	19.79	25.8	19.79
1 1/4	621.79	43.51	667.98	47.79	52	297.02	39.9	16.08	369.68	25.8	19.79	26.9	19.12	26.9	19.12	26.9	19.12
1 1/2	604.17	44.52	651.24	48.77	53	288.92	43.0	15.52	363.42	26.9	19.12	28.0	18.44	28.0	18.44	28.0	18.44
1 3/4	581.30	45.24	636.06	49.61	54	281.22	46.2	14.93	357.18	28.0	18.44	29.1	17.71	29.1	17.71	29.1	17.71
2	562.04	45.71	626.03	50.15	55	272.01	49.5	14.42	351.84	29.1	17.71	30.2	17.05	30.2	17.05	30.2	17.05
3	555.11	46.80	608.03	50.80	56	263.73	52.8	13.86	345.11	30.2	17.05	31.3	16.33	31.3	16.33	31.3	16.33
4	539.12	47.37	581.54	52.00	57	252.92	56.1	13.43	339.28	31.3	16.33	32.4	15.71	32.4	15.71	32.4	15.71
5	523.96	47.83	568.00	52.23	58	243.70	59.5	12.92	333.40	32.4	15.71	33.5	15.09	33.5	15.09	33.5	15.09
6	514.70	47.48	558.35	52.31	59	234.07	62.9	12.42	327.25	33.5	15.09	34.6	14.44	34.6	14.44	34.6	14.44
7	508.13	47.09	548.37	52.06	60	226.24	66.3	11.84	321.77	34.6	14.44	35.7	13.77	35.7	13.77	35.7	13.77
8	502.95	46.57	542.29	51.64	61	218.94	69.7	11.32	316.49	35.7	13.77	36.8	13.10	36.8	13.10	36.8	13.10
9	498.78	45.95	538.47	51.01	62	206.07	73.3	10.80	311.10	36.8	13.10	37.9	12.56	37.9	12.56	37.9	12.56
10	495.65	45.24	535.53	50.28	63	196.67	76.9	10.39	306.41	37.9	12.56	39.0	11.99	39.0	11.99	39.0	11.99
11	493.97	44.39	533.03	49.52	64	186.28	80.5	9.95	300.45	39.0	11.99	40.1	11.37	40.1	11.37	40.1	11.37
12	492.19	43.55	531.03	48.70	65	174.82	84.1	9.56	294.48	40.1	11.37	41.2	10.81	41.2	10.81	41.2	10.81
13	490.05	42.74	529.16	47.87	66	165.52	87.7	9.07	288.72	41.2	10.81	42.3	10.24	42.3	10.24	42.3	10.24
14	488.74	41.85	527.10	47.05	67	153.63	91.3	8.73	280.40	42.3	10.24	43.4	9.74	43.4	9.74	43.4	9.74
15	487.75	40.94	525.18	46.23	68	140.57	94.9	8.48	273.97	43.4	9.74	44.5	9.20	44.5	9.20	44.5	9.20
16	485.94	40.00	523.70	45.30	69	130.56	98.5	8.08	268.78	44.5	9.20	45.6	8.67	45.6	8.67	45.6	8.67
17	483.54	39.28	521.88	44.51	70	121.46	102.1	7.64	263.40	45.6	8.67	46.7	8.19	46.7	8.19	46.7	8.19
18	480.82	38.50	519.25	43.74	71	111.18	105.7	7.32	258.03	46.7	8.19	47.8	7.75	47.8	7.75	47.8	7.75
19	477.79	37.74	516.54	42.96	72	100.94	109.3	7.02	252.66	47.8	7.75	48.9	7.35	48.9	7.35	48.9	7.35
20	475.14	36.95	514.25	42.15	73	90.67	112.9	6.76	247.29	48.9	7.35	50.0	6.90	50.0	6.90	50.0	6.90
21	472.03	36.19	511.52	41.37	74	83.04	116.5	6.33	241.85	50.0	6.90	51.1	6.43	51.1	6.43	51.1	6.43
22	468.16	35.46	508.92	40.58	75	74.92	120.1	5.97	236.44	51.1	6.43	52.2	6.03	52.2	6.03	52.2	6.03
23	464.75	34.74	505.73	39.84	76	66.70	123.7	5.63	231.00	52.2	6.03	53.3	5.71	53.3	5.71	53.3	5.71
24	461.21	34.01	503.22	39.03	77	60.55	127.3	5.16	225.56	53.3	5.71	54.4	5.20	54.4	5.20	54.4	5.20
25	457.28	33.29	499.75	38.30	78	51.75	130.9	4.95	220.11	54.4	5.20	55.5	4.97	55.5	4.97	55.5	4.97
26	452.70	32.82	495.58	37.62	79	46.81	134.5	4.45	214.66	55.5	4.97	56.6	4.61	56.6	4.61	56.6	4.61
27	448.87	31.90	491.86	36.90	80	39.77	138.1	4.12	209.21	56.6	4.61	57.7	4.26	57.7	4.26	57.7	4.26
28	444.78	31.19	488.61	36.14	81	32.75	141.7	3.85	203.76	57.7	4.26	58.8	3.82	58.8	3.82	58.8	3.82
29	441.40	30.42	484.68	35.43	82	27.08	145.3	3.56	198.31	58.8	3.82	59.9	3.57	59.9	3.57	59.9	3.57
30	437.11	29.72	479.47	34.81	83	20.91	148.9	3.51	192.86	59.9	3.57	61.0	3.25	61.0	3.25	61.0	3.25
31	432.47	29.03	475.14	34.12	84	17.17	152.5	3.21	187.41	61.0	3.25	62.1	3.14	62.1	3.14	62.1	3.14
32	428.10	28.32	470.49	33.45	85	12.91	156.1	3.12	181.96	62.1	3.14	63.2	2.80	63.2	2.80	63.2	2.80
33	423.53	27.02	466.11	32.76	86	9.59	159.7	3.33	176.51	63.2	2.80	64.3	2.61	64.3	2.61	64.3	2.61
34	417.47	26.32	461.81	32.07	87	0.81	163.3	2.08	171.06	64.3	2.61	65.4	2.38	65.4	2.38	65.4	2.38
35	412.80	25.82	456.46	31.43	88	5.62	166.9	2.64	165.61	65.4	2.38	66.5	2.13	66.5	2.13	66.5	2.13
36	406.59	25.71	450.69	30.83	89	3.94	170.5	2.84	160.16	66.5	2.13	67.6	1.88	67.6	1.88	67.6	1.88
37	400.99	25.06	444.39	30.12	90	1.87	174.1	4.40	154.71	67.6	1.88	68.7	1.63	68.7	1.63	68.7	1.63

in unter der Straßenfläche bzw. in ganz übermäßiger Höhe gelegenen Wohnungen lebten, größer waren als die der Bewohner von Wohnungen in den mittleren Lagen. Später ließ er Angaben darüber folgen, wieviel Sterbefälle in den Wohnungen der verschiedenen Größen und Belegung vorkamen.

#### **Ab 1876 Berechnung von Berliner Sterblichkeits-, Sterbeversicherungs-, Invaliditätsrenten- und Witwenrententafeln**

Der bis dahin üblichen Berechnung von Sterblichkeitsziffern, die darin bestand, die Gestorbenen in je 1000 der Lebenden überhaupt auszudrücken, begegnete Böckh mit Kritik. Er wies vor allem darauf hin, daß diese Ziffern für große Städte einen sehr mangelhaften Maßstab der Sterblichkeit böten, weil hier die Bevölkerung infolge des starken Zuzugs von Personen der *kräftigsten Altersklassen eine unternormale Sterblichkeit aufweisen müsse*. Er empfahl, die Zahlen der Gestorbenen mit denen der Überlebenden des entsprechenden Alters zu vergleichen, und gewann — um mit seinen Worten zu sprechen — auf diese Weise wissenschaftlich berechnete Sterblichkeitsziffern. Die von ihm angewandte Methode beschrieb er wiederholt auch im Statistischen Jahrbuch eingehend.

Der Berechnung von Sterblichkeitstafeln maß er eine besonders große Bedeutung bei, er bezeichnete sie sogar einmal als den wichtigsten Gegenstand der Statistik überhaupt. Schon im ersten von ihm herausgegebenen Jahrbuch brachte er die Ergebnisse einer Untersuchung über die Sterblichkeit und Lebenserwartung der Berliner Bevölkerung heraus. Den Anstoß zu dieser Arbeit gab offenbar ebenfalls die damals hohe Säuglingssterblichkeit in Berlin, hinzu kam, daß Böckh kurz davor eine ähnliche Untersuchung über die Sterblichkeitsverhältnisse in Preußen gemacht hatte<sup>10)</sup>. Er ging bei seinen Berechnungen von dem Gedanken aus, daß man eine Übersicht über die Sterblichkeitsverhältnisse nach dem Alter nur gewinnen könne, wenn die Zahlen der Gestorbenen mit denen der gleichzeitig Lebenden verglichen würden. So könne man erkennen, wieviel von 1000 Lebenden jeder Altersklasse jährlich sterben. Dann könne eine Sterblichkeitstafel aufgestellt werden, die zeige, wie hoch sich in jedem Lebensalter die Zahl der Überlebenden und die zu erwartende Lebensdauer durchschnittlich stellen. Mit Hilfe der Sterblichkeitstafeln wurde nachgewiesen, daß in Berlin die durchschnittliche Lebenserwartung des männlichen Geschlechts ungünstiger war als die des weiblichen. Ferner ergab sich, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Berliner Bevölkerung damals hinter der des preußischen Staates zurückblieb. Da auch in den folgenden Jahren derartige Berechnungen — nun mit verfeinertem Verfahren — vorgenommen wurden, konnten die Sterblichkeitsverhältnisse der Berliner Bevölkerung von 1876 bis 1900, also für die Jahre ihrer stärksten Entwicklung, durchlaufend dargestellt werden. Hiermit waren sichere Grundlagen für die *an Bedeutsamkeit doch kaum zu übertreffenden Feststellungen der eingetretenen Veränderungen der Sterblichkeit geschaffen*. Der spätere Amtsleiter Silbergleit wies darauf hin, daß derartige Unterlagen

<sup>10)</sup> »Sterblichkeitstafel für den Preussischen Staat«, Hildebrands Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1875, Seite 201.

für größere oder kleinere Beobachtungsgebiete in dieser Jahr für Jahr eines Vierteljahrhunderts umfassenden Vollständigkeit in der Tat sonst nirgends vorhanden gewesen sein dürften. Mit der Aufstellung seiner Sterblichkeitstafeln erwarb sich Böckh das Verdienst, die Mortalitätstafeln des englischen Astronomen Halley überwunden zu haben, der aus der Lebensdauer der in einem bestimmten Zeitraum Gestorbenen das Durchschnittsalter der Gestorbenen, also lediglich die mittlere Lebensdauer ermittelt hatte.

Von den zahlreichen weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet seien die folgenden erwähnt: Im 7. Jahrgang des Jahrbuchs veröffentlichte Böckh erstmals »Tafeln für die Versicherung auf den Sterbefall«, die aus der 6jährigen Berliner Sterblichkeitstafel gewonnen waren. Zur Ermittlung des Äquivalents, das während der Erwerbstätigkeit gezahlt werden muß, um im Falle des Eintritts der Invalidität dem nicht mehr Erwerbsfähigen den Bezug einer Rente zu sichern, wurden Unterlagen der Buchdrucker-Invalidenkasse, später auch der Maschinenbauer-Invalidenkasse, beschafft und diese zur Zusammenstellung einer »Invaliditätsrententafel« verwendet, wobei es insbesondere darauf ankam, aus den Erfahrungen dieser Kassen die notwendigen Berechnungsgrundlagen über den Eintritt der Invalidität nach Alters- bzw. Geburtsjahrglassen, über die Gliederung der Zahlen der Gestorbenen jeder Altersklasse nach Erwerbstätigen und Erwerbsunfähigen und über die entsprechende Gliederung der Zahlen der Lebenden jeder Altersklasse zu erhalten. Ferner wurden »Witwenrententafeln« sowie Sterblichkeitstafeln für die geborenen Berliner jeden Geschlechts, solche für ledige Frauen, für eheliche und uneheliche Kinder, für Kinder bis zum 5. Lebensjahr aufgestellt. Schließlich veröffentlichte Böckh auch die Ergebnisse von Untersuchungen über die Sterblichkeit in den ersten 7 Lebenstagen.

In seinen Erläuterungen über die Berechnung der Sterblichkeit nach Todesursachen wandte sich Böckh gegen die bisher übliche Ermittlung der Anteile der an den verschiedenen Todesursachen Gestorbenen an der Gesamtzahl der Gestorbenen. Dieser Methode stellte er die Berechnung der wirklichen Anteile entgegen, die die einzelnen Todesursachen an der Sterblichkeit der Berliner Bevölkerung haben. Hierbei ging Böckh davon aus, daß auch bei den Untersuchungen über die Todesursachen die Zahlen der Lebenden und die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Alter zu berücksichtigen seien. Daher berechnete er die Anteile der Todesursachen an der Sterblichkeit jeder Altersklasse und gewann die Gesamteinwirkung durch die Summierung dieser Anteile an der Sterblichkeit jeder Altersklasse. Eine graphische Darstellung dieser Ergebnisse stellte Böckh auf dem Genfer Kongreß für Gesundheitspflege und Bevölkerungsstatistik aus.

Die Todesursachen wurden nach einer von Virchow aufgestellten Einteilung ausgezählt, die 155 Gruppen enthielt. Diese wurden mit verschiedenen Merkmalen kombiniert, z. B. mit Altersklassen, mit der ehelichen und außerehelichen Geburt für die ersten 5 Altersjahre. Außerdem wurden die nach den verschiedenen Todesursachen gegliederten Sterbefälle nach der Wohnungslage (Höhenlage, Vorder-, Hinterhaus) ausgewiesen. Später kamen Sonderuntersuchungen hinzu, wie beispielsweise die Zählung der auf Infektionskrankheiten zurück-

zuführenden Sterbefälle, die nach der Bodenart unterschieden wurden, auf der die Häuser standen. Besondere Beachtung wurde den durch Typhus verursachten Sterbefällen geschenkt. Die in den ersten 12 Lebensmonaten gestorbenen ehelichen und außerehelichen Kinder wurden nach der Todesursache und der Ernährungsweise unterschieden, und zwar wurde untersucht, wie viele der Gestorbenen mit Mutter- oder Ammenmilch ernährt worden waren, ferner wie viele künstliche oder gemischte Nahrung erhalten hatten. Im letzten von ihm herausgegebenen Jahrbuch für 1899/1900 verzichtete Böckh auf das sonst übliche Vorwort und widmete statt dessen dem vielseitigen Förderer der Arbeiten des Amtes und langjährigen Mitglied der Deputation für Statistik, Virchow, unter der Überschrift »Rudolf Virchow und die Berliner Statistik« zu seinem 80. Geburtstag Worte des Gedenkens. Böckh wollte damit vor allem Virchows fruchtbringende Tätigkeit bei den Vorbereitungen zur Todesursachenstatistik würdigen. Virchow hatte nämlich schon bei den ersten internationalen Verhandlungen über diese Fragen mitgewirkt und dem Amt die erste größere Aufgabe zugewiesen, deren Lösung er so leitete, daß in der Entwicklung der Statistik der Todesursachen das Statistische Amt ... seiner Zeit vorausgegangen ist. Virchows Beziehungen zum Amt beschränkten sich aber nicht hierauf, sondern er bediente sich seiner Einrichtungen auch, wenn er weitere Unterlagen brauchte, wie beispielsweise für seine Denkschrift über die Kanalisationsfrage und für seine Untersuchungen des Ozongehalts der Berliner Luft.

Der Fortschreibung der Bevölkerungszahl wurden die Ergebnisse der Volkszählungen zugrunde gelegt und die Geborenen und Gestorbenen sowie die Zu- und Fortzüge zu- bzw. abgezogen. Da die Fortzüge weniger vollständig gemeldet wurden als die Zuzüge, wurden den Fortzügen auf Erfahrungen fußende Zuschläge hinzugerechnet. Die Fortschreibungen fanden wöchentlich und monatlich statt, nach Ablauf eines Jahres wurden sie revidiert. Die Bevölkerungszahlen wurden seit dem 1. Dezember 1875 für das Ende eines jeden Monats festgestellt, also von dem Zeitpunkt an, seit dem die Nachrichten über die Bewegung der Bevölkerung als korrekt zu betrachten waren. Zunächst konnte bei der Fortschreibung die Militärbevölkerung nicht berücksichtigt werden; Böckh trat daher mehrmals an das Königliche Militärgouvernement heran und bat — schließlich mit Erfolg — um Angabe des Durchschnittsstandes an aktiven Militärs. Zur Berechnung der Sterblichkeitstafeln wurden die Bevölkerungszahlen nach Geburtsjahren fortgeschrieben, später folgte u. a. eine Fortschreibung nach den verschiedenen Civilstandsklassen.

#### **Wohnverhältnisse und öffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude aktuelle Arbeitsgebiete der damaligen Berliner Statistik**

Aus den Grundstücks- und Wohnungsaufnahmen floß Böckh ein Zahlenmaterial zu, mit dem er das schnelle Anwachsen Berlins zur Weltstadt mit allen Vor-, aber auch Nachteilen verfolgen konnte. So deutete er die Zunahme der stark bewohnten Grundstücke und Gebäude als Symptom für das um sich greifende kasernenhafte Zusammenwohnen. Die Untersuchung der Wohnungen nach dem Stockwerk führte zu dem Ergebnis, daß die Kellerwohnungen auch in wohlhabenden Stadtteilen überraschend zahlreich waren.



Die Berliner Statistik mußte in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts infolge der überstürzten Zunahme der Bevölkerung und der auf manchen Gebieten des öffentlichen Lebens immer offener in Erscheinung tretenden Notwendigkeit, Neuerungen einzuführen, erheblich erweitert werden. Mit der Aufgabenerweiterung der öffentlichen Fürsorge für Straßen und Gebäude wurden Angaben über Neubauten, Reparaturen, Straßenpflasterung, ferner über Straßenreinigung, Park- und Gartenwesen, Kanalisation (Rohrsystem und Rieselgüter), Wasserversorgung, *Erleuchtungs-* und Feuerlöschwesen gesammelt und veröffentlicht. Da man offenbar befürchtete, daß die Beschäftigung auf den Rieselgütern gesundheitsschädigend sei, wurden die in diesen Einrichtungen vorgekommenen Erkrankungen statistisch besonders erfaßt. Zahlen und Erläuterungen zu dem Teilabschnitt *Erleuchtungswesen* geben aufschlußreiche Hinweise auf den damals beginnenden Siegeszug der Elektrizität und im besonderen der elektrischen Straßenbeleuchtung. Im Jahre 1882 wurden z. B. in der Kochstraße 20 Glühlampen von Siemens & Halske auf den vorhandenen Gaskandelabern montiert, weiterhin wurden 1886 in der Wilhelmstraße 30 besondere Kandelaber mit Edisonschen Glühlampen und auf dem Potsdamer Platz sowie in der Leipziger Straße 25 Bogenlampen aufgestellt.

Die zu Böckhs Zeit veröffentlichten Zahlen über das Gewerbewesen stammten im wesentlichen aus fremden Quellen (Kaiserliches Statistisches Amt, Verwaltungsberichte, Geschäftsstatistiken). Es wurden Angaben gebracht z. B. über Erzeugung und Handel, Einfuhr und Versand bzw. Bestände an Getreide, ferner über die Geschäftsbewegung der Bank des Berliner Kassenvereins und der Reichsbank, über Aktienkapital und Kurse, Gewerbeaufsicht, Innungen und Löhne. Im Jahrbuch wurden auch Ergebnisse der großen Zählungen veröffentlicht, z. B. Angaben über Gewerbebetriebe sowie über die Bevölkerung nach Berufsklassen. Bemerkenswert ist, daß man schon in den 90er Jahren Zahlen über die Arbeitslosen und über die Entfernungen der Wohnungen von der Arbeitsstätte auswies. Einige der zunächst noch im Abschnitt über das Gewerbewesen behandelten Gebiete wurden später zur Sozialstatistik gerechnet. Hierzu gehören die seit 1895 veröffentlichten Einzelangaben über Streiks und die aufschlußreichen Ergebnisse der Versuche, eine Verdienststatistik einzurichten. Schon 1878 hatte Böckh gemeinsam mit Körösi auf dem Statistischen

Schon im Statistischen Jahrbuch für 1879 (7. Jahrgang, S. 136 ff) wurden Ergebnisse von »Aufnahmen über das Budget der arbeitenden Klassen« in Berlin veröffentlicht. Diese beruhten auf Nachweisungen über die Jahresausgaben kleiner Handwerker, Gesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Preise für Artikel des Kleinhandels pro 1879.**

Aus dem Statistischen Jahrbuch für 1879 (7. Jahrgang, S. 126)

Kongreß einen Entwurf für eine Lohnstatistik in den Großstädten vorgelegt, und bald darauf wurden in Berlin mit Unterstützung der städtischen Deputation für Gewerbeangelegenheiten einige Durchschnittslöhne und Arbeitszeiten für zunächst wenige Wirtschaftsbereiche ermittelt. Zu diesem Zweck wurden dem Statistischen Bureau entweder die Lohnlisten verschiedener Berufsgenossenschaften zur Auszählung überlassen oder es wurden auf Kosten der Stadt besondere Zählkarten von den betreffenden Berufsgenossenschaften für jeden der von diesen betreuten Arbeiter ausgefüllt. Im Jahre 1897 beschritt Böckh einen neuen Weg: er führte — wieder gemeinsam mit der Gewerbe-Deputation — eine allgemeinere Löhnenquête durch, die sich zur Ausfüllung der Fragebogen an Vereine, Innungen usw. wandte.

#### **Verkehrszählungen und Wirtschaftsrechnungen in Haushalten wurden in Berlin schon 1879 durchgeführt**

Außer den regelmäßig veröffentlichten Ergebnissen über das Marktwesen, über Detailpreise, den Verbrauch, ferner über den Personen- und Güterverkehr auf der Eisenbahn und den Güterverkehr auf Schiffen sowie über das öffentliche Fuhrwesen (Pferdeeisenbahnen, Droschken, Omnibusse usw.) beanspruchten die Ergebnisse einiger nicht regelmäßig durchgeführter Erhebungen ein besonderes Interesse. So wurde 1879 die Verkehrsdichte bestimmter Straßenstrecken von der Polizei untersucht, und zwar wurde ermittelt, wie viele Lastfuhrwerke, Personenfuhrwerke und Reitpferde die ausgewählten Strecken passierten. Es ergab sich, daß die Leipziger Straße — auch von Reitpferden! — am meisten benutzt wurde. Außerdem fällt bereits in diese Zeit die Veröffentlichung der Ergebnisse von Untersuchungen über Haushaltsausgaben von Familienhaushalten. Diese »Budgets der arbeitenden Klassen« enthielten die Jahresausgaben von Handwerkern, Gesellen, Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Ergebnisse wurden getrennt für verschiedene Haushaltsgruppen nach 11 Ausgabengruppen ausgewiesen. Die Liste der zu erhebenden Preise für *Consumtibilien* wurde im Laufe der Zeit beträchtlich ausgedehnt. Bei der Veröffentlichung der Brotpreise Berliner Bäckereien, die das Amt erhoben hatte, wurde zwischen höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Preisen unterschieden. Im übrigen waren aber bis 1900 noch Stellen außerhalb des Amtes maßgeblich an der Preisermittlung beteiligt, so z. B. die *Central-Notirungsstelle der Landwirtschaftskammern*, ein *vereidigter Waaren- und Productenmakler* und das Polizeipräsidium; außerdem wurden Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes und des Königlichen Statistischen Bureau verwertet.

#### **Die Gründung der Ortskrankenkassen beeinflusste 1884 die Berliner Statistik über das Versicherungswesen**

Änderungen gegenüber den bisherigen Zahlen über das Versicherungswesen ergaben sich vor allem aus der reichsgesetzlichen Regelung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung. Bis zur Reform des Sozialversicherungswesens wurden im Jahrbuch Zahlen über die zum Teil bereits seit Jahrzehnten bestehenden Kranken- und Sterbekassen, Gesundheits- und Krankenpflegevereine, Gewerkskrankenvereine, Fabrikarbeiter- und Gesellenkassen



sowie — ab 1882 — über die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine veröffentlicht. Die durch das Reichsgesetz von 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter reorganisierten oder neu errichteten Kassen, die nunmehrigen Ortskrankenkassen, begannen am 1. Dezember 1884 ihre Tätigkeit. Schon im Jahrbuch für dieses Jahr konnte für Vergleichszwecke eine Gegenüberstellung der Verhältnisse der Krankenkassen vor und nach dem 1. Dezember 1884 gebracht werden. Die mit der Reform des Krankenversicherungswesens und im besonderen mit dem nun allgemein eingeführten Versicherungszwang eingetretenen organisatorischen Änderungen wirkten sich in Berlin nicht allzu stark aus, weil hier schon eine große Zahl von gewerblichen Unterstützungskassen mit Beitrittszwang für Berufsgenossen bestand. Die vor der Umwandlung der bisherigen Kassen in Ortskrankenkassen vorzunehmenden Prüfungen ihrer Leistungsfähigkeit wurden im Statistischen Amt durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Umstellung fand im Jahre 1884 eine Aufnahme der versicherungspflichtigen Betriebe und Arbeiter statt. Nach der Reform wurden Auszüge aus den für das Reich zusammengestellten Statistiken der Krankenkassen in das Jahrbuch aufgenommen. Außer den Ortskrankenkassen gab es Betriebskrankenkassen, die Gemeindekrankenversicherung und Innungskrankenkassen; die genannten Kassen waren der Aufsicht der Gewerbe- und Innungsdeputation des Magistrats unterstellt. Die ferner bestehenden Eingeschriebenen Hilfskassen waren auf Grund reichsgesetzlicher, die Freien Hilfskassen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichtet. Angaben über die gewerblichen Berufsgenossenschaften erschienen im Jahrbuch nach Erlass des Unfallversicherungsgesetzes von 1884. Die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin nahm ihre Tätigkeit auf Grund des Gesetzes über die Alters- und Invaliditätsversicherung von 1889 am 1. Januar 1891 auf. Übersichten mit Zahlen der besetzten Stellen, Stellenbewerber usw. wurden aus den Angaben der Vereine für Arbeitsvermittlung und Unterstützung der Mitglieder bei Stellenlosigkeit sowie gewerbsmäßiger Vermittlungsstellen angefertigt.

#### Armenpflege und Wohltätigkeit als besondere Anliegen der Kommunalstatistik

Ein umfangreiches Zahlenmaterial lag bereits 1875 über das Gebiet des Armenwesens, der Wohltätigkeit und der Krankenpflege vor. Die der Kommune obliegende Pflicht, die Armen zu unterhalten, wurde damals von der Armendirektion wahrgenommen, deren Organe das Plenum der Armendirektion und die Armenkommissionen mit ihren Vorstehern und Mitgliedern waren. Die Armendirektion war zuständig für die offene Armenpflege, weiterhin waren die Verwaltungen des Waisenhauses, des Arbeitshauses und des Friedrich-Wilhelms-Hospitals Abteilungen dieser Stelle. Außerdem lagen Zahlen der Krankenhäuser und sonstiger Einrichtungen vor, die sich auf den genannten Gebieten betätigten. Im einzelnen umfaßte die offene Armenpflege Unterstützungen an Almosenempfänger, Pflegegeldempfänger (Mütter und Kinder) sowie Extraunterstützungen (Portionen). Im Jahre 1875 wurden 1,2 vH der Berliner Bevölkerung regelmäßig unterstützt. Sonstige Unterstützungen wurden Personen in Siechenhäusern sowie in Besserungs- und Erziehungs-

anstalten gewährt; zu den sonstigen Unterstützungen gehörten auch die Hergabe von Bekleidung an bedürftige Schulkinder und Konfirmanden sowie Naturalunterstützungen. Zur geschlossenen Armenpflege zählte die Pflege in Krankenhäusern, Hospitälern und Anstalten für Kindererziehung auf Kosten der Stadt.

Die Wohltätigkeitspflege der verschiedensten Vereine galt Armen, Witwen, Waisen, verschämten Armen, weiblichen *Entlassenen*, Taubstummen, Blinden und Kranken. Die Art der Unterstützung bestand teils in der Gewährung billiger Wohnungen, in *moralischer Einwirkung*, in der Hergabe zinsfreier Darlehen, der Übernahme von Armen- und Krankenpflege sowie in der Bewilligung von Brennmaterial; es wurden auch Lebensmittel, Kost oder Wäsche gegeben. Vereine, die sich in dieser Weise betätigten, waren u. a. die Invalidenunterstützungsvereine, die Vereine der Volksküchen und für gemeinnützige Speiseanstalten, die Armenspeisungsanstalt, das Bürger-Rettungsinstitut, das zinsfreie Vorschüsse gab, und die Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame. Sonstige Anstalten zu Gesundheitszwecken waren der Berliner Kinderschutzverein, der Verein gegen das Branntweintrinken, der Verein der Berliner Wasserfreunde und der Verein für Volksbäder.

Böckh setzte sich immer wieder dafür ein, die Zahl der von der öffentlichen Armenpflege Unterstützten zu ermitteln, dabei sollten namentlich die Zahlen der erwerbsunfähigen Haushaltsmitglieder, der Almosenempfänger und das Zusammentreffen der verschiedenen Unterstützungen (Almosenempfänger, Pflegegeldempfänger, Empfänger von Naturalunterstützungen) festgestellt werden. Den ersten Vorstoß in dieser Richtung unternahm er schon 1879, als er der Armendirektion eine Verbesserung der Erfassung der Zahl der Unterstützten vorschlug. Im Juli 1881 wurde dann eine allgemeine Erhebung der in der städtischen Armenpflege unterstützten Personen vom Ministerium des Innern veranlaßt. Offenbar ebenfalls mit auf Böckhs Betreiben wurde 1882 vom Deutschen Verein für Armenpflege, dessen Vorsitzender der Berliner Stadtverordnetenvorsteher Straßmann war und dem Böckh als Vorsitzender seiner statistischen Kommission angehörte, eine vergleichbare Armenstatistik für die dem Verein angeschlossenen Städte und Verbände in Angriff genommen. Der Direktor des Statistischen Bureaus des Königreichs Sachsen, Böhmert, stellte die Ergebnisse dieser Individualarmenstatistik für die in dem genannten Verein vertretenen Städte zusammen. Vorausschauend beantragte Böckh, daß in Berlin von 1885 an alle Aufzeichnungen im Bereich der städtischen Armenpflege einschließlich der Armenkrankenpflege und der Armenpflege in Anstalten so eingerichtet werden sollten, daß sie die vom Deutschen Verein für Armenpflege verlangten Daten angäben, und er wirkte auch dahin, daß die Anschreibungen den vom Königlichen Statistischen Bureau aufgestellten Zählkarten genügten. Versuche, die Statistik der Armenpflege mit der Volkszählung von 1890 zu verbinden, schlugen ebenso fehl wie andere Bemühungen, diese statistischen Arbeiten auf eine breitere Grundlage zu stellen. Daher bezog Böckh die Armenstatistik behelfsweise in die Volkszählungsarbeiten dadurch ein, daß aus den Büchern der Armenverwaltung Verzeichnisse der mit Almosen, Pflegegeld und Extraunterstützung bedachten

Personen sowie der in Kostpflege stehenden Waisen angefertigt wurden. Auf Grund dieser Verzeichnisse wurden die Individualzählkarten und die Wohnungskarten der Unterstützungsempfänger mit entsprechenden Eintragungen versehen; die Karten konnten nun in den Kombinationen der Volkszählung ausgezählt werden.

### Böckh berechnet Criminalitätsziffer

Aus der Geschäftsstatistik des Polizeipräsidiums wurden Angaben über Einlieferungen in Polizeigewahrsam, über Isolierhaft, Verhaftungen, Sittenpolizei und das Leichenkommissariat (Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang u. a.) gewonnen. Ferner enthielten die Angaben über Polizei, Rechtspflege und Gefängnisse in den ersten von Böckh herausgegebenen Jahrbüchern Zahlen über Schiedsämter, über die Tätigkeit des Königlichen Stadtgerichts und des Berliner Schwurgerichts, über Gefängnisse und das städtische Arbeitshaus. Bald wurde aber auch dieser Abschnitt umgestaltet und erheblich erweitert. Eine Änderung ergab sich z. B. durch das am 1. Oktober 1879 in Kraft getretene Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 und die Bildung des Königlichen Amtsgerichts I und des Königlichen Landgerichts I sowie infolge der Neuregelung der Zuständigkeiten des Berliner Schwurgerichts. Erweiterungen traten durch Aufnahme von Angaben über das Zellengefängnis Moabit, durch Veröffentlichungen der vom Amt durchgeführten Statistik der bei den Polizeirevierern geführten Strafblätter zur Beurteilung des *Standes der bestraften Bevölkerung* und der besonderen Auszählung des Amtes aus den Strafprozeßregistern des Amtsgerichts I zur Feststellung der Verurteilungen wegen Übertretungen sowie durch Aufnahme von Auszügen aus der vom Kaiserlichen Statistischen Amt geführten Konkursstatistik ein. Aus derselben Quelle stammten die seit 1884 regelmäßig veröffentlichten kriminalstatistischen Übersichten, die durch die Ergebnisse besonderer Auszählungen ergänzt wurden. Böckh lag nämlich daran, auch die Kriminalität der Bevölkerung auf eine ähnliche wissenschaftliche Weise zu untersuchen, wie er die Sterblichkeit und Fruchtbarkeit behandelt hatte. Er ermittelte zu diesem Zweck, der wievielte Mensch in Berlin wegen Verbrechen und Vergehen in jedem Alter und in jedem Jahr bestraft wurde und berechnete schließlich die *richtige allgemeine Criminalitätsziffer der Bevölkerung*.

### Entwicklung der Berliner Kultur- und der Steuerstatistik

Schon im Jahrbuch von 1876 machte Böckh den Versuch, die Berichterstattung über die in Berlin vorhandenen Hochschulen und sonstigen Unterrichtsanstalten zu erweitern. Er brachte Zahlenangaben über Lehrkräfte und Studierende der Friedrich-Wilhelms-Universität, der Bergakademie und geologischen Landesanstalt, der Bauakademie sowie der Gewerbeakademie. Zahlen über weitere Hochschulen, wie z. B. die Technische und die Landwirtschaftliche Hochschule, wurden später aufgenommen. In dem Teilabschnitt »Mittlere Unterrichtsanstalten des Staates und der Stadt« erschienen Übersichten über die Lehrkräfte und Schüler der Gymnasien, der Real- und Gewerbeschulen

sowie der Höheren Töchterschulen. Zu den Unterrichtsanstalten des *niederen Grades* zählten die Vorschulen der Gymnasien usw., die Mittel- und die Gemeindeschulen. Ferner wurden Zahlen über sonstige Unterrichtsanstalten — hierunter fielen beispielsweise die privaten und die Fachschulen —, über Vereine für Bildungszwecke — z. B. den Berliner Handwerkerverein als größten dieser Art und die Turnvereine — sowie über die städtischen Sammlungen für Bildungszwecke, vor allem Büchereien, gebracht. Dieser Abschnitt enthielt auch Angaben über Kindergärten, Kunstschulen, Vereine für Kunstausbildung, Fortbildungsschulen usw.

Aus dem Gebiet der öffentlichen Lasten und Rechte wurden seit dem Jahrbuch für 1876 regelmäßig Angaben über Militärverhältnisse, direkte und indirekte Staatsabgaben, städtische Gemeindeabgaben und Einnahmen und Ausgaben der Stadthauptkasse (später über Stadthaushalt und Stadtvermögen) veröffentlicht. Der Teilabschnitt Militärverhältnisse enthielt vor allem Mitteilungen über Aushebungen und Einquartierungen, aus denen hervorgeht, daß beispielsweise noch im Jahre 1875 ein beachtlicher Teil der Berliner Garnison in ständiger Einquartierung lebte. Die direkten und indirekten Staatsabgaben betrafen das Soll- und Istaufkommen an direkten Staatssteuern sowie die indirekten Abgaben, wie Zölle, Brau-, Salz- und Branntweinsteuer. Die Erträge der städtischen Steuern wurden im Teilabschnitt Städtische Gemeindeabgaben gebracht. Im Zusammenhang mit den Zahlen über die Pfändungen wurde darauf hingewiesen, daß ihr häufiges Vorkommen und ihr fruchtloses Ergebnis namentlich bei den untersten Stufen zeige, wie wenig der von der Gesetzgebung angenommene *Minimalsatz der Steuerpflicht den Berliner Verhältnissen entsprach*. Je nach Bedarf wurden diesem Abschnitt auch die Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag, zum Preussischen Abgeordnetenhaus und zur Stadtverordnetenversammlung eingefügt.

Auch an einem zwar nicht nebensächlichen, doch etwas am Rande liegenden Gebiet der Städtestatistik, wie dem der Naturverhältnisse, zeigte sich Böckh nicht nur lebhaft interessiert, sondern er wirkte an seiner Ausgestaltung ganz persönlich, und zwar durch Beibringen von Grundlagenmaterial mit. Als nämlich der unermüdliche Virchow im Jahre 1879 beim Magistrat beantragt hatte, daß der Ozongehalt der Luft dreimal täglich gemessen werden solle, und dieser Antrag abgelehnt worden war, ließ Böckh entsprechende Messungen am damaligen Sitz des Statistischen Amtes in der Heiligegeistgasse 11 vornehmen. Er begnügte sich nicht einmal damit, sondern führte auch *bei sich zu Hause im Freien 10 Minuten außerhalb des Weichbildes der Stadt nächst der Hardenbergstraße* solche Beobachtungen durch. Den mittleren Tagestemperaturen stellte Böckh die Zahlen der täglichen Sterbefälle gegenüber, um den Einfluß der Wärme auf die Sterblichkeit zu ergründen. Da Säuglinge und Kleinkinder bei Wärme besonders anfällig sind, wurden die Zahlen der an Durchfall, Brechdurchfall, Magen- und Darmkatarrh gestorbenen Kinder im Alter bis zu 2 Jahren gesondert ausgewiesen. Aus dem Vergleich der Entwicklung des Grundwasserstandes mit der der Erkrankungen und Sterbefälle an Typhus leitete er die Folgerung ab, daß die Zunahme des Typhus vom Sinken des Grundwassers abhängt.

## Die Volkszählungen von 1875 bis 1900

Der erste von Böckh herausgegebene Volkszählungsbericht war der über die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungs-Aufnahme vom 1. Dezember 1875; er ist als Standardwerk in die Geschichte der Berliner Statistik eingegangen und war Jahrzehnte hindurch maßgebend für die Gestaltung der Veröffentlichungen von Zählungsergebnissen in der gesamten amtlichen Statistik. Tatsächlich hob sich dieses Werk in seinem Umfang und in seiner sachlichen Durcharbeitung von den bisherigen Veröffentlichungen dieser Art merklich ab, weil Böckh das gewonnene Zahlenmaterial mit einer bis dahin nicht erreichten Gründlichkeit, Vielseitigkeit und mit der ihm eigenen Gedankentiefe behandelte. Bezeichnend für diesen Band sind die mannigfaltigen, den Gegenstand nach verschiedenen Richtungen hin beleuchtenden Zahlenreihen, die Vergleiche und das Inbeziehungsetzen von Massen unter Anwendung der richtigen und wissenschaftlichen Methode und schließlich eine Tiefengliederung, die seinem Streben nach einer möglichst weitgehenden Durchdringung des Zahlenstoffs entsprach. Die Ergebnisse der Volkszählung wurden nicht als für sich in der Zeit hängende Zahlen hingenommen, sondern er brachte sie in Zusammenhang mit dem zeitlichen Ablauf des Geschehens, er untersuchte also, in welcher Art die erarbeiteten Zahlen vorhandene Entwicklungsreihen fortsetzten oder ob sich aus jenen Folgerungen für die künftige Gestaltung ergäben.

Diese Volkszählung war die zweite nach der Gründung des Kaiserreichs und fand im ganzen Deutschen Reich statt. Auf Grund eines Beschlusses des Bundesrates wurde u. a. bestimmt, daß die ortsanwesende und die Wohnbevölkerung ermittelt werden sollten. Für Preußen gaben das Ministerium des Innern und das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Anweisungen für die nachgeordneten Behörden heraus. Die »Instruktion für die Behörden« behandelte das Zählungsverfahren, die Zählungskommissionen, die Einteilung der Gemeindegebiete in Zählbezirke, die mit den freiwilligen Zählern zusammenhängenden Fragen sowie die Obliegenheiten und die Befugnisse der Ortsbehörden.

Die Berliner Kommunalbehörden hatten beschlossen, die Durchführung der Zählung wieder einer städtischen Volkszählungskommission zu übertragen. Diese bestand aus vier Magistratsmitgliedern, acht Stadtverordneten, dem Kommissar des Polizeipräsidiums und dem Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt. Die Deputation für Statistik hatte empfohlen, zusätzliche Ermittlungen für die Individualzählkarte und einige für Berlin wünschenswerte formelle Änderungen vorzunehmen. Die Zusatzfragen betrafen den Geburtsort, ferner wurde zusätzlich danach gefragt, seit wann die Betreffenden in Berlin lebten und seit wann sie gegebenenfalls verheiratet waren, außerdem wurde nach körperlichen Gebrechen (blind, taubstumm) gefragt. Die Deputation hatte sich auch dafür ausgesprochen, daß mit der Volkszählung wieder eine Aufnahme der Wohnverhältnisse unter Verwendung besonderer Wohnungs- und Grundstückskarten verbunden werden sollte. Die Volkszählungskommission genehmigte die Beschlüsse der Deputation für Statistik und stellte den Organisationsplan auf.

Für die Bearbeitung der Volkszählung wurde vom Statistischen Bureau eine besondere Abteilung gebildet, die in einer im Heiligegeist-Hospital gelegenen Wohnung untergebracht war. Sie begann ihre Arbeiten mit sechs Hilfskräften, deren Zahl später auf 39 stieg. Außerdem waren dort einige ständige Kräfte des Statistischen Bureaus in Überstunden tätig. Vorbereitend war eine regionale Einteilung des Stadtgebietes vorgenommen und Grundstücksverzeichnisse waren aus dem Mietsteuerkataster angefertigt worden.

Folgende Zählpapiere wurden benutzt:

- Haushaltsverzeichnis
- Zählkarte der Anwesenden
- Fragebogen über Gewerbebetriebe
- Kontrolliste
- Übersicht der allgemeinen Ergebnisse der Volkszählung nach Zählbezirken
- Wohnungskarte
- Grundstückskarte
- Polizeilicher Hauszettel
- Grundstücksverzeichnis für das Polizeirevier
- Anweisungen und sonstige Formulare

Zur Gewinnung der Zähler wurden den Bezirksvorstehern Listen zur Entgegennahme von Zählermeldungen zugesandt, außerdem erstreckte sich die Werbung auf 25 Staatsbehörden, die Gymnasien und die höheren Lehranstalten — zur Gewinnung der Lehrer — sowie auf die Bezirks- und sonstigen Vereine.

Böckh berichtet, daß der Erfolg der Werbung *auch diesmal ein über Erwarten bedeutender* war. Insgesamt waren 2359 Distriktskommissare und 10350 Zählungsrevisoren tätig; auf einen Zählbezirk kamen durchschnittlich 1,7 Häuser mit 20,7 Haushaltungen und 93,6 Einwohnern. Nach Beendigung der Zählung wurde den Zählern dafür gedankt, daß *jeder in seiner Weise dazu beigetragen hatte, in ehrenvoller freiwilliger Thätigkeit das umfangreiche und immerhin schwierige und beschwerliche Werk der Volks- und Gewerbe- und Wohnbevölkerung zu vollenden.*

Bei der Beschreibung der Durchführungsarbeiten wird erwähnt, daß das Statistische Bureau bei der Zählung von 1875 das erste Mal versuchte, Arbeiten gegen Akkord verrichten zu lassen. So wurden zur Vervollständigung der Wohnungsangaben Recherchen vorgenommen, für die je 3 Pfennige gezahlt wurden.

Die Ergebnisse erschienen in 4 Heften, die umfangreiche textliche Ausführungen und Tabellenteile enthielten. Berlin hatte damals 964000 Einwohner. Im ersten Heft waren Angaben über Stand, Zunahme und Dichtigkeit der Bevölkerung, über Grundstücke und ihre Eigentümer, Sterblichkeit in den Häusern, Versorgungseinrichtungen, ferner über Haushalte, Wohnungen, Gebäude, Hausgärten und öffentliche Anlagen enthalten. Außerdem war diesem Heft ein Verzeichnis der bebauten Grundstücke beigegeben. Das zweite Heft umfaßte weitere Angaben über Wohnungen, ihren Mietwert, ihre Bewohner und Haushalte. Die Bevölkerung nach Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Konfession,

Zuzugszeit und Geburtsland wurden im dritten und die Berufs- und Gewerbeverhältnisse im vierten Heft behandelt. Den Inhaltsverzeichnissen folgten die Bezeichnungen der Tabellen mit kurzgefaßten Hinweisen auf die Hauptergebnisse in französischer Sprache, vermutlich um den Vergleich mit ausländischen Zahlen zu erleichtern. Der Volkszählungsbericht von 1875 enthielt auch einige graphische Darstellungen.

Übrigens wurden auch schon damals von den Bürgern gelegentlich drastische und witzige Antworten in die Zählpapiere eingetragen. So soll ein biederer Mann auf die Frage, ob er selbständig sei, geantwortet haben: »Ich war es bis zu meiner Verheirathung«. Ihre Stellung zum Haushaltsvorstand kennzeichnete eine resolute Ehefrau mit den Worten: »Oft sehr kriegerisch«. Eine Witwe, die bei der Frage nach dem Familienstand außer dem Wort Witwe noch »lebenslänglich« hinzugefügt hatte, wurde von dem Zählungsbeamten zur Rede gestellt; dieser erhielt die trockene Antwort, sie, die Witwe, habe an ihrem Verstorbenen genug gehabt.

Die Bevölkerungs- und Wohnungs-Aufnahme vom 1. Dezember 1880 ähnelte inhaltlich und organisatorisch der vorangegangenen. Wieder wurden auf der Berliner Individualzählkarte Zusatzfragen gestellt und außerdem besondere städtische Formblätter verwendet. Anfängliche Meinungsverschiedenheiten über die Art der Aufbereitung der Ergebnisse wurden schließlich durch die vermittelnde Haltung des Ministers des Innern aus dem Wege geräumt, der entschied, daß das Preußische Statistische Bureau zwar die Zählungsergebnisse einheitlich für den preußischen Staat aufbereiten solle, daß aber das Berliner Bureau die wichtigsten staatlichen Erhebungspapiere vor Abgabe der Fragebogen für seine Zwecke abschreiben lassen könne. Auch die Ergebnisse dieser Zählung wurden in vier Heften veröffentlicht.

Auf Grund von Berichtigungen und neuen Berechnungen wurden in der Einleitung zum ersten Heft des Berichts über die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1890 Zahlen der Bevölkerung Berlins, seiner Stadtteile und der Umgebung von 1709 bzw. 1720 bis 1890 veröffentlicht.

Durch das Zusammentreffen zweier Volkszählungen im Jahre 1895 wurde das Statistische Amt stark in Anspruch genommen: Am 14. Juni fand nämlich eine Berufszählung und am 2. Dezember die turnusmäßige Bevölkerungs- und Wohnungs-Aufnahme statt. Böckh meinte, die Berufszählung sei *nicht weniger eine Volkszählung gewesen*, immerhin sei die in Preußen seit 170 Jahren nicht dagewesene Tatsache, daß zwei Volkszählungen durchgeführt wurden, ein Zeichen wachsender Wertschätzung der Statistik, wenn auch gefragt werden müsse, ob die vermehrte Belästigung der Bevölkerung dem Nutzen entspreche. Bei der Berufszählung beschränkte sich die Arbeit des Amtes zwar auf die Richtigstellung der Zählungsmaterialien und auf die Ausführung einiger Nebenarbeiten, aber auch diese waren bedeutungsvoll genug, handelte es sich doch um die Auszählung der Entfernung der Wohnung von der Betriebsstätte und um eine nachträglich noch durch Recherchen erweiterte Statistik der Arbeitslosigkeit. Wieder richtete der Magistrat die Bitte an den Minister des Innern, ihm Zusatzfragen zu gestatten und ihm ferner den Druck der Formulare und



Ausschnitt aus einem Stadtplan von Berlin um 1860

# Die Dienstgebäude des Statistischen Amtes

Altes Berliner Rathaus, Königstraße (1862 bis 1875) ①



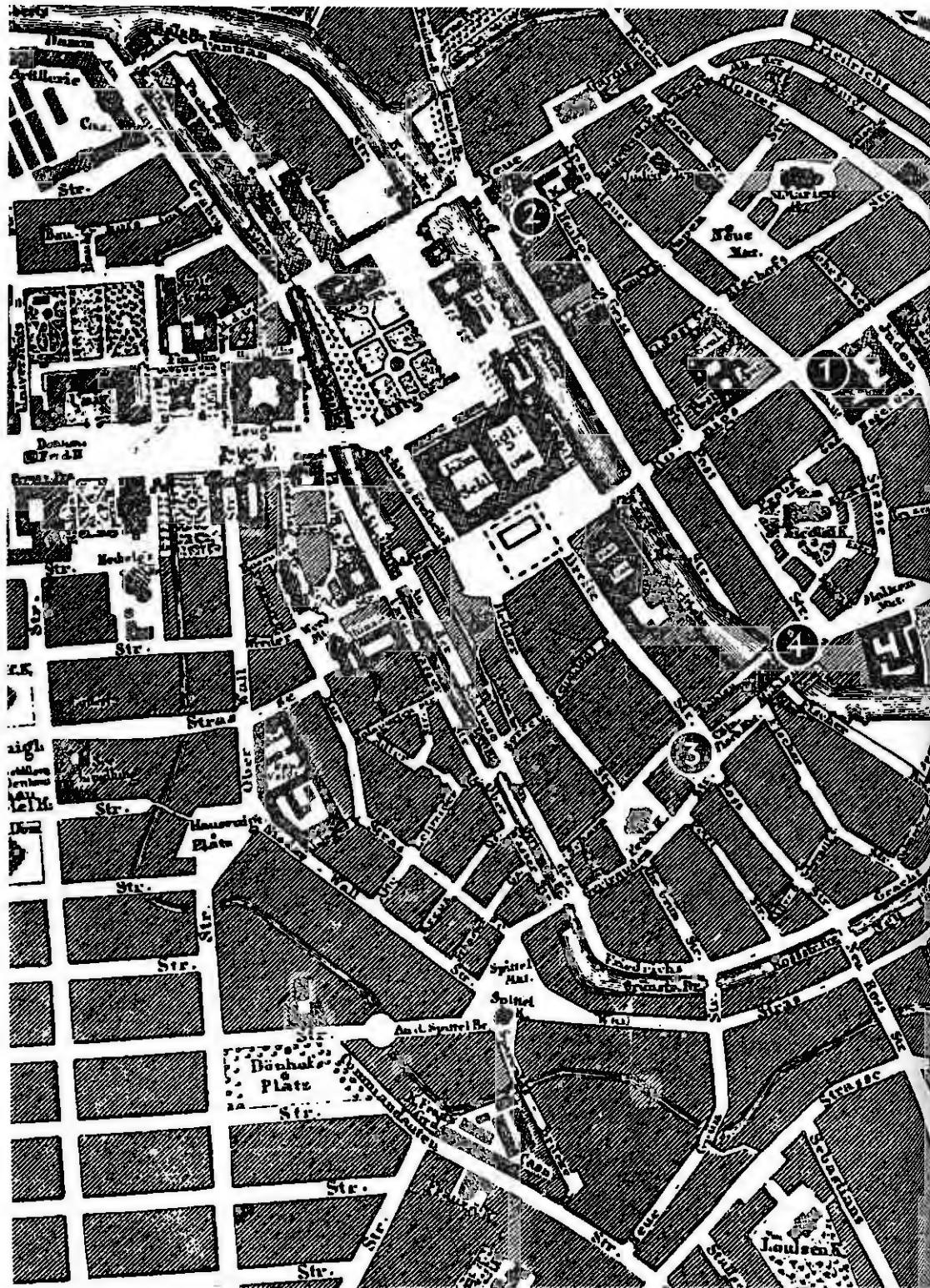
Cölnisches Rathaus Breite Straße 20a (1880 bis 1895) ③



Heiligegeistgasse 11 (1875 bis 1880)  
(Ansicht der Heiligegeistgasse 1961) ②



Ephraimsches Palais Poststraße 16 (1895 bis 1925) ④





Engelhardt-Haus  
Alexanderplatz 7 (1925 bis 1945)



Liebknechtstraße 25  
(1945 bis 1948)



Mecklenburgische Straße 57  
Wilmsdorf (1948 bis 1950)



Nordsternhaus, Schöneberg,  
Salzburger Straße 21 bis 25 (seit 1950)



die Bearbeitung des gesamten Materials gegen Kostenerstattung zu überlassen. Inhaltlich traten bei der Zählung von 1895 Vereinfachungen gegenüber der vorangegangenen dadurch ein, daß nur nach den Ortsanwesenden — und nicht nach den vorübergehend Abwesenden — gefragt wurde; außerdem fielen die Fragen nach der Stellung zum Haushaltsvorstand, nach der Geburtsgemeinde, der Muttersprache und der vorübergehenden Anwesenheit fort. Dagegen wurden die Fragen nach der Arbeitslosigkeit, der militärischen Ausbildung der Landsturmpflichtigen sowie nach den Blinden, den Taubstummten und den Geisteskranken gestellt.

Mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 waren die Grundstücksaufnahme von Ende Oktober und die Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember verbunden. Die Planung und Durchführung dieser Erhebungen sowie ein Teil der Aufbereitung der Ergebnisse fielen noch in die Zeit der Böckhschen Amts-führung. Die abschließende Bearbeitung und die Herausgabe der Ergebnis-berichte besorgte aber Böckhs Nachfolger. Zunächst erschienen die Ergebnisse der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme, dann die der Bevölkerungsauf-nahme, und zwar beide Bände mit den Zahlen für Berlin und für 23 Nachbar-gemeinden. Zum erstenmal waren auch für diese die Grundstücks- und Woh-nungsverhältnisse ermittelt worden. Bei der Zählung von 1900 wurde insofern ein neuer Weg beschritten, als die Grundstückskarten in Berlin und in den Vororten zur Durchführung einer Vorerhebung einen Monat vor dem Termin der eigentlichen Zählung ausgegeben wurden. Neu waren in dem Band über die Grundstücks- und Wohnungsaufnahme z. B. die Angaben über die Aus-stattung der Grundstücke mit WC, Gas- und elektrischer Leitung sowie über besondere und gemeinschaftliche Klosetts und über den gleichzeitigen Ver-brauch von Gas und Elektrizität. Demgegenüber wurden einige bisher übliche Fragen fortgelassen, auch die Haushalte mit Almosenempfängern usw. sowie mit Hausindustriellen und Heimarbeitern wurden diesmal nicht mehr aus-gewiesen.

### 1881 Umbenennung des Bureau in Statistisches Amt der Stadt Berlin

Unter der Leitung Böckhs zog das Berliner Statistische Bureau dreimal um. Bei seinem Dienstantritt im Jahre 1875 wurde es vom alten Berliner Rathaus in die Heiligegeistgasse 11 verlegt. Im Oktober 1880 siedelte es in das frühere Cöl-nische Rathaus in der Breite Straße 20 a über. 15 Jahre später, im Jahre 1895, zog es in das in der Poststraße 16 am Molkenmarkt gelegene Ephraimsche Palais.

Im Jahre 1881 beschloß der Magistrat, das Bureau in Statistisches Amt der Stadt Berlin umzubenennen.

In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten Statistischen Ämter der Vorort-gemeinden. Als erstes wurde 1897 das Statistische Amt der Stadt Charlotten-burg unter Dr. Hirschberg eingerichtet. Es folgte im Jahre 1902 das Amt der Stadt Schöneberg unter Heinecke. Nach Böckhs Zeit wurden noch Statistische Ämter für Deutsch-Wilmsdorf (1905 unter Dr. Dreydorff), Rixdorf, das heutige Neukölln, (1909 unter Dr. Büchner) und Spandau (1917 unter Dr. Zander) gegründet.

## Böckhs Verdienste um Vertiefung und Verbreitung der statistischen Wissenschaft

Bei seinen überragenden Eigenschaften und Fähigkeiten war Böckh besonders geeignet, sein Wissen an andere weiterzugeben. In erster Linie war ihm wohl daran gelegen, seine Mitarbeiter mit seinen Gedanken vertraut zu machen. Auch um sie in der statistischen Technik zu schulen, hielt er im Amt seit der Übernahme einer Professur an der Berliner Universität im Jahre 1881 Übungen über Theorie und Praxis der Statistik ab. Nach der Gründung des Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminars an der Universität (1886) wurden Böckhs Übungen im Amt eine Abteilung jener Institution; zugleich wurde Böckh neben Adolph Wagner, Schmoller und Meitzen Direktor des Seminars. Von den im Seminar vorgenommenen Arbeiten erwähnt Böckh eine Teilauszählung der jüdischen Einwohner der Berliner Altstadt nach dem Geburtsland. Damit wollte er eine *bekannte Streitfrage statistisch feststellen*, nämlich die der Nationalität der Juden, weil von Antisemiten die Frage aufgeworfen worden war, ob ein Jude Deutscher sein könne. Der von Böckh vertretene Grundsatz, daß die Volkssprache das alleinige, auch begrifflich gerechtfertigte Kriterium der Nationalität des einzelnen sei, wurde von der internationalen Statistik anerkannt und als Sieg wahrer Humanität empfunden. Böckh scheint dem Seminar besonderes Gewicht beigemessen zu haben; wenn er z. B. einen seiner Mitarbeiter als Mitwirkenden an einer Veröffentlichung zitierte, vergaß er nicht, darauf hinzuweisen, daß dieser dem Statistischen Seminar angehöre. Im übrigen war Böckh schon im Preussischen Statistischen Bureau von 1862 bis 1881 in dem von Engel gegründeten dortigen Seminar als Vortragender über Bevölkerungsstatistik tätig. Außerdem leitete Böckh damals die *Beteiligung der Seminarmitglieder bei den laufenden Arbeiten des Statistischen Bureaus*. Diese Beteiligung sollte die Seminarmitglieder mit den *Obliegenheiten und Geschäften des Bureaus bekannt machen*.

Seit 1881 las Böckh an der Berliner Universität, und zwar im Sommer regelmäßig über *Allgemeine theoretische Statistik* und im Winter über *Angewandte Statistik*. Seine theoretische Vorlesung behandelte Begriff, Objekt, Aufgabe und Methode der Statistik, in seinen Vorlesungen über angewandte Statistik beschäftigte er sich mit der geschichtlichen Entwicklung und den Quellen der Bevölkerungsstatistik, dann gab er eine Darstellung der Statistik aller meßbaren Erscheinungen des menschlichen Lebens. Im ersten Teil dieses Kollegs sprach er über den Stand der Bevölkerung (Geschichte und Organisation der Volkszählungen, physische Beschaffenheit der Bevölkerung: Geschlecht, Altersklassen, Familienstand, Beruf, Arbeitslosigkeit, Bildungsgrad, Sprachverschiedenheit, Wohnstatistik u. a.). Der zweite Teil befaßte sich mit der Bewegung der Bevölkerung und dem Vergleich mit dem Bevölkerungsstand (Eheschließungen, Ehelösungen, Fruchtbarkeit, Geburten, Sterblichkeit, Ab- und Zuzüge). Ferner las er u. a. über Nationalitätsstatistik.

Es ist erstaunlich, daß Böckh außer seiner eigentlichen Berufs- und seiner akademischen Lehrtätigkeit noch Zeit für eine fruchtbare Wirksamkeit auf vielen anderen Gebieten fand. Er entfaltete eine rege Vortragstätigkeit; so sprach er

häufig vor den Mitgliedern des Berliner Handwerkervereins, der nach seiner Auflösung von Lette im Jahre 1859 neu gegründet worden war, über nationalitäts- und sozialstatistische Fragen. Böckh gehörte auch als Ausschußmitglied dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen an und förderte durch seine Beiträge im »Arbeiterfreund«, der Zeitschrift dieses Vereins, die Ziele der damaligen Volkswohlfahrtsbewegung. Durch seine nationalitätsstatistischen Studien fühlte er sich besonders dem Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande verbunden; lange Jahre war er im Vorstand dieses Vereins, dem er einen großen Teil seiner Freizeit widmete.

## 1879 erste Tagung der Deutschen Städtestatistiker in Berlin

Auch im Verbandsleben spielte Böckh eine bedeutende Rolle. So nahm er an den Tagungen des Hygienisch-Demographischen Kongresses teil. Am 6. Oktober 1879 fand unter seinem Vorsitz die erste Tagung der Deutschen Städtestatistiker in Berlin statt. Er wurde Vorsitzender dieser Vereinigung, aus der sich der 1903 gegründete Verband Deutscher Städtestatistiker entwickelte. Er leitete auch die Arbeiten an den Abschnitten über Bevölkerung im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte und gehörte der *Conferenz der Directoren der Statistischen Bureaux deutscher Städte* an, die sich vor allem mit der Vorbereitung der in den Städten durchzuführenden Erhebungen befaßte. Seit Errichtung des Internationalen Statistischen Instituts im Jahre 1885 war er dessen Mitglied. Für Verbandstagungen — und für Ausstellungen<sup>17)</sup> — ließ Böckh häufig Graphiken anfertigen, dagegen enthalten die von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen nur selten bildliche Darstellungen.

Böckh wurde auch zum Stadtverordneten gewählt und gehörte mehrere Jahre der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung an, er war ebenfalls Mitglied der Schuldeputation von Charlottenburg. Der preussische Kultusminister ernannte ihn schließlich im Jahre 1900 zum Vorsitzenden der Kommission, die mit der Untersuchung der Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der Gymnasialoberlehrer und -direktoren in Preußen beauftragt war. Die Ergebnisse seiner hierfür vorgenommenen Berechnungen legte er in einer viel beachteten Denkschrift nieder.

## Die Aufbauzeit und die heutige amtliche Statistik

Beim Studium der von Böckh verfaßten Schriften und der von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen zeigen sich deutlich die Unterschiede der Zahl der bearbeiteten statistischen Vorhaben, der Programme der einzelnen Statistiken sowie der angewandten Verfahren und der Techniken gegenüber den heutigen Verhältnissen. Böckh hatte zwar das Arbeitsprogramm seines Amtes beträchtlich erweitert. Da aber damals manche Gebiete noch gar nicht und andere noch nicht so intensiv statistisch untersucht wurden wie gegenwärtig

<sup>17)</sup> Die Beteiligung des Amtes an Ausstellungen (von 1882 bis 1911) und ein Verzeichnis der ausgestellten Graphiken enthält die Festschrift »Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862—1912«, S. 74 ff. (Anlage 5).

und da sich das Amt lediglich mit städtestatistischen Aufgaben befaßte, konnte man sich besonderen Gebieten, wie der Bevölkerungsstatistik, teilweise eingehender widmen als heute. Unterschiede gegenüber früher ergeben sich auch daraus, daß zu Böckhs Zeiten Arbeiten durchgeführt wurden, die jetzt aus den verschiedensten Gründen nicht mehr oder nicht mehr so ausführlich oder regelmäßig vorgenommen werden. Immerhin konnte das Amt auch damals nicht tun und lassen, was es wollte, hing doch sein Tätigkeitsumfang auf kommunaler Ebene von der städtischen Deputation für Statistik, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung und — mittelbar — auf staatlicher Ebene vom Oberpräsidenten und vom Ministerium des Innern ab. Um so beachtenswerter ist, daß Böckh auf der Bearbeitung der ihm besonders wichtig erscheinenden Vorhaben beharrte.

Im Erarbeiten zweckmäßiger, mathematisch fundierter Methoden war er unangefochtener Meister. Auch dies in Erinnerung zu bringen, war die Absicht der vorangegangenen Ausführungen. Die besonderen Verdienste, die sich Böckh gerade auf diesem Gebiete erworben hat, werden dadurch nicht geringer, daß heute z. T. moderne Verfahren an die Stelle der alten getreten sind. Eine Folge der technischen Weiterentwicklung ist es schließlich, daß sich auch die Art der Aufbereitung mit der ständig zunehmenden Verwendung leistungsfähiger Maschinen im Laufe der Jahrzehnte beträchtlich wandelte.

Die Genauigkeit der Böckhschen Arbeiten kann wohl kaum überboten werden, namentlich besticht die selbstverständliche Offenheit, mit der Böckh die von ihm angewandten Verfahren bis in die Einzelheiten angab. Hierdurch gewinnen seine betont objektiven Ausführungen eine persönliche Note. Gegen seine tiefgegliederten Übersichten wird man heute vielleicht einwenden, daß es Böckh hiermit manchmal zu gut meinte und daß er den Zahlenstoff in zu detaillierter, teilweise sogar in einer die Übersichtlichkeit beeinflussenden Form lieferte, aber auch die sehr eingehenden erläuternden Texte entsprangen seiner Absicht, die Zahlenergebnisse — um der Wahrheit zu dienen — so genau wie möglich zu beschreiben und sie so zu deuten, daß keine Zweifel aufkommen konnten.

Wenn die Schriften Böckhs im allgemeinen eine gewisse Gelassenheit ausstrahlen, so findet der aufmerksame Leser doch an manchen Stellen Beweise dafür, daß er seiner Meinung auch mit streitbarer Klinge Nachdruck verleihen konnte. Er verlor sich dabei aber nicht in der kleinlichen Lust des Besserwissens und nahm daher unrichtig wiedergegebene Zahlen und unzutreffende Folgerungen anderer in Kauf. Auch gegen die *statistische Reklame*, die *noch immer nicht aus den Blättern* gewichen war, wehrte er sich nicht, wenigstens nicht nach außen hin sichtbar. Wohl aber finden sich namentlich in den Vorworten der Jahrbücher und in Anmerkungen temperamentovolle Auseinandersetzungen, Richtigstellungen, ja sogar Angriffe. Für solche Attacken wandte er nur dann Zeit und Kraft auf, wenn er sie gegen Objekte richten zu müssen glaubte, an welche der Maßstab der wissenschaftlichen Arbeit gelegt werden darf, vor allem aber, wenn es sich um Fälschungen der Wahrheit handelte. Unnachsichtig parierte er alle Angriffe, die gegen die Berliner Statistik gerichtet waren. Andererseits stellte er sich schützend vor die Kollegen, denen nach seiner An-

sicht Unrecht getan war. So verteidigte er beispielsweise den um den Ausbau der internationalen Städtestatistik besonders verdienten Leiter des Statistischen Amtes von Pest, Körösi, gegen den Vorwurf der Ungenauigkeit.

Böckhs strenge Meinung von der Wissenschaft, der er sich immer verpflichtet fühlte, bestimmte auch sein Verhältnis zur Tagespresse. Damit stand es nicht zum besten. Er griff zwar alle Anregungen auf, die zu einer Erweiterung der Berichterstattung führen konnten, hielt es aber für unter seiner Würde und noch mehr wohl unter der Würde seines Wissenszweiges, Zahlen zu veröffentlichen, die die Statistik zum Spielball des Journalismus machen könnten. Er nahm es in Kauf, daß die systematische Behandlung des Stoffes und das sorgfältige Fernhalten von allem, was die Statistik zu einer Dienerin der Tagespolemik hätte erniedrigen können, seine Veröffentlichungen weniger reizvoll erscheinen ließen. Seine häufigen Auseinandersetzungen mit der Tagespresse müssen aus den Gegebenheiten der damaligen Zeit verstanden werden. Böckh rechtfertigte sich gelegentlich und wies darauf hin, daß die Berliner Statistik eine *auf wissenschaftlicher Grundlage erlangte Kenntnis der Berliner* sei, die Tagespresse dagegen befinde sich ihrer ganzen Tendenz nach im Widerspruch zu ihr: Die Presse sei Partei, die Statistik aber stehe über den Parteien, und gerade hierauf beruhe ihr Wert. Solle die statistische Forschung wahrhaft nützlich sein, so müsse sie von aller Zeitströmung frei bleiben. Er meint sogar, die Statistik müsse ihr voraus sein, denn schon der Umstand, daß eine Frage ad hoc gestellt werde, trübe die Quellen der Statistik. Böckh war auch nur ein Kind seiner Zeit und in seinem Verhältnis zur Presse vielleicht von dem beeinflußt, was vor ihm hierüber geäußert worden war<sup>18</sup>). Dazu hatte er selber schlechte Erfahrungen mit einem Teil der damaligen Berliner Presse gemacht, der er Flüchtigkeit und mangelndes Verständnis vorwarf. Böckhs grundsätzliche Forderung, daß die Statistik neutral sein müsse, ist heute noch ebenso Fundament der amtlichen Statistik wie vor 80 Jahren; manches andere von dem, was Böckh sagte, ist freilich inzwischen überwunden. So werden heute Fragen an die amtliche Statistik gestellt und dann Erhebungen durchgeführt, die den speziellen Zweck haben, diese Fragen zu beantworten. Auch ist die Fragetechnik so weit entwickelt worden, daß eine Trübung der Quellen der Statistik bei einer ad-hoc-Erhebung zum mindesten weitgehend ausgeschaltet ist. Im übrigen respektieren heute die Konsumenten die *rein statistische Betrachtung* der amtlichen Statistik, und die anspruchsvolle Tagespresse ist sich mit der Vertiefung ihrer Kenntnisse der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge immer mehr der Verpflichtung zur verantwortungsvollen Deutung der statistischen Ergebnisse bewußt geworden.

Böckh war ein Mann von nobler Denkungsart, das erkennen wir aus seinen Schriften, und das wissen wir aus Zeugnissen anderer. Er ging einen geraden Weg, von hohen Idealen geleitet, die auch viele seiner Werke nachhaltig bestimmten. Folgerichtig trat er für das ein, was er für zweckmäßig befunden hatte. Er war korrekt, aber keineswegs kleinlich oder gar pedantisch. Er war

<sup>18</sup>) Hoffmann, der ehemalige Direktor des Preußischen Statistischen Bureaus, hatte die Tätigkeit der Tagespresse auf statistischem Gebiet noch schärfer glossiert. Er hatte — nach Böckh — z. B. gesagt, »daß sich in den Tagesblättern mehrheitlich ein kleiner Kern von Wahrheit fruchtlos in der Übersättigung mit bodenlosen Folgerungen und vernichtenden Übertreibungen verliere«.



der Typ des deutschen Gelehrten und wurde schon zu seinen Lebzeiten von Kollegen und anderen bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewürdigt. Treffend wurde er von einem seiner Schüler mit einem Filigranarbeiter verglichen.

Pflichteifrig war er bis an sein Lebensende tätig. Auch im letzten Lebensjahr war er nicht zu bewegen, auf einen Vortrag, den er für sein Seminar vorgesehen hatte, zu verzichten, weil er noch nie etwas abgesagt habe. Trotz der Anerkennung seiner Arbeiten und der vielen ihm erwiesenen Ehren blieb er sich immer treu, seiner Aufgabe dienend, für sich selbst nichts erzwingend. Jeglicher Effekthascherei und Reklamesucht stand er ablehnend gegenüber. Die Titel seiner zahlreichen Veröffentlichungen waren oft so sachlich und erschienen daher so anspruchslos, daß selbst manchen seiner Kollegen der wirkliche Wert dessen, was dahinter steckte, verborgen blieb. Auch heute vermutet der unbefangene Leser z. B. in den Jahrbüchern nicht die grundlegenden Ausführungen Böckhs zu vielen seiner Arbeiten, die sie tatsächlich enthalten. Seine Zurückhaltung zeigte sich auch darin, daß er bei keiner seiner Veröffentlichungen Gebrauch von seiner akademischen Würde eines Dr. h. c. machte und im übrigen — was seine Person anlangte — sehr sparsam mit Titeln umging.

Anderen gegenüber war Böckh kritisch, aber auch gegen sich selbst legte er einen strengen Maßstab an. Am Ende seiner Amtstätigkeit zog er die Bilanz der amtlichen Statistik im 19. Jahrhundert. Dabei fragte er sich, was alles von dem erreicht wurde, das die geistvollen Männer um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, wie Quetelet und Dieterici, auf statistischem Gebiet erstrebt hatten. Böckh stellte pessimistisch fest, daß manche Vorhaben nicht erreicht wurden und daß eine Zusammenstellung des von der Statistik des 19. Jahrhunderts Nichtgeleisteten mehr als ein Buch füllen würde. Dieses allzu strenge Urteil ist aus dem Forscherdrang des Wissenschaftlers, der immer unbefriedigt sein muß, zu erklären. Wenn aber ein Statistiker dieser Epoche mit seinem Werk zufrieden gewesen sein konnte, dann war er es.

Böckh war von hoher Intelligenz, seine besondere Begabung lag auf mathematischem Gebiet, ohne Mühe soll er mehrstellige Zahlen im Kopf miteinander multipliziert haben. Sein Wissen beschränkte sich aber nicht auf die Mathematik und die Statistik als sein eigentliches Arbeitsgebiet, sondern seit früher Jugend hatte er sich tiefe Kenntnisse besonders auf den Gebieten der Geographie, Geschichte, Staatswissenschaft und der Fremdsprachen angeeignet. Seine universale Bildung wurde durch musische Interessen ergänzt; er liebte die Musik, die ihm in seiner Jünglingszeit durch die engen Beziehungen zu Felix Mendelssohn-Bartholdy nahegebracht worden war.

Bei der Trauerfeier in der Kapelle des Alten Luisen-Kirchhofs in Charlottenburg am 9. Dezember 1907 hielt der Theologieprofessor D. Otto Pfeiderer die Gedächtnisrede, in der er Böckhs Persönlichkeit und Werk zusammenfassend mit folgenden Worten würdigte: ... *Denn weit hinaus über die Grenzen der Heimat betrauert man seinen Hingang und anerkennt dankbar seine bleibenden Verdienste um die Volks- und Bevölkerungskunde. Wo irgend in der*

*Kulturwelt das gesellschaftliche Leben der Menschen in der Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit seiner Erscheinungen wissenschaftlich untersucht wird, da werden die statistischen Arbeiten Richard Böckhs als Musterwerke gründlicher und scharfsinniger wissenschaftlicher Forschung geschätzt, als Quelle reicher Belehrung benutzt, — da verehrt man in ihm das Vorbild eines deutschen Gelehrten, der in rastlosem Fleiß und mit unbestechlicher Gewissenhaftigkeit die Wahrheit zu erforschen und dann auch die erkannte Wahrheit für das praktische Leben, für die Wohlfahrt der Gesellschaft fruchtbar zu machen verstand. Dieses schöne, schaffensfreudige und erfolgreiche Leben des Entschlafenen war bedingt durch eine reiche und vielseitige Begabung, deren Entwicklung von Jugend an durch die glücklichsten Verhältnisse begünstigt wurde. Aber seine tragende und treibende Kraft war doch vor allem die Gediegenheit seines sittlichen Charakters, seine zarte Gewissenhaftigkeit, seine strenge Selbstbeherrschung und vor allem seine wandellose Treue in allen Lebensbeziehungen: in der Familie, in der Freundschaft, im Beruf, in der Liebe zum Vaterlande und zu allem, was Deutsch heißt, im weiten Erdenrund.*

#### **Am 1. Januar 1903 übernimmt Dr. Ernst Hirschberg das Statistische Amt**

Das Erbe Böckhs in der Leitung des Statistischen Amts trat am 1. Januar 1903 Prof. Dr. Ernst Hirschberg an. Dem neuen Direktor waren die Berliner Statistik und das Berliner Amt nicht fremd, denn nachdem der am 8. März 1859 in Königsberg/Pr. Geborene sein staatswissenschaftliches Studium an der dortigen Universität mit der Abfassung seiner Dissertation über den Arbeiterversicherungszwang mit besonderer Berücksichtigung der Unfallversicherung sowie seiner Promotion beendet hatte, trat er 1884 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das Statistische Amt der Stadt Berlin ein und wurde 1888 zum Ersten wissenschaftlichen Hilfsarbeiter ernannt. Daß er sich der besonderen Wertschätzung Böckhs erfreut haben muß, geht daraus hervor, daß Hirschberg 1894 Direktorialassistent auf Lebenszeit wurde, zugleich war er von 1897 bis 1903 Leiter des im Jahre 1897 gegründeten Statistischen Amts der Stadt Charlottenburg. Nur drei Jahre stand Hirschberg an der Spitze des Berliner Amts; im Alter von 47 Jahren verstarb er am 26. Juni 1906.

Im Gegensatz zu Böckh, der sich mit Vorliebe bevölkerungsstatistischen Fragen zugewandt hatte, fühlte sich Hirschberg in erster Linie zur Sozialstatistik hingezogen. Außer dem Thema seiner Dissertation zeugt hiervon der Titel seines 1897 erschienenen Buches über die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin; er wies darin auf die Verwertbarkeit des Mitgliederbestandes der Krankenkassen als Maßstab des gewerblichen Beschäftigungsgrades hin. Weitere sozialstatistische Arbeiten waren Lohnermittlungen, deren Ergebnisse er aus Vernehmungen von Auskunftspersonen bezog, und seine erfolgreichen Versuche, die Statistik der Haushaltsrechnungen minderbemittelter Familien weiter zu entwickeln, nachdem die in Berlin seit 1879 unternommenen Bemühungen, hierüber brauchbare Ergebnisse zu gewinnen, teils keine, teils nur bescheidene Erfolge gehabt hatten. Schon für seine erwähnte Veröffentlichung über die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin verwandte Hirschberg

die Ergebnisse von Haushaltsrechnungen, wenn ihm damals auch nur 13 derartige Zusammenstellungen der Einnahmen und Ausgaben von Familienhaushalten zur Verfügung standen. Als er für das Jahr 1900 wieder eine Befragung vorgenommen hatte, gingen immerhin 142 Haushaltsrechnungen ein. Diese Angaben benutzte er, um Anteile für 16 Ausgabengruppen sowie die Einnahmen und Ausgaben je Kopf zu berechnen. Auch die Verbrauchsstatistik baute er aus, indem er Zahlen über den Jahresverbrauch der Bevölkerung je Kopf an wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln, Heizstoffen usw. berechnete.

Von den Statistischen Jahrbüchern gab Hirschberg drei Jahrgänge heraus, und zwar den 27. bis 29. Jahrgang (1900/02, 1903 und 1904). Der erste dieser Bände dürfte noch von Böckh vorbereitet worden sein, dafür spricht vor allem, daß der Stoff nach seinem Inhalt und nach der Anordnung im wesentlichen dem der vorangegangenen Jahrgänge entsprach. Es ist aber wohl auf den Einfluß des jüngeren Hirschberg zurückzuführen, daß sich das äußere Bild des Jahrbuchs merklich wandelte. Unter dem Zwang, den erheblich angewachsenen Zahlenstoff möglichst frühzeitig erscheinen zu lassen, mußte man sich entschließen, der Veröffentlichung der Zahlenübersichten den Vorzug zu geben und umfangreiche Texte nur dann zu bringen, wenn sie für das Verständnis der Tabellen unbedingt notwendig waren. Die statistischen Publikationen mit ihren anspruchsvollen wissenschaftlichen Abhandlungen der Böckhschen Ära sollten nun in ein periodisch erscheinendes Nachschlagewerk, das den Lesern den Zahlenstoff in übersichtlicher Form darbieten sollte, umgewandelt werden. Wissenschaftliche Aufsätze sollten künftig in besonderen Veröffentlichungen herausgebracht werden. Doch schon nach dem ersten Versuch im 27. Jahrgang, das Jahrbuch als reines Tabellenwerk herauszubringen, trat man an das Amt mit dem Wunsch heran, die Zahlenergebnisse wieder durch Texte zu erläutern. Hirschberg entschloß sich daher, dem Tabellenteil B des Jahrbuchs Erläuterungen (Teil A) voranzustellen, obwohl er nun wieder wegen der pünktlichen Herausgabe des Jahrbuchs Befürchtungen hatte. Die Texte umfaßten zunächst annähernd 100 Seiten, ihr Umfang nahm aber unter Hirschbergs Nachfolger beträchtlich zu.

Der Zahlenstoff des Jahrbuchs erschien in neuer Anordnung. Das Inhaltsverzeichnis wurde beträchtlich gestrafft; hier begnügte man sich jetzt mit den notwendigsten Stichwörtern. Neuzeitliche Rechtschreibung und Formulierungen verraten die Abkehr vom Herkömmlichen. Hirschberg scheint auch der Anwendung graphischer Darstellungen in den Veröffentlichungen des Amtes zugänglicher gewesen zu sein als sein Vorgänger, fügte er doch den von ihm herausgegebenen Jahrbüchern regelmäßig Schaubilder bei.

Aber auch inhaltlich wurden sie bereichert, so vor allem in den sozial-, markt- und finanzstatistischen Abschnitten, ferner auf den Gebieten der Grundstücks-, Wohnungs- und Bevölkerungsstatistik. Hirschberg handelte ganz im Sinne Böckhs, wenn er auch die Hauptergebnisse der Zählungen des Jahres 1900 für 23 Nachbargemeinden in das Jahrbuch aufnahm, und zwar bevölkerungsstatistische Angaben, weiterhin Zahlen über Grundstücke, Gebäude, Haushalte, Anstalten, Mietwerte sowie Zahlen der Bewohner der Wohnungen ohne heizbare und mit einem heizbaren Zimmer. Auch im 2. Heft der neuen Schriften-

reihe »Berliner Statistik« wurden Ergebnisse der erwähnten Erhebung für Berlin und die Nachbargemeinden herausgebracht. Auszüge der Statistischen Jahrbücher stellten die im Taschenformat veröffentlichten Übersichten aus der Berliner Statistik dar; sie erschienen für 1903, 1904, 1905, 1906/07 und 1908/12.

#### **Am 1. Oktober 1906 wird Dr. Heinrich Silbergleit Direktor des Amtes**

Professor Dr. Heinrich Silbergleit hatte ebenfalls, bevor er der vierte Direktor des Berliner Amtes wurde, schon enge Beziehungen zu ihm: am 1. Dezember 1886 war er als Volontär in dieses Amt eingetreten, und nach einem halben Jahr wurde er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter. Böckh erwähnt im Vorwort zu einem seiner Volkszählungshefte, daß Silbergleit 1887 seine Tätigkeit als *dritter wissenschaftlicher Hilfsarbeiter* mit der Bearbeitung einiger rückständiger Abschnitte des Programms der Bevölkerungsstatistik begann. Aber nur bis Februar 1890 blieb Silbergleit in Berlin. Er siedelte nach Magdeburg über, wo er die Leitung des dortigen städtestatistischen Amtes übernahm. Nach mehr als zwölfjähriger Tätigkeit in Magdeburg wurde er zum 1. September 1903 als Direktor an das Statistische Amt der damaligen Stadt Berlin-Schöneberg berufen; hier blieb er bis zum Jahre 1906. Nach dem frühen Hinscheiden Hirschbergs wurde Silbergleit dessen Nachfolger als Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, das er vom 1. Oktober 1906 bis zu seiner Pensionierung am 30. September 1923 leitete.

Silbergleit lenkte die Geschicke des Amtes in einer Zeit des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umbruchs. Hieraus erklärt sich vor allem, daß die damaligen Veröffentlichungen nach Umfang, Erscheinungsfolge und Inhalt nicht jenen geschlossenen Eindruck vermitteln wie die seiner Vorgänger. Sie lassen deutlich die einschneidenden Folgen des ersten Weltkrieges und auch die Wirren der Nachkriegsjahre bis in die Inflationszeit hinein erkennen. Jedoch wurde auch weiterhin mit großer Zähigkeit das Ziel verfolgt, die Verwaltung und die Öffentlichkeit trotz der bedrückenden Zeitnöte mit dem wichtigsten Zahlenstoff zu versorgen.

#### **Die Berliner Statistik als Wegbereiter der kommunalen Neuordnung Berlins**

Etwas anderes kam hinzu, das die Amtsarbeiten offensichtlich beeinflusste, und zwar hemmend und fördernd zugleich: Berlin war von einem Kranz ständig wachsender Vororte umgeben, und die Einsicht, die Fragen der Versorgung und des Ausgleichs der finanziellen Lasten neu regeln zu müssen, drängte schon lange auch nach einer Erweiterung und Neuordnung des Berliner Stadtgebiets. Bis es jedoch zur Bildung der neuen Stadtgemeinde im Jahre 1920 kam, herrschte eine gewisse Unsicherheit über die künftige kommunalpolitische Gestaltung Berlins, die auch die Initiative der Berliner Statistik in manchem behinderte. Auf der anderen Seite erwies sich aber die Statistik als Wegbereiter der kommunalen Neuordnung, indem sie nun um so mehr bemüht war, ihre Arbeiten zur Gewinnung vergleichbarer Ergebnisse mit denen der Nachbargemeinden abzustimmen.

Mit der schnellen Aufwärtsentwicklung Berlins auf allen Gebieten war auch seine Bevölkerungszahl beträchtlich gestiegen; von 1875 bis 1910, also in 35 Jahren, hatte sie sich mehr als verdoppelt. Eine weit stürmischere Entwicklung hatten aber die Vorortgemeinden namentlich infolge der hier entstandenen Wohnsiedlungen und Industrieanlagen durchgemacht. In den Vororten im Umkreis von 15 km um den Mittelpunkt Berlins<sup>19)</sup> lebten 1875 nur 166 000 Personen, 35 Jahre später waren es schon 1 636 000, die Vorortbevölkerung war demnach in dieser Zeitspanne auf fast das Zehnfache gestiegen. Ihr zunehmendes Gewicht zeigte sich auch darin deutlich, daß der Anteil der Einwohner der Vorortgemeinden innerhalb des erwähnten Umkreises an der Gesamtbevölkerung von 15 vH im Jahre 1875 auf 44 vH im Jahre 1910 gestiegen war. So lag es nahe, daß man angesichts der über kurz oder lang notwendig werdenden Erweiterung des Berliner Stadtgebietes die bereits begonnenen Arbeiten an einer die Vororte einbeziehenden Groß-Berliner Statistik ausbaute. Dieser Aufgabe nahm sich Silbergleit mit Tatkraft an. In der Sitzung der Deputation für Statistik am 8. März 1909 wies er eindringlich auf die Notwendigkeit einer weiteren örtlichen Ausdehnung der Berliner Statistik hin. Da die Vertreter der Vororte dem kurz darauf von Silbergleit vorgelegten Programm für die geplante Statistik zustimmten, wurde zunächst die Feststellung der wichtigsten Angaben über die Veränderungen im Stande der Bevölkerung für die Zwecke der Fortschreibung in Angriff genommen. 56 Standesämter der Umgebung Berlins erklärten sich bereit, ihr Zählkartenmaterial dem Berliner Statistischen Amt zur regelmäßigen Bearbeitung zu übersenden. Mit Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf, deren Statistische Ämter bzw. Stellen die standesamtlichen Zählkarten bereits bearbeiteten, war damit ein *bevölkerungstatistisches Groß-Berlin* von rd. 3 650 000 Seelen geschaffen worden, dessen 63 250 ha umfassende Gesamtfläche fast das Zehnfache der Stadtgebietsfläche vom damaligen Berlin ausmachte.

#### Seit 1910 Statistische Monatshefte von Groß-Berlin

Die Ergebnisse dieser erneuten Bemühungen um eine Groß-Berliner Statistik führten zur Herausgabe der Zeitschrift »Groß-Berlin, Statistische Monatsberichte«, die das Statistische Amt der Stadt Berlin unter Mitwirkung der Statistischen Ämter von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf seit dem Januar 1910 herausgab. Diese Hefte enthielten zunächst Zahlenangaben über die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsvorgänge in Berlin und 66 Vororten; schon im Jahre 1911 konnte das Berichtsgebiet auf Berlin und 85 Vorortgemeinden erweitert werden. Ferner wurden in den Statistischen Monatsberichten Übersichten über den Beschäftigungsgrad und die Arbeitslosen veröffentlicht, im Abschnitt »Verkehr« wurden Angaben über Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahn, Omnibusverkehr, den Personenverkehr auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn, den Eisenbahngüterverkehr und den Verkehr auf den Wasserstraßen gebracht; seit dem 3. Jahrgang wurden auch Preisangaben veröffentlicht. Außerdem erschienen hier Abhandlungen über wichtige Themen des kommunalen Lebens Groß-Berlins.

<sup>19)</sup> Nun galt das Berliner Rathaus als Mittelpunkt der Stadt.

Als nach manchen vergeblichen Versuchen im Jahre 1911 mit der Bildung des Zweckverbandes Groß-Berlin ein erster Schritt zur Neuordnung Berlins getan war, konnte das Statistische Amt sogleich mit Zahlenangaben über dieses Gebiet aufwarten. Schon im Jahrbuch für 1908 bis 1911 erschien eine Übersicht über die Bevölkerung der im Zweckverband zusammengeschlossenen Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke für die Jahre 1905 und 1910. Die Vorspalte dieser Tabelle enthielt nicht weniger als 376 Gemeindebezeichnungen.

In den unter Silbergleit herausgebrachten Statistischen Jahrbüchern wurden außerdem bevölkerungstatistische Übersichten veröffentlicht, die sich auf Gebiete von unterschiedlichem Umfang bezogen. Teils beschränkten sie sich auf 15 bis 44 Nachbargemeinden, teils wurden sie bis auf annähernd 100 Vororte ausgedehnt. Es erschienen beispielsweise als Ergebnisse der Volkszählungen und der Personenstandsaufnahmen Übersichten über die Entwicklung der Bevölkerung in den Vororten im Umkreis von 15 km von 1875 bis 1910, ferner wurden Tabellen veröffentlicht über die Bevölkerung in Berlin und 44 bzw. 15 Nachbargemeinden nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Glaubensbekenntnis, über die bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 in Berlin und 41 Nachbargemeinden gezählten Zugezogenen nach Geschlecht, Herkunftsort und Zuzugszeit, über die in Berlin und 44 Nachbargemeinden 1910 ermittelte Bevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand sowie über die Wohnbevölkerung in 28 bzw. 97 Vororten nach Personenstandsaufnahmen von 1908 bis 1917.

Auch die Vororte beteiligten sich an der Gewinnung statistischer Zahlen für Groß-Berlin. Das Charlottenburger Amt brachte beispielsweise im Jahre 1911 die Ergebnisse einer Erhebung über die Verteilung des Grundbesitzes der Groß-Berliner Gemeinden heraus, das Rixdorfer Amt eine Denkschrift über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin sowie eine Untersuchung über die Steuerkraft und die Schulverhältnisse in 28 Gemeinden Groß-Berlins.

Silbergleits Interesse galt zunächst vorwiegend der Bevölkerungsstatistik. Schon in Magdeburg hatte er sich insbesondere mit der Statistik der Eheschließungen befaßt, und es war — wie Böckh hervorhob — sein Verdienst, angeregt zu haben, daß die Zahlen der standesamtlichen Aufgebote für die Statistik der Eheschließungen nutzbar gemacht wurden. Silbergleit hatte nämlich nachgewiesen, daß zwischen den Zahlen der Aufgebote und der Eheschließungen erhebliche Unterschiede bestanden, und zwar seien die Überschüsse der Aufgebote vor allem darauf zurückzuführen, daß zahlreiche in Magdeburg wohnende Männer an außerhalb der Stadt gelegenen Wohnorten der Bräute heirateten. Böckh hielt es für notwendig, entsprechende Untersuchungen für Berlin anzustellen und auch hier die Aufgebote nach dem Wohnort zu unterscheiden. Die ersten, noch unvollständigen Angaben über Aufgebote in Berlin wurden für 1894 veröffentlicht. Silbergleit setzte, als er Leiter des Berliner Amtes geworden war, die Versuche fort, die Mängel der Statistik der Eheschließungen durch eine Aufgebotsstatistik zu beheben.

Die große Bedeutung, die der Bevölkerungsstatistik auch unter Silbergleits Amtsleitung zuerkannt wurde, zeigte sich äußerlich in dem Umfang, den die bevölkerungsstatistischen Übersichten in den von ihm herausgegebenen statistischen Jahrbüchern beanspruchten. Die Tabellen über den Bevölkerungsstand enthielten die Hauptergebnisse der Volkszählungen und der Personenstands aufnahmen sowie die Ergebnisse der Fortschreibungen. Hervorzuheben sind hier ferner die Sterblichkeitstafeln der Kinder und der Säuglinge sowie die fast ein Jahrhundert umfassenden Übersichten über die natürliche Bewegung der Berliner Bevölkerung. Über die Säuglings- und Säuglingssterblichkeitsstatistik verfaßte Silbergleit einen Beitrag für die Georg von Mayr gewidmete Ehrengabe »Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand«<sup>20)</sup>.

#### **Erstmaliger Einsatz der Hollerithschen elektrischen Zählmaschinen bei der Volkszählung 1910**

Silbergleit brachte zunächst die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 heraus. Auch diese Erhebung, die noch unter Hirschbergs Amtsleitung durchgeführt wurde, war mit einer Grundstücksaufnahme sowie mit einer Wohnungsaufnahme verbunden. Wie bei der Volkszählung von 1900 führte eine größere Zahl von Vorortgemeinden — diesmal waren es 29 — die Erhebungen in gleicher Weise wie Berlin durch. Auch Berliner Zusatzfragen wurden erneut gestellt, einige davon bezweckten, die damals besonders interessierenden Beziehungen zwischen Wohnort und Beschäftigungsort (Pendelwanderung) zu ermitteln.

Die Bevölkerung von Berlin wurde wieder mit der — seit 1885 regelmäßig erteilten — besonderen ministeriellen Genehmigung im Statistischen Amt der Stadt Berlin ausgezählt. Die Ergebnisse für die Vororte wurden dagegen im Preußischen Statistischen Landesamt aufbereitet. Die Wohnungs- und Grundstücksaufnahme für Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf bearbeiteten — wie bereits bei der Zählung von 1900 — die Statistischen Ämter dieser Städte, das Charlottenburger Amt übernahm außerdem die Aufbereitung des Materials dieser Erhebungen für die Gemeinden Grunewald, Schmargendorf und Friedenau.

Das erste Ergebnisheft brachte die Zahlen der Grundstücks- und der Wohnungsaufnahme, das zweite die der Bevölkerungsaufnahme. Die textlichen Erläuterungen waren im Vergleich zu denen der vorangegangenen Ergebnisbände weniger umfangreich. Neuartig war die Tabelle über die Berufsgliederung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der Stellung der Selbsttätigen im Beruf und im Haushalt sowie der Wohnungsmieten. Der Ergebnisband der Zählungen von 1905 enthielt als wertvolle Beigaben einen Abriß über die Geschichte der Berliner Grundstücks- und Wohnungserhebungen mit synoptischen Darstellungen der Entwicklung dieser Aufnahmen seit 1861 sowie eine Darstellung der Geschichte der Berliner Volkszählungen.

Die Volkszählung am 1. Dezember 1910, der die Grundstücksaufnahme am 15. Oktober 1910 voranging und mit der die Aufnahme der bewohnten Wohnungen und der Haushalte verbunden war, wurde nach gleichen Gesichtspunkten in Berlin und 44 Nachbargemeinden durchgeführt. Bei der Aufbereitung der Ergebnisse wurde zum erstenmal in Berlin die Hollerithsche elektrische Zählmaschine benutzt, und zu diesem Zweck wurden besondere Maschinenkarten (Lochkarten) hergestellt. In den Übersichten der Grundstücksaufnahme wurden eingehendere Angaben als bisher über die Stadtteile gemacht, außerdem wurde die Berichterstattung auf die Art des Grundstückserwerbs (Kauf, Zuschlag bei Zwangsversteigerung usw.) und auf die Hauptbestimmung des Grundstücks ausgedehnt. Der Erhebungsbogen der Aufnahme der bewohnten Wohnungen und der Haushalte enthielt wieder eine Reihe von Berliner Zusatzfragen. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen war der Zahlenstoff teilweise tiefer gegliedert. Als Merkmal der Wohnungsgröße wurde nicht mehr — wie bisher überwiegend — das heizbare Zimmer, sondern der Wohnraum verwendet; die Räume selbst wurden nach heizbaren, nicht heizbaren Zimmern, Küchen und sonstigen Räumen unterschieden. Die Wohnungen wurden auch nach Mietpreisklassen ausgewiesen. Die Ergebnisse dieser Bevölkerungsaufnahme erschienen infolge des Krieges erst im Jahre 1916. Hierbei wurden auch die Ernährungsverhältnisse der Säuglinge (Muttermilch, Ammenmilch, Flasche) besonders eingehend behandelt. Neu war u. a. die Bearbeitung der Frage des Herkunftsorts in Verbindung mit der Zuzugszeit. Im Kriege fanden Volkszählungen am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 statt, gegen Ende des Krieges, am 31. Mai 1918, wurde eine Reichswohnungszählung durchgeführt. Die Hauptergebnisse dieser Erhebungen erschienen in den »Ergänzungen« des Statistischen Jahrbuchs für 1915 bis 1919. Hier wurden auch einige summarische Ergebnisse der ersten Nachkriegserhebung, der Volkszählung am 8. Oktober 1919, veröffentlicht.

Das Statistische Amt führte ferner an jedem 1. Dezember die staatlichen Viehzählungen durch. Nach 12jähriger Unterbrechung wurde am 12. Juni 1907 wieder eine Berufs- und Betriebszählung vorgenommen. Von dem Zählmaterial der Betriebszählung wurden Abschriften für eine besonders eingehende Schilderung des Berliner Gewerbes hergestellt. Die Gewinnung zutreffender Ergebnisse war aber dadurch erschwert, daß die staatlichen Erhebungsbogen die Verhältnisse des Berliner Gewerbes zu wenig berücksichtigten.

#### **Ausbau des Arbeitsprogramms unter Silbergleit**

Silbergleit führte die seit Anfang 1899 in Berlin vorgenommenen Erhebungen der leerstehenden Wohnungen und Geschäftsräume weiter. Hierzu wurden besondere Zählkarten benutzt, die von der Grundsteuerverwaltung mit der Nutzertragsnachweisung an die Grundbesitzer versandt und wieder eingezogen wurden. Im Jahre 1908 wurde bei diesen Erhebungen zum erstenmal

auch die Zahl der Wohnungen überhaupt ermittelt, so daß nun der Anteil der leerstehenden Wohnungen an der Gesamtzahl der vorhandenen berechnet werden konnte; für Anfang 1908 ergab sich z. B. ein Anteil von 3,2 vH. Es zeigte sich, daß das Angebot an Leerwohnungen in Berlin zu Beginn des Jahrhunderts stetig und beträchtlich zunahm. Diese Erhebungen lieferten Zahlen über die Grundstücke mit leerstehenden Wohnungen oder Gewerberäumen sowie über die leerstehenden Wohnungen und Gewerberäume in der Gliederung nach der Zahl der Zimmer, nach Mietpreisklassen, Stockwerks- und Straßenlage usw.

Eine neuartige Untersuchung, die der Allgemeinheit und der Verwaltung dienen sollte, hatte die *Adern des städtischen Verkehrskörpers* zum Gegenstand. Silbergleit ermittelte die Bewohnerzahlen der Straßen Berlins nach der Volkszählung von 1910 und stellte Angaben über die bebauten Grundstücke, die Zahl der Bewohner und die Veränderung der Bewohnerzahlen gegenüber 1905 für die 100 Straßen mit den größten Bewohnerzahlen zusammen. Es ergab sich, daß damals 12 Straßen mit je mehr als 10 000 Bewohnern vorhanden waren, und diese befanden sich bezeichnenderweise in nach der Weichbildgrenze hin vorgeschobenen Gebieten.

Angeregt durch den Stadtverordneten Kyllmann wurden von Ende 1907 bis Mitte 1908 Zählungen des Straßenverkehrs durchgeführt. Hierbei wurde der Personen- und der *Fahrdammverkehr* in jeder Richtung berücksichtigt; es wurden Straßenbahnwagen mit und ohne Anhänger, gewöhnliche Omnibusse, Autoomnibusse, Droschken, Privatwagen, Zwei- und Dreiräder, leichte Geschäftswagen, Lastwagen *durchweg mit Hervorhebung der Motorfahrzeuge*, Hand- und Kinderwagen und sonstige Fahrzeuge erfaßt, Reiter und Militärtruppen wurden ebenfalls nicht vergessen. Für die Leipziger Straße mußte zur Feststellung des Personenverkehrs in den Nachmittagsstunden für jede Richtung ein besonderer Zähler eingesetzt werden. Am größten war damals der Fußgängerverkehr in der Leipziger Straße und der Fahrzeugverkehr Unter den Linden.

Auch die Preisstatistik wurde weiter ausgebaut. Die Angaben lieferten der Städtische Vieh- und Schlachthof, die Zentralmarkthalle, die städtischen Markthallen und die Ältesten der Kaufmannschaft; ferner erschienen Ergebnisse von Ermittlungen des Polizeipräsidiums und des Kaiserlichen Statistischen Amtes in den Veröffentlichungen des Amtes. Die Brotpreise, für deren Entwicklung sich Silbergleit besonders stark interessierte, ermittelte das Amt. In verschiedenen Stadtteilen wurden zu diesem Zweck — offenbar wie schon zu Böckhs Zeiten — gekaufte bzw. in Berliner Bäckereien gebackene Brote sowie gekaufte Landbrote gewogen und dann die gezahlten Preise in Werte für 100 kg Roggenbrot usw. umgerechnet. Silbergleit verfaßte zusammen mit von Scheel den Artikel »Brotpreise« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (4. Auflage, 3. Band, S. 28 ff.). Die veröffentlichten Preise für den Großhandel und Kleinhandel betrafen niedrigste, höchste oder Durchschnittspreise für Schlachtvieh, Fleisch, Butter, Eier, Getreide, Mehl, Kartoffeln, Gemüse, Obst

und Nahrungsmittel sowie für Blei, Kupfer, Steinkohle usw. Im ersten Weltkrieg wurde die Veröffentlichung der Preise weitgehend eingestellt, trotzdem bieten die verbleibenden Angaben für die Kriegsjahre ein wertvolles Quellenmaterial für die damaligen Preissteigerungen.

### 1919 erste Versuche mit einem Lebenshaltungsindex

Seit 1919 berechnete Silbergleit die Kosten des Ernährungsbedarfs in Berlin. Zu diesem Zweck stellte er die Mengen und Preise, ferner die Ausgaben und die Kalorien der seinerzeit rationierten Lebensmittel fest, außerdem ermittelte er den Gehalt an Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten. Bei seiner ersten Untersuchung nach dem Stande Mitte Juli bis Mitte August 1919 berücksichtigte er auch einige Lebensmittel außerhalb der öffentlichen Zuteilung im freien Handel, z. B. Gemüse, Obst, Fische, Hülsenfrüchte, Kaffee und Gewürze, sowie Lebensmittel außerhalb der öffentlichen Zuteilung im nicht öffentlichen Verkauf, wie Rindfleisch, Butter, Käse, Eier und Kartoffeln. Silbergleits Absicht war, den wöchentlichen Aufwand für Nahrungsmittel festzustellen, um aus den absoluten Zahlen die relative Bewegung der Kosten der Ernährung abzuleiten. Bei diesen Berechnungen kam es ihm, wie er selber sagte, nicht auf die bloße theoretische Beurteilung des gesamten Zuges der Entwicklung, sondern auf unmittelbare praktische Zwecke an, *welchen nicht anders als durch die Ermittlung des tatsächlichen Geldbedarfs entsprochen werden könne*. Schon zu Silbergleits Zeiten wurde aber bezweifelt, daß es bei den Hypothesen im Hinblick auf die Art der Lebensmittel, ihre Mengen usw. gelungen sei, den tatsächlichen Geldbedarf zu ermitteln. Immerhin bedeutete sein Verfahren einen Fortschritt, berücksichtigte Silbergleit doch eine größere Zahl von Nahrungsmitteln, als bisher üblich war, und ferner die verschiedenen Arten der Beschaffung, wie z. B. den Bezug von Nahrungsmitteln auf dem Wege über die Rationierung, den Schleichhandel und den freien Handel<sup>21)</sup>.

Als die Städtische Deputation für Statistik infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Winter 1907/08 beabsichtigte, eine Statistik der Arbeitslosen durchführen zu lassen, verfaßte Silbergleit ein Gutachten über Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt, in dem er sich insbesondere mit den Methoden der Arbeitslosenzählung beschäftigte. Die Deputation nahm eins der von Silbergleit vorgeschlagenen Verfahren an, und so kam es erstmals 1908 in Berlin und 27 Vororten zu einer Arbeitslosenzählung, bei der die Freien Gewerkschaften mitwirkten. Die Zahlen über den Beschäftigungsgrad wurden aus Angaben der Betriebe mit 25 und mehr krankenversicherungspflichtigen Beschäftigten gewonnen.

Im Zusammenhang mit der Schulgeldfrage erstattete Silbergleit ein Gutachten über die industrielle und steuerliche Entwicklung einzelner Vororte. Das Amt wirkte ferner bei den Vorbereitungen zur Reichsfinanzreform dadurch mit, daß es eine Statistik der Kirchensteuern für das Reichsgebiet erstellte.

<sup>21)</sup> Emil Hofmann »Indexziffern im Inland und im Auslande, Karlsruhe 1921, S. 20/21.

## Besondere Aufgaben des Amtes während des ersten Weltkrieges

Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges erwuchsen dem Amt neue Aufgaben, hinter denen die bisherigen mehr und mehr zurücktraten. Vor allem wurde das Amt durch Arbeiten, die mit der Lebensmittelversorgung zusammenhingen, in Anspruch genommen. Zunächst wurde die für das Reichsgebiet angeordnete Bestandsaufnahme über Brotgetreide und Mehl für Berlin durchgeführt. Das Amt legte ferner dem Magistrat eine Denkschrift über die Lebensmittellage in Deutschland vor und stellte den Brotverbrauch in Beamten- und Arbeiterhaushalten fest. Diese Zahlen waren besonders bedeutungsvoll, weil sie Unterlagen über den Umfang des Brot- und Getreideverbrauchs für die menschliche Ernährung lieferten. Wie stark das Amt in die Kriegsaufgaben eingeschaltet war, zeigt sich auch darin, daß es in verschiedenen Ausschüssen der Abteilungen für Brotversorgung sowie für Preiskontrolle vertreten war. Außerdem führte es die zahlreichen vom Reich angeordneten besonderen kriegswirtschaftlichen Erhebungen durch, wie die regelmäßigen Aufnahmen der Getreide- und Mehlvorräte, des Kartoffelverbrauchs, ferner Bestandsaufnahmen über Leder, Häute, Fette, Öle, Hülsenfrüchte, Milch, Zucker, Obst und Gemüse usw.; derartige Feststellungen wurden auch noch nach Kriegsende getroffen, und erst allmählich konnte man wieder das friedensmäßige Arbeitsprogramm aufnehmen.

Zunehmende Bedeutung gewann nun erneut die Bevölkerungsstatistik, daneben traten aber sozialstatistische Arbeiten immer mehr in den Vordergrund, wie z. B. die Statistiken über Beschäftigungslage, Erwerbslosigkeit, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweis. Auch in den Jahren der Währungsinflation nahmen die sozialstatistischen Untersuchungen einen großen Raum ein.

## Der Krieg unterbrach die regelmäßige Herausgabe der Veröffentlichungen

Abgesehen von wenigen Ausnahmen, war das Statistische Jahrbuch bisher regelmäßig für je ein Berichtsjahr erschienen. Unter der Amtsführung Silbergleits wurde der jährliche Turnus für längere Zeit unterbrochen, denn nach dem Jahrgang 1905 gab er nur noch vier Jahrgänge heraus, und zwar den 31. für 1906 und 1907, den 32. für 1908 bis 1911, den 33. für 1912 bis 1914 und den 34. für 1915 bis 1919. Als Ursache für diese Änderung gibt Silbergleit selbst die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten zu der neuen *literarischen Unternehmung der Statistischen Monatsberichte Groß-Berlin* an, ferner den Wunsch, die Hauptergebnisse der Volkszählungen *schon zu bringen*. Auch das Anwachsen des Zahlenstoffs und sein zögernder Eingang dürften hierbei eine Rolle gespielt haben. Schließlich wirkten sich auch die durch den ersten Weltkrieg und die Nachkriegsjahre hervorgerufenen Schwierigkeiten aus. Manche Feststellungen mußten infolge des Krieges wegfallen, andere konnten von den Berichtsstellen nicht voll nachgeholt werden. So verringerte sich der Berichtsstoff. Dagegen konnten z. B. im Jahrgang 1915/1919 die Hauptergebnisse der Volkszählungen von 1916, 1917 und 1919, der Betriebszählung von 1917 und der Wohnungszählung von 1918 sowie die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung, zur

Landesversammlung, zum neuen Reichstag und zur Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadtgemeinde Berlin aufgenommen werden. Für die kritischen Jahre 1920 bis 1923 erschien kein Jahrbuch. Silbergleit meinte einmal, daß das kommunalpolitische Verschwinden der historisch gewordenen Stadt Berlin zugleich das natürliche Ende ihres bisherigen Jahrbuches bedeute. Sicher auch unter dem Einfluß der Not der Kriegsjahre brach Silbergleit mit einer alten Tradition, indem er seit dem 33. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches auf alle textlichen Ausführungen und Erläuterungen, die einst namentlich Böckh zu kultivieren gewußt hatte, verzichtete und die Jahrbücher zu reinen Tabellenwerken werden ließ. Damit nahm Silbergleit den Gedanken Hirschbergs auf und bahnte die noch heute übliche Scheidung in der amtlichen statistischen Publikation von rein zahlenmäßigen Quellenwerken und Veröffentlichungen mit populären Darstellungen der wichtigsten und allgemein interessierenden Ergebnisse an.

Aus den Jahrbüchern seien noch folgende Übersichten erwähnt: Im Jahrgang für 1906/1907 brachte Silbergleit die »Böckhschen 50 Berliner Sterbetafeln 1876 bis 1900«, er veröffentlichte ferner eingehende Angaben über infektiöse Krankheiten, Todesursachen und Kleinkindersterblichkeit, weiter ausgestaltet wurden u. a. die Jahrbuchabschnitte über Gewerbe, Verkehr, Armenwesen, Justiz und meteorologische Verhältnisse.

Die bereits erwähnten, seit langem herausgebrachten »Wochenberichte« und »Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin« wurden als Beilagen zum »Gemeindeblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin« weitergeführt, auch die »Tabellen über die Bevölkerungsvorgänge Berlins« erschienen weiter. Im Kriege wurde die Zeitschrift »Groß-Berlin, Statistische Monatsberichte« unregelmäßig und mit eingeschränktem Inhalt veröffentlicht. Die »Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin« konnten in den ersten Nachkriegsjahren nur im Vervielfältigungsverfahren herausgebracht werden.

Zum hundertjährigen Jubiläum der Städteordnung wurde Silbergleit vom Preußischen Städtetag beauftragt, eine Denkschrift über »Preußens Städte« herauszugeben. Die 1908 veröffentlichte Arbeit enthielt kurze Darstellungen der geschichtlichen Entwicklung der preußischen Städte mit über 25 000 Einwohnern und ein umfangreiches Tabellenwerk. Die Schrift sollte die Leistung der großen und mittleren preußischen Städte auf allen Gebieten kommunaler Betätigung schildern.

## Am 8. Februar 1912 begeht das Amt sein 50jähriges Jubiläum

Im Auftrage der Deputation für Statistik gab Silbergleit zum 50jährigen Bestehen des Statistischen Amtes im Jahre 1912 die erste Festschrift unter dem Titel »Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862—1912« heraus. Die Schrift gibt ein anschauliches Bild von der Entstehung des Amtes und seiner Tätigkeit bis zum Jubiläumsjahr. Wertvoll sind auch die beigefügten Listen der Mitglieder der Deputation für Statistik, der wissenschaftlichen Hilfsarbeiter und Assistenten des Amtes und des ständigen Büropersonals. Außerdem ist im Anhang ein

Bericht über die Amtsbücherei abgedruckt, dem Verzeichnisse über die Veröffentlichungen und die Beteiligungen des Amtes an Ausstellungen mit Angabe der für diese hergestellten graphischen Darstellungen folgen.

Ehemalige Mitarbeiter Silbergleits erinnern sich noch heute an ihren alten Amtsleiter, von dem leider kein befriedigendes Bild, wie etwa ein Porträt oder eine fotografische Aufnahme für diese Schrift beschafft werden konnte. Silbergleit wird als regsamer und selbstbewußter Mann geschildert, der dessenungeachtet dem Rat seiner älteren Mitarbeiter zugänglich gewesen ist. Man erzählt sich jetzt noch, wie der Direktor des Amtes in dem schönen, bedauerlicherweise inzwischen abgerissenen Ephraimschen Palais an jedem Vormittag seine Mitarbeiter nacheinander in sein Zimmer rufen ließ, bis sich ein großer Kreis von Zuhörern um ihn versammelt hatte. Diese oft sehr ausgedehnten Colloquien waren Zeichen eines noch patriarchalischen Amtsbetriebes, sie mußten aber bald neuzeitlichen rationelleren Arbeitsweisen weichen.

#### **4. Das Groß-Berliner Statistische Amt bis zum Ende des zweiten Weltkrieges (1920 bis 1945)**

»Dabei sah sich das Statistische Amt vor die zweifache Aufgabe gestellt, seine statistische Beobachtungstätigkeit nicht nur auf die Erfassung des Lebens in der Gesamtstadt als solcher zu richten, sondern daneben auch die kommunalen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines jeden der 20 Verwaltungsbezirke, in welche das neue Stadtgebiet eingeteilt worden war, fortlaufend statistisch zu verfolgen und darzustellen.«

Büchner

### Am 1. Juli 1921 erhält das Statistische Amt eine Geschäftsanweisung

Nach der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin am 1. Oktober 1920 wurde die »Geschäftsanweisung für das Statistische Amt der Stadtgemeinde Berlin«<sup>22)</sup> erlassen, die am 1. Juli 1921 in Kraft trat. Die bisherigen Statistischen Ämter der alten Vorortgemeinden Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln und Spandau wurden aufgelöst. Da ebenfalls Teile des Kreises Teltow zu Berlin kamen, hörte auch dessen Amt auf zu bestehen. Die Durchführung aller statistischen Arbeiten wurde dem Statistischen Amt der Stadt Berlin übertragen. Über die nützliche und verdienstvolle Tätigkeit der Statistischen Ämter der früheren Vorortgemeinden liegen im »Ersten Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924« S. 110 ff. und in der Festschrift »75 Jahre Berliner Statistik« S. 42 ff. ausführliche Angaben vor.

Das Statistische Amt stand nun vor der schwierigen Aufgabe, die Berliner Statistik neu aufzubauen und den statistischen Dienst für das ganze Stadtgebiet einheitlich zu gestalten. Gewiß konnten die reichen Erfahrungen aus jahrzehntelanger städtestatistischer Tätigkeit beim Ingangbringen der Arbeiten genutzt werden, aber das bevölkerungs- und gebietsmäßige Anwachsen von dem kleinen Alt-Berlin zu dem riesigen Gebilde Groß-Berlin und die damit notwendig gewordenen Neuerungen auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation, wie beispielsweise die Bildung von Verwaltungsbezirken, für die vollständiges statistisches Material noch fehlte, führten dazu, daß zunächst einmal mit den in Frage kommenden städtischen und nichtstädtischen Stellen verhandelt werden mußte, um ein Übereinkommen über die dem Amt zu liefernden Zahlenunterlagen zu erzielen. Hierauf mußten die mit der Bearbeitung des eingegangenen Materials zusammenhängenden methodischen und technischen Fragen geklärt werden.

Obwohl sich die zahlreichen Berichtsstellen bemühten, den Wünschen des Amtes nachzukommen, traten bald unvorhergesehene Schwierigkeiten auf, die den Versuch des Amtes, eine neue Berliner Statistik ins Leben zu rufen, behinderten: der verlorene Krieg hatte die Deutschen verarmen lassen, und die in diesen Jahren um sich greifende Inflation hatte auch die Wirtschaft und die

<sup>22)</sup> Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin 1921 Nr. 36 S. 408.



öffentlichen Finanzen an den Rand der Katastrophe gebracht, so daß die Mittel, die das Statistische Amt für die Durchführung seiner Aufgaben brauchte, beschnitten werden mußten, und dies wiederum beeinträchtigte die Arbeiten des Amtes erheblich. Es zeigte sich bald, daß das Zahlenmaterial nicht mehr so eingehend bearbeitet werden konnte wie früher. Hinzu kamen die erhöhten Anforderungen, die in dieser Zeit an das Statistische Amt gestellt wurden. Infolge der zunehmenden Politisierung des öffentlichen Lebens nach dem Weltkrieg und der wachsenden allgemeinen Anteilnahme der Öffentlichkeit an der Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Dinge wurde nämlich auch das Bedürfnis nach Zahlen, die zur Lösung der vielen Probleme beitragen sollten, größer.

Das junge Amt Groß-Berlins mußte trotz seiner beschränkten Mittel dafür sorgen, daß es ein möglichst umfangreiches und vielseitiges Material erhielt, daß dieses beschleunigt ausgewertet und die Ergebnisse nicht minder schnell veröffentlicht wurden. Da die Verwaltung in zunehmendem Maße an der statistischen Arbeit interessiert war, ergaben sich engere Beziehungen zwischen ihr und der amtlichen Statistik, als es vordem der Fall war. Ein Zeichen hierfür war auch die Eingliederung der im Jahre 1922 gebildeten Volkswirtschaftlichen Abteilung des Magistrats in das Statistische Amt im Jahre 1923. Dieser Abteilung stand der damalige Obermagistratsrat Dr. B ü c h n e r vor, der dann auch mit der Leitung des neugebildeten zentralen Statistischen Amtes der Stadt Berlin betraut wurde.

#### **Dr. Oskar Büchner wird am 1. Oktober 1923 Direktor des Amtes**

Dr. Oskar Büchner, der einer hessischen Beamtenfamilie entstammte, wurde am 12. März 1879 in Dresden geboren. Er studierte Volkswirtschaftslehre und hörte vor allem bei Brentano, Knapp, Schmoller und Sering. Nach seiner Promotion kam er am 21. Oktober 1905 als Volontär in das Statistische Amt der Stadt Berlin, ein Jahr darauf wurde er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und am 1. April 1907 wissenschaftlicher Assistent in diesem Amt. Am 1. Februar 1909 übernahm Büchner das Statistische Amt der Stadt Neukölln, er leitete es bis zu dessen Auflösung im Jahre 1921.

Als Obermagistratsrat trat Büchner am 1. April 1922 wieder in die Dienste der Stadt Berlin ein; ihm wurde die Leitung der erwähnten Volkswirtschaftlichen Abteilung des Magistrats und zum 1. Oktober 1923, nachdem Silbergleit in Pension gegangen war, die des Statistischen Amtes übertragen. In dieser Stellung blieb er zwei Jahrzehnte lang, bis er am 9. Juni 1943 unerwartet nach kurzer Krankheit verstarb.

Mit gleichbleibender Arbeitsfreudigkeit nahm Büchner seine Aufgabe wahr und ließ sich — streng gegen sich selbst — täglich von der Verpflichtung seinem Beruf und dem Amt gegenüber leiten. Diese Einstellung, seine Fachkenntnisse und auch seine menschlichen Vorzüge brachten es mit sich, daß er außerhalb seiner eigentlichen Berufstätigkeit mit vielen ihn ehrenden Ämtern bedacht wurde. Von 1924 bis 1928 war er Vorsitzender des Verbandes der deutschen

Städtestatistiker, und anschließend blieb er weiterhin Vorstandsmitglied dieses Verbandes. Er war ferner Mitglied des Statistischen Ausschusses, der Arbeitsgemeinschaft und des Zentralamtes für gemeindliche Statistik des Deutschen Gemeindetages und gehörte von 1924 bis 1934 der Deutschen Statistischen Gesellschaft als Vorstandsmitglied an. Von 1930 bis 1933 war er Mitglied des Verwaltungsrates des Forschungsinstituts für den Fremdenverkehr an der Handelshochschule Berlin. Rege und erfolgreich betätigte er sich auch in der internationalen Verbandsarbeit. Im Jahre 1926 wurde er Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts, außerdem war er Mitglied des Ausschusses der Internationalen Vereinigung für Bevölkerungswissenschaft sowie Ehrenmitglied der Ungarischen Statistischen Gesellschaft und der Mexikanischen Gesellschaft für Geographie und Statistik.

Mit Umsicht leitete Büchner den Aufbau des Amtes in den ersten zehn Jahren seiner Amtsführung, und mit Würde behauptete er sich in den folgenden Jahren von 1933 bis 1943. Als Wissenschaftler und geübter Verwaltungspraktiker erkannte er die großen Zusammenhänge, dabei bewahrte er sich aber eine Vorliebe für Arbeiten, bei denen man — wie er selber gern sagte — mit großer Akribie vorgehen mußte. So gelangten ihm denn auch besonders gut seine Untersuchungen über am Rande liegende Erscheinungen, die er bis in die Feinheiten zu erhellen trachtete. Zahlreiche Beiträge aus seiner Feder legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Büchner war seinen Amtsangehörigen ein hilfsbereiter und gerechter Vorgesetzter, der die Leistungen derer anerkannte, die mit ihm am Aufbau des Amtes tätig waren. Insbesondere mit seinem vertrauten Mitarbeiter Kürten verband ihn über Jahrzehnte eine fruchtbare und einander ergänzende Freundschaft.

#### **Änderung des organisatorischen Aufbaus**

Das Amt war damals eine selbständige Dienststelle, die einem Magistratsmitglied als Dezernenten unterstellt war. Die Notwendigkeit, die neuen Aufgaben und die Wünsche der verschiedensten Verwaltungen rationell zu erfüllen, führten zu einer Neuregelung des organisatorischen Aufbaus des Amtes. Es wurden 5 Dezernate gebildet, und zwar die für Bevölkerungsstatistik, Bau- und Wohnungsstatistik, Wirtschaftsstatistik, Sozialstatistik sowie Finanz- und Steuerstatistik. Gleichzeitig wurden Vorkehrungen getroffen, die der Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges und der Erleichterung der Arbeiten — z. B. durch Verwendung von Maschinen — dienen sollten. Arbeiten namentlich bevölkerungsstatistischer Art, die nicht mehr erforderlich oder zu belastend erschienen, wurden eingestellt, neue traten an ihre Stelle.

Nicht lange konnte sich das Statistische Amt des Personalzuwachses aus den früheren Vorortämtern erfreuen, denn ihm wurden schon im Oktober 1923 und bald darauf im Frühjahr 1924 Kräfte entzogen, so daß die Zahl der ständigen Bediensteten von 99 auf 53 sank. Man war daher zu weiteren Arbeitseinschränkungen gezwungen. Das Personal nahm im Laufe der Jahre dann etwas zu, es mußte jedoch 1931 erheblich, und zwar auf 47 gekürzt werden. Im Jahre 1937 zählte das Amt 58 ständige Bedienstete, von diesen waren 5 wissenschaftliche

Kräfte (der Amtsleiter, 1 Abteilungsleiter und 3 Fachdezernenten), 1 Bürodirektor und dessen Stellvertreter (beide hatten die Stellung von Dezernenten), 7 statistisch-technische Beamte, 21 statistische Bearbeiter, 6 Verwaltungsbeamte und 17 Angestellte. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges stieg die Zahl der Stammkräfte auf 79, im Kriege ging sie wieder beträchtlich zurück; so hatte das Amt am Ende des Krieges nur noch 53 Stammkräfte, von denen etwa 20 bei der Wehrmacht oder zu anderen Verwaltungsstellen abgeordnet waren.

#### Ein wissenschaftlicher Beirat sollte das Amt beraten

Die erwähnte Geschäftsanweisung sah einen wissenschaftlichen Beirat vor, der *in grundsätzlichen Fragen statistischer Erhebungen gutachtlich zu hören* war. Die Bestimmungen über seine Zusammensetzung wurden oft geändert. Zunächst gehörten ihm 6 beamtete Vertreter der Verwaltungsbezirke an. Nach der am 20. Dezember 1922 erlassenen »Ordnung des Statistischen Amtes« bestand er aus 3 Magistratsmitgliedern und 3 Mitgliedern der Bezirksämter, zu denen noch höchstens 4 Mitglieder hinzugewählt werden konnten, die nicht der städtischen Verwaltung angehörten; nach der Ordnung vom 6. Juni 1923 sollte der Beirat durch 6 Stadtverordnete ergänzt werden. Bald darauf wurde wieder eine neue Regelung getroffen, die nun für einige Jahre Bestand hatte: die nach einem Beschluß der Gemischten Deputation zur Vorbereitung von Organisationsentwürfen festgelegte Ordnung vom 6. Dezember 1923 besagte, daß sich der Beirat aus 2 Magistratsmitgliedern, 2 Bezirksamtsmitgliedern, 7 Stadtverordneten und 3 Bürgerdeputierten zusammensetzen sollte. Im Jahre 1930 wurde die Zahl der Mitglieder auf 26 erhöht. Der Beirat sollte auch bei der Vorbereitung allgemeiner Zählungen sowie bei der Beschlußfassung über die herauszugebenden Veröffentlichungen mitwirken. Der Magistratsdezernent leitete die Sitzungen des Beirats, die in der Regel nur einmal jährlich stattfanden. Da sich diese Einrichtung nicht als fruchtbar erwies, trug man sich schon 1932 mit dem Gedanken, sie aufzulösen. Der Beirat bestand denn auch nur noch bis Anfang 1933.

#### Eine »Statistische Ordnung« regelt die Abgrenzung des Arbeitsgebietes gegenüber den Fachverwaltungen und den Bezirksämtern

Der Grundsatz, daß dem Amt als zentraler statistischer Stelle die Erledigung aller statistischen Arbeiten innerhalb der Stadtverwaltung obliegen sollte, ließ sich nicht vollständig durchführen. Einige zentrale Fachverwaltungen hatten aus den verschiedensten Gründen ein Interesse daran, sich die Zahlen ihrer Ressorts selber zu beschaffen und sie aufzubereiten. So wurde die Finanz- und Steuerstatistik bald aus dem Geschäftsbereich des Amtes herausgelöst und ihre Bearbeitung einer besonderen finanz- und steuerstatistischen Abteilung der Finanzverwaltung übertragen, deren Leiter Obermagistratsrat Stegemann war. Auch der größere Teil der Wohlfahrtsstatistik wurde von einer besonderen Stelle der Hauptwohlfahrts- und Jugendwohlfahrtsverwaltung bearbeitet, ähnlich verhielt es sich mit der Statistik des Gesundheitswesens. Schließlich gab es für bestimmte Aufgabengebiete einiger Fachverwaltungen statistische Abteilungen, deren Aufgabe es war, die hier anfallenden Statistiken durchzuführen.

Hierzu gehörte beispielsweise die statistische Stelle der Haupttiefbauverwaltung, die sich mit der zahlenmäßigen Beobachtung des Straßenverkehrs befaßte und die Stelle beim Stadtamt für Siedlungs- und Wohnungswesen, die siedlungs- und wohnungspolitische Maßnahmen vorzubereiten hatte. Von Sonderverwaltungen, wie der Sparkasse, der Stadtbank, den Versorgungsbetrieben, den Verkehrsunternehmen und sonstigen städtischen Betrieben und Gesellschaften, bezog das Amt Ergebnisse der dort geführten Geschäftsstatistiken.

Den 1920 neu gebildeten Bezirksämtern gegenüber nahm das Amt eine Stellung ein, die derjenigen der staatlichen oder provinziellen statistischen Ämter ähnelte. Dies trat aber nur bei der Durchführung großer Zählungen in Erscheinung, für die in den Bezirksämtern besondere Zählbüros eingerichtet wurden. Dagegen gab es in dieser Zeit noch keine ständigen statistischen Dienststellen in den Bezirksämtern. Bei der Zusammenarbeit mit den Bezirksverwaltungen waren zuerst einige Schwierigkeiten zu überwinden, so verweigerten diese z. T. die Lieferung der gewünschten Unterlagen, es sei denn, sie bekämen die Kosten dafür erstattet. Aus diesem Grunde wurden in der erwähnten Ordnung vom 20. Dezember 1922 die Aufgaben und die Befugnisse des Amtes genauer festgelegt und die Bezirksämter u. a. angewiesen, das Amt bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen. Diese Aufforderung brauchte in die späteren Ordnungen nicht mehr aufgenommen zu werden.

Da das Amt die Möglichkeit haben sollte, auf die von den genannten besonderen statistischen Stellen sowie die von den übrigen Stellen der Fachverwaltungen und der Bezirksämter geführten Statistiken im Sinne der Anwendung einheitlicher Verfahren einzuwirken und um auch das von den verschiedenen Stellen selber erarbeitete Material der Allgemeinheit zugänglich machen zu können, war in der »Statistischen Ordnung« bestimmt worden, daß sich die Fachverwaltungen und die Bezirksämter vor der Durchführung eigener statistischer Ermittlungen an das Statistische Amt wenden sollten, damit dieses prüfen konnte, ob es die Ermittlungen selbst vornehmen wollte, ob das zu beschaffende Material vielleicht schon ganz oder teilweise vorhanden war, ferner, ob die Ermittlungen überhaupt durchführbar waren oder einen Erfolg versprachen und ob die Fragestellung zweckmäßig war. Außerdem sollten die Ergebnisse aller statistischen Ermittlungen dem Statistischen Amt zur Sammlung und — wenn es geboten schien — zur Veröffentlichung zugeleitet werden.

#### 1925 übersiedelt das Amt in das Engelhardt-Haus am Alexanderplatz

Als das alte Statistische Amt der Stadt mit den Ämtern der früheren Vorortgemeinden zusammengelegt wurde, benutzte es zunächst das Ephraimsche Palais am Molkenmarkt als Dienstgebäude weiter. Bald stellte sich aber heraus, daß die dortigen Räume nicht mehr den erhöhten Anforderungen genügten. Das Amt siedelte daher im Jahre 1925 in den 4. Stock des Engelhardt-Hauses in der Alexanderstraße 46-48 (später Alexanderplatz 7) über. Das dem zweiten Weltkrieg zum Opfer gefallene Gebäude befand sich an der Ecke Alexanderplatz/Neue Königstraße, und die dort zur Verfügung stehenden rd. 50 Räume genügten den Ansprüchen des Amtes 20 Jahre lang. Die Amtsräume brannten bei den Kämpfen um Berlin Ende April 1945 aus, und das Stockwerk stürzte mit dem

ganzen Haus zusammen. Obwohl die Räume des Engelhardt-Hauses, des ehemaligen Grand Hotels am Alexanderplatz, keineswegs neuzeitlich ausgestattet waren und obwohl sich hoch oben im 4. Stock der starke Verkehr auf und unter dem Alexanderplatz dadurch deutlich bemerkbar machte, daß die auf viele Amtsräume verteilten Regale mit den Folianten der umfangreichen Bücherei unübersehbar und auch unüberhörbar schwankten, sind sie doch allen Amtsangehörigen, die sie in arbeitsreichen Zeiten und in bemerkenswert harmonischem Betriebsklima kennenlernen durften, in guter Erinnerung geblieben.

### 1937 erhält das Amt den Namen Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin

Als im Jahre 1933 die Nationalsozialisten die Regierung übernahmen, wurde das Arbeitsprogramm des Amtes im wesentlichen weitergeführt. Auch am traditionellen Grundsatz der Objektivität in der Berichterstattung wurde festgehalten. Die Bestrebungen der Nationalsozialisten insbesondere auf bevölkerungspolitischen Gebiet hatten allerdings zur Folge, daß die Bevölkerungsstatistik wieder ein stärkeres Gewicht erhielt. Bezeichnend hierfür waren die Nachweisungen über die Ehestandsdarlehen und die Ehrenpatenschaften. Mit den arbeitsmarktpolitischen Absichten hingen die Arbeiten über die Zuzugssperre für Hausgehilfinnen sowie die Untersuchungen über die Unterbindung des Zuzugs von Arbeitskräften nach Berlin zusammen. Auf die Maßnahmen der Regierung, die Erzeugung, den Absatz und die Preise, vor allem die der wichtigsten Lebensmittel, zu beeinflussen, ist es zurückzuführen, daß einige sozial- und wirtschaftsstatistische Erhebungen, wie z. B. die Preisstatistik und die Landwirtschaftstatistik, ausgedehnt wurden. Das Streben nach einem möglichst hohen Grad von Autarkie bewirkte, daß die ohnedies seit langem gepflegte Statistik der Versorgung Berlins mit Lebensmitteln, insbesondere mit Fleisch und Milch, erweitert wurde. Arbeiten, die neu geschaffene Einrichtungen jener Zeit behandelten, waren beispielsweise die über das Winterhilfswerk und die Erbhöfe, von denen es 1933 in Berlin 98 gab. Anlässlich der Olympischen Spiele 1936 wurden Berlins Olympiade-Fremdenverkehr und die Parkverhältnisse von Kraftfahrzeugen in der Nähe des Olympia-Stadions eingehend untersucht.

Das Amt war — wie jede Behördendienststelle in dieser Zeit — an die von oben kommenden Weisungen gebunden und konnte sich so in manchen grundsätzlichen Fragen nicht über die Anordnungen hinwegsetzen, die mit staatspolitischen Notwendigkeiten begründet wurden. Es kann aber heute festgestellt werden, daß seine Leitung mit Erfolg bemüht war, die durch die Aufgaben des Amtes und die Verantwortung vor der Allgemeinheit bestimmten Interessen zu wahren. Auf dem Gebiet des Veröffentlichungswesens, auf dem das Amt vor allem nach außen in Erscheinung trat, konnte man sich jedoch nicht immer dem seinerzeit herrschenden Zwang entziehen. So geht es auch nicht etwa zu Lasten Büchners oder der Schriftleitung, daß in der Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Amtes die Namen der früheren Amtsleiter Silbergleit und Hirschberg wegen ihrer jüdischen Abstammung nicht genannt worden sind.

Dem auf Ausgleich bedachten Büchner war es zu verdanken, daß der Amtsbetrieb in diesen bewegten Jahren ohne Störungen ablief. Büchners Autorität ließ auch keinen Mißton aufkommen. Freilich konnten diejenigen Mitarbeiter nicht gefördert werden, die ihre Einstellung zur NSDAP nicht in der damals für notwendig gehaltenen Weise bekundet hatten. Im Jahre 1937 erhielt das Amt die Bezeichnung Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin.

### Die Entwicklung des Arbeitsprogramms unter der Amtsleitung Büchners

Das 1921 neu aufgebaute Statistische Amt wurde vor allem von der Verwaltung zur Klärung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen herangezogen. Daraus ergab sich, daß statistische Untersuchungen dieser Art in den Vordergrund traten und das Gewicht der bisher bevorzugt behandelten Bevölkerungsstatistik — gemessen an den Gesamtarbeiten des Amtes — abnahm. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Statistik der Bevölkerung vernachlässigt wurde. So stellte man zur Ermittlung der Bevölkerungsveränderungen im Gebiet der neuen Stadt zwischen 1910 und 1925 nachträglich für alle ehemaligen Vororte den Bevölkerungsstand am 1. Dezember 1910 nach Geschlecht, Familienstand und Altersjahren aus dem Material der letzten Vorkriegszählung fest. Durch Umfrage bei den Standesämtern wurden auch die Kriegsverluste in den früheren Vorortgemeinden ermittelt. Ferner wurden die organisatorischen Voraussetzungen für die regelmäßige Beobachtung der Bevölkerungsvorgänge geschaffen. Wie bereits erwähnt, hatten die meisten Standesämter im Umkreis von 15 km um den Mittelpunkt von Berlin dem alten Berliner Amt schon seit 1909 Unterlagen über die Bevölkerungsbewegung zur Veröffentlichung in der Monatsschrift »Groß-Berlin, Statistische Monatsberichte« geliefert. Da im Jahre 1921 mit dem Preußischen Statistischen Landesamt Auszählungstabellen vereinbart waren, deren Ergebnisse von beiden Ämtern verwendet werden konnten, wurde bei dieser Gelegenheit das Zählprogramm der Bevölkerungsvorgänge neu geregelt: die Statistik der Eheschließungen und der Ehescheidungen wurde erheblich vereinfacht und die der Sterbefälle — auch mit Rücksicht auf die Abnahme der Säuglingssterblichkeit — eingeschränkt. Das seither benutzte ausführliche Verzeichnis der Todesursachen wurde zunächst durch eine verkürzte, im Jahre 1932 schließlich durch die international geltende Liste ersetzt. Auch die Statistik der übertragbaren Krankheiten wurde eingeschränkt. Die Statistik der Geburten wurde zwar ebenfalls vereinfacht, später aber im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang wieder erweitert. Da nun die Geburtenfälle der ganzen Stadt in die Bearbeitung einbezogen wurden, konnten sie nach dem Wohnsitz der Eltern bzw. der Mutter des Kindes gegliedert werden, wodurch die starke Geburtenhäufigkeit der früheren Vororte mit ihren großen Entbindungsanstalten erklärt werden konnte. Seit der Einführung des Wohnortprinzips bei der Bearbeitung der Bevölkerungsvorgänge im Jahre 1933 wurden auch die Geburten der Ortsfremden nach dem Wohnort gruppiert, so daß von da an die Zahlen der Geburtenfälle in bereinigter Form zur Verfügung standen. Entsprechend wurden nun die Sterbefälle nach dem letzten Wohnsitz der Verstorbenen gegliedert. Die Statistik der Zu- und Fortzüge

mußte ebenfalls nach 1921 völlig neu gestaltet werden. Die Feststellungen wurden auf die wichtigsten Angaben beschränkt. Im Jahre 1933 wurden die nach auswärts verzogenen und die nach Berlin zugezogenen Personen, die aus ländlichen Gegenden stammten und Landarbeiter waren, zahlenmäßig ermittelt, im Jahr darauf wurden wegen der seinerzeit ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung eines unerwünschten Zuzugs und namentlich einer Zuwanderung von Arbeitnehmern aus ländlichen Bezirken nach Berlin in einer besonderen Untersuchung außer dem Herkunftsort der Wandernden auch soziale Merkmale der Zugezogenen ausgezählt.

Beträchtliche Schwierigkeiten bereiteten die bevölkerungsstatistischen Arbeiten im zweiten Weltkrieg. Dadurch, daß sich der größte Teil der zum Wehrdienst Einberufenen und der Evakuierten nicht polizeilich abgemeldet hatte, waren die Ergebnisse der Wanderungsstatistik unvollständig. Da auch viele Fortgezogene ihren bisherigen Wohnsitz in Berlin für immer aufgaben, konnte bei der Fortschreibung der Bevölkerung vor allem in den letzten Kriegsjahren weder die ortsanwesende Bevölkerung noch die Wohnbevölkerung genau ermittelt werden. Hinzu kam, daß auch die Geburten und die auf natürliche Ursachen zurückzuführenden Todesfälle nicht lückenlos zu erfassen waren, weil die außerhalb von Berlin beurkundeten Geburts- und Sterbefälle von Berlinern nicht berücksichtigt werden konnten. Außerdem fehlten die Angaben der bei Luftangriffen getöteten Personen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten wurde seit Anfang des Krieges außer der fortgeschriebenen Zahl der Bevölkerung die »versorgte« Bevölkerung zahlenmäßig festgestellt. Hierbei handelte es sich um die in die Lebensmittelversorgung (Fettversorgung) einbezogenen Personen sowie um die sogenannten Selbstversorger; in der Zahl der versorgten Bevölkerung waren aber nicht die von der Wehrmacht oder von anderen Formationen außerhalb der Zivilversorgung verpflegten Personen enthalten.

Um Material über die wirtschaftliche Entwicklung in den Zeiträumen zwischen den Berufs- und Betriebszählungen zu gewinnen, wurden die Kataster der Gewerbeaufsichtsämter jährlich ausgewertet. Für jeden der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieb wurde im Statistischen Amt ein Individualblatt geführt, das Angaben über Lage, Art und Beschäftigtenzahl der Betriebe enthielt.

Im zweiten Weltkrieg war es von besonderer Bedeutung, einen Überblick über die Produktion der Industrie zu gewinnen. Der damalige Stadtpräsident beauftragte daher das Statistische Amt, Untersuchungen über die Entwicklung der Klein-, Mittel- und Großbetriebe, über den Umfang und die Bedeutung der Rüstungsindustrie in Berlin und über die Bedeutung Berlins als Ausfuhrzentrum anzustellen. Für diese langwierigen Arbeiten wurden dem Amt Unterlagen vom Statistischen Reichsamt sowie von der Industrie- und Handelskammer zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse, die als »Geheime Reichssache« geführt wurden, dienten als Material für Eingaben an die Reichsregierung im Interesse Berlins.

Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen spielte nach dem Zusammenschluß zur neuen Stadt Berlin im Rahmen der Berliner Gesamtwirtschaft eine immerhin beachtliche Rolle. Besonders für die Eigenversorgung mit Gemüse, Obst, Milch, Fleisch und Geflügel waren die landwirtschaftlichen

Betriebe sowie die zahlreichen Kleinsiedlungen und Kleingärten bedeutungsvoll. Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen und Bestandsaufnahmen wurden mit Hilfe der Bezirksamter und ortskundiger Sachverständiger durchgeführt. Anbauflächenerhebungen fanden jährlich statt. Weitere landwirtschaftliche Erhebungen befaßten sich u. a. mit der Ermittlung des Anbaus von Gemüse und Garten gewächsen, der Bodenbenutzung und des Viehbestandes.

Bei der Beschaffung der Unterlagen für die Durchführung einer Baustatistik waren zunächst erhebliche Schwierigkeiten organisatorischer und technischer Art zu überwinden. Die Berichterstattung über die Bautätigkeit ließ sich nur nach und nach weiter ausbauen, und damit konnte den wachsenden Bedürfnissen der Verwaltung und anderer Stellen entsprochen werden. Auf Grund der baupolizeilichen Nachweisungen wurden Angaben über die Bauerlaubnisse, über die Abnahmen gebrauchsfertiger Bauvorhaben und seit 1928 auch über die Baubeginne zusammengestellt. Bei der Gliederung nach der Wohnungsgröße legte man seit 1927 die Zahlen der Wohnräume zugrunde. Unter Wohnräumen verstand man die zum dauernden Aufenthalt (Wohnen und Schlafen) bestimmten Räume einschließlich der Küchen. Durch Abzug der durch Brand oder Abbruch weggefallenen Wohnungen errechnete man den Reinzugang an Wohnungen. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft lieferte Zahlen über die Wohnungen, für deren Erstellung Hauszinssteuerhypotheken bewilligt waren. Später wurden diese Angaben durch die Zahlen über die aus dem Berliner Hauszinssteueraufkommen für Wohnungszwecke bereitgestellten Mittel ergänzt.

Die Zählungen der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale, die vom alten Berliner Statistischen Amt von 1899 bis 1914 sowie von 1916 bis 1918 z. T. in Verbindung mit den Wohnungszählungen jährlich vorgenommen wurden, erübrigten sich in den zwanziger Jahren, weil das damalige Wohnungsangebot infolge der unzureichenden Neubautätigkeit und der steigenden Nachfrage nach Wohnungen nur gering war. Als sich aber die Bautätigkeit belebte, nahm das neue Amt die Leerraumzählungen wieder auf. Mit der Personenstandsaufnahme von 1932 fand die erste Nachkriegszählung der leerstehenden Wohnungen und Gewerberäume statt, bei der die Bezirksamter die Erhebungsbogen verteilten und wieder einsammelten. Die Aufbereitung des eingegangenen Materials übernahm das Statistische Amt. Die Durchführung dieser Zählung wurde damit begründet, daß es notwendig wäre, einen allgemeinen Überblick über die vorhandenen Wohnungsvorräte zu gewinnen, im besonderen hatte man die Absicht, mit Hilfe der Ergebnisse die umlaufenden Behauptungen über den Umfang des vorhandenen Leerraumes zu kontrollieren und den darüber kursierenden Übertreibungen wirksam entgegenzutreten. Festgestellt wurden u. a. die Größe der leerstehenden Wohnungen, ihre Gliederung nach Altbau- und Neubauwohnungen, Lage und Ausstattung. Damals wurden 26 200 leerstehende Wohnungen ermittelt, die rd. 2 vH der vorhandenen Wohnungen ausmachten. Die nächste Leerraumzählung fand 1934 statt; bei der Erhebung von 1935 wurde auch nach dem Mietpreis der leerstehenden Wohnung gefragt. Weitere Zählungen wurden bis 1939 jährlich durchgeführt.

Zur Beobachtung des Grundstücksmarktes wurde die Statistik des Grundbesitzwechsels weiter ausgebaut. Zu diesem Zweck wurden Zählblätter benutzt, die dem Amt von den Bezirkssteuerämtern über die in die Grunderwerbssteuerliste einzutragenden Besitzwechsel nach dem Eingang der Verträge oder der notariellen Besitzwechselanzeige zugestellt wurden. Besondere Untersuchungen wurden über die Grundbesitzerwerbe und -veräußerungen von Ausländern sowie über den Anteil der im Besitz von Ausländern befindlichen Grundstücke an den Zwangsversteigerungen angestellt. Da die Unterlagen der Grundbesitzwechselstatistik nicht ausreichten, um eine laufende Statistik der Berliner Grundstückspreise durchzuführen, wurden Mittel zur Einstellung eines Vermessungstechnikers und zur Anlegung einer Grundstückskartei bewilligt, die nach Unterlagen der Katasterverwaltung eingerichtet wurde.

Die auf Ermittlungen der Gasthofspolizei beruhenden Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bezogen sich bis 1924, dem Jahre der Auflösung dieser polizeilichen Einrichtung, auf das Gebiet der alten Stadt Berlin. Danach stellte das Einwohnermeldeamt des Polizeipräsidiums die Zahlen der Gasthofsfremden fest, und zwar nun für die 20 Verwaltungsbezirke. In diese Untersuchungen wurden die in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Fremdenheimen und seit 1926 die in Wohn- und Durchgangsheimen zur Übernachtung aufgenommenen Fremden einbezogen. Immerhin fehlten noch Angaben über die Aufenthaltsdauer, außerdem wurden die Auslandsfremden nicht nach dem Wohnsitzland, sondern nach der Staatsangehörigkeit ausgewiesen. Seit 1932 konnten die Zahlen der Übernachtungen für 60 vH der gemeldeten Gasthofsfremden ermittelt werden, später wurden auch die Fremdenheime durch die Statistik erfaßt. Nachdem die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe gebildet war, konnte die Übernachtungsstatistik auf alle dieser Wirtschaftsgruppe angeschlossenen Betriebe erstreckt werden; die Auslandsfremden wurden nun nach dem Wohnsitzland gegliedert. Diese Statistik konnte weiter vervollständigt werden, als die Verordnung über die Einrichtung einer Reichsfremdenverkehrsstatistik von 1936 auch die Erfassung der bisher noch nicht einbezogenen Betriebe ermöglichte.

Die Statistik des Personenverkehrs beruhte im wesentlichen auf geschäftsstatistischen Anschreibungen der verschiedenen Verkehrsunternehmen. So lieferte die Reichsbahndirektion vierteljährlich die Zahlen der verkauften Fahrkarten für jede Station des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs. Diese Angaben wurden im Amt in Fahrten umgerechnet. Bis 1927 meldeten Straßenbahn, Hochbahn und Aboag (Allgemeine Berliner Omnibus AG) monatlich ihre Betriebsergebnisse. Nach der Einführung des Einheitstarifs teilte die Straßenbahn die Zahlen der beförderten Personen für die drei genannten Gesellschaften mit. Das Kraftverkehrsamt gab den Bestand, die Neuzulassungen und die Löschungen von Kraftfahrzeugen und Pferdedroschken bekannt; das Statistische Amt schrieb die Zahl der Kraftfahrzeuge fort. Über den Luftverkehr berichtete der Zentralflughafen, die Luftschiffbau-Zeppelin GmbH. und die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt seit 1926. Die Statistik des Personenschiffsverkehrs beruhte zunächst

auf den Betriebsergebnissen der Dampfschiffahrtsgesellschaft Stern und der Teltower Kreisschiffahrt, die 1923 zur Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft Stern vereinigt wurden.

Von der Reichsbahndirektion erhielt das Amt monatliche Angaben über den Güterverkehr (Empfang und Versand von Gütern auf den verschiedenen Bahnhöfen). Die Verkehrsbezirke wurden vom Statistischen Reichsamt in der Weise neu abgegrenzt, daß sie sich seit 1924 mit dem Gebiet der neuen Stadt Berlin deckten. Von 1924 bis 1926 stellte das Statistische Amt mit Hilfe der ihm vom Reichsamt überlassenen Unterlagen über den Schiffsgüterverkehr die Zahlen über Empfang und Versand nach Güterarten und Häfen monatlich zusammen. Die gleichzeitige Bearbeitung der Berliner Binnenschiffsstatistik durch das Statistische Reichsamt und das Berliner Amt wurde aufgegeben, als das Statistische Reichsamt seit 1927 dem Amt die Zahlen über den Güterempfang und -versand nach vier Berliner Hafengebieten vierteljährlich und die des Güterverkehrs der einzelnen Häfen jährlich zur Verfügung stellte.

Daß die Preisstatistik in den zwanziger Jahren zu einem der wichtigsten Arbeitsgebiete des Amtes wurde, ist bei dem allgemeinen Interesse, das die Inflation an den Fragen der Preisentwicklung, der Lebenshaltung und ihrer Kosten sowie an marktpolitischen Fragen ausgelöst hatte, nur verständlich. So widmete sich das neue Amt der Ermittlung der Preise von Anfang an mit besonderem Nachdruck, zumal die Berliner Preise maßgebend für die Preisgestaltung außerhalb der Reichshauptstadt waren, ja sogar bei internationalen Vergleichen vielfach als die die deutschen Verhältnisse schlechthin kennzeichnenden Preise angesehen wurden. Den Anstoß zur weiteren Ausgestaltung der Preisstatistik in Berlin gab die Einführung der Reichsteuerstatistik durch das Statistische Reichsamt im Jahre 1920 zwecks Berechnung von Lebenshaltungsindexziffern. Da die Ergebnisse der bisherigen Preisermittlungen den Anforderungen der Reichsteuerstatistik nicht genügten, mußten die Preishebungen in Berlin erweitert werden. Als der Versuch des Amtes, seine Preishebungen auszudehnen, fehlschlug, überließ man die Beschaffung der für die Reichsstatistik erforderlichen Preise dem Polizeipräsidium (Wucherpolizei). Erst nachdem der Berliner statistische Dienst neu geregelt war, konnten die Preishebungen unter der Leitung des Amtes durchgeführt und auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden. Vom Oktober 1925 an wurden in jeder Woche von Beauftragten der Bezirksämter Preise für 75 Waren erhoben. Die Preisheber trugen die erfragten Preise in Erhebungsbücher ein. Außerdem wurden Einzelhandelspreise in den Markthallen festgestellt. Die Großhandelspreise, die bis dahin von der Polizei erhoben worden waren, wurden seit 1925 vom Amt ermittelt. Im Zusammenhang mit den Preissenkungsmaßnahmen der Reichsregierung im Jahre 1930 und nach der Einsetzung des Reichskommissars für Preisüberwachung wurde 1931 die Fleischpreisstatistik ausgedehnt. Im Jahre 1933 folgten weitere Verbesserungen der Statistik der Großhandels- und der Einzelhandelspreise. Infolge der wachsenden Anforderungen der Regierung und der Stadtverwaltung wurden seit Dezember 1934 zwei ständige Preisprüfer eingestellt.

Das Statistische Amt beteiligte sich auch an den damals von verschiedenen Seiten unternommenen Versuchen, einen Einblick in den Verbrauch an Gütern des Lebensbedarfs zu gewinnen. So wurden im November 1925 an rd. 150 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien Haushaltsbücher ausgegeben, von denen 49 Bücher bearbeitet werden konnten. Diese Untersuchung war als Probeerhebung gedacht, der eine Statistik auf breiterer Grundlage folgen sollte. Da aber zu dieser Zeit auch vom Statistischen Reichsamt Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen veranstaltet wurden, an denen sich Berlin beteiligte, sah das Amt von weiteren eigenen Untersuchungen dieser Art ab.

In dem wirtschaftlich so bewegten zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts waren Angaben über alles, was mit dem Arbeitsmarkt zusammenhing, besonders begehrt. So übernahm das Amt die ihm zur Verfügung stehenden Zahlen über Arbeitsgesuche, offene Stellen, besetzte Stellen, ferner über die Erwerbslosenfürsorge (Hauptunterstützungsempfänger, Kurzarbeiter und Zuschlagsempfänger). Die Aufbereitung der Ergebnisse der vom Landesarbeitsamt Groß-Berlin durchgeführten Arbeitslosenzählungen von 1921 und 1922 war dem Statistischen Amt übertragen. Das Arbeitsprogramm wurde den Erfordernissen und Möglichkeiten entsprechend im Laufe der Zeit weiter ausgebaut. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden in den »Berliner Wirtschaftszahlen« der Berliner Wirtschaftsberichte u. a. Zahlen über Arbeitslosenversicherung, Wohlfahrtserwerbslose, sonstige Arbeitslose, neue Arbeitsgesuche, neue offene und besetzte Stellen, über Arbeitsuchende überhaupt sowie über Notstandsarbeiter veröffentlicht. Auch Sonderuntersuchungen, wie die über die Einsatzfähigkeit der Berliner Arbeitslosen, wurden vorgenommen. Im Kriege erschienen Zahlen über Arbeitsuchende, Arbeitslose, offene Stellen, Vermittlungen und Dienstverpflichtungen als »Arbeitseinsatzlenkungszahlen«. Besondere Untersuchungen befaßten sich z. B. mit der Schwarzarbeit, unter der man die entgeltliche Beschäftigung von Personen verstand, die Erwerbslosenunterstützung bezogen, ferner mit den Arbeitsbuchpflichtigen in Berlin 1938. Diese Arbeit brachte Berliner Ergebnisse der von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgenommenen Erhebung über die arbeitsbuchpflichtigen Arbeiter und Angestellten, war doch 1935 durch ein Reichsgesetz bestimmt worden, daß zur Gewährleistung einer zweckentsprechenden Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft Arbeitsbücher für Arbeiter und Angestellte auszustellen waren.

Auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens wurde die Berichterstattung mit der Zusammenfassung der bisherigen Armenpflege, der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge, der Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfürsorge vereinheitlicht. In die Berichterstattung über das Jugendwohlfahrtswesen wurden die Waisenfürsorge, die Amtsvormundschaft, die städtischen Pflegekinder, die Adoptionsvermittlung, die Krüppelfürsorge, die Erholungsverschickung usw. einbezogen. Zusammen mit der Personenstandsaufnahme von 1925 wurde die Vorerhebung für die Reichsgebrechlichenzählung vom Amt gemeinsam mit den Bezirksämtern durchgeführt. Ferner wurden die Ergebnisse der von der Reichs-

arbeitsverwaltung durchgeführten Erhebungen über die versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen von 1924, der Erhebung der stellenlosen Angestellten von 1925 und der Erhebung über die Erwerbslosenfürsorge von 1926 für Berlin ausgewertet.

Neu aufgenommen bzw. erweitert wurden auf dem Gebiet der Gesundheitspflege die Statistiken der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der Schulzahnpflege, der Tuberkulosefürsorge, der Schwangerenfürsorge und der ärztlichen Krüppelfürsorge des Hauptgesundheitsamtes. Nach Unterlagen der Medizinabteilung des Polizeipräsidiums wurden auch Übersichten über Ärzte, Tierärzte, Heilpersonen und Apotheken angefertigt.

Die Sportstatistik wurde durch die Olympischen Spiele, die 1936 in Berlin stattfanden, gefördert. So wurde schon 1934 bei den Bezirksämtern eine Erhebung über die Sportanlagen veranstaltet, es folgten dann weitere Ermittlungen über Schwimm- und Turnhallen. Die im Jahre 1935 im ganzen Reich durchgeführte Sportstatistik vermittelte auch einen umfassenden Einblick in das Berliner Sportwesen.

Die seit 1926 vom Statistischen Reichsamt wieder regional aufbereitete Kriminalstatistik wurde ausgewertet, so daß die Ergebnisse für die Landgerichtsbezirke I bis III veröffentlicht werden konnten; die Justizstatistik wurde erheblich erweitert. Eine Sonderauszählung vermittelte einen Überblick über Alter, Beruf und Herkunft der Strafanstaltsinsassen. Neu eingerichtet wurde die bisher von den Bezirksämtern geführte Statistik der Einbürgerungen.

Die Ergebnisse der Wahlen wurden vom Amt statistisch eingehend ausgewertet. Die vorläufigen Zahlen wurden schnellstens herausgebracht; danach erschienen textliche Bearbeitungen in den Berliner Wirtschaftsberichten. Die endgültigen Ergebnisse wurden im Statistischen Jahrbuch und im Taschenbuch veröffentlicht.

#### Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 stellte mit der städtischen Grundstücks- und Wohnungsaufnahme vom 3. Mai 1925 die erste Inventur der neu gebildeten Stadtgemeinde dar. Da sich diese großen Zählungen nicht von einer Stelle aus durchführen ließen, wurde das Zählgeschäft — erstmals für Berlin — dezentralisiert. In den Verwaltungsbezirken wurden Zählungsabteilungen eingerichtet, die alle Arbeiten bis zur Ablieferung der ausgefüllten Zählpapiere nach Anweisungen des Amtes vornahmen. Diesen Stellen waren die Einteilung der Bezirksgebiete in Zählbezirke, die Auswahl, Unterweisung und Beaufsichtigung der Zähler sowie die Voraussfüllung, Verteilung, Einsammlung und Prüfung der Zählpapiere übertragen, ferner stellten sie erste Hauptergebnisse zusammen. Die Zählungen von 1925 wurden durch 19 400 ehrenamtliche Zähler mit Unterstützung der staatlichen Polizei und unter Mitwirkung der Hausbesitzer vorgenommen, die verpflichtet waren, die

Erhebungspapiere auf ihren Grundstücken auszuteilen und wieder einzusammeln. Die Zählergewinnung stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere weil die Reichs- und Staatsbehörden die Übernahme eines Zähleramtes durch ihre Beamten und Angestellten nicht förderten. An Erhebungspapieren wurden die Haushaltsliste, der Land- und Forstwirtschaftsbogen und der Gewerbebogen benutzt; dazu kamen die Grundstücksliste und der Wohnungsbogen der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme. Städtische Zusatzfragen wurden 1925 nicht gestellt. Die Bevölkerung scheint der damaligen Zählung kein großes Verständnis entgegengebracht zu haben. Ein Zeichen hierfür ist der Umstand, daß die Zählpapiere in hohem Grade schlecht ausgefüllt waren. Die Aufbereitung der Reichszählungsergebnisse für Berlin wurde im Preußischen Statistischen Landesamt vorgenommen.

Zur Aufbereitung der Ergebnisse der städtischen Grundstücks- und Wohnungsaufnahme wurde vom Statistischen Amt eine besondere Zählungsabteilung eingerichtet, der rd. 150 Personen angehörten und die im Passagekaufhaus Friedrichstraße 110/112 untergebracht war. Die Ergebnisse des Zählungswerks von 1925 erschienen als »Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin« (Nr. 5, aus 9 Heften bestehend). In diesem Band sind auch die Ergebnisse von Sonderuntersuchungen über Teilmassen der Gesamtbevölkerung enthalten, die das Amt mit Hilfe des ihm zugänglich gemachten Materials der Volkszählung angestellt hatte. Diese seinerzeit viel beachteten Arbeiten behandelten folgende Themen:

Die Insassen des städtischen Obdachs Fröbelstraße am 16. Juni 1925

Die durch Polizeistreifen in der Nacht vom 15. zum 16. Juni 1925 ermittelten Personen

Die Schiffsbevölkerung am 16. Juni 1925

Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linden-, Rücker- und Mulackstraße

Die eingeschriebenen Prostituierten in Berlin 1925 (ein Beitrag zur Frage der großstädtischen Prostitution)

Die Insassen des Arbeitshauses, des Hospitals und des Wanderarbeitsheims Rummelsburg 1925

### Die Reichswohnungszählung am 16. Mai 1927

Schon zwei Jahre nach der städtischen Wohnungsaufnahme von 1925 wurde in Berlin abermals eine Zählung der Wohnungen durchgeführt, und zwar anlässlich der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927. Auch zu diesem Zweck wurden wieder Zählungsabteilungen bei den Bezirksämtern eingerichtet. Die Erhebungsbogen wurden im Preußischen Statistischen Landesamt aufbereitet. Die mit der Reichswohnungszählung verbundene Ermittlung der Zahlen der Wohnungsuchenden oblag dagegen dem Zentralwohnungsamt und den bezirklichen Wohnungsämtern. Die Ergebnisse der Reichswohnungszählung wurden mit Hilfe der Statistik der Bautätigkeit zur Fortschreibung der Zahlen der bebauten Grundstücke, der Wohngebäude und der Wohnungen benutzt.

### Die Volks-, Berufs- und Betriebszählungen am 16. Juni 1933 und am 17. Mai 1939

Ähnlich wie im Jahre 1925 wurde die Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1933 durchgeführt; aus Ersparnisgründen konnte aber diesmal keine Grundstücks- und Wohnungsaufnahme stattfinden. So mußte bei den Vorbereitungsarbeiten zur Ermittlung der Grundstücke auf die Grundstückskartei zurückgegriffen werden, die vom Amt nach der Grundstücksaufnahme von 1925 eingerichtet und durch die Ergebnisse der Baustatistik und der Leer- raumzählung von 1932 auf dem laufenden gehalten bzw. ergänzt worden war. Im übrigen wurden die Ergebnisse der Personenstandsaufnahme vom Oktober 1932 verwendet, aus denen die zu den bebauten Grundstücken gehörenden Haushalte und gewerblichen Betriebe festgestellt wurden. Nach längeren Verhandlungen übernahm die Polizei die Zählung auf den Laubengeländen, auf Rummelplätzen, ferner die der *Penner, Vagabunden und ähnlicher obdachloser Personen* durch Veranstaltung von Razzien; außerdem stellte die Polizei die Zählpapiere den Besitzern der bebauten Grundstücke zu. Die Meldungen zur Übernahme des ehrenamtlichen Zählerdienstes waren zahlreicher als bei der vorangegangenen Zählung. Diesmal meldeten sich 48 300 Personen, von denen 26 500 zur Zählertätigkeit herangezogen wurden. Da diese Zahl erheblich höher war als die entsprechende von 1925, konnte die auf den einzelnen Zähler entfallende Arbeitsleistung wesentlich herabgesetzt werden. An Sonderuntersuchungen wurden 1933 nur bearbeitet: »Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten« und »Die Übernachtungsfremden in Berliner Hotels und Pensionen am 16. Juni 1933«. Als »Mitteilung« erschien ein Verzeichnis der Straßen für Verwaltungszwecke unter dem Titel »Die bewohnten Straßen der Stadt Berlin nach Grundstücken, Wohnungen, Haushaltungen und Bewohnern am 16. Juni 1933«.

Wenige Monate vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges fand am 17. Mai 1939 eine erneute Volks-, Berufs- und Betriebszählung statt, bei der abweichend von den bisherigen Volkszählungen u. a. die Frage nach der Volkszugehörigkeit gestellt und bei der ferner eine besondere Ergänzungskarte zur Feststellung der rassischen Zugehörigkeit der Bevölkerung ausgegeben wurde. Die Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe erstreckte sich diesmal auch auf die Arbeitsstätten der Behörden, der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie auf die der freien Berufe. Die Vorbereitungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß am 1. April 1938 eine Neuordnung der Verwaltungsbezirksgrenzen in Kraft getreten war. Die Grundstückskartei des Amtes, die als Unterlage für die Aufstellung der bezirklichen Grundstücksverzeichnisse diente, mußte daher nach den neuen Bezirksgrenzen umgestellt werden, außerdem mußten vom Amt für die den Bezirk wechselnden Grundstücke besondere Verzeichnisse aufgestellt werden. Es wurden 43 700 Zähler eingesetzt. Das Prüfen und Ergänzen der Zählpapiere erstreckte sich noch bis in die erste Kriegszeit. Auch das Berliner Zählmaterial wurde im Statistischen Reichsamt maschinell aufbereitet. Aus diesem Grunde konnten Auswertungen für die städtische Verwaltung erst nach Eingang der Aufbereitungstabellen vorgenommen werden; die Ergebnisse für Berlin wurden im Kriege fertiggestellt.



## Aktualisierung der Veröffentlichungen des Amtes

Als erste Veröffentlichung des Amtes nach der Bildung der neuen Stadtgemeinde erschienen 1921 die »Statistischen Grundlagen für die Stadtgemeinde Berlin« mit einigen Angaben über Bevölkerung, Wohnungen, Stadtgebiet, Schulen usw. Vor allem für die Verwaltung wurde im Oktober 1922 mit den »Monatsberichten« wieder die erste periodische Schrift herausgebracht. Die im Umdruckverfahren hergestellten Hefte enthielten u. a. Zahlen über Bevölkerung, Armenpflege, Erwerbslose, Krankenkassen, Grundbesitzwechsel und Preise. Seit April 1925 kamen die Monatsberichte in „erweitertem Umfang und gedruckt heraus. Mit dem Heft für das zweite Vierteljahr 1922 begann die Reihe der »Vierteljahresberichte« mit einem ähnlichen, aber erweiterten und für einen größeren Leserkreis gedachten Berichtsstoff, als ihn die Monatsberichte aufwiesen. Den Tabellenteilen dieser Hefte waren bis 1924 textliche Erläuterungen und auch selbständige Abhandlungen beigegeben, u. a. veröffentlichte Silbergleit hier einen Beitrag über die Brotpreise im In- und Ausland, in dem er die im Vergleich zu den neutralen und den ehemals feindlichen Ländern starke Brotteuerung in Deutschland zahlenmäßig belegte. Außerdem erschien eine Abhandlung von Freudenberg über das leider allzu zeitnahe Nachkriegsthema »Verhungern als Todesursache in Berlin«. Der jetzige Professor für medizinische Statistik, der in den Jahren 1922/23 im Amt tätig war, untersuchte die Fälle der von 1904 bis 1923 an Unterernährung und Hungertod Verstorbenen und kam trotz aller Vorbehalte zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Hungertodesfälle infolge der Notlage, in die Personen der verschiedensten Bevölkerungskreise Berlins gekommen waren, in schnellem Steigen begriffen war. Ende 1925 wurden die Vierteljahresberichte als selbständige Veröffentlichung eingestellt.

Für das neue Amt lag es nahe, wieder ein Statistisches Jahrbuch, wie es bis 1919 für das alte Berlin erschienen war, herauszugeben. In veränderter Form und in vor allem aus Ersparnisgründen stark eingeschränktem Umfang erschien 1924 die erste Ausgabe mit der Bezeichnung »Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin«. Dieser Band enthielt im wesentlichen die notwendigsten Zahlen für das Jahr 1922 und umfaßte 207 Übersichten mit vorwiegend wirtschafts- und verwaltungsstatistischen Angaben, die besonders auf die Bedürfnisse der Verwaltung abgestellt waren. Die zweite Ausgabe mit Zahlen für 1922 und z. T. auch 1923 war in einigen Abschnitten, wie in denen über die Bevölkerung und die Gesundheitsfürsorge, beträchtlich erweitert. Den beiden Taschenbüchern waren ausführliche Quellen- und Schriftennachweise beigegeben. Da der Umfang des 3. Jahrgangs beträchtlich angewachsen war und die Absicht bestand, diese Bände auch künftig jährlich erscheinen zu lassen, wurde ihr Titel in »Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin« umgeändert. In die Jahrbücher der folgenden Jahre sind insbesondere die Hauptergebnisse der großen Zählungen sowie Übersichten über Preise, Bautätigkeit, Erwerbslose, Schulen, Fürsorgemaßnahmen u. a. zusätzlich aufgenommen worden. Seit dem 5. Jahrgang für 1929 wurden die Verwaltungsbezirke zur Vermeidung der häufigen Umstellungen in ihrer Reihenfolge durch die Änderungen der Bevölkerungszahlen in der

fortan beibehaltenen Ordnung aufgeführt, und zwar beginnend mit dem Verwaltungsbezirk Mitte, dann folgten die weiteren Innenbezirke, denen sich die Außenbezirke anschlossen. In einem Anhang wurden im 6. Jahrgang für 1930 erstmals Zahlen über Fläche, Bevölkerung und landwirtschaftliche Verhältnisse der Provinz Brandenburg gebracht. Aus finanziellen und personellen Gründen konnte eine ansehnliche Zahl von Übersichten nicht in die folgenden Jahrgänge aufgenommen werden; um so bemerkenswerter ist es, daß diese Bände dennoch neue Tabellen aufwiesen. Mit der 9. Ausgabe wich man von dem bisher geübten Brauch ab, jeweils nur die Zahlen für ein Jahr zu bringen. Um auch neueres Zahlenmaterial bieten zu können, wurden nun außer den Zahlen des Berichtsjahres 1931 auch Angaben für 1932, ja sogar für 1933 veröffentlicht. An diesem Verfahren hielt man aber nur zwei Jahre fest. Dem 10. Jahrgang wurden ein Sachverzeichnis sowie eine systematische Inhaltsübersicht der Jahrgänge 1 bis 10 beigelegt. Der 13. Jahrgang erschien mit den Angaben für 1936 und — im Anhang — mit den Flächen und den Zahlen der Bevölkerung, der Grundstücke und der Wohnungen der Verwaltungsbezirke nach ihrer Neuabgrenzung am 1. April 1938. Die letzte Vorkriegsausgabe kam im Januar 1939 mit den Zahlen für 1937 heraus. Infolge des Krieges mußten die Arbeiten für den 15. Jahrgang zunächst eingestellt werden. Da aber schon beträchtliche Aufwendungen für diesen Band gemacht waren, konnten die Arbeiten trotz der inzwischen eingetretenen Personalverminderungen fortgeführt werden. Dieses Jahrbuch erschien dann erst im März 1943 und enthielt auch einige Ergebnisse der Zählungen von 1939. Es war der erste und zugleich letzte Band in der Reihe der »Statistischen Jahrbücher der Reichshauptstadt Berlin«. Im übrigen teilte er das Schicksal anderer Arbeiten des Amtes, denn die Auflage konnte, obwohl sie noch ausgedruckt worden war, nicht mehr verteilt werden. Es bestand die Absicht, die Bände bis nach Kriegsende aufzubewahren, aber auch dieser Wunsch sollte nicht erfüllt werden. Bei der Zerstörung des Amtsgebäudes wurde die ganze Auflage bis auf wenige Exemplare vernichtet.

Die damaligen Jahrbücher enthielten ausschließlich Zahlenübersichten; textliche Erläuterungen beschränkten sich im besonderen auf die Anmerkungen. Kurze Vorworte, die u. a. Hinweise auf wichtige Neuerungen oder Änderungen gegenüber den vorangegangenen Ausgaben enthielten, leiteten die Jahrbücher ein.

### Ab 1927 Taschenbuch »Berlin in Zahlen«

Da der Wunsch geäußert wurde, die wichtigsten Zahlen eines Jahres schneller geliefert zu bekommen, und da vor allem den außerhalb der Verwaltung stehenden Interessenten an einer leicht lesbaren Darstellung der Verhältnisse Berlins gelegen war, entschloß sich das Amt, eine Veröffentlichung im Westentaschenformat herauszugeben. So erschien 1927 ein kleines, nur 24 Seiten umfassendes Heft »Berlin in Zahlen« mit Angaben für 1926. Weil dieses Taschenbuch gut aufgenommen wurde, baute man es in den folgenden Jahren weiter aus. Die Ausgabe für 1929 wurde sogar ins Englische übersetzt. Von seinem 5. Jahrgang an erschien es als Beilage zum Statistischen Jahrbuch. Im Gegensatz zu den Jahrbüchern, die ausschließlich Zahlenübersichten enthielten, wurde das in »Berlin in Zahlen« enthaltene Material in textlicher Form dargeboten,



und zwar so ansprechend, daß sich diese Veröffentlichungen besonderer Beliebtheit auch bei solchen Lesern erfreuten, die sonst der Statistik fern standen. Ebenfalls die später beigefügten Schaubilder und nicht zuletzt der niedrige Preis — das Heft kostete 1933 nur 30 Pfennig — führten dazu, daß mit Hilfe dieser Taschenbücher der Berliner Statistik mancher Freund gewonnen werden konnte. Die kleinen Bücher fanden auch in den Berliner Schulen Eingang und wurden gerne beim Schulunterricht und für heimatkundliche Zwecke benutzt. Mancher Abnehmer begründete den regelmäßigen Erwerb damit, daß er diese anregende Lektüre nicht missen wollte. Mit dem 7. Jahrgang 1931 erhielt das Heft den Namen »Kleines Berliner Taschenbuch, Berlin in Zahlen«, seit der Ausgabe 1934/35 wurde es nicht mehr mit dem Statistischen Jahrbuch vorgelegt. Die Abschnitte über die Verfassung und die Verwaltung Berlins wurden nun neu bearbeitet, außerdem kamen ein geschichtlicher Abriss und eine Chronik hinzu. Das Taschenbuch von 1939 umfaßte 383 Seiten und erschien in einer Auflage von immerhin 35 000 Exemplaren, was die Beliebtheit und die weite Verbreitung dieser im besten Sinne populärstatistischen Veröffentlichung beweist.

In beschränkter Auflage und mit den üblichen Hinweisen auf die vertrauliche Behandlung erschienen im Frühjahr 1942 die einzeln durchnummerierten Exemplare des »Kriegs-Taschenbuchs Berlin in Zahlen« als 13. Jahrgang der Taschenbuchreihe mit einer gedrängten Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen für die Jahre 1939 und 1940, teilweise auch für 1941. Ein beträchtlicher Teil des bisherigen Inhalts konnte aber nun nicht mehr veröffentlicht werden. Um Papier zu sparen, mußte sogar auf die Wiedergabe der sonst im Anhang gebrachten Angaben über allgemein Wissenswertes und auch auf die Schaubilder verzichtet werden. Statt dessen wurden Übersichten über kriegswirtschaftlich bedeutsame Gegenstände neu aufgenommen, außerdem auch Tabellen mit einigen Ergebnissen der Zählung von 1939 über die Bevölkerung, Erwerbspersonen, Haushalte usw.

#### **Am 9. April 1924 erscheint das erste Heft der Zeitschrift »Berliner Wirtschaftsberichte«**

Ein besonders lebendiges Bild von dem Wirken des Statistischen Amtes in der Zeit von 1921 bis zum zweiten Weltkrieg vermitteln außer den erwähnten Jahr- und Taschenbüchern die frühzeitig aufgenommenen regelmäßigen Veröffentlichungen mit textlichen Darstellungen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge Berlins. Auch diese Publikationen verdanken ihre Entstehung dem Bedürfnis der Interessenten nach schneller Belieferung mit vornehmlich wirtschaftsstatistischen Daten und Erläuterungen, aber auch — und nicht zuletzt — der voraussehbaren Initiative der leitenden Männer des damaligen Amtes. Zunächst konnten schon zur Zeit der Währungs-inflation — seit November 1923 — im Umdruckverfahren hergestellte wöchentliche »Wirtschaftsstatistische Mitteilungen« herausgebracht werden. Diese Hefte brachten z. B. Angaben über die Kosten des Ernährungsbedarfs, über Preise und den Wert der Goldmark. Im Jahre 1924 wurde diese Veröffentlichung inhaltlich erweitert; die Wirtschaftsstatistischen Mitteilungen erhielten nun die Bezeichnung »Wirtschaftsstatistische Wochenberichte«. Da die Hefte Anklang fanden, wollte man

sie im Umdruck erscheinen lassen; es kam schließlich zu einem Übereinkommen mit dem Verlag für Politik und Wirtschaft, der die Berichte auf eigene Rechnung herausgab. Das erste Heft der in wöchentlichen Abständen erscheinenden neuen Zeitschrift kam am 9. April 1924 unter dem Titel »Berliner Wirtschaftsberichte« heraus. Diese periodische Veröffentlichung, die nach Inhalt und Form ständig weiter ausgestaltet wurde und die bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, also in 16 Jahrgängen erschien, stellte in ihrer Art und nach ihrem Zweck für das Berliner Amt etwas völlig Neues dar. Die Zeitschrift sollte die wichtigsten Ergebnisse der Amtsarbeit in gedrängter Form nicht nur den Verwaltungsstellen, sondern auch sonstigen interessierten Stellen und Personen regelmäßig darbieten, wobei allgemeinverständliche textliche Erläuterungen und anschauliche bildliche Darstellungen diese Absicht förderten. Um die Herausgabe der dank ihrer Vielseitigkeit und Aktualität gern gelesenen Zeitschrift hat sich vor allem ihr Schriftleiter Dr. Kürten verdient gemacht. Diese die damalige Berliner Statistik repräsentierende Zeitschrift darf in erster Linie als sein Werk bezeichnet werden.

Die lange Reihe der textlichen Abhandlungen wurde im ersten Heft durch Büchners Beitrag über die Statistik des Auslandsfremdenverkehrs in Berlin eingeleitet, ein Artikel von Kürten über »Rentenmark und Sparverkehr« schloß sich an. Themen weiterer Beiträge des 1. Jahrganges waren beispielsweise »Die Anleihewirtschaft der Groß-Berliner Gemeinden 1913 bis 1924«, »Die Arbeitslosigkeit in Berlin«, »Förderung der Berliner Bautätigkeit durch die Gewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken«, »Berlin im Jahre 1924«, »Die Epochen der Finanzpolitik Berlins«, »Der Geburtenrückgang in Berlin und seine Folgen«, »Neue Berliner Kleinhandelsindexziffern«, »Die Kriegerverluste (Alt-)Berlins im Weltkrieg«, »Maßnahmen gegen die Not in Berlin«, »Schutzzölle und Lebenskosten«, »Berliner Tarifverträge«, »Die Berliner Wertzuwachssteuer«, »Die Wohlfahrtspflege im Haushaltsplan der Stadt Berlin für 1924« usw. Der Abschnitt »Verschiedene Mitteilungen« enthielt Zahlenangaben aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben, der Abschnitt »Wochenübersichten« dagegen regelmäßige Berichte bzw. Tabellen über wirtschaftliche Vorgänge und allgemeine Wirtschaftslage, Preise, Verkehr auf den Viehmärkten, Arbeitsmarkt usw. Aus den Themen ist die Absicht zu erkennen, Beiträge zur Lösung der vielen schwierigen Probleme, die sich nach dem Kriege und nach den wirtschaftlichen Erschütterungen infolge der Inflation aufdrängten, zu liefern.

Seit Anfang 1926 gab die Stadt einen Zuschuß zur Herausgabe der Zeitschrift, die nun 14täglich erschien. Als der Vertrag mit dem Verlag für Politik und Wirtschaft abgelaufen war, übernahm die Stadt vom April 1929 an die Wirtschaftsberichte im Selbstverlag. Die Hefte wurden nun als Beilage zum Amtsblatt der Stadt Berlin herausgebracht. Für ein knappes Dreivierteljahr mußte das Erscheinen der Zeitschrift Anfang 1930 infolge der damaligen Sparmaßnahmen eingestellt werden, ab September 1930 erschienen die Wirtschaftsberichte aber wieder regelmäßig 14täglich, und zwar jetzt als selbständige Veröffentlichung des Amtes. Vom April 1931 an kamen sie halbmonatlich heraus. Von 1933 bis 1939 wurden die Berliner Wirtschaftsberichte im wesentlichen in der alten Weise fortgeführt. Der Berichtsstoff wurde auf einige Gegenstände

ausgedehnt, die bezeichnend für die politische Umstellung waren. Als der zweite Weltkrieg ausbrach, fanden auch die Berliner Wirtschaftsberichte ihr Ende: das zweite Augustheft des 16. Jahrganges von 1939 war das letzte dieser erfolgreichen Veröffentlichungsreihe.

Den Berliner Wirtschaftsberichten wurden auch Beilagen mitgegeben, beispielsweise waren dies bis 1928 die Taschenbücher »Berlin in Zahlen«, ferner textliche Beiträge, wie die Berichte über die großen Zählungen, die »Berliner Wirtschaftszahlen« usw.

Die in den Berliner Wirtschaftsberichten erschienenen Artikel sind in dem als Beilage zur Nr. 24 des Jahrganges 1935 veröffentlichten »Gesamt-Verzeichnis der wichtigen Beiträge in den Jahrgängen 1 bis 12 der Berliner Wirtschaftsberichte« aufgeführt. Deutlich läßt sich erkennen, daß man danach strebte, auch mit den hier gebrachten Zahlenunterlagen die Bedürfnisse der Verwaltung zu befriedigen. Dies kommt nicht nur in den regelmäßig veröffentlichten Zahlen zum Ausdruck, sondern auch in den Beiträgen, die beispielsweise die Hauptergebnisse der großen Zählungen behandelten. Aber auch die zahlreichen Untersuchungen über dringliche Probleme der damaligen Zeit verraten diese Absicht, wie etwa die Abhandlung »Berlin und der Geburtenrückgang«, in der Kürten nachwies, daß sich der Rückgang der Geburtenziffer in Berlin im Rahmen des Rückgangs im Reichsgebiet hielt, oder wie die Beiträge über die Selbstmordhäufigkeit, über die Lebensmittelversorgung Berlins und den Verbrauch an Nahrungsmitteln, ferner über die schon damals das Interesse der Verwaltung und der Allgemeinheit beanspruchenden Probleme der parkenden Kraftfahrzeuge, der Garagen und der Parkdauer sowie die Beiträge über sozial vordringliche Fragen, wie über die Arbeitslosigkeit, die Arbeitsvermittlung und den Zusammenhang von Arbeitsuchenden und Selbstmorden. Ebenso unverkennbar war aber das Trachten, die Ergebnisse der statistischen Arbeit auch der Allgemeinheit näher zu bringen, und zwar dadurch, daß man in Themenauswahl, in der Art der textlichen Behandlung, in Tabellentechnik und graphischer Gestaltung alle Anstrengungen machte, im guten Sinne populärstatistisch zu wirken. Schließlich bemühte man sich auch erfolgreich, den Berichtsstoff weiter auszudehnen und in den Beiträgen das Wesentliche herauszuarbeiten. Die Verfasser der Abhandlungen waren zunächst Angehörige des Amtes und amtsfremde Autoren, die über ihre Fachgebiete berichteten. Im Laufe der Zeit wurden die Beiträge der Berliner Wirtschaftsberichte aber so gut wie ausschließlich von Mitgliedern des Amtes geliefert.

#### Die Kriegsmittelungen des Statistischen Amtes

Um die im Kriege erarbeiteten Ergebnisse einem beschränkten Kreis von Abnehmern zugänglich zu machen, entschloß man sich, diesem die wichtigsten Zahlen in Umdruckmitteilungen zu liefern. Auf diese Weise kam es zur Herausgabe der »Kriegs-Mittelungen des Statistischen Amtes der Reichshauptstadt Berlin«, die einen Ersatz für die bisherigen Berliner Wirtschaftsberichte bieten sollten. Das erste Heft vom Oktober 1939 erhielt bereits den oft glossierten Aufdruck »Nur für den Dienstgebrauch«. Später glaubte man, auf eine noch

weitergehende Sicherung nicht verzichten zu können, die Kriegs-Mittelungen mußten daher mit dem dreifachen Hinweis »Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch! Veröffentlichung oder Weitergabe verboten!« versehen werden.

Das erste Heft der Kriegs-Mittelungen enthielt z. B. Angaben über die Bautätigkeit, Berliner Wirtschaftszahlen, Groß- und Kleinhandelspreise, Auftriebe und Schlachtungen, Kohleneingänge, Bevölkerungsentwicklung, Personennahverkehr, Krankenkassen und Grundbesitzwechsel. In diesen Mitteilungen, die teils als Doppelnummern, teils sogar für je vier Monate herausgegeben wurden, erschienen auch mit kurzen Texten versehene Beiträge sowie besondere Beilagen, in denen Ergebnisse der Zählungen von 1939 und verschiedener landwirtschaftlicher Erhebungen dargestellt wurden. Seit Anfang 1942 bildeten die Übersichten über Mengen und Kosten der in Berlin zustehenden bezugscheinpflichtigen — und später auch der bezugsbeschränkten — Lebens- und Genußmittel einen der wichtigsten Bestandteile der Kriegs-Mittelungen.

Wer kann sich heute noch die Mühen vorstellen, die es in der damaligen Zeit machte, derartige Schriften überhaupt herzustellen! Im Kriege schrieb der Graphiker des Amtes bis zum Heft 1/4 des Jahrganges 1944 mühevoll selber Zahl für Zahl und Texte so sauber mit der Hand, daß sich die Seiten für die Vervielfältigung im Umdruckverfahren eigneten. Nach seinem Ausfall infolge Evakuierung mußten die »Kriegs-Mittelungen« als Schreibmaschinendurchschläge weitergegeben werden. Das Heft für November/Dezember 1944 war die letzte »Veröffentlichung«, die vom Statistischen Amt der Reichshauptstadt überhaupt hergestellt werden konnte. Teilweise kaum noch lesbar sind die uns überlieferten 14 Seiten. Sie brachten immerhin noch Berliner Wirtschaftszahlen, ferner Reichsindexziffern, Großhandelspreise, Mengen und Kosten der zustehenden Lebens- und Genußmittel, Zahlen über Kohleneingänge, Personennahverkehr, Güterverkehr, Krankenkassen, Bevölkerungsvorgänge und zugelassene Kraftfahrzeuge sowie die Indexziffer der Ernährungskosten. Die Tatsache, daß man die Schreibmaschine benutzte, ist ein Zeichen dafür, daß diese Mitteilungen gegen Ende des Krieges nur noch in wenigen Exemplaren angefertigt wurden. Schon damals wird man den dokumentarischen Wert der eng mit Zahlen beschriebenen dünnen Papierbogen erkannt haben, denn man hat trotz der Ausweglosigkeit auch diese Arbeiten so lange wie irgend möglich durchgeführt. So beweisen diese mehr oder minder improvisierten Blätter auch heute noch die beharrliche Ausdauer und die Liebe am Werk, mit der die am Alexanderplatz verbliebenen Angehörigen des Amtes bei allen Entbehrungen und Überbelastungen bis zur Vernichtung des Engelhardt-Hauses aushielten.

#### Sonderreihe »Mitteilungen des Statistischen Amtes«

Die Ergebnisse der großen Zählungen und sonstiger einmaliger Untersuchungen kamen in den »Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin« heraus. Die Hefte erschienen seit 1924 in zwangloser Folge mit Zahlenergebnissen oder Abhandlungen, die sich sonst schlecht in die übrigen Veröffentlichungen hätten einfügen lassen. Das erste Heft behandelte die mutmaßliche Entwicklung der

Zahl der Schulpflichtigen in Berlin, von Büchner verfaßt, das zweite den Berliner Grundstücksmarkt September 1922 bis Januar 1923 unter Berücksichtigung der Käufe von Ausländern. Hier setzte sich Stegemann, der seinerzeitige Leiter der finanz- und steuerstatistischen Abteilung der Finanzverwaltung, insbesondere mit der Überfremdung des Berliner Grundstücksmarktes auseinander. In den »Mitteilungen« wurden auch Zahlen über Bevölkerungsvorgänge, Bautätigkeit, Straßenverkehrsunfälle usw. veröffentlicht.

Als Heft 8 der »Mitteilungen« wurde im August 1928 unter dem Titel »Berlins wirtschaftliche Verflechtung« eine Darstellung der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Verkehrs der Reichshauptstadt sowie der wirtschaftlichen Beziehungen Berlins zur deutschen und zur Weltwirtschaft veröffentlicht. Die Schrift wurde durch den auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. April 1926 gebildeten Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß, Unterausschuß für allgemeine Wirtschaftsstruktur) veranlaßt. Insbesondere sollte untersucht werden, in welchem Maße Berlin seinen Bedarf an Arbeitskräften über Binnen- und Pendelwanderungen in der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg deckte, ferner wie es sich mit wichtigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern versorgte und wie sich der Absatz der in Berlin erzeugten Waren entwickelte. Der Magistrat hatte das Statistische Amt beauftragt, die wirtschaftliche Verflechtung Berlins in ihrem ganzen Umfang und in ihren neuzeitlichen Wandlungen darzustellen. Mit Hilfe zahlreicher Übersichten wurde Berlin als Verbrauchsgebiet und Absatzmarkt, außerdem als Stätte einer spezialisierten Qualitätsindustrie, als Sitz von Wirtschaftsunternehmen, als Zentrale des deutschen Geld-, Bank- und Börsenwesens sowie der Wirtschaftsorganisationen geschildert; ein besonderer Abschnitt war dem Berliner Personen- und Güterverkehr gewidmet. Die Schrift wurde im wesentlichen von Dr. Kürten, der zu dieser Zeit die Abteilung für Wirtschafts- und Verkehrsstatistik leitete, verfaßt; an der Bearbeitung der wirtschaftsstatistischen Abschnitte war der damalige Magistratsrat Dr. Bonnet beteiligt. »Berlins wirtschaftliche Verflechtung« war in der umfassenden Anlage eine der bedeutungsvollsten Veröffentlichungen des Amtes in diesem Zeitabschnitt, und auf die Ergebnisse dieses Werkes konnte immer wieder zurückgegriffen werden.

Bis April 1943 waren 30 Hefte der »Mitteilungen« herausgekommen. Im Kriege wurden sie teils im Druck, teils im Umdruck hergestellt.

Um die Öffentlichkeit möglichst schnell mit den Hauptergebnissen der Arbeiten des Amtes bekanntzumachen, wurden der städtischen Nachrichtenstelle regelmäßige Berichte über Bautätigkeit, Bevölkerungsbewegung, Kleinhandelspreise, Gasthofsfremde und Grundbesitzwechsel zur Weitergabe an die Presse zugeleitet. Außerdem wurden dieser Stelle zu dem gleichen Zweck Einzelmitteilungen über einmalige Erhebungen und Untersuchungen sowie über bevorstehende wichtige Veröffentlichungen übergeben.

Von 1933 an wurden einige Zahlenangaben über Kleinhandelspreise, Bevölkerungsvorgänge, Arbeitslosigkeit und Wohnungswesen in Umdruckmitteilungen als »Schnelldienst« der Stadtverwaltung und weiteren interessierten Stellen ge-

liefert. Hierbei handelte es sich um ein Material, das »zur Veröffentlichung nicht geeignet« erschien.

Die Ergebnisse der Zählungen von 1925 wurden dazu benutzt, graphische Darstellungen über die Siedlungsdichtigkeit in Berlin anzufertigen. Als Beilage Nr. 6 der Berliner Wirtschaftsberichte erschien im Januar 1928 als erstes Heft der »Graphisch-Statistischen Darstellungen von Berlin« die Mappe »Gebiet und Siedlung« mit Schaubildern des Stadtgebietes, des Standes der Bebauung — bebaute (Hofraum-)Fläche, Siedlungsland und sonstige Flächen —, der Siedlungsdichtigkeit je ha der bebauten bzw. der gesamten Flächen und des Wirtschaftsbezirks Berlin. Im Dezember 1929 wurde als zweites und letztes Heft dieser Reihe die Mappe über »Grundstücke, Wohnungen und Haushaltungen« herausgebracht. Die Wohnungen wurden nach Art, Größe und Ausstattung dargestellt; eingehend wurde auch die Wohnungsbelegung behandelt. Graphiken über die familienfremden Personen beschlossen dieses Heft.

### **Straßenverzeichnisse und Verwaltungsberichte der Stadt**

Vor allem für den Gebrauch in den Verwaltungsdienststellen gab das Amt ein Straßenverzeichnis der Stadt heraus. Die letzte Vorkriegsausgabe erschien im Jahre 1938 unter dem Titel »Straßenverzeichnis der Reichshauptstadt Berlin«; das Buch enthielt die Straßen und Plätze nach dem Stande vom 1. April 1938 in alphabetischer Reihenfolge mit den Angaben der Verwaltungsbezirke, der Ortsteile und der Polizeireviere.

Das Amt wurde durch den Magistratsbeschluß vom 7. Mai 1924 mit einer zusätzlichen Aufgabe betraut: es sollte die »Verwaltungsberichte« der Stadt zusammenstellen und herausgeben. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Verwaltungsberichtsstelle gebildet, die der Abteilung für Wirtschafts- und Verkehrsstatistik angegliedert wurde. Unter beträchtlichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Materials wurde zunächst der erste Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1924 hergestellt; er kam in Einzelheften heraus. Auch den zweiten Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1928 bearbeitete das Statistische Amt. Nach einem Beschluß des Magistrats sollten dann aber die weiteren Berichte vom städtischen Nachrichtenamt zusammengestellt werden, und zwar sollten sie nun jährlich als Beilagen zum Amtsblatt der Stadt erscheinen. Das Nachrichtenamt brachte aber lediglich zwei Einzelberichte heraus und stellte danach seine Arbeiten an diesem Vorhaben ein. Damit wurde leider nicht nur die Verwaltung, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit um ein wertvolles Informationsmaterial gebracht.

Zum 75jährigen Bestehen des Statistischen Amtes wurde im April 1937 wiederum eine Festschrift herausgegeben, und zwar unter dem Titel »75 Jahre Berliner Statistik«. Die Schrift schilderte die Anfänge der Verwaltungsstatistik und die Errichtung des Amtes, ferner die Entwicklung der Berliner Statistik von 1862 bis 1920 und schließlich in einem dritten Abschnitt die Statistik in der neuen Stadtgemeinde Berlin von 1920 bis 1936. Der umfangreiche Stoff wurde in

knapper Form, aber doch so erschöpfend dargestellt, daß dieses Werk auch für die vorliegende Veröffentlichung — namentlich was den Zeitabschnitt von 1920 bis 1936 anlangt — weitgehend benutzt werden konnte. Einige Bildbeilagen — zum Teil nach Aquarellen des um die graphische Gestaltung der Veröffentlichungen des Amtes verdienten langjährigen Bildstatistikers Wesselsky — und einige Schaubilder wurden dem Band beigelegt. An den Arbeiten für diese Festschrift war Bonnet beteiligt, hauptsächlich stammte aber auch dieses Werk aus Kürtens Feder.

### Popularisierung der Statistik durch graphische Darstellungen

Die damals »Bildstatistik« genannte graphische Abteilung des Amtes vollbrachte mit bescheidenen Mitteln von allen Seiten anerkannte Leistungen und trug viel zum Ansehen des Amtes und zur Popularisierung der statistischen Arbeitsergebnisse bei. Nachdem Schwabe — wie berichtet — in den Veröffentlichungen des Amtes wirksame Graphiken gebracht hatte, die seiner publizistischen Neigung entsprochen haben mögen, machte Böckh nur selten von ihnen Gebrauch. Im Jahre 1925, als dem Amt unter Büchners Leitung eine zeichnerische Kraft bewilligt worden war, begann wieder eine rege Tätigkeit auf diesem Gebiet, die bald durch Zuweisung einer weiteren Kraft noch gesteigert werden konnte. Die Veröffentlichungen der damaligen Zeit wurden reich mit graphischen Darstellungen ausgestattet, die mit großer Sorgfalt und Liebe ausgeführt waren.

So verwundert es nicht, wenn die bildstatistische Abteilung schon zu dieser Zeit häufig auch von anderen Dienststellen in Anspruch genommen wurde. Von den Arbeiten wurden die bereits erwähnten Graphisch-Statistischen Darstellungen und die 12 großen Schautafeln, die im Magistratssitzungssaal des Berliner Rathauses angebracht wurden, besonders bekannt. Wichtige statistische Daten wurden hier in Kurven mit Hilfe von Markierungsnadeln fortlaufend dargestellt. Im Jahre 1936 wurden diese Tafeln durch Veröffentlichungen im Umdruckverfahren abgelöst. Das Amt beteiligte sich auch an zahlreichen Ausstellungen, wie 1928 an der Ausstellung »Die Ernährung«, in der die Lebensmittelversorgung Berlins an dem seinerzeit viel bewunderten Schaumodell »Der Magen von Berlin« dargestellt wurde. Es folgten die Beteiligungen an der Naturschutzausstellung von 1931, an der Ausstellung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht von 1932, an der »Grünen Woche« von 1934 und 1937 und an der Ausstellung »Die deutsche Gemeinde« von 1936. Auf den genannten Ausstellungen wurden Arbeiten der verschiedensten Techniken gezeigt, wie Kurventafeln, farbige Schautafeln mit plastischen Figuren, halbplastische Schautafeln, Nadelgraphiken, Modelle usw.

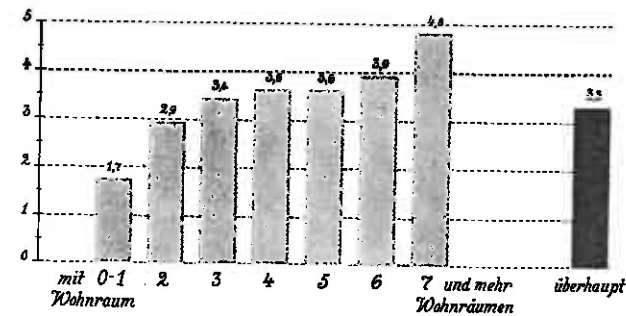
Über das erwähnte Schaumodell »Der Magen von Berlin«, das bezeichnend für die Bildstatistik der damaligen Zeit war, schrieb Büchner<sup>23)</sup>: In der Mitte des Raums... war ein von allen Seiten leicht übersehbares Modell von  $4 \times 5\frac{1}{2}$  m Größe aufgebaut... Es sollte zeigen, was der Reichshauptstadt in einem Jahr an wichtigen Lebensmitteln auf dem Land- und Wasserwege zugeführt wird

<sup>23)</sup> Berliner Wirtschaftsberichte 1929, S. 109.

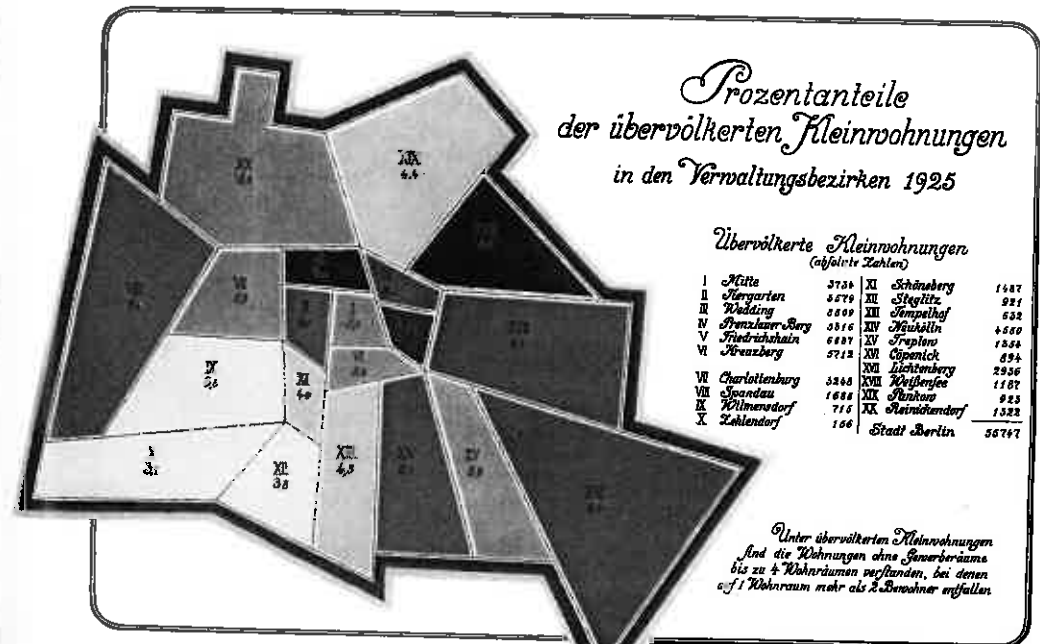
Januar 1928



Es entfielen in Berlin 1925 durchschnittlich Bewohner auf 1 Wohnung



Herausgegeben vom  
Statistischen Amt  
der  
Stadt Berlin





DER MAGEN BERLINS

und woher diese Lebensmittel kommen. Auf einer großen Karte des Deutschen Reiches sah man in ununterbrochener Folge von allen Seiten Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln nach Berlin rollen. Dadurch, daß diese Eisenbahnzüge in ständiger Bewegung gehalten wurden, erhielt der Beschauer ein Bild des unablässigen Zustromes der Waren. Die nach Berlin führenden wichtigen Wasserstraßen waren durch Leuchtröhren kenntlich gemacht und trugen mit Lebensmitteln beladene Schiffe... Auf der Nord- und Ostsee sah man Schiffe mit Lebensmitteln für Berlin den Häfen zustreben. Ebenso waren die Zufuhren aus den Grenzstaaten durch kleine plastische Warenstapel angedeutet. Auch bei den verschiedenen inländischen Wirtschaftsgebieten, die durch abweichende Färbung und durch kleine Lampen voneinander abgegrenzt waren, hatte man die aus ihnen nach Berlin zugeführten hauptsächlichsten Güterarten durch kleine plastische Darstellungen kenntlich gemacht. So waren in Ostpreußen und Pommern, den Fleischkammern Berlins, Viehherden aufgestellt, in anderen Wirtschaftsgebieten kleine Körbe mit Obst und Gemüse, Kartoffelsäcke, Butterkisten, Milchflaschen usw.

#### Die Bücherei des Amtes

Schon im Jahre 1875 war eine kleine Bücherei angelegt worden, deren Bestand sich schnell vergrößerte, 1912 umfaßte er 16 000 Bände, 1921 nach der Übernahme der Büchereibestände der Statistischen Ämter der Vororte bereits über 46 000 und 1931 sogar rd. 60 000 Bände. Die Schwierigkeiten der räumlichen Unterbringung führten dazu, daß ein großer Teil des Bestandes, und zwar vor allem statistische Serienwerke, Parlamentsdrucksachen usw. bei der im Jahre 1934 begonnenen Neuordnung und -katalogisierung abgestoßen wurde, so daß vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges im Engelhardt-Haus am Alexanderplatz rd. 10 000 Bände vorhanden waren. Die damalige Bücherei enthielt viele seltene und kostbare Werke namentlich der älteren statistischen Fachliteratur sowie anderer Wissensgebiete. Ihr besonderer Wert lag ferner darin, daß zahlreiche periodische Veröffentlichungen in ununterbrochener Folge — ebenfalls für jeden Interessenten — zur Verfügung standen. Als die Räume des Amtes gegen Ende des Krieges ausbrannten, fiel auch die gesamte Bücherei den Flammen zum Opfer.

#### Das Amt während des zweiten Weltkrieges

Tiefgreifende Wirkungen auf die Arbeiten und den Betrieb des Amtes löste der Beginn des zweiten Weltkrieges aus. Zwar wurden die Arbeiten zunächst unverändert weitergeführt, doch zeigte sich bald, daß sie in dem Maße, in dem der Personalbestand infolge der Anforderungen anderer Dienststellen und der Wehrmacht abnahm, eingeschränkt werden mußten. So kam es, daß Arbeitsgebiete, wie die Statistik der Bautätigkeit und die der Preise, immer mehr reduziert wurden. Schließlich mußte die Bearbeitung einiger Gebiete ganz eingestellt werden. Teils gingen die Meldungen der Berichtsstellen nicht mehr ein, weil nichts mehr zu berichten war, teils war es den Stellen aus personellen Gründen nicht möglich, das Zahlenmaterial wie bisher zu liefern. Andere Gebiete dagegen wurden in dieser Zeit bedeutungsvoll, weil ihre Ergebnisse

Was erhielt man für 1 Reichsmark in Berlin Anfang 1913 und 1928?							
1913	1928	1913	1928	1913	1928	1913	1928
Brot		Eier		Butter		Schweinefleisch (Bank)	
3,49 kg	2,17 kg	11 11 Stck.	6 75 Stck.	0,56 kg	0,25 kg	0,56 kg	0,55 kg
Kartoffeln		Milch		Margarine		Kalbfleisch (Keule)	
14,20 kg	7,69 kg	4,17 l	3,45 l	0,71 kg	0,54 kg	0,45 kg	0,54 kg
Weißkohl		Erbsen		Zucker		Rindfleisch (Gulasch)	
12,50 kg	3,57 kg	2,50 kg	1,19 kg	2,58 kg	1,67 kg	0,45 kg	0,56 kg
Mangrüben		Reis		Bucklinge		Schellfisch	
10,67 kg	4,17 kg	2 kg	1,52 kg	0,71 kg	0,69 kg	1,61 kg	0,88 kg

Dargestellt auf Grund der Berliner Kleinhandelspreise einiger wichtiger Lebensmittel im Januar 1913 und Januar 1928 von Statistischem Amt der Stadt Berlin

Dagegen erhielt man im November 1961 ... kg (Stück, l) der unten angegebenen Waren für je 1 DM

Brot	1,39 kg	Eier	4,17 Stück	Butter	0,14 kg	Schweinefleisch (Bank)	0,22 kg
Kartoffeln	3,85 kg	Milch	2,22 l	Margarine	0,38 kg		
Weißkohl	2,33 kg	Erbsen	0,63 kg	Zucker	0,81 kg	Rindfleisch	0,13 kg

aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend gebraucht wurden. An erster Stelle ist hier die Statistik der Mengen und Kosten der zugeteilten Lebensmittel zu nennen, aber auch die landwirtschaftlichen Erhebungen über die Anbau- und Erzeugungsverhältnisse sowie über den Viehbestand gewannen, weil sie für die Versorgung wichtig waren, an Bedeutung. Die Wanderungs- und die Fremdenverkehrsstatistik wurden ebenfalls bevorzugt durchgeführt.

Die regelmäßigen Veröffentlichungen wurden mit Kriegsbeginn zunächst eingestellt, weil statistische Angaben vertraulich behandelt werden sollten. Die bisherigen Veröffentlichungen wurden durch mehr oder minder umfangreiche Zahlenzusammenstellungen oder textliche Ausführungen über wichtige Gegenstände abgelöst, die an die interessierten Stellen mit der Auflage, sie nicht an andere weiterzuleiten, verteilt wurden. Umfang und Erscheinungsfolge wurden vor allem durch die personellen Möglichkeiten bestimmt.

Es ist bewundernswert, daß trotz der Personalverminderung und trotz der durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten, denen sich jeder einzelne Mitarbeiter durch die zahlreichen Bombenangriffe, durch die Unterbrechungen der Nachtruhe, durch Nachtwachen und später durch die unzureichende Ernährung und die Erschwerungen infolge der gestörten Verkehrsverbindungen ausgesetzt sah, alle Angehörigen des Amtes ihre Plätze so lange ausfüllten und noch so viel leisteten. Sie überlieferten uns ein in Zahlen und Worten ausgedrücktes Bild der Lebensvorgänge unserer Stadt im Kriege — soweit dies überhaupt möglich war. Einen schweren Verlust erlitt das Amt mitten im Kriege, als am 9. Juni 1943 der letzte Direktor des Statistischen Amtes der Reichshauptstadt Büchner plötzlich aus seinem arbeitsreichen Wirken für die Berliner Statistik, der er sich ganz verschrieben hatte, durch den Tod abberufen wurde.

#### **Nach dem Tode seines Vorgängers am 9. Juni 1943 führt Dr. Oskar Kürten die Amtsleitergeschäfte weiter**

Dem Abteilungs- und Schriftleiter Stadtdirektor Dr. Oskar Kürten fiel nach dem plötzlichen Tode Büchners die schwere Aufgabe zu, das Amt stellvertretend weiter durch die Wirren des Krieges zu leiten, eine Aufgabe, die gerade für ihn um so schwieriger gewesen sein muß, als sich immer deutlicher das Ende der Tätigkeit des alten Amtes abzeichnete, zu dessen Entwicklung er durch seine Einfälle und seine unermüdliche Arbeit wesentlich beigetragen hatte.

Kürten stammt aus Dresden und wurde dort am 25. April 1886 geboren. Nach Beendigung seines Studiums trat er 1913 als Volontär in das Königliche Sächsische Statistische Landesamt ein; dort war er von 1914 bis 1918 auch als Hilfsreferent tätig. Zum 1. Oktober 1918 siedelte er nach Neukölln über und war zunächst wissenschaftlicher Assistent, dann Direktorialassistent im dortigen Statistischen Amt. Mit Büchner wirkte er in den Jahren 1922 und 1923 — als Magistratsrat — in der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Magistrats Berlin und kam mit deren Eingliederung in das Berliner Statistische Amt. Hier entfaltete Kürten als Abteilungs- und Schriftleiter eine fruchtbare Tätigkeit. Nach dem Tode Büchners führte er die Amtsleitergeschäfte zunächst bis zum Kriegsende

und dann von der Neubildung des Statistischen Amtes bis zur Ernennung Treitschkes zum Amtsleiter (1945). Fortan leitete Kürten die wissenschaftlichen Arbeiten des Amtes. Vom 1. August 1947 bis zu seiner Pensionierung am 30. September 1951 war er stellvertretender Hauptamtsleiter.

Im Herbst 1943 wurde bei Fliegerangriffen auch das Engelhardt-Haus durch Brandbomben mehrmals getroffen. Bereits zu dieser Zeit brannten einige Amtsräume aus, unter ihnen befanden sich das Zimmer des verstorbenen Direktors und das seines Stellvertreters. Mit dem Direktorzimmer ging gleichzeitig ein Stück Tradition der Berliner Statistik in Trümmer, denn dieser Raum strahlte die etwas nüchtern-herbe und dabei doch anheimelnde Atmosphäre altväterischer Amtsstuben aus mit seinem riesigen Schreibtisch, dem gedrehten ledergepolsterten Sessel, seinem mit grünem Tuch belegten Konferenztisch, den rohrgeflochtenen Stühlen und vor allem mit dem Stehpult, das sich aus der Vergangenheit herübergerettet hatte. Büchner hatte die von ihm besonders geschätzten Lehrer und Amtsvorgänger dadurch geehrt, daß er Bilder von ihnen an den Wänden seines Zimmers anbringen ließ, ein Bild zeigte z. B. Schmoller, ein anderes Böckh.

#### **Am 24. April 1945 wird das Amt durch Artilleriebeschuß vollständig vernichtet**

Nach einer der vielen Bombennächte wurden Schriftstücke und Akten in wüster Unordnung auf der Straße verstreut vorgefunden. Was noch brauchbar war, wurde mühsam geborgen, und man behalf sich recht und schlecht mit anderen Räumen. Der Amtsbetrieb wurde notdürftig aufrechterhalten, bis es Ende April 1945 nicht mehr möglich war, zum Alexanderplatz zu kommen, weil beim Vordringen der Roten Armee eine Verkehrssperre angeordnet worden war. So konnten die Amtsangehörigen auch nicht mehr das Material, das sich im Engelhardt-Haus befand, in Sicherheit bringen. Die Schicksalsstunde des Amtes schlug am 24. April 1945: bei den Kämpfen um Berlin wurde auch das Engelhardt-Haus von russischer Artillerie beschossen, das Gebäude brannte aus und stürzte in sich zusammen. Die Amtsräume wurden restlos vernichtet und mit ihnen das mühsam in Jahrzehnten gesammelte Zahlenmaterial, die Akten, die wertvolle Bücherei, die Einrichtung, die Maschinen und die sonstigen technischen Geräte und schließlich auch die Restbestände an Veröffentlichungen des Amtes und die Arbeiten, die nach Beendigung des Krieges herausgebracht werden sollten. Nur wenige Akten, die in einem dem Amt zur Verfügung gestellten Kellerraum des Hauses hatten untergebracht werden können, überstanden den Krieg.

So ist die Bilanz, die — von der Sache aus gesehen — für die Berliner Statistik im zweiten Weltkrieg ausgewiesen werden muß, erschütternd. Hinzu kamen aber die Einbußen an Menschen. Als der Krieg begann, verfügte das Amt noch über etwa 80 Stammkräfte, an seinem Ende verblieben ihm nur rd. 30. Manche der Fehlenden waren zwar noch nicht vom Wehrdienst oder aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, manche blieben auch noch zunächst in den Dienststellen, zu denen sie abgeordnet waren, und andere wurden in den Orten festgehalten, in denen sie als Evakuierte lebten. Schwerer als diese Fälle

wogen aber die Verluste an Menschenleben, die das Amt hinnehmen mußte. Die beiden vielversprechenden Nachwuchskräfte, die wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Dr. Heinz Haupt und Dr. Helwig Stern, kehrten nicht aus Rußland zurück; Dr. Haupt war gefallen, Dr. Stern blieb vermißt. Ferner fiel als Angehöriger des Volkssturms der langjährige Angestellte Alfred Giest. Der Angestellte Paul Heyden wurde bei einer Luftschutzwache im Schöneberger Rathaus das Opfer eines Bombenangriffs. Nicht genannt sind die Namen derjenigen älteren Mitarbeiter, die ihr Leben infolge der im Kriege und in der Nachkriegszeit durchgemachten Entbehrungen leider früher beschließen mußten, als es unter normalen Verhältnissen der Fall gewesen wäre.

## **5. Die Groß-Berliner Statistik vom Kriegsende bis zur Spaltung Berlins (1945 bis 1948)**



Diese Feststellung konnte der damalige Schriftleiter des Amtes mit Recht schon etwa ein Jahr nach dem Zusammenbruch in einem Bericht über den Wiederaufbau der Berliner Statistik treffen. Tatsächlich war das Amt in dieser kurzen Spanne wiedererstanden, aber es mußte noch lange unter schwierigsten Bedingungen gearbeitet werden, damit die Aufgaben erfüllt werden konnten, die ihm in der Folgezeit in zunehmendem Maße gestellt wurden.

#### **Aus Trümmern entsteht unter großen Schwierigkeiten das neue Statistische Amt der Stadt Berlin in der Liebknechtstraße**

Nachdem der Kampf um Berlin am 2. Mai 1945 beendet war, fanden sich die ersten Angehörigen des alten Amtes wieder zusammen. Da das Engelhardt-Haus zerstört war, traf man sich zunächst täglich im Berliner Stadthaus. Weite Wege durch die von Trümmern versperrten Straßen mußten zurückgelegt werden, um ins Stadtfinnere zu kommen, und zwar zu Fuß, denn die Verkehrsverbindungen waren zerstört oder lahmgelegt. An die Aufnahme einer geregelten Arbeit war in der ersten Zeit nicht zu denken, weil es an den erforderlichen Räumen fehlte. Endlich wurden den wartenden Amtsangehörigen am 19. Mai 1945 Diensträume im Hause Kaiser-Wilhelm-Straße 50, der späteren Liebknechtstraße<sup>24)</sup>, zugewiesen. Die neuen Amtsräume, die im Kriege von einer Kartenstelle belegt waren, wiesen erhebliche Bombenschäden auf und mußten von den Mitarbeitern des Amtes selber erst vom Schutt befreit, dann aufgeräumt und schließlich für die Benutzung notdürftig instandgesetzt werden.

Nur 21 Amtsangehörige hatten sich nach der Einstellung der Kämpfe zur Dienstaufnahme gemeldet oder den Dienst angetreten, das war ungefähr der vierte Teil des 79 ständige Kräfte umfassenden Personalbestandes bei Kriegsausbruch. Zu den 21 Kräften waren weitere 32 zu rechnen, die sich nicht gemeldet hatten, weil sie noch nicht aus dem Wehrdienst zurückgekehrt oder noch zu anderen Verwaltungsstellen abgeordnet oder krank waren oder weil sie infolge der ausgefallenen Verkehrsmöglichkeiten die Innenstadt nicht erreichen konnten. Insgesamt umfaßte also nach Kriegsende das zu betreuende Stammpersonal des Amtes 53 Kräfte. 26 ehemalige Amtsangehörige waren während des Krieges verstorben, gefallen oder vermißt oder durften ihre Tätigkeit aus politischen Gründen nicht wieder aufnehmen.

Nachdem die Amtsräume leidlich hergerichtet und wenige Reste des alten statistischen Materials und Inventars aus dem kleinen Kellerraum des zerstörten Engelhardt-Hauses geborgen waren, konnte Kürten, der die Amtsleiter-

<sup>24)</sup> Das Haus Liebknechtstraße 50 wurde später in Liebknechtstraße 25 unnummeriert.

geschäfte zunächst weiterführte, mit seinen Mitarbeitern versuchen, die Tätigkeit des Amtes, das nun wieder Statistisches Amt der Stadt Berlin hieß, allmählich erneut in Gang bringen. Dies war ein schwieriges Unterfangen, weil die Bedingungen, unter denen die Arbeiten wieder aufgenommen werden mußten, ungewöhnlich schlecht waren. Man stand noch unter dem Eindruck des Kriegsendes, und die Stadt war von ihren Eroberern besetzt. Die Entbehrungen, die seelischen Überforderungen, die Sorge ums tägliche Brot und die körperliche Beanspruchung allein durch die weiten zu Fuß zurückzulegenden Wege forderten von jedem einzelnen das Letzte an Energie. Aber auch die Unzulänglichkeiten der Einrichtungen des Amtes und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der notwendigsten Materialien für die Durchführung der Arbeiten müssen berücksichtigt werden, wenn man die Arbeitsleistungen von damals werten will.

Das Amt war in den zweiten Stock des zugewiesenen Hauses gezogen: die oberen Stockwerke waren noch verwüstet; erst nach ihrer Instandsetzung konnten weitere Räume belegt werden. Die Mittel, mit denen die Arbeitsräume Ende Mai 1945 benutzbar gemacht worden waren, erwiesen sich als unzureichend. Dies zeigte sich besonders im Winter und bei schlechtem Wetter. So mußte z. B. als Ersatz für die zerstörten Fensterscheiben Pappe herhalten. Sitzgelegenheiten mußten die Amtsangehörigen zunächst selber mitbringen. An Telefonverkehr war vorläufig nicht zu denken. Die sanitären Einrichtungen waren beklagenswert. In den Zimmern standen zwar die legendären »Kanonenöfen«, doch mußten sie mangels Kohlen mit alten Zählpapieren geheizt werden. Als es kälter wurde, mußte man trotzdem den Mantel anbehalten, und als sich dann der Frost einstellte, wurden obendrein Handschuhe und Ohrenschützer hervorgeholt. Selbst der in verwegenen Pfeifen qualmende »Siedlerstolz« konnte dann die Stimmung nicht mehr heben. Als schließlich sogar die Tinte einfro, blieb nichts anderes übrig, als die tägliche Dienstzeit auf drei bis fünf Stunden einzuschränken. Erst später konnten die Kanonenöfen, die man selber heizen mußte, mit vom Magistrat gelieferten Briketts und Holz gespeist werden, die tägliche Kohlenration bestand damals aus drei Braunkohlenbriketts.

Während der Dienststunden versuchte man, sich mit einer wässerigen Brühe, die aus benachbarten Gaststätten bezogen wurde, etwas aufzuwärmen. Wer der Leidenschaft des Tabakgenusses frönte, mußte auf dem Schwarzen Markt tief in den Beutel greifen, sofern er nicht zur Klasse der beneideten Selbst-erzeuger gehörte. Im Jahre 1946 wurden z. B. auf dem Berliner Schwarzmarkt für eine deutsche Zigarette bis zu 5 RM, für eine amerikanische sogar bis zu 11 RM gezahlt. Mit Dienstscluß traten, wenn es früh dunkelte, für viele, besonders für die älteren Mitarbeiter, weitere Erschwernisse ein: keine Straßenbeleuchtung und im Winter vereiste Straßen! Zwar war der Betrieb auf der U-Bahn und auf der S-Bahn allmählich wieder in Gang gebracht worden, doch wer z. B. bei den großen Zählungen in Schichten arbeitete und erst um 20 Uhr das Amt verlassen konnte, mußte sich beeilen, die letzte U-Bahn zu erreichen. Da in der Gegend um den Alexanderplatz, also in unmittelbarer Nähe des Amtes, der Schwarzhandel üppig blühte, kam es auch vor, daß unschuldige Kollegen in die Fänge der Hüter der Ordnung gerieten und die weniger

harmlosen Opfer der Razzia ins Polizeipräsidium begleiten mußten, aus dem sie erst nach peinlichem Verhör und nach Visitation aller Taschen entlassen wurden. Wer denkt heute noch daran, daß damals die Gehälter nur unregelmäßig gezahlt werden konnten? Dies wirkte sich auch auf den Dienstbetrieb ungünstig aus, denn während der Dienstzeit mußten Wege zur Behebung persönlicher finanzieller Schwierigkeiten und zur Aufnahme von Krediten gemacht werden; doch auch hierbei halfen die Kollegen einander selbstlos aus der Klemme. Schließlich kam es auch vor, daß auf den Arbeitsplätzen von Kollegen, die ihre Lebensmittelkarten verloren hatten, in tröstlicher Regelmäßigkeit anonyme Kartenabschnitte lagen.

Noch andere Schwierigkeiten behinderten die nach dem Kriege anlaufenden Arbeiten des Amtes erheblich. Man muß sich vergegenwärtigen, daß keine Unterlagen mehr vorhanden waren, auf die man bei der Einleitung und der Durchführung der ersten statistischen Arbeiten hätte zurückgreifen können. Da die wertvolle Bücherei des alten Amtes vernichtet war, ergab sich auch aus diesem Grunde oft die Notwendigkeit zu improvisieren. Die Verbindung mit anderen Dienststellen, die mit ihrem eigenen Wiederaufbau genug zu tun hatten, begegnete heute kaum noch vorstellbaren Hindernissen. Ein Zustelldienst zur Übermittlung von Briefen und Formblättern an andere Dienststellen war in der ersten Nachkriegszeit noch nicht wieder eingerichtet. Daher mußten die teilweise sehr weiten Dienstwege zu Fuß zurückgelegt werden.

Es soll schließlich auch nicht verschwiegen werden, daß damals die Begrenztheit der Geldmittel, die für statistische Zwecke zur Verfügung standen, die Arbeitsarbeiten beeinträchtigte. Dieser Mangel trat dann deutlich hervor, wenn dem Amt von der Alliierten Kommandantur besondere Aufgaben gestellt wurden. Und das geschah häufig in Gestalt von Befehlen, die meist kurzfristig auszuführen waren, tatsächlich aber oft nicht erfüllt werden konnten, was wiederum die Amtsleitung in unangenehme Situationen brachte. An einem Beispiel möge dies gezeigt werden: Als im Frühjahr 1946 eine Grundstücks- und Wohnungszählung angeordnet wurde, fehlte es praktisch an allem, um die Erhebung ordnungsgemäß durchzuführen und die Ergebnisse termingerecht fertigzustellen. Daraufhin wurden Vertreter der Stadtverwaltung einschließlich des Leiters des Statistischen Amtes zu einer »verantwortlichen Vernehmung« vor eine Kommission der Alliierten Kommandantur geladen. Ihr Vorsitzender erteilte zunächst den Vertretern der Stadtverwaltung eine Rüge, weil sie dem Befehl der Kommandantur nicht nachgekommen seien. Erst danach konnten sich die Geladenen zu den Vorwürfen äußern. Da die vom Leiter des Amtes vorgetragenen entlastenden Tatsachen die zahlreichen und ungewöhnlichen Schwierigkeiten kennzeichnen, die sich zu dieser Zeit der Durchführung einer größeren Erhebung in den Weg stellten, sollen sie hier im einzelnen wiedergegeben werden. Zunächst wies der Vertreter des Amtes darauf hin, daß die Zählpapiere so spät geliefert worden waren, daß ein Teil von ihnen erst nach dem Erhebungstermin verteilt werden konnte. Die ausgefüllten Bogen wurden erst sechs Wochen nach dem Zählungssclitstag an das Statistische Amt zurückgegeben; es zeigte sich außerdem, daß 60 vH von ihnen entweder unbrauchbar oder

fehlerhaft bzw. unvollständig ausgefüllt waren. Die Aufbereitungsarbeiten mußten mit einer zu geringen Zahl von Arbeitskräften aufgenommen werden, da 200 Angestellte, die diese Erhebung auswerten sollten, wegen fehlender Tische und Stühle nicht eingestellt werden konnten. Es war auch nicht möglich gewesen, Räume für die Unterbringung dieser Angestellten herzurichten, weil Türen, Glas, Zement, Gips und Mörtel nicht vorhanden waren. Nach einer Beratung der Kommissionsmitglieder mußten die Vertreter des Magistrats eine neue Rüge entgegennehmen, weil sie sich wegen der erwähnten Schwierigkeiten nicht an die Alliierte Kommandantur gewandt hatten. Als die Kommission dann die kurzfristige Lieferung von Ergebnissen verlangte und daraufhin der Leiter des Statistischen Amtes einwandte, daß dies nur möglich sei, wenn sofort Räume, Möbel und Geldmittel bereitgestellt würden, verwies man ihn an den Magistrat!

Aber der Gedanke, am Aufbau des Amtes mitzuwirken, die Gemeinsamkeit in der Not und manche Hilfe durch andere ließen das Ungemach leichter ertragen. Der damalige Betriebsrat bemühte sich, so gut es eben ging, um eine Erleichterung der Lebensbedingungen: er beschaffte beispielsweise Gemüse und Obst, das an die Amtsangehörigen verteilt wurde. Die späteren »Holzaktionen« sind ebenfalls noch in guter Erinnerung. Ein Beweis dafür, daß man sich auch in dieser schlechtesten Zeit nicht unterkriegen ließ und daß man auch mit bescheidensten Mitteln die Geselligkeit pflegte, waren die Frühlingsfeste und Weihnachtsfeiern dieser Jahre.

#### **Die »Ordnung der Statistik in Berlin« vom Juli 1945 regelt die Zuständigkeiten des Amtes**

Schon Anfang Juni 1945 hatte sich der Amtsbetrieb trotz aller Erschwernisse so weit eingespielt, daß ein vorläufiger Organisationsplan aufgestellt und dem damaligen Hauptverwaltungsamt vorgelegt werden konnte. Dieser Plan wies 17 bereits besetzte Stellen auf. Außer Dr. Kürten, der auch Wirtschaftler war, gab es einen Abteilungsleiter, der u. a. die Dienstaufsicht führte, ferner einen Dezernenten, 3 Sachbearbeiter, eine allgemeine Bürokraft und 10 Zuarbeiter, von denen eine Angestellte zugleich Schreibkraft war.

In einer Zeit, in der auch andere Dienststellen ihre Akten und sonstigen Arbeitsunterlagen verloren hatten, war es verständlich, daß verschiedene Fachverwaltungen versuchten, sich die notwendigen Zahlenangaben selbst zu beschaffen. Daraus konnten leicht Schwierigkeiten für die Berliner Statistik entstehen. Dem Amt mußte daran liegen, der drohenden Zerplitterung vorzubeugen und Doppelerhebungen zu vermeiden. Aus diesen Gründen bemühte es sich um eine Grundlage für seine Tätigkeit, ferner um eine Regelung seiner Zuständigkeit sowie seines Verhältnisses zu den Fachverwaltungen und den Bezirksämtern. Das Amt reichte daher schon am 12. Juni 1945 den Entwurf einer Ordnung der Statistik in Berlin ein. Durch Verfügung des Oberbürgermeisters vom 25. Juli 1945 wurde sie in Kraft gesetzt. Diese Zuständigkeitsregelung für statistische Arbeiten bestimmte, daß das Statistische Amt zur Abteilung für Personalfragen und Verwaltung kam und dem Hauptverwaltungs-

amt angegliedert wurde. Außerdem wurde festgelegt, daß das Amt innerhalb der Stadtverwaltung die Zentralstelle für alle statistischen Arbeiten sei und daß ihm von den Abteilungen der Hauptverwaltung und den Bezirksämtern Hilfe bei Erhebungen gewährt werden müsse, ferner daß diese Stellen die von diesen selbst vorzunehmenden statistischen Arbeiten dem Amt mitzuteilen sowie ihm die Erhebungspapiere und den Bearbeitungsplan vorzulegen hätten. Besonders geregelt wurde das Verhältnis zwischen dem Statistischen Amt und dem statistischen Büro der Abteilung für Wirtschaft, das auch für die Abteilungen für Handel und Handwerk sowie für Ernährung und Landwirtschaft arbeitete. Zur Vermeidung von Doppelarbeit wurde bestimmt, daß dieses Büro ausschließlich für solche statistischen Erhebungen zuständig sein sollte, die über das Berliner Stadtgebiet hinausgingen.

Nachdem die notwendigsten organisatorischen Voraussetzungen für die Fortführung der in die Wege geleiteten Arbeiten des Amtes geschaffen waren, gab Kürten im Herbst 1945 die in der kritischsten Zeit innegehabte Führung der Amtsleitergeschäfte ab, um sich in Zukunft ganz der wissenschaftlichen Leitung der Berliner Statistik und — weiterhin als Schriftleiter — den Veröffentlichungen zu widmen.

#### **Am 1. Oktober 1945 übernimmt Dr. Kurt Treitschke die Leitung des Amtes**

Die Leitung des Amtes wurde zum 1. Oktober 1945 dem aus dem Wehrdienst zurückgekehrten Dr. Kurt Treitschke übertragen, der — am 6. Oktober 1898 in Berlin geboren — schon seit 1920 in städtischen Diensten war. Am 1. Oktober 1928 war er ins Statistische Amt eingetreten und hatte sich dort um den Ausbau der Wirtschafts- und Sozialstatistiken verdient gemacht. Als Amtsleiter widmete er sich zunächst vorwiegend den organisatorischen und technischen Aufgaben, die in diesen Jahren in großer Zahl der Lösung harften. Es ist Treitschkes Verdienst, den weiteren Aufbau des Amtes bei den ständig wachsenden Anforderungen so wirksam vollzogen zu haben, daß die Arbeiten auch nach der späteren Spaltung Berlins in geregelter Ordnung und unverzüglich weitergeführt werden konnten. Er setzte sich u. a. tatkräftig für die Einrichtung eines modernen Maschinenparks ein und förderte die Ausstattung der graphischen Abteilung sowie der Vervielfältigungsabteilung, um die Voraussetzungen für die Bewältigung der zu erwartenden Aufgaben zu schaffen. Die Leistungsfähigkeit der technischen Abteilungen wurde auch von anderen Stellen immer wieder anerkannt. Treitschke stand 9 Jahre an der Spitze des Amtes und trat am 30. September 1954 in den Ruhestand.

#### **Einrichtung einer Lochkartenanlage**

Nach Kriegsende waren zunächst keine Lochkartenmaschinen vorhanden. Sie mußten aber beschafft werden, um einmal die kurzen Fristen für die Lieferung der statistischen Ergebnisse einhalten zu können, zum anderen wäre es damals nicht möglich gewesen, die vielen für manuelle Aufbereitungen erforderlichen

Arbeitskräfte räumlich unterzubringen, ganz abgesehen davon, daß erfahrenes Personal für solche Arbeiten nicht vorhanden war. Daher wurde schon Anfang 1946 mit dem Aufbau des Referates Maschinelle Aufbereitung begonnen. Bereits im April wurden zwei elektromechanisch arbeitende Maschinensätze des Systems Powers (später Remington-Rand genannt) gekauft, die je Satz aus einer Tabelliermaschine mit den dazugehörigen Hilfsmaschinen, wie Loch-, Prüf- und Sortiermaschinen bestanden. Bald darauf wurde die Kapazität des Maschinenparks teils durch Kauf, teils durch Anmietung weiterer Einheiten gesteigert. Damit konnte in Schichtarbeit die maschinelle Aufbereitung der ersten Großzählung nach dem Kriege im Jahre 1946 termingemäß durchgeführt werden, nachdem auch die notwendigsten Einrichtungsgegenstände, wie Kartenregale, Tische, Stühle usw. unter großen Schwierigkeiten hatten beschafft werden können. Bei den ersten Wahlen nach dem Kriege, der Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken am 20. Oktober 1946 wurden vom Amt in der Liebknechtstraße 6 Loch-, 6 Prüf- und 2 Sortiermaschinen sowie 1 Tabelliermaschine in den Sitzungssaal des Berliner Stadthauses, in dem die Wahlleitung untergebracht war, transportiert. In der Wahlnacht vom 20. zum 21. Oktober wurden die Wahlergebnisse der verschiedenen Stimmbezirke auf maschinellm Wege unter Aufsicht der Alliierten Kommandantur zu Gesamtergebnissen zusammengestellt. Nach Erledigung dieser Arbeiten wurden die Maschinen wieder in die Liebknechtstraße zurückgebracht. Zum erstenmal waren damit in Berlin Wahlergebnisse mit Hilfe des Lochkartenverfahrens gewonnen worden.

Auf die SPD entfielen bei der Stadtverordnetenwahl 48,7 vH, auf die CDU 22,2 vH, auf die LDP 9,3 vH und auf die SED 19,8 vH aller gültigen Stimmen in Groß-Berlin. Die Wahlbeteiligung betrug 92,3 vH der Wahlberechtigten.

Am 1. September 1947 verfügte das Amt bereits über folgende amtseigene Lochkartenmaschinen: 1 Handlocher, 18 Motorlocher, 2 Prüfmaschinen, 7 Sortiermaschinen, 4 Tabelliermaschinen, 2 Summenlocher und 1 Falzmaschine sowie über nachstehende Maschinen, die von der Firma Siemens & Halske gemietet waren: 10 Lochmaschinen, 10 Prüfmaschinen, 2 Sortiermaschinen und 1 Tabelliermaschine. Der maschinellen Abteilung gehörten damals 105 Personen an, und zwar 1 Referent, 1 technischer Leiter, 71 Locherinnen und Prüferinnen, 30 Sortierer und Tabellierer sowie 2 Mechaniker. Die bei der Beschaffung der Maschinen bewiesene Initiative und Weitsicht wurde von der Stadtverwaltung dadurch gewürdigt, daß sie gelegentlich hervorhob, der Maschinenpark habe einen für damalige Verhältnisse besonders hohen Stand erreicht, und es sei daher möglich gewesen, alle in Berlin anfallenden statistischen Vorgänge maschinell aufzubereiten.

## Der Organisationsplan von 1947 sieht 11 Referate vor

Wie zielstrebig auch der organisatorische Aufbau des Amtes weiter betrieben wurde, geht aus dem Organisationsplan hervor, der in einem Bericht über die Geschäftsverteilung und die Tätigkeit in den einzelnen Referaten von Ende 1947 enthalten war. Der Plan sah bereits 11 Referate vor, und zwar:

- Amtsleitung (Dr. Treitschke)
- I Allgemeine Dienst- und Personalangelegenheiten (Krüger)  
Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
- II Generalreferat (Dr. Kürten)  
Allgemeine statistische Angelegenheiten  
Organisation des statistischen Dienstes  
Durchführung der Richtlinien für Statistik vom 30. Juni 1947  
Statistische Methodik und Technik  
Veröffentlichungen, Vervielfältigungen, Vordruckwesen, Bücherei  
Aufträge der Besatzungsbehörden  
Städte-, Länder-, Zonen- und Auslandsstatistik
- III Statistik der Bevölkerungsbewegung und des Gesundheitswesens (Frau Dr. Hennicke)  
Eheschließungen, natürliche und Wanderungsbewegung, Todesursachen, Bevölkerungsfortschreibung, Ehescheidungen, übertragbare Krankheiten, Krankenanstalten usw.
- IV Allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählungen (Zander/Glowinski)
- V Wirtschaftsstatistik (Dr. Zesch)  
Gewerbliche Wirtschaft (außer Industrie), Handwerks-, Handels-, Verkehrs-, Grundstücks-, Bau- und Wohnungswesen, Geld- und Kreditwesen, Städtische Werke und Betriebe, Stadtgebiet, Grundstückskartei, Straßenverzeichnis
- VI Industriestatistik (Dr. Korgitzsch)  
Industriieberichterstattung für den sowjetischen Sektor  
(die Industriieberichterstattung für die übrigen Sektoren wurde damals noch vom statistischen Referat der Abteilung für Wirtschaft bearbeitet)
- VII Statistik der Landwirtschaft, der Ernährung, der Preise und Indexziffern (Fisch)
- VIII Statistik des Sozialwesens, der Löhne, des Kultur- und Rechtswesens sowie der Polizei (Frau Dr. Zastrow)
- IX Bildstatistik (Gaßmann)  
Bildliche und graphische Veranschaulichung der statistischen Ergebnisse für die Veröffentlichungen des Amtes sowie für Ausstellungen usw.
- X Loch- und Zählmaschinenabteilung (Wurch)
- XI Wahlen (Koeppen)  
Umstellung der Bezirkswahlämter auf moderne Systeme, Vereinheitlichung der Adremaplatteien und der Einwohnerkarteien, Neuordnung des kommunalen Meldewesens und der Einwohnererfassung

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich vom Kriegsende bis zur Spaltung der Stadt folgendermaßen: im Mai 1945 standen, wie bereits bemerkt, 17 Kräfte zur Verfügung, dann nahm der Personalbestand schnell zu. Er betrug im

Oktober 1945 .....	27 Kräfte
Januar 1946 .....	41 Kräfte
Februar 1946 .....	62 Kräfte
Rechnungsjahr 1946 .....	150 Stammkräfte
Rechnungsjahr 1947 .....	178 Stammkräfte,

dazu kamen 5 Kräfte für das Hauptwahlamt. Für die Bearbeitung der großen Zählungen wurden nach Bedarf zusätzliche Hilfskräfte eingestellt. Im Frühjahr 1947 beschäftigte das Amt annähernd 350 solcher Zeithilfen.

### Die Stellung des nunmehrigen Hauptamtes für Statistik und Wahlen gegenüber anderen Verwaltungen

Auch der neue Amtsleiter sah sich vor manche Fragen gestellt, die das zweckmäßige Zusammenwirken mit anderen Stellen betrafen. Die zahlreichen statistischen Anforderungen, mit denen die Besatzungsbehörden an die Bezirksämter herantraten, wurden beispielsweise zunächst in den bezirklichen Fachverwaltungen erledigt. Dann richteten aber einige Bezirksämter besondere Dienststellen zur Durchführung statistischer Arbeiten ein. Diesem Vorbild schlossen sich die übrigen Bezirksämter an. Durch eine Rundverfügung der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung vom 3. Mai 1946 an alle städtischen Dienststellen wurde daher die Notwendigkeit der Mitwirkung des Statistischen Amtes bei allen Erhebungen nochmals eindringlich hervorgehoben.

Da sich trotz der Ordnung der Statistik in Berlin noch immer *unberufene Stellen in der Verwaltung* mit statistischen Arbeiten befaßten und Doppelarbeit, erhöhte Kosten und einander widersprechende Ergebnisse die Folge waren, brachte Treitschke in seinen programmatischen Ausführungen über »Das Statistische Amt und seine Stellung in der Verwaltung«, die als einleitender Beitrag im ersten Heft der »Berliner Statistik« erschienen, die wesentlichen Bestimmungen der Statistischen Ordnung in Erinnerung. Darüber hinaus regte er an, daß die statistischen Stellen der Fachverwaltungen von statistisch geschulten Kräften geleitet und die in den städtischen Werken, Betrieben und Gesellschaften anfallenden Zahlen mehr als bisher der Gesamtverwaltung nutzbar gemacht werden sollten. Es sei zweckmäßig, daß die bezirklichen statistischen Abteilungen grundsätzlich mit der Durchführung aller statistischen Arbeiten innerhalb ihrer Bezirksverwaltungen beauftragt würden, sie sollten das notwendige Zahlenmaterial sammeln und es für den Gebrauch der Verwaltung und zur Weitergabe an das Statistische Amt bereitstellen, statistische Aufnahmen sollten nach Anweisung des Statistischen Amtes durchgeführt werden und *nur statistisch gründlich geschulte Bedienstete* sollten Leiter dieser Abteilungen sein. Im übrigen wurde eine enge Fühlung zwischen dem Statistischen Amt und den bezirklichen Abteilungen für wünschenswert gehalten.

Als im Frühjahr 1946 die Alliierte Kommandantur die ersten Wahlen in Groß-Berlin für den 20. Oktober 1946 anordnete — es waren zugleich auch die letzten freien Wahlen für ganz Berlin —, übertrug der Magistrat dem Statistischen Amt die Geschäfte eines Hauptwahlamtes und damit die Organisation und Durchführung der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. Das Amt stand damit vor einer neuartigen Aufgabe, deren Lösung auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Zunächst mußte in kürzester Zeit eine Einwohnerkartei erstellt werden. Aber auch die Beschaffung des Papiers, der Wahlzellen, der Urnen, der Verschlussschemata war ein besonderes Problem! Trotzdem konnten die Wahlen reibungslos vonstatten gehen.

Die Aufgaben des Amtes und sein Verhältnis zu den übrigen Stellen der Verwaltung wurden in den »Richtlinien für Statistik und Wahlwesen« geregelt, denen der Magistratsbeschluß Nr. 278 vom 30. Juni 1947 zugrunde lag. Dem nunmehrigen Hauptamt für Statistik und Wahlen oblagen danach grundsätzlich die Durchführung und die Bearbeitung aller einmaligen und laufenden statistischen Erhebungen innerhalb Groß-Berlins. Die von den Magistratsabteilungen geführten betriebseigenen Statistiken waren im Einvernehmen mit dem Hauptamt für Statistik und Wahlen vorzunehmen. Ferner sollte alles in anderen Stellen der Verwaltung anfallende Zahlenmaterial dem Amt mitgeteilt werden. Weiterhin hatte das Amt das gesamte innerhalb von Groß-Berlin erarbeitete statistische Material zu sammeln und es der Verwaltung und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die durch andere städtische Stellen gewonnenen statistischen Ergebnisse sollten nur mit Zustimmung des Amtes veröffentlicht werden, um eine Zersplitterung der Veröffentlichung des statistischen Materials und die Herausgabe von ungeprüften, nicht berichtigten oder überholten Zahlen zu vermeiden. Ein besonderer Abschnitt der Richtlinien befaßte sich mit den Aufgaben des Wahlamtes, dessen Geschäfte der Magistrat dem Statistischen Amt übertragen hatte. Schließlich waren bei den Bezirksämtern besondere statistische Dienststellen zu bilden. Diese Stellen für Statistik und Wahlen gehörten zu den bezirklichen Abteilungen für Personalfragen und Verwaltung. Sie waren innerhalb der Bezirksverwaltung in allen Fragen auf den Gebieten der Statistik und des Wahlwesens federführend, ihnen oblagen die Organisation und die Durchführung der vom Hauptamt für Statistik und Wahlen angeordneten Arbeiten und Erhebungen in den Bezirken.

Fragen, die mit der Eingliederung des Amtes in die Stadtverwaltung, seinen Aufgaben und seiner Zuständigkeit zusammenhingen, spielten in den Jahren des Wiederaufbaus noch oft eine Rolle. Im Jahre 1947 wurde z. B. erörtert, ob das Amt dem Planungsamt zu unterstellen sei. Dem wurde entgegengehalten, daß die Berliner Statistik nicht nur für die Belange einer Abteilung, sondern für alle Verwaltungszweige arbeiten müsse. Im gleichen Jahr wurde im Magistrat bei der Beratung des Haushalts des Amtes der Vorschlag gemacht, es so auszubauen, daß die von einer außerhalb der Stadtverwaltung stehenden Stelle durchgeführten Arbeiten vom Amt miterledigt werden könnten. Da dies eine zu starke Belastung für das Amt bedeutet hätte, wurde auch dieser Vorschlag abgelehnt.

Es dauerte einige Zeit, bis alle nichtstädtischen Verwaltungen, wie z. B. die ehemaligen Reichsbehörden, dem Amt die von ihm erbetenen Zahlen zur Verfügung stellten. Daß die Stellung des Amtes in der durch den Wegfall des Statistischen Reichsamtes neu geschaffenen Lage nicht über Nacht endgültig geklärt werden konnte, war dagegen zu erwarten. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hatte sich bisher mit städtestatistischen Aufgaben befaßt, demgegenüber hatte das ehemalige Statistische Reichsamt reichs- und landesstatistische Aufgaben wahrgenommen, so die Koordinierung der von den Statistischen Landesämtern geführten Statistiken oder die Durchführung solcher Erhebungen, die sich für eine zentrale Behandlung eigneten, wie z. B. Industrie-, Handels- und Verkehrsstatistiken, ferner Erhebungen der Löhne, Gehälter und gewisser Preise sowie Wirtschaftsrechnungen von Familienhaushalten und die Kriminalitätsstatistik. Außerdem bereitete das Reichsamt Landesstatistiken, insbesondere die großen Zählungen, für Preußen und damit auch für Berlin auf. Nach dem Kriege setzte das aus dem Statistischen Reichsamt hervorgegangene Statistische Amt in der Klosterstraße die verbliebenen Arbeiten zunächst weiter fort. Zwischen ihm und dem Berliner Amt bestanden damals zwar enge Beziehungen, doch war das gegenseitige Verhältnis längere Zeit durch eine gewisse Unsicherheit gekennzeichnet. So bot beispielsweise das ehemalige Reichsamt seinen technischen Apparat, insbesondere seine leistungsfähigen Maschinen, dem Berliner Statistischen Amt zur Mitbenutzung an, andererseits hatte der Magistrat das bisherige Reichsamt als Statistisches Büro der Stadt vorübergehend übernommen. Der Versuch wiederum, das städtestatistische Amt in dasjenige in der Klosterstraße einzugliedern, scheiterte an der ablehnenden Haltung der Stadtverwaltung. Als die erste allgemeine Nachkriegszählung in Berlin im August 1945 veranstaltet wurde, führte sie das genannte Amt allein durch, d. h. ohne Mitwirkung des städtestatistischen Amtes. Das frühere Reichsamt wurde im Oktober 1945 zum Statistischen Zentralamt — Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone bestellt. Die von ihm bis dahin für die Berliner Stadtverwaltung durchgeführten Arbeiten gingen nun auf das Statistische Amt der Stadt über. Damit übernahm das Berliner Amt auch landesamtliche Funktionen.

### Die ersten Nachkriegsstatistiken

Die für die zweite Maihälfte 1945 von den Bezirksernährungsämtern ausgegebenen einheitlichen Brot- und Lebensmittelkarten wurden zur Ermittlung einer Einwohnerzahl benutzt. Es ergab sich, daß im Mai 1945 nur rund 2 560 000 Personen in die Versorgung mit Lebensmitteln einbezogen waren, demgegenüber hat Berlin bei Ausbruch des Krieges 4 329 000 und Anfang 1945 immerhin noch 2 850 000 Einwohner gehabt. Die Einwohnerzahlen wurden dann laufend auf ähnliche Weise von Monat zu Monat festgestellt.

Die Versuche, die Statistik der Bevölkerungsbewegung nach dem Zusammenbruch wieder in Gang zu bringen, zeigten, daß nur wenige Standesämter mit dem Ausfüllen der statistischen Zählkarten begonnen hatten, weil teils die Meldevordrucke, teils die urkundlichen Unterlagen vernichtet waren.

Da auch die dem alten Amt für die ersten Monate des Jahres 1945 bereits zugestellten Meldescheine verbrannt waren, konnten die Zahlen für die Bevölkerungsvorgänge zunächst nur geschätzt werden. Die Schwierigkeiten, die bei der Wiedereinrichtung der bevölkerungsstatistischen Arbeiten überwunden werden mußten, lassen sich auch daran erkennen, daß die Standesämter von Amtsangehörigen zu Fuß aufgesucht werden mußten, um die Formblätter abzuholen. Schließlich nahm auch die Hilfe, die Amtsangehörige den Bearbeitern auf den Standesämtern leisten mußten, weil diese infolge der Bearbeitung von Rückständen und der damaligen sehr hohen Sterblichkeit überlastet waren, viel Zeit und Kraft in Anspruch. Doch schon im Juni 1945 konnte im Amt mit der zentralen Bearbeitung der Statistik der natürlichen Bevölkerungsvorgänge wieder begonnen werden.

Nach Wiedereinführung der polizeilichen Meldevorschriften mit Wirkung vom 12. August 1945 wurde auch die Statistik der Wanderungsbewegung wieder aufgenommen, ihre Ergebnisse waren aber zunächst noch sehr lückenhaft. Da die Bezirksämter ihre Einwohner- und Wahlkarteien auf den neuesten Stand bringen mußten und infolgedessen auf die vollständige Erfassung der Zu- und Fortzüge angewiesen waren, wurde ihnen die Auswertung der polizeilichen Meldebogen übertragen. Die Bezirksämter meldeten die Ergebnisse für jeden Monat dem Statistischen Amt, das die Bezirkszahlen zu Gesamtergebnissen für die ganze Stadt zusammenstellte.

Drei Monate nach Kriegsende, am 12. August 1945, fand in Berlin eine allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung statt, die vom ehemaligen Statistischen Reichsamt durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieses Zählungswerkes wurden vom Statistischen Amt der Stadt ausgewertet und veröffentlicht. Sie zeigten die tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit, insbesondere die Abnahme der Einwohnerzahl und die Wandlung im Altersaufbau der Bevölkerung. Da die noch ungeklärten Verhältnisse der Nachkriegszeit die Organisation und Durchführung dieser Erhebung erheblich erschwerten, waren ihre Ergebnisse jedoch nur von beschränktem Wert. Um nicht auf die Auszählung durch das ehemalige Reichsamt warten zu müssen, ermittelte das Berliner Amt Anfang Dezember 1945 die Einwohnerzahl Berlins nach dem Geschlecht und dem Alter aus den Angaben der Hauslisten, die für die Ausgabe der Lebensmittelkarten aufzustellen waren. Daran anschließend wurden die Zu- und Abgänge bei der Lebensmittelversorgung in der gleichen Gliederung fortlaufend erfaßt und dabei die zurückgekehrten Evakuierten und Kriegsgefangenen sowie die Personen in Gemeinschaftsverpflegung besonders ausgewiesen. Ergänzend wurden die bei den Bezirksämtern erteilten Genehmigungen zu dauerndem oder befristetem Aufenthalt regelmäßig festgestellt. Ende 1945 wurde das Amt mit der Durchführung einer einheitlichen Einwohnererfassung und der Einrichtung einer Einwohnerkartei in den Bezirksämtern beauftragt. Beträchtliche Schwierigkeiten machte die vom Alliierten Kontrollrat für ganz Deutschland angeordnete Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946. Obwohl die Fristen kurz bemessen waren, das Amt durch die Arbeiten für die Wahlen stark in Anspruch genommen war und obwohl es ferner nicht

leicht war, die für die Zählung notwendigen großen Papiermengen zu beschaffen, und schließlich nicht weniger als 50 000 Zähler gewonnen werden mußten, konnte die Zählung planmäßig bewältigt werden. Weiterhin wurden mit den Statistiken der übertragbaren Krankheiten, der Todesursachen, der Gesundheitseinrichtungen und der gesundheitlichen Fürsorgestellen begonnen.

Um die notwendigen Unterlagen für die Wiederaufbauplanung zu gewinnen, fand am 13. April 1946 eine Grundstücks- und Wohnungszählung statt, bei der auch die Wohnflächen und die Mietpreise erhoben wurden. In der damaligen Notzeit war es von besonderem Interesse, die Belegungsdichte der Wohnungen und der Wohnräume zu erfahren; zu diesem Zweck wurden die Bewohner erfaßt und hierbei die unter 1 Jahr alten und die 1 bis 14 Jahre alten Kinder unterschieden.

Da verschiedene Verwaltungen des Magistrats, die wirtschaftliche Vorgänge bearbeiteten, über eigene statistische Stellen verfügten, beschränkte sich das Amt in der ersten Zeit nach dem Kriege auf die Sammlung und Auswertung der bei diesen Stellen anfallenden wirtschaftsstatistischen Ergebnisse. Anfang 1947 übernahm es die Industrieberichterstattung für den sowjetisch besetzten Sektor. Auf Veranlassung der Abteilung für Ernährung beim Magistrat fand im Oktober 1945 eine Erhebung über Landwirtschafts-, Gartenbau-, Abmelkerei- und Schweinemastbetriebe statt. Mit der monatlichen Berichterstattung über den Saatenstand wurde begonnen, nachdem die hierfür erforderlichen landwirtschaftlichen Berichtersteller bestellt waren. Außerdem wurde mit der am 13. April 1946 veranstalteten Grundstücks- und Wohnungszählung die erste Viehbestandsaufnahme nach dem Kriege verbunden. Ende Mai 1946 fand eine Bodenbenutzungserhebung statt.

Außer der schon im Kriege durchgeführten Statistik der Mengen und Kosten der für die verschiedenen Verbrauchergruppen auf Karten abgegebenen Lebens- und Genußmittel wurden deren Nähr- und Wärmewerte berechnet. Im Mai 1945 leitete das Amt zunächst eine Ermittlung der Kleinhandelspreise von auf Karten abgegebenen Lebens- und Genußmitteln für Juni 1945 ein. Die Preise für anfangs 23 Waren wurden durch Anfragen bei den Ernährungsämtern sowie durch Feststellungen in Kleinverkaufsstellen ermittelt. Von März 1947 an gingen die monatlichen Preiserhebungen auf die bei den Bezirksämtern eingerichteten Dienststellen für Statistik und Wahlen über, die Preiserheber in die ausgewählten Ladengeschäfte entsandten. Die erste vom Amt veranstaltete Erhebung über die Verdienste fand in allen Sektoren auf repräsentativer Grundlage im Jahre 1947 statt. Im Anschluß an eine Aufnahme der Beherbergungsstätten wurde wieder mit der laufenden Statistik der Übernachtungen begonnen.

Anfang 1947 war ferner u. a. die Wiederaufnahme der Statistiken der Bautätigkeit und der Wiederinstandsetzungsarbeiten sowie des Grundbesitzwechsels und der Bewirtschaftung des gewonnenen Wohnraumes im Gange. Außerdem wurden Zahlen aus allen Zweigen der Haupt- und Bezirksverwaltungen gesammelt und eine Reihe von Sonderuntersuchungen durchgeführt.

## Das Veröffentlichungswesen kommt wieder in Gang

Die folgende Erlebnisschilderung des Referenten für das Veröffentlichungswesen, Gläser, ruft die Erinnerung an die vielen Schwierigkeiten wach, die auch beim Wiederaufbau dieses Arbeitsgebietes zu überwinden waren:

»Zunächst mußte statistisches Material für die zurückliegenden Jahre erstellt werden. Schwierig und zeitraubend war schon die Fertigung der Tabellenmanuskripte, weil die Unterlagen des Amtes aus der Kriegs- und Vorkriegszeit größtenteils durch Brand vernichtet oder als verlagertes Gut abhanden gekommen waren. Ebenso schwierig war die Beschaffung des technischen Materials für die geplanten Veröffentlichungen. Viel Laufereien und Anstrengungen waren notwendig, um Bescheinigungen für die Freigabe beschlagnahmter Papierbestände oder für den Bezug von Papier aus der sowjetischen Besatzungszone zu erlangen. In unserer Dienststelle, bei der schon die kleinste Erhebung mit erheblichem Papieraufwand verbunden ist, erreichten diese Bemühungen natürlich ein besonderes Ausmaß. Weil die Alliierten an den Zählungsergebnissen, vor allem aber an den Ergebnissen der Berliner Wahlen von 1946 und 1948 großes Interesse hatten, war den meisten Wegen — wenn sie auch oft im Kreise herumführten — schließlich Erfolg beschieden. Letzten Endes kam das Papier doch, wenn auch oft sehr spät — manchmal zu spät. Am 6. Dezember 1948 — also einen Tag nach den Wahlen — stand z. B. die große Halle unseres damaligen Dienstgebäudes Mecklenburgische Straße 57 voller Papierballen, die soeben vom Flugplatz angeliefert worden waren. Sie enthielten 27 Tonnen Papier, das für Wahlvordrucke bestimmt war. Diese lagen aber längst gedruckt vor, und zwar auf Papier, das uns von den Druckereien leihweise aus deren Beständen zur Verfügung gestellt worden war.

So hatten wir also an Papier für unsere Veröffentlichungen kaum Mangel — auch nicht in Zeiten, als es in anderen Dienststellen eine Kostbarkeit war. Schlimmer stand es aber um die Beschaffung anderen Materials. Die Verarbeitungsbetriebe, die sich nach den Zerstörungen und Demontagen mit primitivstem Handwerkszeug und solchen Maschinen behelfen, die eigentlich reif zum Verschrotten waren, hatten ebenfalls entweder keinerlei Bestände an Material oder stellten das, was sie über die Zeit gerettet hatten, nur zu unerschwinglichen Preisen zur Verfügung. Wir als Magistratsdienststelle mußten für alles Freigabebescheinigungen oder Bezugsscheine beschaffen, so z. B. den Druckereien für Blei, den Klischeeanstalten für Zinkblech, dem Buchbinder für Heftdraht, Gaze, Leim, Leinen, Pappe usw., und alle drei Sparten verlangten selbstverständlich Sonderkontingente an Kraftstrom. Leider mußten wir oft trotz allem noch erhebliche Verzögerungen in der Lieferung oder Fertigstellung in Kauf nehmen. Es ist z. B. vorgekommen, daß die Klischees für eine Broschüre trotz reichlich bemessener Lieferzeit und bestimmter Zusage nicht zur Verfügung standen, als die Druckmaschinen bereits eingerichtet waren. Die Reproduktionsabteilung eines großen Zeitungsbetriebes bewahrte uns vor erheblichen Kosten für den Maschinenstillstand, indem sie praktisch über Nacht die Klischees herstellte.



Inzwischen begann die Suche nach einem Verlag, der geneigt war, statistische Veröffentlichungen, die selten ein Geschäft bedeuten, in sein Programm zu übernehmen. Ferner mußte er natürlich Aussicht haben, die Genehmigung für die Herausgabe der geplanten Zeitschrift »Berliner Statistik« zu erhalten. Der Druck des Taschenbuchs »Berlin in Zahlen 1945« bedurfte nur der Genehmigung der sowjetischen Militärverwaltung als der Besatzungsmacht, in deren Sektor die Druckerei ihren Sitz hatte. Auf Grund eines empfehlenden Gutachtens der Abteilung für Volksbildung, dessen Vorlage zur Bedingung gemacht worden war, wurde der Druck bald genehmigt. Für die Herausgabe einer Zeitschrift war jedoch die Genehmigung der Alliierten Kommandantur erforderlich, die erst am 29. Januar 1947 — 8 Monate nach der Antragstellung — erteilt wurde. Jetzt konnte also die regelmäßige Übermittlung neuer statistischer Ergebnisse an die interessierten Kreise mit Hilfe der Monatsschrift »Berliner Statistik« aufgenommen werden. Allerdings liefen die Arbeiten auf einigen Gebieten nur langsam an, denn auch an Fachkräften war zunächst Mangel. Die Zeiten waren nicht dazu angetan, geeignetes Personal in die Dienststellen strömen zu lassen, in denen man bei verpappten Fenstern in notdürftig geheizten Räumen nur dann auf einem Stuhl sitzen konnte, wenn man ihn sich von zu Hause mitgebracht hatte. Die Sorge um die tägliche Nahrung und deren Aufbesserung durch »Hamsterfahrten« hielten doch manchen von der Arbeit am Schreibtisch ab, für deren Erlös man sich auf dem Schwarzen Markt nicht viel zusätzliche Nahrungs- oder Genußmittel kaufen konnte.

Die spätere Spaltung Berlins hat der Normalisierung des Veröffentlichungswesens insofern sehr geschadet, als viele Publikationen, die in Arbeit waren oder kurz vor der Vollendung standen, nur durch schnelle Manipulationen gerettet werden konnten oder — wenn das nicht möglich war — in West-Berlin neu erstellt werden mußten. Besonders wurde die Herausgabe des »Jahresberichts des Magistrats 1947« durch die Spaltung behindert, ebenso die des Taschenbuchs »Berlin in Zahlen 1947«. Das Bevorstehen einschneidender politischer Maßnahmen zeichnete sich bereits Mitte November 1948 ab, als die Auslieferung des fertig vorliegenden Jahresberichts des Magistrats von der Sowjetischen Kommandantur zunächst hinausgeschoben und später untersagt wurde. Innerhalb von drei Wochen ist der Bericht in einer West-Berliner Druckerei völlig neu erstellt worden und konnte bereits anlässlich der Berliner Wahlen am 5. Dezember 1948 verteilt werden. Vom Taschenbuch »Berlin in Zahlen 1947« warteten die bereits ausgedruckten 6 Bogen (96 Seiten) in einer Buchbinderei im amerikanischen Sektor auf die Verarbeitung. Sie sind nur dadurch gerettet worden, daß sich der Buchbinder — auf unsere Anweisung hin — den Versuchen des Verlages, also des Auftraggebers, widersetzte, dieser Bogen habhaft zu werden. Über dreimal soviel Seiten mußten jedoch ebenfalls in kürzester Frist neu gesetzt und gedruckt werden, eine Arbeit, bei der die damals in den ersten Stadien des Wiederaufbaus befindliche Staatsdruckerei (die heutige Bundesdruckerei) Erstaunliches geleistet hat. Im April 1949, kaum vier Monate nach der Spaltung Berlins, konnte auch dieses etwa 450 Seiten starke Werk herausgebracht werden.

Nebenher liefen Bemühungen, Korrekturabzüge der im sowjetischen Sektor festgehaltenen wichtigen Artikel für unsere Monatsschrift sowie die für den Bedarf der West-Berliner Verwaltung und den Schriftenaustausch unseres Amtes erforderliche Anzahl des kurz zuvor fertiggestellten Amtlichen Straßenverzeichnisses sowie der Sonderhefte 5 und 6 in die Hand zu bekommen. Glücklicherweise sind alle diese Aktionen erfolgreich verlaufen.

Nach der Normalisierung der Tätigkeit unseres Amtes in den neuen Diensträumen in der Mecklenburgischen Straße konnte die Herausgabe von Veröffentlichungen wieder planvoll betrieben und weiter ausgebaut werden. Heute wird ein großer Teil der Veröffentlichungen in der eigenen Vervielfältigungsstelle hergestellt. Welch ein Unterschied zwischen der damaligen Ausstattung, die aus einer sichergestellten DIN-A4-Rotaprintmaschine und einem aus Trümmerschutt geborgenen, wieder instand gesetzten alten Ormigvervielfältiger bestand, und dem heutigen Maschinenpark mit der photographischen Reproduktionsanlage, der praktisch alle im Amt vorkommenden Wünsche befriedigt!

Durch die Kriegseinwirkungen hatten zahlreiche städtische Dienststellen außer ihren Akten auch die übrigen Arbeitsunterlagen verloren. Man trat daher schon frühzeitig mit dem Wunsch an das Statistische Amt heran, Zahlenzusammenstellungen nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für die zurückliegenden Jahre zu erhalten. Daraufhin wurde mit den Vorarbeiten für eine Neuauflage des Taschenbuchs »Berlin in Zahlen« begonnen. Anfang 1947 wurde es in einem Umfang von 400 Seiten herausgebracht. Das Taschenbuch enthielt in 14 Abschnitten Zahlen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit; es war ein Nachschlagewerk, das eine umfassende Vergleichsgrundlage und eine Basis für die Planungen der verschiedenen Verwaltungen darstellte. Darüber hinaus sah aber die Schriftleitung ihre Hauptaufgabe darin, die nach dem Kriege erarbeiteten Ergebnisse des Amtes den interessierten Stellen zur Verfügung zu stellen. Zunächst konnten diese Zahlen infolge der Papierknappheit nur in Form von Umdruckvervielfältigungen weitergegeben werden. In der ersten Nachkriegszeit war es außerdem aus personellen Gründen nicht möglich, sich auf dem Gebiet des Veröffentlichungswesens so zu entfalten, wie es die Schriftleitung wohl gewollt hätte, war Kürten doch als einziger Wissenschaftler im Amt praktisch zunächst alleiniger Verfasser der Beiträge. Die meisten Veröffentlichungen der ersten Nachkriegszeit führen denn auch den Namen des durch die damals besonders schwierigen Verhältnisse ohnedies überlasteten Schriftleiters.

Seit Juni 1945 erschienen nach Bedarf »Mitteilungen«, seit Januar 1946 »Kurzmitteilungen« im Umdruckverfahren. In ihnen wurden Zahlen über Bevölkerungswesen, ferner über Mengen und Kosten der zugeteilten Lebensmittel, Ernährungskosten, Preise, landwirtschaftliche Bodennutzung, Schulwesen, zurückgekehrte Kriegsgefangene und Evakuierte, Gebäudezustand und obdachlos gewordene Einwohner usw. veröffentlicht. Bereits 1946 kamen »Zahlen aus Berlins Verwaltung und Wirtschaft« als Kurzmitteilungen heraus. Die Kurzmitteilungen erschienen bis 1950.

## Im Januar 1947 erscheint das erste Monatsheft »Berliner Statistik«

Eine der bemerkenswertesten Leistungen des wiedererstandenen Amtes war die Herausgabe der monatlich erscheinenden Zeitschrift »Berliner Statistik«, deren erstes Heft schon im Januar 1947 mit einem Umfang von 24 Seiten ausgeliefert werden konnte. Die Veröffentlichung sollte die bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges herausgebrachten Berliner Wirtschaftsberichte fortsetzen und den gesammelten Zahlenstoff sowie die gewonnenen Ergebnisse an *einen möglichst weitgespannten Benutzerkreis heranbringen*. Außerdem sollte die Zeitschrift Grundlagen und Anregungen für die forschende und planende Arbeit der Verwaltung bieten und damit dem Aufbau Berlins dienen. Tatsächlich wurde bereits in den ersten Heften eine Fülle aufschlußreichen Zahlenmaterials gebracht und in den ebenfalls überwiegend von Kürten verfaßten Texten Stellung zu vielen vordringlichen Problemen Berlins genommen. Somit bieten diese Hefte ein lebendiges Spiegelbild der schwersten Zeit nach dem Kriege und des Wiederaufbaus. Themen des ersten Heftes, wie »Erfrierungstodesfälle im Dezember 1946 und Januar 1947«, also in dem harten Notwinter, ferner »Wieviele Berliner werden noch zurückerwartet?«, »Die ortsanwesende Bevölkerung Groß-Berlins nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946« und »Die Bevölkerungsentwicklung Groß-Berlins in den Jahren 1945 und 1946« lassen die Aktualität der Berichterstattung erkennen.

Auch die Beiträge der weiteren bis Ende 1948 herausgekommenen Hefte der »Berliner Statistik« standen mit dem Zeitgeschehen in engster Verbindung. So wurden die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 veröffentlicht, und zwar die Hauptergebnisse in der Monatsschrift und ausführliche Zahlenübersichten in Sonderheften. Die Zählung von 1946 war die erste Aufnahme der Bevölkerung, die nach dem Kriege zuverlässige und vergleichbare Zahlen über den Bevölkerungsstand und die Zusammensetzung der Einwohnerschaft Berlins brachte. Aus den Zahlen der in den Jahren 1945 und 1946 geschlossenen Ehen und aus denen der Lebendgeborenen ergab sich, daß die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer damals überraschend hoch lag. Andererseits wurden in mehreren Beiträgen die Auswirkungen der entbehrungsreichen Nachkriegszeit eingehend zahlenmäßig nachgewiesen, z. B. zeigte sich aus einem Artikel über die Hungertodesfälle Oktober 1946 bis Februar 1947, daß in dieser Zeit 1 142 Todesfälle infolge Verhungerns, Unterernährung usw. eingetreten waren. Weitere Beiträge gaben einen Überblick über die Entwicklung der Tuberkuloseerkrankungen von 1924 bis 1947 und über die 1947 aufgetretenen Fälle von spinaler Kinderlähmung. Außerdem erschien ein zusammenfassender Bericht über die Sterblichkeit in Berlin nach dem Kriege. Mit Recht wurden auch Vorkriegszahlen ausgewertet, wie die Ergebnisse der Produktionsstatistik für 1936, mit deren Hilfe die frühere Bedeutung Berlins als Ausfuhrstadt beleuchtet und festgestellt wurde, daß die Ausfuhrquote der Berliner Industrie im Jahre 1936 etwa ein Zehntel ihres gesamten Erzeugungswertes betrug. Die Veröffentlichungen des ehemaligen Statistischen Reichsamtes über den Güterverkehr auf Eisenbahnen und Wasserstraßen für das Jahr 1938 wurden dazu benutzt, die güterverkehrswirtschaftliche Verflechtung Berlins mit den Besatzungszonen zu untersuchen. Ein Beitrag über die Frau im Erwerbs-

leben Berlins vor und nach dem Kriege zeigte, daß im Jahre 1946 mehr als die Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter einem Erwerb nachgingen. Begreiflicherweise nahmen nach den großen Verlusten an Wohnraum die Untersuchungen der Wohnungsverhältnisse einen beträchtlichen Umfang ein. In der Abhandlung über »Groß-Berlins Verlust an Wohnungen und Wohnräumen durch den Krieg« wurde nachgewiesen, daß Berlin 32 vH seines Vorkriegsbestandes an Wohnungen und 39 vH seines ehemaligen Bestandes an Wohnräumen eingebüßt hatte, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich hierbei um Mindestsätze handelte. Kürten schätzte später den Gesamtverlust Berlins an Wohnungen auf 35 vH des ursprünglichen Wohnungsbestandes. Ferner wurden folgende Themen bearbeitet: »Bebaute Grundstücke April 1946«, »Zur Frage der Wohndichtermittlung«, »Das Stadtgebiet Groß-Berlins nach Nutzungsart und Besiedlungsdichte«, »Wohnungen und Wohnräume in den Groß-Berliner Verwaltungsbezirken am 13. April 1946«, »Aus der Tätigkeit der Wohnungsämter 1945 bis 1947«. Von den vielen übrigen Beiträgen seien noch die Arbeiten über die Gartenlanderhebung vom März 1947 und über die Kleingärten Oktober 1947 genannt; aus der Gartenlanderhebung ergab sich z. B., daß 22 vH des von Berliner Haushalten bewirtschafteten Gartenlandes außerhalb des Berliner Stadtgebietes lagen. Aus anderen Gebieten wurden Themen behandelt, wie »Wiederaufbau der städtischen Nahverkehrsmittel«, »Mengen und Kosten der zugeteilten Lebensmittel« und »Kleinhandelspreise für Nahrungs- und Genußmittel«. Ein Artikel über den Grundwasserstand befaßte sich mit den Ursachen des ungewöhnlich hohen Grundwasserstandes nach dem Kriege. Inhaltlich stand die »Berliner Statistik« damals schon wieder auf einer solchen Höhe, daß die Hefte überall anerkannt wurden und ein auswärtiger Kenner<sup>25)</sup> behauptete, sie stellten nicht nur statistische Monatsberichte dar, sondern sie seien — wie beispielsweise das Heft 6 des Jahrganges 1947 — als *statistisch-wissenschaftliche Zeitschriften-Nummern* anzusprechen.

Zum Heft 5/6 der »Berliner Statistik« von 1948 erschien erstmals die Beilage »Zahlen aus Verwaltung und Wirtschaft« mit Angaben über Bevölkerungsstand und -bewegung, Bau- und Wohnungswesen, Versorgung, Geld- und Kreditwesen, Verkehr, Arbeitseinsatz, Sozialversicherung und -fürsorge, Gesundheitswesen, Polizei, Städtische Werke und Betriebe, Steuereinnahmen sowie Naturverhältnisse.

In »Sonderheften der Berliner Statistik« wurden die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vom 12. August 1945 veröffentlicht, ferner »Die Bevölkerung Berlins am 1. Dezember 1945« und »Die Berliner Wahlen am 20. Oktober 1946«. Als Sonderheft 3 wurde eine Veröffentlichung unter dem Titel »Zahlen zeigen Zeitgeschehen« mit Angaben über Berlin in den Jahren 1945 bis 1947 und Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit herausgebracht. Eine Sonderreihe der »Berliner Statistik« stellten die Hefte »Die Verwaltungsbezirke in Zahlen« dar.

<sup>25)</sup> Prof. H. Wolf, Halle/S. in einer kritischen Äußerung über das genannte Heft.

Das vom Amt nach dem Stande vom 1. April 1948 herausgegebene »Amtliche Verzeichnis der Straßen von Groß-Berlin« enthielt alle Straßen und Plätze mit Angabe der Verwaltungsbezirke, Ortsteile, Postämter und Polizeireviere. Damit lebten die bewährten, schon vor dem Kriege für Verwaltungszwecke herausgebrachten Straßenverzeichnisse wieder auf.

In den ersten Nachkriegsjahren war das Amt durchaus nicht frei in der Entscheidung, welche Zahlenangaben veröffentlicht werden konnten. Noch Ende 1947 war es beispielsweise auf Grund eines Befehls der Kommandantur verboten, Zahlen über die industrielle Entwicklung und den Arbeitseinsatz der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

### Die graphischen Arbeiten werden wieder aufgenommen

Da auch das gesamte graphische Arbeitsmaterial des alten Amtes verloren gegangen und nach Kriegsende kein Personal für solche Arbeiten vorhanden war, ruhten diese im Jahre 1945. Dann wurde aber aus dem Nichts ein neues Referat *Bildstatistik* geschaffen. Der neue Amtsleiter setzte sich dafür ein, daß erst einmal das allernotwendigste Material für das Ingangbringen der graphischen Arbeiten besorgt und dann der weitere Ausbau betrieben wurde. Zunächst wurden aus Trümmern geborgene Zeichenmaschinen und Einrichtungsgegenstände beschafft. Die Geräte mußten in tagelangen Bemühungen vom Rost befreit und die Tische gründlich gereinigt werden. Da trotzdem das Arbeitsmaterial nicht ausreichte, stellten Angehörige des Referats ihre eigenen Werkzeuge zur Verfügung. Die Arbeiten wurden auch dadurch erschwert, daß die Qualität des damals von der Verwaltung bereitgestellten Materials, wie Bleistifte, Papier und Farben, nicht befriedigte. Trotz allem konnten aber schon in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche graphische Arbeiten ausgeführt werden, beispielsweise die Ausstellung »Zahl im Bild« im Berliner Rathaus sowie die zur Vorbereitung und Durchführung der ersten Nachkriegswahl angefertigten Graphiken. Bereits das erste Heft der Monatsschrift »Berliner Statistik« enthielt Schaubilder, vom zweiten Heft an wurden auch die Titelblätter dieser Zeitschrift mit bildlichen Darstellungen versehen. Treitschke verfolgte von vornherein das Ziel, die bildstatistische Abteilung so auszubauen, daß sie nicht nur die graphischen Aufgaben des Amtes, sondern auch die anderer Stellen der Berliner Verwaltung erfüllen konnte.

### Neuaufbau der Amtsbibliothek

Bei der Wiederaufnahme der Amtsarbeiten im Jahre 1945 gab es nach dem Verlust des gesamten alten Büchereibestandes keine Bücher oder Zeitschriften im Amt. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sorgte die Amtsleitung dafür, daß das Amt so schnell wie möglich in den Besitz solcher Veröffentlichungen kam, die für die zunächst vordringlichen Arbeiten nötig gebraucht wurden. Sogleich wurde aber auch damit begonnen, Literatur zu beschaffen, die für die Arbeiten in normalen Zeiten unentbehrlich war. Ende 1946 bildeten bereits 300 auf die verschiedenen Räume des Gebäudes Liebknechtstraße 50 verteilte Bände den Grundstock für die neue Bücherei. Ende 1947

waren es schon nahezu 700. Im Frühjahr 1948 kamen mehrere hundert Bände dank einer Schenkung des damaligen Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Dahlem hinzu.

### Nach der Spaltung Berlins am 30. November 1948 verläßt das Amt den Sowjetsektor und bezieht neue Diensträume in der Mecklenburgischen Straße

Das Jahr 1948 war für Berlin das Jahr der großen politischen Spannungen, es brachte am 24. Juni für die Westsektoren die Währungsumstellung und die Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht. Die Blockade löste zwei Tage später die Luftbrückenaktion der Westmächte aus. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung am 6. September unter kommunistischem Druck ihren Sitz in die westlichen Sektoren der Stadt verlegt hatte, drohten auch dem Amt erhebliche Schwierigkeiten in der Freiheit der Arbeit und der Berichterstattung zu erwachsen. So war der Auszug aus der im Sowjetsektor gelegenen Liebknechtstraße und aus den übrigen Diensträumen des Amtes und die Übersiedlung in die Westsektoren eine unabwendbare Folge der politischen Entwicklung in Berlin.

Die Aufgabe des Amtssitzes war nicht nur ein räumlicher Wandel. Den Berliner Statistikern ist damals der Entschluß nicht leicht gefallen, ihre für die ganze Stadt geleistete Arbeit aufzugeben, denn mit dem Auszug mußte zugleich die Einheitlichkeit der Berliner Statistik preisgegeben werden, für die sich die fortschrittlichen Kräfte seit Jahrzehnten eingesetzt hatten. Es war zu erwarten, und es zeigte sich nach der Spaltung und nach dem Aufhören einiger noch vorhandener persönlicher Kontakte auch bald, daß ein Abstimmen der statistischen Arbeitsprogramme in West und Ost eine Utopie darstellte. Damit war ein Zustand eingetreten, wie er unvollkommener und unfruchtbarer noch nie zuvor in der Berliner Statistik gewesen war.

Erst kurz vor der Spaltung der Berliner Verwaltung, als die politische Lage immer unhaltbarer wurde und keine Aussicht mehr auf eine Entspannung bestand, begannen die Amtsangehörigen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie über kurz oder lang doch wohl die bisherigen Diensträume verlassen mußten. Es waren bedrückende Tage voller Ungewißheit, eine Zeit, in der die Lage immer ungewöhnlicher, für manche Mitarbeiter auch gefährlich wurde.

Bei der Aussichtslosigkeit, den Amtsbetrieb in der gewohnten Weise fortzuführen, waren für den äußersten Notfall vorsorglich Amtsräume im Hause Mecklenburgische Straße 57 in Wilmersdorf vorgesehen worden. Als am 30. November 1948 durch die Proklamierung eines »Magistrats« auf einer Funktionärsversammlung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und der kommunistischen Organisationen der legale Magistrat gezwungen wurde, seinen Dienstsitz nach West-Berlin zu verlegen und damit die Verwaltung Berlins gespalten wurde, schwand auch die letzte Hoffnung auf ein Verbleiben in den alten Diensträumen. So endete an diesem Tage für viele Amtsangehörige der Dienstbetrieb in den im Sowjetsektor gelegenen Diensträumen. In der Liebknechtstraße waren zu dieser Zeit die Amtsleitung, die

Dienststellenleitung und eine Reihe von Fachabteilungen mit der maschinellen Abteilung untergebracht. Gleichzeitig verließen die meisten Amtsangehörigen ihre bisherigen Arbeitsplätze im Hause Unter den Linden, in das Ende August 1948 die Abteilungen Bevölkerungsbewegung, Ernährung, Landwirtschaft und Preise sowie das Hauptwahlamt eingezogen waren. Ein Gleiches vollzog sich in der Volkszählungsabteilung, deren Arbeitsräume in der Rosenstraße lagen.

Am Auszug waren zunächst in erster Linie die Amtsangehörigen beteiligt, die in einem der westlichen Sektoren wohnten. Diesen folgten bis Anfang Dezember viele von denen, die im Sowjetsektor ihren Wohnsitz hatten. Das Ergebnis war, daß das Hauptamt für Statistik und Wahlen für Berlin (West) seinen Dienstbetrieb mit dem bisherigen Amtsleiter Dr. Treitschke, seinem Stellvertreter Dr. Kürten und weiteren rd. 200 Angestellten in den neuen Diensträumen in der Mecklenburgischen Straße aufnehmen konnte. Da alle am Umzug Beteiligten ihre Arbeitsplätze mit der vorgefaßten Absicht verlassen hatten, ihre statistische Tätigkeit im freien Berlin fortzusetzen, hielten sie es für ihre Pflicht, die hierzu unentbehrlichen Unterlagen und Gegenstände mitzunehmen, jedoch wurde das Zahlenmaterial über den Sowjetsektor von Berlin den dort verbliebenen Kollegen belassen.

## **6. Die West-Berliner Statistik (1948 bis heute)**

»Hinter jeder Zahl aber stehen Tausende und aber Tausende von Menschen, die nur den sehnlichen Wunsch haben, in Ruhe und Frieden leben und arbeiten und ihre persönlichen und gemeinsamen Angelegenheiten frei von Zwang nach eigenem Willen gestalten zu können.«

Ernst Reuter

### **Sofort nach der Spaltung Berlins finden am 5. Dezember 1948 freie Wahlen in den Westsektoren statt**

Unmittelbar nach den folgenschweren Geschehnissen des 30. November 1948 wurde ein allen sichtbarer Ausdruck des Willens der Bevölkerung der drei westlichen Sektoren, und zwar des amerikanischen, des britischen und des französischen Sektors, in Freiheit zu leben, gegeben, als am 5. Dezember 1948 die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen stattfanden. Sie konnten nur in West-Berlin durchgeführt werden, weil die Sowjetische Kommandantur der nach der Vorläufigen Verfassung fälligen Neuwahl der Stadtverordneten widersprochen, der neuen Wahlordnung nicht zugestimmt und die Wahlvorbereitungen behindert hatte. Aus diesen Wahlen ging eine neue Stadtverordnetenversammlung hervor, die einen Magistrat wählte, an dessen Spitze Ernst Reuter als Oberbürgermeister stand. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen lag in den Händen des dem Amt angeschlossenen Hauptwahlamtes. An den Arbeiten für diese den Charakter einer Volksabstimmung tragenden Aktion waren auch alle übrigen Angestellten des Amtes beteiligt und leisteten somit ihren ersten Dienst für das westliche Berlin.

Schon am 3. Dezember 1948 wurden die Kräfte, die an der Vorbereitung der Wahlen und an der Zusammenstellung ihrer Ergebnisse mitwirken sollten, unterwiesen, ferner wurden Arbeitsgruppen gebildet, denen die Zusammenstellung der Wahlergebnisse oblag. Zu den Vorarbeiten, die in den wenigen zur Verfügung stehenden Tagen in fieberhafter Eile geleistet werden mußten, gehörten auch die Verhandlungen mit den Bezirksämtern über die Meldung der Wahlergebnisse in den Bezirken und die technischen Vorbereitungen zur Bekanntgabe der Resultate. In kürzester Zeit wurde z. B. mit Überstunden bis in die Nächte, bei Kälte und unter primitiven Bedingungen eine große Standtafel angefertigt, die in der Eingangshalle des neuen Dienstgebäudes Mecklenburgische Straße 57 die Wahlergebnisse fortlaufend anzeigen sollte. Tatsächlich war die Tafel in der Wahlnacht ein Anziehungspunkt für alle, die an diesem Ereignis Anteil nahmen.

Zahllose Schwierigkeiten waren bei den Vorbereitungen für die Wahl zu überwinden, so z. B. bei der Beschaffung von rationierten Gütern, wie Papier, Holz, Pappe, Vorhängeschlössern, Nägeln, Leim usw., oder bei den technischen Vor- und Durchführungsarbeiten, wie den Arbeiten an den Einwohnerkarteien und den Rechenarbeiten mit den im letzten Augenblick doch noch bereitgestellten kleinen Rechenmaschinen, die an Stelle der in der Liebknechtstraße gebliebenen Powers-Maschinen benutzt wurden.

Die gehobene Stimmung der Bevölkerung konnte beim Wahlvorgang auch durch das trübe Kerzenlicht in den Wahllokalen nicht gestört werden, das abends, als die Stromsperre einsetzte, die Glühbirnen ersetzen mußte. Auch die Wahlergebnisse wurden in den Bezirksämtern und im Statistischen Amt zum Teil beim Licht von Stearinkerzen errechnet. Die wichtige Beleuchtungsfrage war im übrigen für den Wahltag großzügig geregelt. Da die Straßen in West-Berlin seit Beginn der Blockade unbeleuchtet waren und in den Häusern das Licht abends höchstens für zwei Stunden brannte, wurde bei der Bewag (Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft) und den Besatzungsmächten beantragt, am Wahlabend und in der Nacht die Straßenbeleuchtung einzuschalten und die 1 572 Wahllokale so reichlich mit Strom zu versorgen, daß jedes Lokal nur etwa 1½ Stunden ohne Licht war. Auf diese Weise konnte der Wahlbetrieb ordnungsmäßig verlaufen. Bis spät in die Nacht hielten sich die politischen Köpfe des freien Berlins, unter ihnen Ernst Reuter und Louise Schroeder, in der Mecklenburgischen Straße auf, um den Ausgang der Wahl zu erfahren. Da es in erster Linie auf das Bekenntnis zu irgendeiner der drei zugelassenen demokratischen Parteien SPD, CDU und LDP ankam, war die Wahlbeteiligung der Gradmesser des Erfolges. Sie betrug nicht weniger als 86,3 vH. Von den bei der Stadtverordnetenwahl abgegebenen gültigen Stimmen entfielen damals 64,5 vH auf die SPD, 19,4 vH auf die CDU und 16,1 vH auf die LDP. Die kommunistische SED hatte sich nicht zur Wahl gestellt. Am 14. Januar 1949 wurde Ernst Reuter zum Oberbürgermeister gewählt.

Als die Amtsangehörigen die Arbeiten für die Wahl beendet hatten, standen sie vor dem Beginn eines neuen Abschnitts der Berliner Statistik. Zwar konnte die Arbeit jetzt ohne jeden politischen Druck durchgeführt werden, doch mußten die neu bezogenen Amtsräume erst mit Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen versehen werden. Es ist erstaunlich, in wie kurzer Zeit die Zimmer wenigstens mit einfachem Mobiliar ausgestattet werden konnten. Noch heute gibt es hölzerne Zeugen aus jenen Tagen.

### Die Organisation der deutschen Statistik nach dem Kriege

In der Liebknechtstraße wurde der Betrieb mit den dort verbliebenen Kräften weitergeführt. Dieses Amt war nun eine Dienststelle des im Sowjetsektor am 30. November 1948 proklamierten »Magistrats«. Es führte in der ersten Zeit die alte Bezeichnung Hauptamt für Statistik und Wahlen weiter und wurde dann später in Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin und danach in Hauptamt Statistik von Groß-Berlin umbenannt. Das Amt in der Liebknechtstraße gab die Zeitschrift »Berliner Statistik« in ähnlicher Form heraus, wie sie bisher von dem Gesamt-Berliner Amt veröffentlicht worden war. In der äußeren Aufmachung ähnelte diese Zeitschrift auch der vom West-Berliner Amt herausgegebenen Monatsschrift gleichen Namens. Die für die Statistiken der Sowjetzone zuständige statistische Zentralstelle war die auf Grund des Befehls Nr. 105 des sowjetischen Marschalls Shukow vom 19. Oktober 1945 gebildete »Deutsche Verwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone (Statistisches Zentralamt)«, später »Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat

der Deutschen Demokratischen Republik« mit Sitz im Sowjetsektor von Berlin. Sie war in einem Gebäude des früheren Statistischen Reichsamtes in der Klosterstraße 80-85 untergebracht.

Da sich infolge des Nebeneinanderbestehens zweier Berliner Statistischer Ämter in West und Ost anfangs manche Schwierigkeiten im Verkehr mit den Statistischen Ämtern Westdeutschlands ergaben, richtete das West-Berliner Amt ein Rundschreiben an diese, in dem dargestellt wurde, wie es zur Spaltung und zu den beiden Berliner Teilverwaltungen gekommen war. Auch wurde darauf hingewiesen, daß das neugebildete Statistische Amt in West-Berlin dem legalen Magistrat von Berlin angehöre.

Das West-Berliner Amt konnte seine Arbeiten unter dem Zwang der Verhältnisse nur auf die drei westlichen Sektoren erstrecken. Im Vordergrund stand das Bemühen, die bisherigen Vorhaben fortzusetzen und die Berliner Statistik möglichst derjenigen in den westdeutschen Ländern anzugleichen. Dies wurde zwar auf vielen Gebieten erreicht, doch führte die besondere soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Berlin dazu, daß einige der westdeutschen Statistiken zunächst noch nicht oder nicht in vollem Umfang bearbeitet werden konnten. Die Anpassung Berlins an das westdeutsche Programm war aus sachlichen Gründen notwendig, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, aber sie war und ist ebenfalls aus politischen Gründen bedeutungsvoll, weil auch hierdurch die Verbundenheit Berlins mit dem freien Westen zum Ausdruck kommt.

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht im Oktober 1945 für ihre Zone ein eigenes Statistisches Zentralamt geschaffen hatte, blieb den westlichen Alliierten nichts anderes übrig, als sich auch in ihren Zonen um eigene statistische Zentralen zu bemühen. So entstand durch die Verordnung Nr. 71 der Britischen Militärregierung vom 30. November 1946 das »Statistische Amt für die Britische Besatzungszone« in Hamburg, das schon seit 1945 als Nachfolgerin einer Ausweichstelle des früheren Statistischen Reichsamtes tätig war. In der amerikanischen Zone wurde zwar kein besonderes »Zonenamt« geschaffen, jedoch pflegten sich die Landesämter der amerikanischen Zone seit Dezember 1945 in einem Statistischen Ausschuß beim »Länderrat der US-Zone« in Stuttgart regelmäßig zu treffen, um den Wiederaufbau der Nachkriegsstatistik zu koordinieren. In der französischen Zone wurde 1947 ein »Amt für Statistik und Wirtschaftsforschung der Französischen Besatzungszone« in Baden-Baden errichtet. Nach der Vereinigung der amerikanischen mit der britischen Zone wurde durch das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 ein neues zentrales Statistisches Amt in Wiesbaden gegründet. Sein Leiter war Dr. Gerhard Fürst. Aus diesem Amt ging nach der am 23. Mai 1949 konstituierten Bundesrepublik Deutschland das heutige Statistische Bundesamt unter gleicher Leitung hervor.

Die Statistischen Landesämter und die Statistischen Ämter der Städte — unter ihnen das Berliner Amt — hatten unmittelbar nach Kriegsende ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

## Das Arbeitsprogramm nach der Spaltung des Amtes

Von der Spaltung bis zur Neugliederung der Berliner Verwaltung im Jahre 1951 befaßte sich das Amt außer mit den laufenden Arbeiten, die zum Teil verbessert oder erweitert wurden, mit den Vorbereitungen für neue Aufgaben sowie mit Sonderuntersuchungen, beispielsweise über die Auswirkungen des Krieges, der Spaltung Berlins und der Blockade.

Eine Vertiefung der Statistik der Bevölkerungsbewegung wurde durch die Auszählung der Zu- und Fortgezogenen nach Altersgruppen sowie nach Herkunfts- und Zielgebieten erreicht. Der Austausch der standesamtlichen Zählkarten über die natürlichen Bevölkerungsvorgänge und die Einführung einer Austauschmeldung für den zweiten Wohnsitz verbesserte die Ergebnisse dieser Statistik. Bei der Wanderungsstatistik kam die Gliederung der Zu- und Fortgezogenen nach Geburtsjahren, Berufen und nach Herkunfts- und Zielländern hinzu. Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1946 wurden fertiggestellt, ferner fand eine Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 statt, mit der eine Grundstücks-, Gebäude- und Wohnungszählung und Aufnahmen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe verbunden waren. Da die letzte Berliner Sterbetafel im Anschluß an die Volkszählung von 1910 berechnet worden war, wurde eine neue Sterbetafel für Groß-Berlin für 1947 aufgestellt. Die Untersuchung »Was lehrt die Berliner Sterbetafel 1947?« behandelte die Folgerungen, die sich aus dieser Tafel ergaben. Weitere Arbeiten über bevölkerungsstatistische Themen waren u. a. »Die Wanderungen als Spiegelbild des politischen Geschehens«, »Zurückgekehrte Kriegsgefangene 1946 bis 1948«, »Zur Geschichte der Berliner Volkszählungen« und Auswertungen der großen Zählungen.

Auf wirtschaftsstatistischem Gebiet ging die Bearbeitung der Industrieberichterstattung 1950 ganz auf das Amt über. Es wurden ein besonderer vierteljährlicher Produktionsbericht und — zur Errechnung des mengenmäßigen Produktionsindex — ein monatlicher Produktionseilbericht eingeführt, außerdem ein monatlicher Nachweis der Auftragseingänge der Industrie. Zugleich mit der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten wurde eine Erhebung über die Betriebskostenstruktur veranstaltet. Zur Ermittlung des Bestandes an Handwerksbetrieben fand eine Handwerkszählung statt. Im Jahre 1949 wurde eine landwirtschaftliche Betriebszählung durchgeführt, mit der die jährliche Bodenbenutzungserhebung verbunden war; dieser folgte eine allgemeine Viehzählung und im Jahre darauf eine Gartenbauerhebung sowie eine Erhebung über die Benutzung von Bodenfräsen und Schleppern in der Landwirtschaft.

Die Bearbeitung der Warenein- und -ausfuhrstatistik wurde übernommen und das Ergebnis monatlich nach Ländern ausgewiesen. Die Abteilung Wirtschaft übertrug dem Amt die Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland (Berlinhandel); ferner wurden die Statistik des Handels mit den sowjetisch besetzten Gebieten (Interzonenhandel) sowie die repräsentative Umsatzstatistik für den Handel in die Wege geleitet. Ein in der »Berliner Statistik« veröffentlichter Beitrag über »West-Berlins wirtschaftliche Verflechtungen während und nach der Blockade bis Herbst 1949« würdigte die Leistun-

gen der Luftbrücke. Über den Güterkraftverkehr wurde 1950 eine Repräsentativerhebung veranstaltet. Die Statistiken der Konkurse, des Fremdenverkehrs und der Unfälle im Straßenverkehr sind den in Westdeutschland geführten angeglichen worden.

Seit 1947 wurde eine repräsentative Statistik der Verdienste gewerblicher Arbeiter, die sogenannte Lohnsummenstatistik, vierteljährlich durchgeführt, mit deren Hilfe die durchschnittlichen Arbeitszeiten, die Bruttostunden- und Wochenverdienste ermittelt wurden. Die Preisstatistik wurde verbessert und erweitert, und die gewonnenen Preisdurchschnitte dienten zur Berechnung der Preisindexziffer für die Lebenshaltung, deren Teilindex für die Ausgabengruppe Ernährung zuerst herauskam. Außer der ebenfalls wieder aufgenommenen Statistik der Großhandelspreise wurden auch die Preise wichtiger Baustoffe und Bauleistungen im Wohnungsbau zur Erstellung der Indexziffer der Baukosten für den Wohnungsneubau ermittelt. Zur Vorbereitung der Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen wurde eine Probeerhebung bei einigen städtischen Bediensteten vorgenommen, die eigentlichen Erhebungen begannen Mitte 1951.

Die Abteilung Bau- und Wohnungswesen übertrug dem Amt die Bearbeitung der Bauberichterstattung und der Statistik der Wohnungsbewirtschaftung; die Statistiken der Baugenehmigungen und der Bautätigkeit wurden neu geregelt, die der Zuzugsgenehmigungen aufgenommen. Auch auf diesem Gebiet fanden Sonderuntersuchungen statt, wie z. B. die über den Gewinn und den Verlust von Wohnungen und Wohnräumen 1945 bis 1948.

Die Umsatzsteuerstatistik wurde neu aufgenommen. Nach dem Stande vom 15. November 1950 wurde zur Vorbereitung eines Berliner Gesetzes zum Artikel 131 des Grundgesetzes eine Erhebung über das Personal der Hauptverwaltung, der Bezirksverwaltungen, der Eigenbetriebe, der Eigengesellschaften und der Körperschaften des öffentlichen Rechts durchgeführt.

Erstmals nach Kriegsende fand im Sommer 1950 eine Erhebung der an den Hochschulen Studierenden statt; außer dieser »großen« Hochschulstatistik lief die »kleine« Hochschulstatistik. Auch die allgemein- und die berufsbildenden Schulen sind in dem genannten Jahr zum erstenmal bundeseinheitlich erfaßt worden.

## Einführung einer statistischen Wohnblockeinteilung des Stadtgebietes

Das Gebiet von Berlin (West) wurde für statistische Zwecke in Blöcke eingeteilt. Als Wohnblock galt dabei ein von 4 oder 3 Straßen begrenztes Gebiet. Die 7 800 Blöcke wurden abgegrenzt und numeriert; für jeden Wohnblock wurden an Hand der Ergebnisse der Wohnungszählung von 1946 die Zahlen der Wohnungen, der Haushalte und der Bewohner ermittelt und veröffentlicht. Auf diese Weise war es möglich, die wichtigsten Strukturzahlen für kleinste örtliche Einheiten Berlins zur Verfügung zu stellen, was insbesondere von den die Planung und Marktforschung bearbeitenden Institutionen begrüßt wurde. Auch wurde eine Numerierung der Straßen und Plätze vorgenommen und im Anschluß hieran eine Straßenkartei eingerichtet.



Das Hauptamt für Wahlen beschäftigte sich zunächst mit dem Auswerten der Ergebnisse der Wahl am 5. Dezember 1948, darauf begann es mit der Vorbereitung der Wahl von 1950. Ein aus diesem Anlaß herausgebrachtes Sonderheft enthielt die Wahlordnung, das Wahlgesetz und Geschäftsanweisungen für die Wahlvorsteher usw. Bereits zwei Tage nach der Wahl vom 3. Dezember 1950 erschien das erste amtliche Gesamtergebnis. Später wurden die Ergebnisse dieser Wahl in einem Sonderheft ausführlich kommentiert.

Da sich die Meldepflichtigen nach einer Anordnung der Alliierten Kommandantur zunächst bei verschiedenen Amtsstellen, wie dem Polizeirevier, dem Ernährungs-, dem Wohnungs-, dem Arbeits- und dem Wahlamt, persönlich registrieren lassen mußten, wurden die Registrierungsvorschriften geändert. Die neuen Bestimmungen befreiten die Meldepflichtigen seit Ende 1949 von mehrfachen Wegen. Alle Bezirksämter richteten Bevölkerungsplatteln ein. Das Hauptamt für Statistik und Wahlen wurde ferner mit der Auszählung der Volksbefragung über »Freie Wahlen in Berlin« beauftragt, zu der die drei demokratischen Parteien die Wähler im Sowjetsektor am 2. Oktober 1950 aufgerufen hatten. Diese Abstimmung wurde durch Übersendung der Stammabschnitte der damals im Sowjetsektor noch notwendigen Lebensmittelkarten für September 1950 an das Rathaus Schöneberg vorgenommen; an ihr beteiligten sich über 400 000 Bewohner des Sowjetsektors. Die Stellen Statistik und Wahlen der Bezirksämter übernahmen nach Auflösung der Kartenstellen die Ausfertigung der Währungsausgleichsbescheinigungen und ferner die Arbeiten der Zuzugstellen, die bis dahin der Abteilung Bau- und Wohnungswesen unterstanden hatten.

#### Die Veröffentlichungen des Amtes nach der Spaltung

Die Veröffentlichungen des Amtes sind nach der Spaltung im wesentlichen in der bisherigen Weise weitergeführt worden. Die Monatsschrift »Berliner Statistik« erschien fast im gleichen Gewande wie vorher; das Januarheft 1949 leitete die neue Reihe dieser Veröffentlichung ein. Die Jahrgangsfolge wurde nicht geändert, sondern mit dem 3. Jahrgang fortgesetzt. Die Hefte wurden nun vom Berliner Kulturbuch-Verlag GmbH verlegt. So war es der Schriftleitung in kürzester Zeit gelungen, Anschluß an die seit dem Heft 5/6 von 1948 durch die politischen Schwierigkeiten vor der Spaltung unterbrochene Reihe der Groß-Berliner Statistik zu finden. Da inzwischen die verschiedenen Fachreferate mit Referatsleitern versehen waren, erschienen nun auch Beiträge von diesen. Trotzdem war das Gewicht der von Kürten stammenden Abhandlungen nach wie vor beträchtlich, zumal auch zahlreiche nicht signierte Berichte von ihm verfaßt waren.

Um dem Bedürfnis der Bezirksämter nach statistischen Angaben entgegenzukommen, wurde die Sonderreihe »Die Verwaltungsbezirke in Zahlen« ins Leben gerufen. Diese Hefte enthielten vergleichende Bezirksübersichten über die Bevölkerungsentwicklung, den Zu- und den Abgang von Wohnungen und Wohnräumen, über Beschäftigte, Arbeitslose, Gesundheits- und Fürsorgewesen, Heime, Anstalten usw. Das erste Heft für Januar bis September 1948 erschien im Frühjahr 1949. Diese Sonderreihe, die später monatlich herausgebracht

wurde, ist Ende 1950 eingestellt worden. Die als Beilage zur »Berliner Statistik« herausgegebene Sammlung von »Zahlen aus Verwaltung und Wirtschaft« wurde seit April 1949 im Umdruckverfahren hergestellt und den städtischen Dienststellen und den übrigen Abnehmern zur schnelleren Unterrichtung monatlich direkt zugeleitet. Die Reihe der »Sonderhefte« wurde mit Veröffentlichungen von Ergebnissen der großen Zählungen und anderer Untersuchungen fortgesetzt.

Im April 1949 erschien eine erweiterte Neuauflage des Taschenbuches »Berlin in Zahlen« mit Angaben für 1947. Es folgten die Ausgaben von 1950 und 1951; jene enthielt im Geleitwort des damaligen Oberbürgermeisters Reuter das diesem Abschnitt vorangestellte Motto, die 17. Ausgabe war dem eben aus dem Amt geschiedenen Dr. Kürten in Anerkennung seiner Verdienste um die Veröffentlichungen des Amtes gewidmet.

#### Straßenverzeichnisse und Jahresberichte des Senats

Das »Amtliche Verzeichnis der Straßen von Groß-Berlin« erschien im Frühjahr 1950 in einer Neuauflage, eine weitere Auflage kam 1952 unter dem Titel »Amtliches Verzeichnis der Straßen von Berlin« heraus. Dies war das letzte der in Buchform herausgebrachten und für die Arbeiten des Amtes und weiterer Dienststellen bestimmten Verzeichnisse. Da sich Straßenverzeichnisse für statistische Zwecke als unentbehrlich erwiesen, ist unlängst für den amtsinternen Bedarf ein neues Verzeichnis im Umdruckverfahren hergestellt worden, in das außer den bisherigen Angaben (Verwaltungsbezirk, Ortsteil, Postamt, Polizeirevier) auch die Nummern der Wohnblöcke und die der Statistischen Gebiete aufgenommen wurden.

Wie in den zwanziger Jahren wurde das Amt auch nach Kriegsende vom Magistrat wieder mit der Bearbeitung und Veröffentlichung des Jahresberichts des Magistrats beauftragt. Der erste dieser Berichte »Berlin 1947« behandelte die Wiederaufbauarbeiten der Berliner Verwaltung vom Zusammenbruch bis 1947, der zweite wurde vom West-Berliner Magistrat herausgebracht, er erschien im April 1949. Die Jahresberichte gaben in knapper Form und systematisch geordnet einen Nachweis der von den verschiedenen Magistratsabteilungen geleisteten Arbeiten, sie boten im übrigen einen Zahlenstoff, an dessen Veröffentlichung nicht nur die Verwaltung, sondern auch andere Stellen interessiert waren. Zahlreiche Graphiken und Bilder aus dem Zeitgeschehen lockerten den Text dieser Hefte auf. Die Jahresberichte wurden in dieser Gestalt bis 1954 vom Amt zusammengestellt. Seit der Ausgabe für 1951 führten sie den Untertitel »Jahresbericht des Senats«. Danach trat eine vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin herausgegebene, auf größere Popularität bedachte Schrift mit wechselndem Titel an ihre Stelle. Das erste dieser Hefte trug die Bezeichnung »Herr Ahnungslos geht durch die Stadt«. Das Amt war an diesen Veröffentlichungen nur noch dadurch beteiligt, daß es die von den verschiedenen Senatsverwaltungen als Unterlagen zur Verfügung gestellten Teilberichte einer Prüfung der in ihnen enthaltenen Zahlen unterzog. Zweifellos ist es zu begrüßen, wenn die Wirksamkeit der Amtsstuben dem Bürger durch vereinfachende Schriften nahegebracht wird, auf der anderen Seite aber mußten nun

die Verwaltung selbst und die an den bisherigen Jahresberichten Interessierten auf ein tiefer gegliedertes Quellenmaterial verzichten.

Das Veröffentlichungswesen wurde im Januar 1951 neu geordnet, und zwar wurde eine Dreiteilung der »Berliner Statistik« eingeführt. Die Monatsschrift berichtete mit der Beilage »Zahlen aus Verwaltung und Wirtschaft« — wie bisher — regelmäßig über die vom Amt geführten Statistiken. Dazu kam als neue Veröffentlichungsreihe der »Sonderdienst« der Berliner Statistik. Hierin wurden die Arbeitsergebnisse der verschiedenen Fachgebiete sogleich nach ihrer Fertigstellung den interessierten Stellen in Tabellenform zugänglich gemacht. Die Ergebnisse der größeren Zählungen und Untersuchungen wurden in den »Sonderheften« der Berliner Statistik veröffentlicht. Ein halbes Jahr später wurde der »Sonderdienst« in »Quellenwerk« umbenannt. Die Quellenwerke wurden nach ihrem Inhalt geordnet, in Reihen eingeteilt und entsprechend numeriert.

Nachdem Kürtens Dienstzeit verlängert worden war, um seine Kenntnisse und Erfahrungen dem Amt noch weiter nutzbar zu machen, trat er am 30. September 1951 in den Ruhestand. In der langen Zeit seines Wirkens für die Berliner Statistik entfaltete er insbesondere eine fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit. Die Zahl seiner Beiträge und Schriften dürfte von keinem seiner Mitarbeiter erreicht worden sein, manche Veröffentlichungen des Amtes, wie z. B. die ersten Hefte der »Berliner Statistik«, enthalten praktisch ausschließlich Beiträge von ihm. Er begnügte sich nicht mit der Berichterstattung über die Zahlen, die ihm aus der Arbeit des Amtes zufließen. Er benutzte sie vielmehr zur Deutung der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, und hierzu bot sich ihm ja in den dramatischen Jahren seiner Dienstzeit überreichlich Gelegenheit. Seine viel beachteten Schriften zeichnen sich durch Klarheit und Objektivität der Darstellung aus, kritisch ging er den Dingen auf den Grund, und seine Fähigkeit, dem Wesentlichen nachzuspüren und die statistische Zahl als Mittlerin neuer Erkenntnisse zu nutzen, hat auf viele seiner Mitarbeiter befruchtend gewirkt, wie er überhaupt seinen Mitarbeitern zahlreiche Anregungen gab. Aber auch der Umstand, daß Kürten — selber ausgeglichen, gelassen und hilfsbereit — in turbulenten Zeiten der ruhende Pol war, hat ihm die Zuneigung vieler Mitarbeiter eingebracht.

Nach Kürtens Ausscheiden übernahm Senatsrat Dr. Franz Eppenstein die Schriftleitung der Amtsveröffentlichungen bis einschließlich Oktober 1954. Danach wurde sie von den Amtsleitern selbst wahrgenommen.

#### **Ende 1949 eröffnet das Statistische Bundesamt eine Berliner Zweigstelle**

Um einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu leisten und ehemaligen Mitarbeitern des früheren Statistischen Reichsamtes wieder eine Beschäftigung zu bieten, gründete das Statistische Bundesamt Wiesbaden Ende 1949 in Berlin eine Zweigstelle. Als ständiges Arbeitsgebiet für diese Zweigstelle trat das Berliner Amt im Juni 1950 die von ihm bis dahin bearbeitete Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und Westdeutschland, die sogenannte Berlinhandelsstatistik, ab. Außerdem wurden dieser Stelle wechselnde Sonderaufgaben übertragen. Sie wurde zunächst im »Bundeshaus« in der Bundesallee eingerichtet und zog später in den Lenzbau, Kurfürstenstraße 87.

#### **1949 fordert die Stadtverordnetenversammlung die Koordinierung der Berliner Statistik**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am 21. Juli 1949, die von den verschiedenen Stellen der Berliner Verwaltung geführten Statistiken zu koordinieren. Der Magistrat wurde ersucht, die statistischen Arbeiten bei den einzelnen Abteilungen zusammen mit dem Statistischen Amt abzustimmen, um die auf dem Gebiet der Statistik noch bestehende Zersplitterung und Doppelarbeit zu mindern. Zu diesem Zweck verhandelte das Hauptamt für Statistik mit den verschiedenen Abteilungen des Magistrats, inwieweit rein statistische Arbeiten, die bisher von den Abteilungen erledigt worden waren, auf das Statistische Amt zu übertragen seien. Auf diese Weise wurden z. B. Arbeiten aus den Gebieten der Wirtschaftsstatistik, des Bau- und Wohnungswesens, des Verkehrs- sowie des Gesundheitswesens dem Hauptamt für Statistik übertragen. Ein weiterer Versuch, den statistischen Dienst innerhalb der Berliner Verwaltung zu koordinieren, wurde einige Jahre darauf unternommen. Es handelte sich damals insbesondere darum, bisher von Fachverwaltungen geführte Statistiken, die nun zu den Bundesstatistiken gehörten, dem Statistischen Landesamt zu übertragen.

#### **Das Amt bezieht neue Diensträume im Nordstern-Haus**

Am 2. Oktober 1950 zog das Amt in das Gebäude der Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin-Schöneberg, Salzburger Straße 21-25, neben dem Schöneberger Rathaus um. Dort ist es in den zwei oberen Stockwerken und im Erdgeschoß, in dem die Lochkartenmaschinen stehen, untergebracht; außerdem wird der sogenannte »Dampfer«, das ausgebaute Dachgeschoß mit seinen rundlichen, Bullaugen ähnelnden Fenstern und dem Heizungsrohrsystem für Sondervorhaben und Ablagezwecke benutzt.

#### **Am 1. Oktober 1950 tritt die neue Verfassung von Berlin in Kraft**

Die neue Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 trat am 1. Oktober 1950 in Kraft. Die gesetzgebende Körperschaft ist das Abgeordnetenhaus mit 200 Mitgliedern. Da im Sowjetsektor freie Wahlen gegenwärtig nicht möglich sind, bleiben die ihm im Verhältnis der Einwohnerzahl für seine Abgeordneten zustehenden Plätze im Parlament unbesetzt. Das Abgeordnetenhaus wählt den Regierenden Bürgermeister und auf dessen Vorschlag den Bürgermeister und die Senatoren (z. Z. 11). Sie bilden den Senat von Berlin. Er ist die Berliner Landesregierung, und ihm untersteht unmittelbar die Hauptverwaltung. Berlin ist in insgesamt 20 Verwaltungsbezirke eingeteilt, von denen 12 in den Westsektoren liegen. Die Bezirke sind an der Verwaltung nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung beteiligt. Jeder Bezirk hat eine aus 45 Mitgliedern bestehende Bezirksverordnetenversammlung, welche die Kontrolle über die Verwaltung des Bezirks ausübt, jedoch kein Organ der Gesetzgebung ist. Sie wählt das aus dem Bezirksbürgermeister und 7 Bezirksstadträten bestehende Bezirksamt. Das Bezirksamt bildet die kollegiale Spitze der Bezirksverwaltung im engeren Sinne. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der Bezirksver-

ordnetenversammlung werden von den in Berlin wohnenden Deutschen am gleichen Tage jeweils für 4 Jahre gewählt.

Die ersten nach dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen fanden am 3. Dezember 1950 mit einer Wahlbeteiligung von 90,4 vH statt. Am 18. Januar 1951 wurde der bisherige Oberbürgermeister Ernst Reuter als Regierender Bürgermeister wiedergewählt. Nach seinem Tode am 29. September 1953 trat Dr. Walther Schreiber seine Nachfolge an. Auch die nächsten Wahlen am 5. Dezember 1954 endeten bei einer Wahlbeteiligung von 91,8 vH mit einem klaren Sieg der demokratischen Parteien. Die diesmal beteiligte kommunistische SED erhielt nur 2,7 vH der gültigen Stimmen. Zum neuen Regierenden Bürgermeister wurde Prof. Dr. Otto Suhr gewählt, der dieses Amt jedoch nur wenige Jahre — bis zu seinem Tode am 30. August 1957 — ausüben konnte. Sein Nachfolger wurde am 3. Oktober 1957 Willy Brandt.

Die dann folgenden Wahlen am 7. Dezember 1958 standen unter dem frischen Eindruck der am 27. November von den Sowjets erhobenen Forderung, West-Berlin innerhalb von 6 Monaten in eine sogenannte Freie Stadt umzuwandeln. Diesmal gingen sogar 92,9 vH aller wahlberechtigten Berliner an die Wahlurnen. Von den gültigen Stimmen entfielen 52,6 vH auf die SPD, 37,7 vH auf die CDU, 3,8 vH auf die FDP, 3,3 vH auf die DP und 0,7 vH auf die FDV. Die SED erhielt noch weniger Stimmen als bei der vorangegangenen Wahl, nämlich nur noch 1,9 vH. Willy Brandt wurde als Regierender Bürgermeister wiedergewählt.

#### **Das Amt führt seit dem 1. April 1951 den Namen Statistisches Landesamt Berlin**

Im Zusammenhang mit dem Neuaufbau der Berliner Verwaltung ordnete der Senator für Inneres in seiner Dienstblattverfügung 51/I Nr. 36 vom 31. März 1951 an, daß das Hauptamt für Statistik und Wahlen mit Wirkung vom 1. April 1951 die Bezeichnung Statistisches Landesamt Berlin führt. Das Landesamt wurde als Behörde mit bestimmtem Geschäftskreis der Dienstaufsicht des Senators für Inneres unterstellt; es unterstand nacheinander den Senatoren Dr. Müller, Fischer, Lipschitz und Albertz. Bis zum Neuaufbau der Verwaltung übte der Leiter der Abteilung Personal und Verwaltung, der damalige Stadtrat Theuner, die Dienstaufsicht über das Hauptamt für Statistik und Wahlen aus. Die Dienstaufsichtsgeschäfte führt jetzt die Abteilung I der Senatsverwaltung für Inneres, die von Senatsdirigent Dr. Kreutzer geleitet wird. Die Arbeitsgebiete Wahlwesen und Einwohnererfassung, die zum Hauptamt für Statistik und Wahlen gehört hatten, gingen auf die Senatsverwaltung für Inneres über.

#### **Eine neue »Statistische Ordnung« vom 23. Februar 1953 regelt die Zuständigkeiten des Landesamtes**

Die bald danach geschaffene neue »Ordnung der Statistik im Land Berlin (Statistische Ordnung)«<sup>20)</sup> datiert vom 23. Februar 1953. Sie bestimmt, daß nur das Statistische Landesamt für die Vorbereitung, Durchführung und Bearbeitung

der einmaligen und laufenden statistischen Erhebungen (einschließlich der Bundesstatistiken) in Berlin zuständig ist, ausgenommen sind Geschäftsstatistiken, die im Geschäftsgang der einzelnen Verwaltungen anfallen, sowie die Statistiken der Haushaltsrechnung, der Gemeindefinanzen und der Verbrauchsteuern, die von der Senatsverwaltung für Finanzen bearbeitet werden. Die Verwaltungen können jedoch auch ihre Geschäftsstatistiken ganz oder teilweise dem Statistischen Landesamt zur Erledigung übertragen. Auf diese Weise sollte die größtmögliche Rationalisierung der Berliner Statistik erreicht und Doppelarbeit vermieden werden. Die Statistische Ordnung sieht weiter vor, daß die Veröffentlichung der Ergebnisse statistischer Arbeiten dem Statistischen Landesamt obliegt.

Für die Bearbeitung statistischer Angelegenheiten wurden bei den Bezirksämtern keine besonderen Dienststellen mehr vorgesehen. Statt dessen wurden bei den Bezirkseinwohnerämtern besondere Sachgebiete, die sogenannten Stellen Statistik geschaffen, die die vom Statistischen Landesamt veranlaßten Statistiken durchzuführen haben. Sie wirken bei einigen laufenden Statistiken des Statistischen Landesamtes mit, z. B. bei der Industriebereichterstattung und bei der Statistik der Einzelhandelspreise, auch an der Durchführung der Landwirtschaftsstatistik nehmen sie teil. Besondere Anforderungen werden an diese Stellen bei Volkszählungen und anderen Großzählungen gestellt. Die ehemaligen bezirklichen Dienststellen Statistik und Wahlen haben — häufig unter schwierigen Verhältnissen — die ihnen gestellten Aufgaben erfolgreich ausgeführt. Ihre Tätigkeit ist um so höher zu bewerten, als ihre personalmäßige Besetzung oft unzureichend war.

#### **Berlin gleicht sich der Bundesstatistik an**

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Berliner Statistik in neuerer Zeit war der nach der Bildung der Bundesrepublik vollzogene Aufbau der Bundesstatistik. Zunächst bestimmte das Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes vom 4. Januar 1952, das sogenannte Dritte Überleitungsgesetz (BGBl. I S. 1) — nach der amtlichen Begründung das wichtigste Gesetz für Berlin seit dem Zusammenbruch »nächst seiner Verfassung« —, daß die allgemeinen statistischen Erhebungen des Bundes auch im Lande Berlin durchgeführt werden (§ 17). Das Dritte Überleitungsgesetz wurde von Berlin durch das Gesetz zur Übernahme des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes vom 12. Juni 1952 (GVBl. S. 393) übernommen. Der Anhang zum Berliner Übernahmegesetz enthält eine Liste der bis dahin im übrigen Bundesgebiet bereits angeordneten, einheitlich durchzuführenden Statistiken. Dieses schon bestehende Bundesrecht trat nach dem § 13 (2) des Dritten Überleitungsgesetzes in Berlin mit seiner Übernahme durch das Land Berlin in Kraft. Künftiges Bundesrecht — und damit auch künftige Bundesgesetze und Rechtsverordnungen über Bundesstatistiken —, dessen Geltung im Gebiet des Landes Berlin ausdrücklich bestimmt ist, ist nach dem § 13 (1) des Dritten Überleitungsgesetzes im Land Berlin binnen eines Monats nach seiner Verkündung im Bundesgesetzblatt oder im Bundesanzeiger gemäß Artikel 87 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Kraft zu setzen. Daher berufen sich die sogenannten

Berlinklauseln der Bundesgesetze auf die Bestimmungen des genannten § 13 (1) des Dritten Überleitungsgesetzes. Im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), das von Berlin durch Gesetz vom 16. Oktober 1953 (GVBl. S. 1287) übernommen wurde, wird im § 6 u. a. bestimmt, daß Bundesstatistiken durch Gesetze oder Rechtsverordnungen anzuordnen sind (s. Anhang).

Die geschilderte Entwicklung hatte weittragende Folgen für die Berliner Statistik, und zwar in materieller wie in formaler Hinsicht. Vor allem ergab sich die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für die Durchführung der Statistiken für Bundeszwecke auch in Berlin zu schaffen. Die bereits seit 1948 erstrebte Angleichung der Berliner statistischen Arbeiten an die in Westdeutschland geführten mußte nach der Konstituierung der Bundesrepublik im Jahre 1949 und insbesondere nach dem Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden. Diesen Bemühungen stellten sich manche Schwierigkeiten, die sich aus den besonderen Verhältnissen Berlins ergaben, in den Weg, und infolgedessen konnte ein kleiner Teil des Bundesprogramms zunächst nicht oder nicht vollständig erfüllt werden. Auch konnten beispielsweise Zahlenunterlagen für bis dahin in Berlin nicht geführte Statistiken nachträglich nicht mehr beschafft werden.

Dadurch, daß das Amt jetzt die Bundesstatistiken im Land Berlin grundsätzlich durchzuführen hatte, übernahm es in erweitertem Umfang landesamtliche Funktionen. Zu diesen gehörte auch die Mitwirkung bei den Beratungen über die Vorbereitung und Durchführung geplanter Bundesstatistiken im Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes, seinen Fachausschüssen und Arbeitskreisen<sup>27)</sup>.

Selbstverständlich hatten sich mit der Wandlung vom städtestatistischen Amt zum Statistischen Landesamt der Zweck der Berliner Statistik sowie Art und Umfang ihrer Arbeiten geändert. Früher bestimmten im wesentlichen die Bedürfnisse der Stadtverwaltung die Arbeiten des Amtes, doch war der Initiative und Weitsicht der leitenden Statistiker trotz des auch damals schon bestehenden Zwanges, mit den für statistische Zwecke bereitgestellten Mitteln hauszuhalten, ein Spielraum gelassen, der es nach Genehmigung durch die zuständigen Gremien erlaubte, teilweise recht umfangreiche Untersuchungen besonderer Art durchzuführen. Hier sei nur an die zahlreichen »zusätzlichen« bevölkerungsstatistischen Arbeiten unter Böckh erinnert, die ganz zweifellos auf seinen eigenen Forscherdrang zurückzuführen waren. Die Tatsache, daß das Amt früher einen großen Einfluß darauf ausübte, welche Arbeiten in Angriff genommen und wie sie durchgeführt werden sollten, erklärt sich daraus, daß es in dieser Zeit bei der Berliner Städtestatistik um die Frage ging, welche Zahlen der Verwaltung und anderen Konsumenten zu liefern seien, um auf den verschiedensten Gebieten neue Erkenntnisse zu gewinnen und namentlich um die Durchführung besonders dringlicher Vorhaben der Berliner Verwaltung zu fördern. Die Bundesstatistik muß dagegen nach einer Standardisierung ihres Programms trachten, weil die Wünsche der verschiedenen Konsumenten der amtlichen Statistik mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sowie

der personellen und technischen Kapazität der Statistischen Ämter in Einklang gebracht werden müssen. So kommt es, daß die heute in Berlin geführte Statistik gegenüber früher zwar vertieft und erweitert ist, daß sie aber unbeweglicher erscheint. Da der Umfang und die Verfahren der einzelnen Bundesstatistiken durch ihre Rechtsgrundlagen genau festgelegt sind, ist es heute auch sehr schwierig, zusätzliche Fragen im städtischen Interesse zu stellen. Zur Zeit gibt es 45 Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken, davon sind 27 Gesetze und 18 Rechtsverordnungen. Die treffende Bezeichnung für diese zweifellos vorliegende Schwerfälligkeit der Bundesstatistik haben die Statistiker selbst in dem Wort »Zementierung« gefunden. Die statistischen Spezialisten müssen sich heute in erster Linie mit dem Problem befassen, wie die immer neuen Fragen, die von den Konsumenten der Statistik an die Bundesstatistik gestellt werden, mit dem geringsten Aufwand beantwortet werden können. Bei dem Gewicht der umfangreichen Bundesstatistik müssen die landes- und kommunalstatistischen Vorhaben in den Hintergrund treten. Trotzdem ist die Zahl der außerhalb der Bundesstatistiken vom Berliner Amt zu leistenden statistischen Aufgaben noch erheblich. Auch die Sonderuntersuchungen und die im Wege der Amtshilfe für andere Verwaltungsstellen durchzuführenden Arbeiten sind beträchtlich.

#### **Bildung eines Statistischen Landesausschusses**

Um die Landesmeinung in statistischen Fragen für die Stellungnahme Berlins gegenüber den Bundesbehörden und anderen Stellen herbeizuführen, wurde — ebenfalls auf Grund der neuen Statistischen Ordnung — der Statistische Landesausschuß gebildet, zu dessen Aufgaben außerdem die Koordinierung und die Rationalisierung von Statistiken gehören. Da zu den Entwürfen zahlreicher Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken Stellung zu nehmen war, stand diese Tätigkeit des Landesausschusses im Vordergrund. Seine erste Sitzung fand am 13. Mai 1953 statt, bis Ende 1961 wurden insgesamt 34 Sitzungen abgehalten. Die Mitglieder des Ausschusses hatten nicht nur großes Verständnis für die Aufgaben des Amtes, sondern gaben auch wertvolle Anregungen, die für seine praktischen Arbeiten von Bedeutung waren. Bei den Verhandlungen zeigt es sich häufig, daß zur Bewältigung der besonders gelagerten Probleme Berlins außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich sind. Auch bei außerhalb der Bundesstatistiken liegenden statistischen Vorhaben wurden die Bedürfnisse Berlins weitgehend berücksichtigt. Die Verhandlungen des Ausschusses leitete Oberregierungsrat Erich Schmidt in Vertretung des Senators für Inneres.

#### **Am 1. Oktober 1954 wird Dr. Friedrich Kürbs Direktor des Amtes**

Nachdem der Direktor des Amtes, Dr. Treitschke, in den Ruhestand getreten war, wurde Professor Dr. Friedrich Kürbs ab 1. Oktober 1954 mit der Amtsleitung betraut; er hatte sie aber nur zwei Jahre bis zu seinem plötzlichen Tode am 4. Dezember 1956 inne. Kürbs, der am 2. September 1889 in Hannover geboren wurde, war zunächst kaufmännisch tätig. Nachdem er im ersten Weltkrieg schwer verwundet worden war, studierte er in Köln und promovierte 1920 mit seiner Arbeit »Der deutsche Speditionsverkehr nach Frankreich«. Anschließend war er im Reichswirtschaftsministerium und dann im Statistischen

Reichsamt tätig. Im Jahre 1930 habilitierte er sich an der Handelshochschule Königsberg und wurde dort 1931 beamteter a. o. Professor der Betriebswirtschaftslehre und Statistik. Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde er 1933 entlassen und betätigte sich anschließend bis 1937 freiberuflich als Wirtschaftsberater. In diesem Jahr folgte er einem Ruf nach Lima in Peru; hier wurde ihm zunächst die Reorganisation des Statistischen Zentralamtes Peru übertragen, außerdem erhielt er eine Professur an der dortigen Universität. Er leitete den Statistischen Staatsdienst Peru bis zur Kriegserklärung dieses Landes an Deutschland und nach dem Kriege bis 1950. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat er in das Berliner Statistische Amt ein und wurde 1952 Hauptreferent. Kurz vor seinem Ableben wurde er noch als »emeritierter ordentlicher Professor« rehabilitiert.

Kürbs' Hauptinteresse galt den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die ersten Arbeiten für eine Sozialproduktsberechnung für Berlin waren vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin durchgeführt worden. Hier machten sich Grünig, Arndt und Krengel um die Methodik und um die Zusammenstellung der ersten Ergebnisse verdient. Nach den zunächst vorgenommenen Schätzungen des Berliner Sozialprodukts trat die Bedeutung einer Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den Vordergrund. In den wirtschaftspolitischen Folgerungen, die schon die erste Analyse enthielt, wurde ein Wiederaufbauprogramm für die West-Berliner Wirtschaft auf lange Sicht (Longtermp lan) vorgeschlagen. Dieser Gedanke führte zur Bildung eines Ausschusses, dem Vertreter des damaligen Magistrats, der Berliner Zentralbank, der Industrie- und Handelskammer und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung angehörten. Die Arbeiten dieses Ausschusses förderten auch die Berliner Statistik. Da das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung durch die Arbeiten zur Berechnung des Sozialprodukts stark belastet wurde und da es sich mehr als bisher der Diagnose der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuwenden wollte, fand eine Arbeitsteilung zwischen dem Institut und dem Statistischen Landesamt dergestalt statt, daß dieses nun die laufenden Berechnungen übernahm. Der Überführung dieser Arbeiten und der Erstellung der ersten im Statistischen Landesamt vorgenommenen Sozialproduktsberechnungen widmete sich Kürbs eingehend, wobei er die vom Institut bisher geleistete Arbeit würdigte und sich bemühte, den Berechnungen des Amtes in zunehmendem Maße weitere statistische Ergebnisse zugrunde zu legen. Ferner befaßte er sich mit der Auswertung der großen Zählungen, insbesondere der Arbeitsstätten- und der Kostenstrukturerhebungen. Auch sozialstatistische Ergebnisse suchte er in seiner bisweilen eigenwilligen Art zu deuten und für die Praxis nutzbar zu machen. Seine Beiträge zeigten einen ungewohnten Zug: die Darstellung war ungezwungen und unkonventionell, ja, sie provozierte sogar gelegentlich. Seine Veröffentlichungen hatten einen besonderen Stil. In Kürbs' Amtszeit fiel auch die am 25. September 1956 durchgeführte Wohnungsstatistik, die organisatorisch wie eine Volkszählung durchgeführt wurde. Die sich im Frühjahr 1957 anschließende repräsentative Zusatzerhebung erlebte Kürbs jedoch nicht mehr.

Nach Kürbs' Ableben am 4. Dezember 1956 wurden die Amtsleitergeschäfte bis November 1957 von dem dienstältesten Abteilungsleiter Dr. Otto Schlier verantwortungsbewußt weitergeführt. Er war seit 1922 im Statistischen Reichsamt vor allem auf dem Gebiet der Verkehrsstatistik tätig und trat Ende 1949 in das Berliner Amt ein. Hier übernahm er die Leitung der wirtschaftsstatistischen Abteilung. Von ihm stammt eine große Zahl von Beiträgen in der »Berliner Statistik« und von viel beachteten Veröffentlichungen auf dem ihn besonders interessierenden Grenzgebiet zwischen Statistik und Geographie, so u. a. die Bücher »Das regionale Moment in der Statistik« und »Wegweiser zur Statistik«. Unter seiner Schriftleitung erschienen 1957 aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Monatsschrift »Berliner Statistik« zusammenfassende statistische Berichte über die Nachkriegsentwicklung Berlins und baustatistische Beiträge zur Internationalen Bauausstellung in Berlin. In diesem Jahre wurden auch die Wohnungsstatistik 1956/57 und der erste Mikrozensus aufbereitet und ausgewertet. Besondere Verdienste erwarb sich Schlier beim Aufbau der Transportstatistik der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Luxemburg) und in den Ausschüssen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover). Durch seine Tätigkeit in der Interimszeit stellte er die Kontinuität des Arbeitsprogramms des Amtes sicher und erleichterte damit dem neuen Amtsleiter die Übernahme der Geschäfte.

#### **Am 1. Dezember 1957 übernimmt Dipl. Math. Karl Heinz Katsch die Leitung des Amtes**

Zum 1. Dezember 1957 wurde Dipl. Math. Karl Heinz Katsch zum neuen Direktor des Amtes bestellt. Katsch wurde am 19. Mai 1913 in Berlin geboren. Er studierte Volkswirtschaft, Versicherungsmathematik und mathematische Statistik an den Universitäten Berlin und Göttingen und begann seine berufliche Laufbahn in Berlin. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft trat er am 19. Februar 1946 in das Statistische Landesamt Württemberg-Baden in Stuttgart ein. Hier widmete er sich als stellvertretender Amtsleiter dem Wiederaufbau dieses Amtes. Seine besonderen Interessen galten den Index- und Stichprobenmethoden sowie den Sozialstatistiken und den Statistiken des Bau- und Wohnungswesens, die er im Statistischen Ausschuß beim süddeutschen Länderrat der US-Zone methodisch mit aufbauen half. Am 1. November 1952 folgte er einem Ruf des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden und arbeitete hier als Hauptreferent in seinem bisherigen Fachgebiet weiter. So leitete er u. a. die von diesem Amt in den Jahren 1953 bis 1955 durchgeführte repräsentative Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger, bei welcher zum ersten Male in der deutschen amtlichen Statistik Interviewer eingesetzt wurden.

Katsch trat für eine möglichst weitgehende Erfüllung des Programms der Bundesstatistiken ein, erkannte aber auch die Notwendigkeit, die statistischen Bedürfnisse des Landes Berlin und die der Bezirksämter durch Gewährung von Amtshilfe und durch Bereitstellen von Zahlenunterlagen befriedigen zu helfen. Größere landes- und kommunalstatistische Vorhaben wurden auf diese Weise unterstützt und ihre Durchführung hierdurch überhaupt erst ermöglicht. Der von

ihm angestrebten Rationalisierung der Amtsarbeiten dienten die intensive Mitwirkung bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken, namentlich bei der Klärung grundsätzlicher, methodischer und technischer Fragen, sowie die Straffung der Aufbereitungs- und Auswertungsarbeiten.

#### Das heutige Arbeitsgebiet des Amtes

Es würde zu weit führen, im einzelnen auf alle Statistiken, die hundert Jahre nach der Gründung des Berliner städtestatistischen Bureaus vom Statistischen Landesamt bearbeitet werden, einzugehen. Um aber einen Eindruck von der Vielfalt der Aufgaben zu vermitteln, die heute zu bewältigen sind, soll im folgenden ein zusammenfassender Überblick über die vom Amt bearbeiteten Statistiken gegeben werden.

Auf die Bundesstatistiken entfällt gegenwärtig der Hauptteil der Amtsarbeiten. Die regelmäßig in zweijährlichen oder kürzeren Zeitabständen durchzuführenden Bundesstatistiken gehen aus dem nachstehenden Verzeichnis hervor:

1. Bevölkerung: Bevölkerungsstand — Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Legitimationen — Kriegssterbefälle — Rechtskräftige Urteile in Ehesachen — Wanderungen — Ausländer — Mikrozensus
2. Gesundheitswesen: Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten — Neuerkrankungen an Tb — Geschlechtskrankheiten — Krankenanstalten — Heil- und Pflegepersonen — Todesursachen
3. Kultur: Allgemeinbildende Schulen — Berufsbildende Schulen — Lehrerbildende Anstalten — Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen — Große Hochschulstatistik — Kleine Hochschulstatistik — Hochschulprüfungen
4. Rechtspflege: Tatermittlung — Strafverfolgung — Justiz
5. Sport: Turn- und Sportstätten
6. Ernährung und Landwirtschaft: Bodennutzung — Gemüse und Obst — Pflanzenbestände in Baumschulen — Ernteberichterstattung — Allgemeine Viehzählung — Schlachtungen und Schlachtgewichte — Schlacht- tier- und Fleischbeschau — Tierseuchen — Milcherzeugung und -verwendung — Fischereifangergebnisse
7. Unternehmen: Eintragungen und Löschungen von Kapitalgesellschaften — Kostenstrukturerhebungen
8. Industrie und Handwerk: Industriebericht — Zusatzerhebung zum Industriebericht — Industrielle Produktion — Produktionseilbericht — Produktionsindex — Schiffbaubericht — Industrielle Stromerzeugungsanlagen — Anlagen zur Erzeugung und Umwandlung gasförmiger Brennstoffe in der Industrie — Handwerk
9. Bautätigkeit, Wohnungswesen und Bauwirtschaft: Baugenehmigungen — Baubeginne — Baufertigstellungen — Bauüberhang — Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau — Wohnungsbestand — Von ausländischen Streitkräften benutzte Gebäude und Wohnungen — Wohnraumvergaben — Monatsbericht für das Baugewerbe — Totalerhebung im Baugewerbe — Tiefbau

#### Referentenbesprechung



Von links nach rechts: Nabiar, Frau Gerth, Thieke, Gläser, Gaßmann, Frau Dr. Weth, Ladegast, Dr. Schlier, Katsch, Dr. Zimmermann, Dr. Bollert, Dr. Korgitzsch, Fisch, Frau Dr. Zastrow, Glowinski, Frau Dr. Conradus, Ehling

#### Verwaltungsbesprechung



Von links nach rechts: Banholzer, Semmler, Vogt, Schurz, Ehling, Fräulein Lorenz, Eberhard, Rehse, Frau Bachnick, Geske



dem die Wahlstatistik, die Statistik der Bestandsentwicklung der Gewerbebetriebe, die Berechnung der Indexziffer der Aktienkurse, die Grundbesitzwechselstatistik und viele andere mehr.

Zu den vom Amt durchgeführten Kommunalstatistiken gehören auch einmalige Arbeiten; sie nehmen zum Teil einen beträchtlichen Umfang an. Im Frühjahr 1956 wurde beispielsweise vom Schulamt Kreuzberg eine Erhebung über die persönlichen und Umweltverhältnisse der Schüler durchgeführt, die vom Statistischen Landesamt gefördert und hier aufbereitet wurde. Die Ergebnisse brachten wertvolle Angaben über die familiäre Situation, die Wohnverhältnisse, den Gesundheitszustand und die Beanspruchung der Schüler durch Schule, soziale Gegebenheiten und eine zum Teil unzweckmäßige Freizeitgestaltung. Da nicht genau bekannt war, inwieweit die Wohnungsuchenden, die in der Zeit von der Antragstellung bei den Wohnungsämtern bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sowie über ein soziales Wohn- und Mietrecht am 1. Juli 1960 den Wohnungsbedarf entweder selbst befriedigt hatten oder inwieweit dieser Bedarf inzwischen entfallen war, wurden ferner auf Veranlassung des Senators für Bau- und Wohnungswesen vom Juni 1960 bis zum Frühjahr 1961 alle in den Wohnungsuchendenkarteien der Wohnungsämter vermerkten Wohnungsuchenden von Interviewern über die Art ihres Wohnraumbedarfs sowie über die gezahlte und angestrebte Miete befragt. Diese Erhebung, an der das Amt durch Mitwirkung an der Aufstellung des Fragenprogramms und an der Schulung der Interviewer beteiligt war und für die es die Aufbereitung der Befragungsergebnisse übernommen hatte, führte zu dem Ergebnis, daß in Berlin (West) Ende 1960 noch 175 200 Wohnungsuchende einen Wohnungsbedarf geltend machten.

Einen nicht zu übersehenden Arbeitsaufwand verursachen weiterhin die zahlreichen Geschäftsstatistiken. Diese beruhen auf regelmäßigen Anschreibungen der Senatsverwaltungen, der Bezirksämter oder anderer Stellen. Die dem Statistischen Landesamt zugeleiteten Ergebnisse werden von ihm entweder gesammelt und bei Bedarf an Interessenten weitergegeben oder auch bearbeitet und regelmäßig veröffentlicht. Geschäftsstatistiken fallen u. a. aus folgenden Gebieten an: Gesundheitswesen, Kultur, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Berufsverbände, Verkehr, Geld und Kredit, öffentliche Sozialleistungen und nicht zuletzt städtische Werke und Betriebe.

Ein größeres neues Aufgabengebiet erwuchs dem Amt durch die vierteljährliche Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, die unter der Bezeichnung Mikrozensus seit 1957 als Bundesstatistik durchgeführt wird. Sie befragt im Wechsel 1 vH aller Haushalte und gewährt bedeutsame Einblicke in soziale Tatbestände, insbesondere in die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung.

Nachdem bereits 1955 auf Veranlassung des Internationalen Arbeitsamtes und 1957 mit der damaligen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung die sogenannten Lohnnebenkosten, d. s. die sozialen Nebenleistungen der Unternehmen, ermittelt worden waren, wurde im Jahre 1959 ebenfalls für internationale Vergleichszwecke eine Erhebung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten

Einer der Büroräume für manuelle Arbeiten







In der Volkszählungsstelle

in verschiedenen Industriezweigen durchgeführt. Diese Statistik stellte insofern etwas Neues dar, als ihr kein Bundesgesetz zugrunde lag, vielmehr hatte der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diese repräsentative Befragung für seine Mitgliedstaaten durch Verordnung in die Wege geleitet. Für das Jahr 1960 wurde eine weitere Erhebung dieser Art vorgenommen.

#### **Einteilung der Fläche Berlins in Statistische Gebiete und Anlage einer Zentralen Betriebskartei**

Da die historisch bedingte Einteilung der Fläche von Berlin in Verwaltungsbezirke und Ortsteile die statistischen Belange auf die Dauer nicht befriedigte und andererseits die Gliederung des West-Berliner Gebietes in rd. 8 000 Wohnblöcke infolge der Vielzahl der Einheiten für die meisten Statistiken zu weit geht, wurde eine Bereichsabgrenzung vorgenommen, mit deren Hilfe die Ergebnisse von Totalstatistiken zwar tief gegliedert, dabei aber noch übersichtlich dargestellt werden können. In Zusammenarbeit mit anderen an einer solchen Einteilung interessierten Stellen wurde die Fläche von Berlin (West) im Jahre 1960 in nahezu 100 Statistische Gebiete eingeteilt, deren Grenzen die der Verwaltungsbezirke und der Ortsteile unangetastet lassen. Bei der Bildung der Statistischen Gebiete wurden unter Berücksichtigung des amtlichen Bau-nutzungsplans möglichst weitgehend Arbeitsgebiete (Industrieräume, Geschäftszentren) von Wohngebieten getrennt. Diese Neugliederung wurde in Form eines Stadtplanes veröffentlicht.

Zur Vereinfachung der künftigen Arbeiten begann das Berliner Amt als erstes Landesamt im Jahre 1959 mit der Anlage einer Zentralkartei, in die alle Unternehmen und Betriebe mit ihren Anschriften und wichtigsten Angaben aufgenommen wurden. Sie soll u. a. als Auswahlunterlage für Stichproben-erhebungen und der angestrebten einheitlichen wirtschaftssystematischen Zuordnung der Unternehmen und Betriebe in den verschiedenen Statistiken dienen.

#### **Die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961**

Besonders hohe Anforderungen an das Amt stellt die Bearbeitung der jüngsten Volkszählung am 6. Juni 1961 in West-Berlin. Dieses zur Weltzählung gehörende Vorhaben umfaßt — ähnlich wie die Erhebung vom Jahre 1950 — außer der Volks- und der Berufszählung eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und einen Verkehrszensus. Ferner wurden auch die bewohnten Gebäude festgestellt. Die Gebäudeliste, die für die bewohnten Gebäude die notwendigen Unterlagen lieferte, diente zugleich der Ermittlung der Wohnverhältnisse, namentlich was die Ausstattung der Wohnungen anlangte. Obwohl diesmal keine Wohnungszählung mittels besonderer Wohnungsbogen mit der Volkszählung gekoppelt war, werden wertvolle wohnungsstatistische Feststellungen erarbeitet werden können, die vor allem für die Verbesserung des Altwohnungsbestandes nützlich sein können.

Das Amt wurde zur obersten Erhebungsstelle in Berlin bestimmt; es bereite die Zählung vor, bearbeite die Zählpapiere und werde die Ergebnisse auswerten. Die Zählung selbst wurde von den Bezirkseinschreibern durchgeführt, die zu diesem Zweck besondere Zählungsdienststellen eingerichtet

hatten. Diese teilten die Verwaltungsbezirksgebiete in Zählbezirke ein, regelten den Einsatz der Zähler und überwachten das Verteilen und das Wiedereinsammeln der Zählpapiere; außerdem hatten sie die ausgefüllten Erhebungspapiere vorzuprüfen und ein erstes Ergebnis der Bevölkerungszahl zusammenzustellen. Als eine wichtige vorbereitende Arbeit fertigten die Bezirksämter schon im Oktober 1960 Grundstücksverzeichnisse an, die u. a. als Unterlage für die Zustellung der Gebäudelisten bei der Durchführung der Gebäudevorerhebung dienten.

32 000 Zähler mußten in Berlin (West) gewonnen werden, auf jeden einzelnen kamen im Durchschnitt 32 Haushalte. Auf Anordnung des Senators für Inneres betätigten sich als Zähler Beamte und Angestellte der Berliner Behörden einschließlich der Lehrer. Außerdem beteiligten sich Beamte und Angestellte der Dienststellen des Bundes und auch Schüler der Oberklassen der Oberschulen Wissenschaftlichen Zweiges an der Ausübung dieses Ehrenamtes. Die Zähler wurden in besonderen Versammlungen in ihre Tätigkeit eingeführt.

Die bei dem Zählwerk von 1961 verwendeten Erhebungspapiere kamen in einer für die Berliner bisher ungewohnten Form heraus: die Antworten waren — soweit dies möglich war — bereits vorgedruckt und mit Kästchen versehen worden, so daß die zutreffende Antwort nur angekreuzt zu werden brauchte. Diesem Verfahren hatte die Bevölkerung in Probezählungen, die in den Jahren 1959 und 1960 vorgenommen worden waren, zugestimmt.

In der Berliner Haushaltsliste wurden zusätzlich zum bundeseinheitlichen Zählungsprogramm an die Inhaber eines Personenkraftwagens Fragen über die Unterstellung des PKWs in der Nacht und über den Zeitaufwand für den Fußweg bis zum Abstellplatz gerichtet, um Unterlagen für die Lösung der Parkprobleme zu gewinnen.

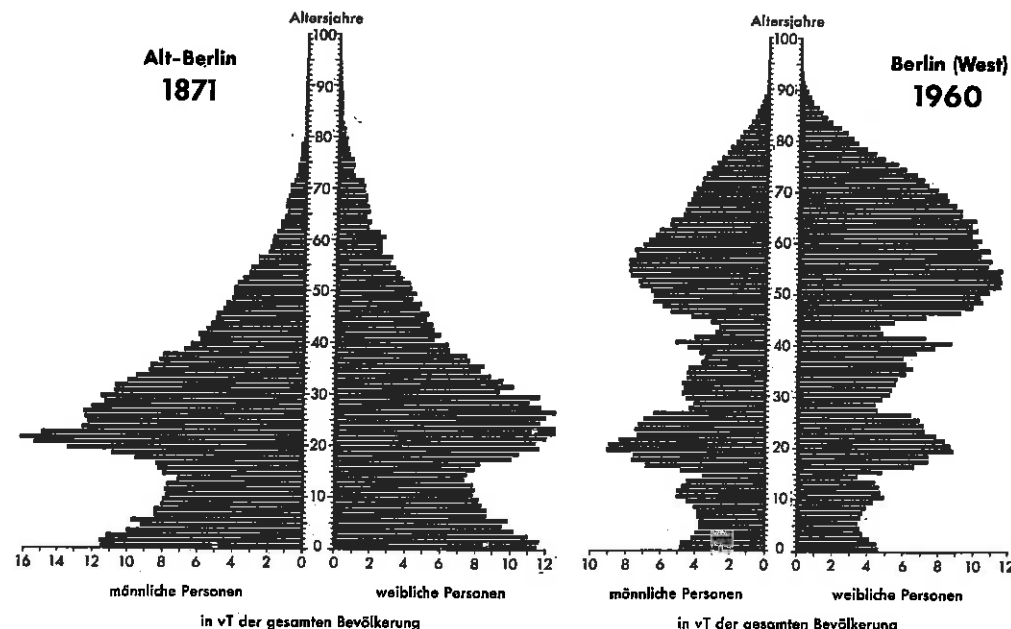
Für die Aufbereitung der Fragebogen ist ein besonderes Zählbüro im sogenannten Bendlerblock, Stauffenbergstraße 11-13, eingerichtet worden. Zahlreiche zusätzliche Arbeitskräfte — in den Monaten des größten Arbeitsanfalles werden es über 200 sein — sind hier damit beschäftigt, die ausgefüllten Erhebungsbogen zu prüfen und sie für die maschinelle Bearbeitung vorzubereiten. Die anzufertigenden Lochkarten werden mit Hilfe einer für die Volkszählungsarbeiten gemieteten modernen elektronischen Datenverarbeitungsmaschine ausgewertet werden.

Der Volkszählung waren bereits zwei zum gesamten Zählwerk gehörende Totalzählungen vorausgegangen, und zwar eine Landwirtschaftszählung am 31. Mai 1960 und eine Handels- und Gaststättenzählung im August und im September 1960.

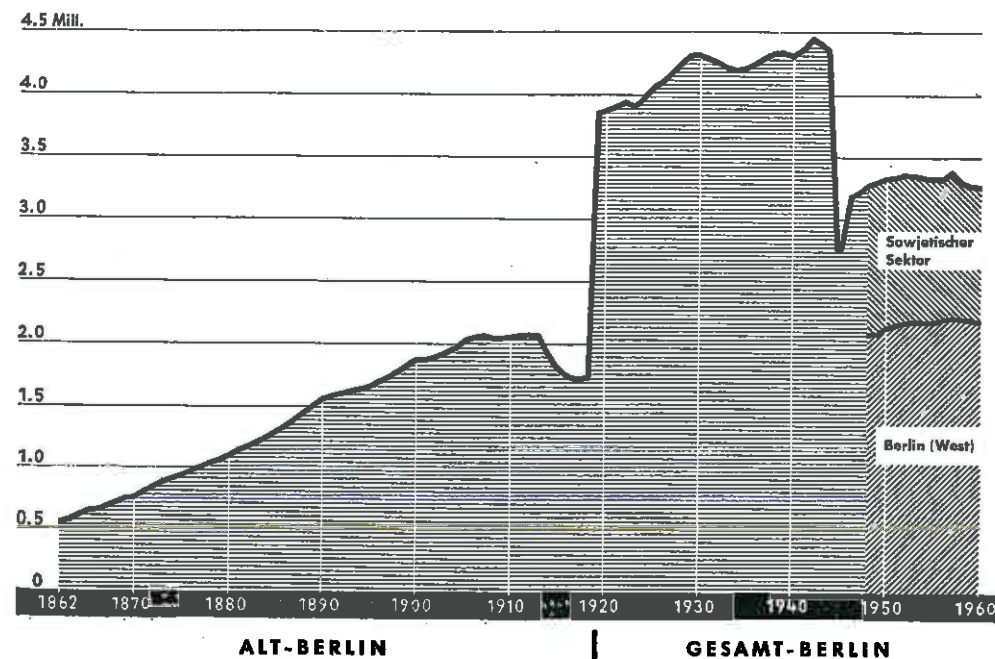
#### Die heutigen Veröffentlichungen des Amtes

Das Veröffentlichungswesen wurde nach einer Übereinkunft der Statistischen Landesämter neu geordnet. Danach erscheint die Monatsschrift unter der alten Bezeichnung »Berliner Statistik« weiter. Die bisherige Beilage »Zahlen aus

#### Altersaufbau der Berliner Bevölkerung 1871 und heute



#### Bevölkerungsentwicklung Berlins seit Bestehen des Statistischen Amtes



Verwaltung und Wirtschaft« kommt seit Januar 1956 unter dem neuen für alle Landesämter einheitlichen Titel »Zahlenspiegel« heraus. In dieser Veröffentlichung werden die im sogenannten Mindestprogramm der Länder vorgesehenen Zahlenangaben ohne Text gebracht und die zu dem Programm gehörenden Positionen besonders gekennzeichnet. Die bisherigen »Quellenwerke« heißen nun »Statistische Berichte«. Auch sie wurden inhaltlich und im Hinblick auf die Gliederung des Zahlenstoffes der erwähnten Übereinkunft der Landesämter angepaßt. In den Statistischen Berichten werden den interessierten Stellen regelmäßig die Ergebnisse der laufenden Statistiken in tiefer Gliederung möglichst schnell nach ihrer Fertigstellung geliefert. Die 15 Reihen der Statistischen Berichte behandeln folgende Gebiete: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit — Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen — Land- und Forstwirtschaft, Fischerei — Unternehmen und Arbeitsstätten — Industrie und Handwerk — Bauwirtschaft, Gebäude, Wohnungen — Handel — Verkehr — Geld und Kredit — Öffentliche Sozialleistungen — Finanzen und Steuern — Preise und Preisindexziffern — Löhne und Gehälter — Verbrauch — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Weiterhin erscheint regelmäßig das »Statistische Jahrbuch Berlin«, dessen 324 Seiten starke Ausgabe von 1961 außer der einleitenden zusammenfassenden Übersicht und den geographischen Angaben 23 Abschnitte mit Tabellen über die wichtigsten vom Amt bearbeiteten Gebiete aufweist.

Die Reihe der »Sonderhefte« mit besonders umfangreichem statistischem Material wird fortgesetzt. Bis Ende 1961 erschienen 86 Nummern. In den Sonderheften werden z. B. die Ergebnisse der großen Zählungen und der Wahlen, ferner eingehende bevölkerungs-, sozial- und wirtschaftsstatistische Arbeiten veröffentlicht. Im Sonderheft 66 wurden die bei der Wohnungsstatistik 1956 ermittelten Zahlen der Wohnungen, der Haushalte und der Wohnbevölkerung nicht nur in der Gliederung nach Verwaltungsbezirken, Ortsteilen und Polizeirevieren, sondern auch nach Wohnblöcken gebracht und für diese auch die Zahlen der Einwohner je Hektar der Nettowohnbaufläche ausgewiesen. Das Heft enthält außerdem Pläne, aus denen die Lage und die Grenzen der Wohnblöcke zu ersehen sind.

Da Lehrkräfte und Schüler sowie sonstige Besucher des Amtes — vor allem auswärtige — immer wieder um Unterlagen baten, die sie für die Vorbereitung ihres Besuchs unserer Stadt benutzen könnten, wurde im Jahre 1958 ein Heft unter dem Titel »Berlin — ein Streifzug durch seine Statistik« herausgebracht, das den Besuchern, die sich für die Berliner Statistik und für die sozialen und wirtschaftlichen Belange Berlins interessieren, zur Verfügung gestellt wurde. Dieses Heft erschien 1960 in einer Neuauflage und wurde später durch die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt herausgebrachte Broschüre »Berlin — Zahlen, Stichworte, Tabellen« ersetzt.

Das wichtigste Organ des Amtes ist nach wie vor die Monatsschrift »Berliner Statistik«, sie ist wohl auch, wenn man den Widerhall als Maßstab nehmen darf, den sie in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit gefunden hat, das beliebteste. Die »Berliner Statistik« ist das lebendige Spiegelbild der Arbeiten

des Amtes. Im Grunde erstrebt die Zeitschrift das gleiche wie zu der Zeit, als Kürten ihr erstes Heft erscheinen ließ, und in der Zielsetzung hat sich auch gegenüber den früheren »Berliner Wirtschaftsberichten« nicht viel geändert, wenn sich auch die äußeren Formen gewandelt haben. Die »Berliner Statistik« will zuverlässige, nach methodisch einwandfreien Verfahren gewonnene Zahlen über Berlin der Verwaltung, der Wirtschaft, der Wissenschaft und allen übrigen Interessenten zur Verfügung stellen, und zwar in einer allgemeinverständlichen Form. Die Zahlen erscheinen hier in übersichtlichen Tabellen, und textliche Erläuterungen und Graphiken bringen dem Leser die hinter den Zahlen stehenden Zusammenhänge, die Ursachen und Auswirkungen näher. Die Monatsschrift enthält gewöhnlich einen oder mehrere Leitartikel über Themen, die außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über die verschiedenen Arbeitsgebiete des Amtes liegen. Die Berichte über die letzteren beanspruchen jedoch den größeren Teil der Hefte. Den Leitartikeln werden seit 1959 die wichtigsten Ergebnisse aus der neuesten Zeit in kurzer textlicher Form vorangestellt. Eine Chronik des Berliner Geschehens und Besprechungen von Büchern und sonstigen statistischen Veröffentlichungen vervollständigen den Inhalt.

In den Beiträgen und insbesondere in den Leitartikeln werden die Hauptergebnisse der großen Zählungen und sonstigen Statistiken besprochen. Auch zusammenfassende Ergebnisse mehrerer Jahre werden veröffentlicht, wie z. B. »Die Bevölkerungsentwicklung in Berlin sowie im Bundesgebiet und in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Kriege«, »Die Bevölkerung in den Randzonen von Groß-Berlin 1939 bis 1935« oder »Strukturelle Veränderungen im Berliner Wirtschaftsleben 1952 bis 1958« und »Die Größengliederung der Berliner Unternehmen 1954 bis 1957 nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistiken«. Außer Untersuchungen über die langfristige Entwicklung der Verdienste, der Preise und der Preisindexziffern wurden Beiträge mit Ergebnissen von Geschäftsstatistiken anderer Stellen gebracht, wie z. B. die über die Kriegsopferversorgung, die Wiedergutmachung oder den Besuch der Filmtheater. In der »Berliner Statistik« erschienen weiterhin Ergebnisse von Untersuchungen über Fragen, die Berlin besonders berührten. Es seien — um nur einige wenige Beispiele zu nennen — die Abhandlungen über den Wiederaufbau der Industrie in Berlin (West) nach dem Zusammenbruch, über die Versorgung Berlins mit Milch, Fleisch und Fischen, den Interzonenhandel, Straßenverkehrsunfälle, die Gestaltung des Wohnungswesens, das Berliner Schul- und Hochschulwesen und andere kulturelle Einrichtungen erwähnt; hierzu rechnen auch die Ergebnisse der steuerstatistischen Arbeiten und die Veröffentlichungen des Berliner Aktienindex, der nach einem mit der Berliner Bank A. G. vereinbarten Verfahren berechnet wird. Besonders aktuelle Themen waren beispielsweise: »Tariflohnsätze und tatsächliche Verdienste in Berlin (West) und in der Bundesrepublik«, »Zur Forderung der Lohnangleichung West-Berlins an die Bundesrepublik«, »Ist es in Berlin teuer geworden?«, »Das West-Berliner Preisklima und der Käuferstreik«, »Hat der Lebenshaltungsindex heute noch Aussagekraft?« und »Berlin (West) im Spiegel bevölkerungsstatistischer Daten einiger europäischer Hauptstädte«. Einer Reihe von Artikeln lagen regionale

Strukturuntersuchungen zugrunde, die sich nicht auf Berlin beschränkten, wie beispielsweise denen über »Das gesamtdeutsche Standortbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige«, über »Die Standortverteilung von Handel und Verkehr im gesamtdeutschen Raum«, über »Die Stellung Berlins unter den Zentren Deutschlands« und über »Die agrarisch-industrielle Struktur Deutschlands«. Auch Ergebnisse von Vorausberechnungen wurden veröffentlicht, so erschien die Sterbetafel von 1949/51, ferner die vorausgeschätzte Entwicklung der Bevölkerung von Berlin (West) bis 1975 und die Ergebnisse einer Berechnung der Heiratswahrscheinlichkeiten lediger Personen. Schließlich wurden auch technische Themen, wie z. B. »Das maschinelle Berichtswesen«, oder organisatorische Probleme, wie »Die Vorarbeiten für die Durchführung von Bundesstatistiken in der Bundesrepublik und in West-Berlin«, behandelt.

Die Beiträge werden von den Mitarbeitern des Amtes verfaßt, die diese zu ihren Dienstobliegenheiten gehörende — und somit nicht honorierte — Tätigkeit teilweise außerhalb der eigentlichen Dienstzeit ausüben. Aber auch Angehörige anderer Verwaltungen liefern vereinzelt Beiträge. Infolge der begrenzten Mittel, die für Veröffentlichungen zur Verfügung stehen, können die Texte heute nur noch auf das Wesentlichste eingehen; besonderen Wert legt die Amtsleitung darauf, daß die Beiträge in übersichtlicher, gelockerter und in einer den Leser ansprechenden Form geboten werden.

#### Die Maschinenanlage des Amtes leistet anderen Verwaltungen Amtshilfe

Die Spaltung Berlins traf das Referat Maschinelle Aufbereitung besonders schwer, weil die amtseigenen Powers-Lochkartenmaschinen in der Liebknechtstraße zurückgelassen worden sind. Nach der Übersiedlung in die Mecklenburgische Straße mußte daher ein neuer Maschinenpark aufgebaut werden. Hierbei berücksichtigte man nach Möglichkeit die technische Weiterentwicklung. So wurden zunächst außer 2 Sätzen mechanischer, nur mit Leitkammern versehener Powers-Maschinen für Lochkarten mit 45 bzw. 90 Ziffernreihen 2 Sätze elektromagnetischer, beliebig schaltbarer Hollerith-Maschinen (IBM) für Lochkarten mit 80 Ziffernreihen aufgestellt. Die hierdurch eingetretene Doppelgleisigkeit brachte manche organisatorische Schwierigkeit mit sich, um so mehr, als die westdeutschen Länder nur mit elektromagnetischen Maschinen arbeiteten. Da die Tabellenprogramme mit der zunehmenden Angleichung der statistischen Arbeiten an die in Westdeutschland durchgeführten Statistiken umfangreicher und komplizierter wurden und da auf der anderen Seite das starre mechanische Lochkartensystem nicht modernisiert wurde, mußte ein Arbeitsgebiet nach dem anderen auf die schaltbaren und technisch ständig verbesserten IBM-Maschinen verlegt werden. Die Weltzählung von 1950 führte zu einer besonders starken Belastung der maschinellen Aufbereitung. 4 IBM-Tabelliermaschinen Type D 11 wurden mit Zusatzmaschinen gemietet. Sie arbeiteten für die Dauer der Zählung in Doppelschicht. Der zusätzliche Personalbedarf hierfür belief sich auf 89 Personen.

Die technische Weiterentwicklung der bisher nur numerisch arbeitenden Tabelliermaschinen zur alphabet- und numerisch schreibenden Tabelliermaschine

Repro-Kamera



Montage



#### In der Druck- und Vervielfältigungsabteilung





## In der Lochkartenabteilung



Loch- und Prüfmaschinen



Sortier- und Schneidemaschinen



Auswertungs- und Tabelliermaschinen

brachte die Möglichkeit, den Maschinenpark in größerem Umfang auch für andere Stellen gegen Erstattung der Kosten einzusetzen. Von 1951 an wurde z. B. die maschinelle Abwicklung der Versorgungszahlungen für rd. 70 000 Fälle übernommen. In den Jahren 1952 bis 1955 wuchsen diese laufend durchzuführenden Auftragsarbeiten ständig an. So wurden für den Senator für Finanzen der monatliche Kassenabschluß und die Jahresendabrechnung der Landeshauptkasse sowie die der Bezirks- und sonstigen selbständig abrechnenden Kassen, ferner die jährliche tabellarische Aufbereitung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes vom Entwurf bis zur endgültigen Fassung bearbeitet. Außerdem wurden für die Technische Universität die Kolleggeld- und die Dozentenabrechnung und für die Berliner Stadtentwässerung die Betriebskostenrechnung vom Amt maschinell durchgeführt. Diese Arbeiten haben im Laufe der Jahre an Umfang wesentlich zugenommen. Von den vielen einmaligen Auftragsarbeiten seien erwähnt: der Sondernachweis der GARIOA-Mittel für den Senator für Finanzen, die Stellenplanaufbereitung für das Organisationsamt bei Inkrafttreten des Beamtengesetzes, die Untersuchung des Gasverbrauchs und die Verbrauchstatistik für die Gasag, die Kirchensteueruntersuchungen aus der Lohnsteuerstatistik 1950 für den Synodalverband und die Diagnosenstatistik für den Senator für Gesundheitswesen. Zahlreich waren auch die einmaligen Arbeiten für Untersuchungen wissenschaftlicher Institute, wie z. B. die für das Handbuch »Die Deutsche Presse«, für eine Wohnheimuntersuchung, für eine Lohn- und Gehaltsanalyse Berlin/Hamburg, ferner für eine Untersuchung der Todesursachen in der Heilanstalt Wittenau, für die Krebsforschung, für Gehöruntersuchungen und über die berufstätigen Mütter.

Die Maschinelle Aufbereitung wurde im Jahre 1954 durch die Anmietung der Elektronen-Statistik-Maschine Type 101 wesentlich rationalisiert, so daß 3 Tabelliermaschinen der Type D11 abgegeben werden konnten. Weitere Rationalisierungen wurden vom Amt dadurch angestrebt, daß zunächst für die Versorgungszahlungen durch ein programm- bzw. elektronisch gesteuertes Aggregat, bestehend aus Rechen-, Stanz- und Schnelldruckeinheiten, die Berechnung und Festsetzung der Bruttoversorgung im Einzelfall, ferner die Brutto-Nettorechnung im Einzelfall und die monatlichen Versorgungszahlungen und Abrechnungen vorgenommen werden sollten. Der hierfür vom Amt bereits gemietete Magnettrommelrechner Type 650 wurde dann wegen Platzmangels nicht im Statistischen Landesamt, sondern beim Senator für Inneres aufgestellt, gleichzeitig wurde das Arbeitsgebiet »Versorgungszahlungen« mit dem dazugehörigen Loch- und Maschinenpersonal dem neuen »Rechenzentrum« übertragen. Zur Modernisierung des vorhandenen Maschinenparks wurden in den Jahren 1959 und 1960 Tabelliermaschinen verschiedener Typen in solche einer Type mit einheitlicher Ausrüstung umgetauscht. Infolge der größeren Rechenkapazität und der höheren Geschwindigkeit der neuen Type 421 S konnten die Liefertermine verkürzt werden, außerdem wurde die letzte noch vorhandene Tabelliermaschine vom Typ D11 eingespart. Für die Volkszählung 1961 wurde die elektronische speicherprogrammierte und datenverarbeitende Rechenanlage Type IBM 1401 gemietet, die im Dezember 1961 aufgestellt wurde.

## Auch das graphische Referat wird von vielen Dienststellen in Anspruch genommen

Das graphische Referat bearbeitet bevorzugt die Graphiken für die Veröffentlichungen des Amtes, insbesondere werden die Textgraphiken und die Titelblätter der »Berliner Statistik« entworfen und ausgeführt. Auch die in der mit dem Presse- und Informationsamt gemeinsam herausgegebenen Broschüre »Berlin — Zahlen, Stichworte, Tabellen« enthaltenen Schaubilder wurden vom Referat geliefert. Es ist weiter an der Gestaltung der Erhebungs- und Aufbereitungspapiere beteiligt. Das Referat leistete außerdem Arbeiten auf gebrauchsgraphischem Gebiet für andere Senatsstellen. So übernahm es die graphische Gestaltung des 1953 anlässlich der Reise Ernst Reuters nach den Vereinigten Staaten vom Senat herausgegebenen Berichtes »Refugees flooding the Island of Berlin«, der Schrift des Senators für Arbeit und Sozialwesen »Deutsche flüchten zu Deutschen« (1956) sowie der Jahresberichte anderer Stellen. Auch an der Gestaltung der Broschüren, die anlässlich der Berliner Viermächtekonferenz von 1954 vom Presseamt des Senats herausgebracht wurden, war das Referat beteiligt. Graphische Arbeiten wurden weiterhin für den Senator für Inneres und für den Haushaltsplan des Senats geleistet. Das Referat wurde auch für die Planung und Gestaltung von Ausstellungen beansprucht. Zum ständigen Arbeitsprogramm gehört die graphische Bearbeitung von Organisationsplänen für die Durchführung der Wahlen; Entwürfe und Bauzeichnungen für Schautafeln zur Übermittlung der Wahlergebnisse an die Presse wurden ebenfalls erstellt. Die Vielseitigkeit des Referats zeigte sich auch darin, daß graphische Arbeiten für die Verwendung des neuen Berliner Wappens ausgeführt und das große Berliner Landessiegel, die Rettungsmedaille am Bande und die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr entworfen wurden. Ferner wurden z. B. Entwürfe für Diapositive zu Vortragszwecken, wie z. B. über das Thema »Finanzlage Berlins«, angefertigt. Schließlich übte das Referat in zunehmendem Maße eine beratende und begutachtende Tätigkeit für andere Senatsdienststellen aus.

## Die Amtsbücherei

Ende 1949, also ein Jahr nach der Spaltung, verfügte die Bücherei bereits über rd. 950 Bände. Schon in den folgenden Jahren konnte der Bestand erheblich erweitert werden. Für Neuanschaffungen standen allerdings vor allem nach der Währungsumstellung nur bescheidene Beträge zur Verfügung, so daß lediglich die wichtigsten Neuerscheinungen erworben werden konnten, wobei die moderne Literatur und solche Werke bevorzugt wurden, die den laufenden Arbeiten zugute kamen. Der weitaus größte Zugang an Büchern war Schenkungen außenstehender Stellen zu verdanken, deren umfangreichste von der Falkschule stammte. Es handelte sich hierbei vor allem um Veröffentlichungen zurückliegender Volks- und Wohnungszählungen sowie um ältere Statistische Jahrbücher und periodische Fachzeitschriften. Hinzu kamen Zuwendungen privater, meist dem Amt durch langjährige Zugehörigkeit verbundener Persönlichkeiten, die ihm in selbstloser Weise wertvolle Bände übereigneten.

## Graphisch angewandte Statistik

Ausstellungsgestaltung für Sonderschauen in der »Grünen Woche«

1949



1951



1952





Gegenwärtig enthält die Bücherei rd. 6 000 Bände. Die Katalogisierung wird nach dem allgemein üblichen Verfahren vorgenommen, und zwar werden Kataloge in Karteiblattform nach dem Verfasser, nach Schlagworten und nach dem Standort angelegt.

Für ein Statistisches Amt ist der regelmäßige und möglichst umfassende Bezug von periodischen Schriften (einschließlich der sogenannten Einzelschriften), zu denen beispielsweise die Statistischen Jahrbücher anderer Statistischer Ämter und sonstiger Stellen zählen, von besonderer Bedeutung, enthalten diese Schriften doch die unentbehrlichen in- und ausländischen Vergleichszahlen. Diese lückenlose Sammlung der periodischen Nachkriegsveröffentlichungen statistischen Inhalts wird häufig auch von Außenstehenden in Anspruch genommen. Daß sie so vervollkommen werden konnte, ist hauptsächlich auf den regen Austausch mit in- und ausländischen Statistischen Ämtern, Instituten usw. zurückzuführen. Dieser beschränkte sich nicht auf Stellen, die Schriften rein statistischen Inhalts herausbringen, sondern das Amt steht auch mit Institutionen im gegenseitigen Schriftenaustausch, die periodische Veröffentlichungen über volks- oder weltwirtschaftliche Probleme herausgeben; auch Zeitschriften aus anderen, die statistische Arbeit berührenden Wissensgebieten können auf diese Weise den Benutzern der Bücherei zugänglich gemacht werden.

Die mit dem Eingang der periodischen und der Einzelschriften verbundenen Arbeiten nehmen einen erheblichen Teil des für die Bücherei überhaupt notwendigen Arbeitsaufwands in Anspruch. Gegenwärtig sind annähernd 2 000 Reihen periodisch erscheinender Schriften zu verfolgen, außerdem gingen seit Kriegsende über 6 000 Einzelschriften ein. In der Bücherei werden Schriften der Bundesrepublik, der Länder, der Städte, von inländischen Instituten usw. sowie aus dem Ausland registriert und bereitgehalten.

### Die Entwicklung des Personalbestandes

Der Personalbestand seit der Spaltung der Berliner Verwaltung zeigt nach den Stellenplänen des Berliner Haushaltsplanes folgende Entwicklung:

Jahr	Stammkräfte			Nicht ständige Kräfte <sup>1)</sup>		Im Haushaltsplan angesetzte Reinausgaben insgesamt in Mill. DM
	Angestellte	Beamte	zusammen	Zeithilfen	Notstands- kräfte	
1949	159	—	159	19	—	1,52
1950	161	—	161	254	9	3,20
1951	211	—	211	139	21	2,50
1952	204	—	204	103	15	2,58
1953	154	38	192	51	67	1,90
1954	162	38	200	67	7	2,29
1955	153	38	191	56	36	2,30
1956	172	39	211	48	103	2,47
1957	173	39	212	48	78	2,58
1958	165	41	206	13	43	2,54
1959	166	38	204	50	61	3,38
1960	164	38	202	38	75	3,20
1961	164	38	202	38 <sup>2)</sup>	75	...

<sup>1)</sup> Umgerechnet in je 12 Arbeitsmonate. — <sup>2)</sup> Ohne die Kräfte für die Volkszählung.



Für 1949 wurde der erste echte Stellenplan nach der Spaltung der Berliner Verwaltung festgelegt. Die Rückgänge bei den Angestelltenzahlen sind u. a. auf den Abbau von Arbeiten, auf den Übergang des Hauptwahlamtes zur Senatsverwaltung für Inneres und auf die Übertragung der Bearbeitung der Berlinhandelsstatistik auf die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes zurückzuführen. Die hohen Zahlen der Zeithilfen in den Jahren 1950 bis 1952 ergeben sich vor allem aus der Beschäftigung zahlreicher Kräfte für die Bearbeitung der Volks- und Berufszählung von 1950. Beachtenswert ist, daß das Amt die Zahl seiner Stammkräfte trotz des ständig zunehmenden Umfangs seiner Arbeiten und trotz neuer Bundesstatistiken auf ziemlich gleichem Stande halten konnte, weil es sich laufend um die Rationalisierung seiner Arbeitsmethoden bemühte. Ende 1961 waren im Amt 482 Kräfte beschäftigt, und zwar 37 Beamte, 167 Angestellte, 214 Zeithilfen (darunter allein 182 für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung), 7 Verwaltungslehrlinge, 1 Praktikant und 56 Kräfte des Notstandsprogramms.

Die Interessen der Amtsangehörigen werden durch den bei der Senatsverwaltung für Inneres bestehenden Personalrat vertreten, dem in der letzten Amtszeit die Kollegen Karl Eberhard und Franz Rehse angehörten. Sie haben sich tatkräftig den Belangen der Mitarbeiter gewidmet und sich erfolgreich um eine gute kollegiale Zusammenarbeit bemüht. Hierzu trugen auch die jährlichen Amtsausflüge bei, die von ihnen vorbereitet und durchgeführt wurden und die das Gefühl für Zusammengehörigkeit und für die gemeinsam zu leistende Aufgabe des Amtes stärkten.

Da im Amt regelmäßig Verwaltungslehrlinge des Senats und außerdem Praktikanten und Informatoriker tätig sind, wurde der Leiter der Abteilung »Sozial-, Bau-, Wohnungs- und Landwirtschaftstatistik« zum Ausbildungsleiter bestellt. Seine Aufgabe ist es, die fachliche Ausbildung dieser jungen Menschen zu betreuen. Die Praktikanten sind meistens Studierende der Freien Universität Berlin, die dem Amt durch das Prüfungsamt für wirtschaftswissenschaftliche Diplomprüfungen der Freien Universität vermittelt werden. Sie sind für ein halbes Jahr als Absolventen des nach der Prüfungsordnung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät vorgeschriebenen Praktikums für Studierende der Betriebswirtschaft und für solche des Handelslehramtes im Amt tätig. Bei den Informatorikern handelt es sich um Personen, die ihr Hochschulexamen bereits abgelegt haben und sich ein halbes Jahr lang mit den praktischen Aufgaben des Amtes vertraut machen wollen. Hierzu gehörte im letzten Jahr auch ein Indonesier. Die Verwaltungslehrlinge sind Anwärter des mittleren oder gehobenen Dienstes, die dem Amt vom Senator für Inneres in der Regel für ein halbes Jahr zur Ausbildung zugewiesen werden. Die Praktikanten, Verwaltungslehrlinge und Informatoriker werden in die Arbeiten der Referate eingewiesen, lernen die Referatsarbeiten in der Praxis kennen und wirken an ihnen mit; außerdem werden sie vom Ausbildungsleiter in allgemeinen Fragen des statistischen Dienstes unterwiesen.



Mitarbeiter des Amtes  
ermitteln das Ergebnis der Wahl zum  
Berliner Abgeordnetenhaus 1958



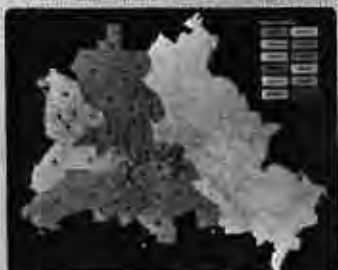
Die Brandenburghalle  
des Rathauses Schöneberg  
in der Wahlnacht 1958  
mit den vom Amt entwor-  
fenen Anzeigetafeln  
für die Wahlergebnisse



VORLÄUFIGES ERGEBNIS DER WAHLEN ZUM BERLINER ABGEORDNETENHAUS														
Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf:														
Wahlkreis	SPD	CDU	SED	FDG	DP	DBP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP
1. Tiergarten	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
2. Wedding	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
3. Kreuzberg	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
4. Charlottenburg	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
5. Mitte	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
6. Neukölln	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
7. Tempelhof	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
8. Steglitz	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
9. Reinickendorf	48.8	38.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2

VORLÄUFIGE MANDATSVERTEILUNG														
Wahlkreis	SPD	CDU	SED	FDG	DP	DBP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP	DDP
1. Tiergarten	X													
2. Wedding	X													
3. Kreuzberg	X													
4. Charlottenburg	X													
5. Mitte	X													
6. Neukölln	X													
7. Tempelhof	X													
8. Steglitz	X													
9. Reinickendorf	X													

Die Wahlkreise und Wahlbezirke von Berlin (West)



# Der Organisationsplan des Amtes im Jahre 1961

Der Organisationsplan 1961 weist — außer der Verwaltung — folgende 5 Abteilungen und 13 Referate auf:

Amtsleiter: Leitender Regierungsdirektor Katsch

Vertreter des Amtsleiters: Oberregierungsrat Dr. Schlier

- Abteilung I Allgemeine Dienste, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Amtsleiter)
  - Referat A Organisation, Rechtsfragen, Statistischer Landesausschuß, Städtestatistik (Regierungsrat Fisch)
  - Referat B Maschinelle Aufbereitung (Amtsrat Thieke)
  - Referat C Graphische Arbeiten (Gaßmann)
  - Referat D Veröffentlichungen (Gläser)
  - Referat E Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Amtsleiter und Regierungsrätin Dr. Zastrow)
- Arbeitsgruppe für Sonderarbeiten Sonderarbeiten (z. Z. dem Ref. IV A zugeteilt)
- Abteilung II Industrie-, Handwerks-, Handels- und Verkehrsstatistik (Oberregierungsrat Dr. Schlier)
  - Referat A Industrie- und Handwerksstatistik (Dr. Korgitzsch)
  - Referat B Handels- und Verkehrsstatistik, Handels- und Gaststättenzählung, Verkehrszählung (Frau Dr. Weth)
- Abteilung III Sozial-, Bau-, Wohnungs- und Landwirtschaftsstatistik (Oberregierungsrat Dr. Zimmermann, zugleich Ausbildungsleiter)
  - Referat A Verdienst-, Sozialleistungs- und Landwirtschaftsstatistik, Landwirtschafts- und Obstbaumzählung (Regierungsrätin Gerth)
  - Referat B Preis- und Bautätigkeitsstatistik, Wirtschaftsrechnungen, Wohnungszählung (Regierungsrätin Dr. Zastrow)
- Abteilung IV Finanz- und Steuerstatistik, Statistik des Kapitalmarktes und der Unternehmen (Ladegast)
  - Referat A Finanz-, Steuer- und Personalstandsstatistik (Regierungsrat Nabiar)
  - Referat B Statistik des Kapitalmarktes und der Unternehmen (Frau Dr. Weth)
- Abteilung V Bevölkerungs-, Rechtspflege-, Gesundheits- und Kulturstatistik (Regierungsdirektor Dr. Bollert)
  - Referat A Bevölkerungs- und Rechtspflegestatistik, Volks- und Berufszählungen sowie Wahlstatistik (Regierungsrat Glowinski)
  - Referat B Gesundheits- und Kulturstatistik (Regierungsamtmann Frau Dr. Conradus)

Verwaltung      Allgemeine Verwaltung, Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen, Personalangelegenheiten, Kanzlei, Bücherei (Büroleiter Amtsrat Ehling)

Personalräte      Eberhard, Rehse

#### **Zusammenarbeit mit anderen statistischen Einrichtungen und wissenschaftlichen Instituten**

Das Amt pflegt eine enge Zusammenarbeit mit anderen Statistischen Ämtern und sonstigen Einrichtungen, die sich mit Statistik befassen oder die an den Ergebnissen der Amtsarbeiten interessiert sind. An erster Stelle ist hier das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zu nennen, dessen Aufgabe es u. a. ist, die Bundesstatistiken technisch und methodisch vorzubereiten und an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen usw. für diese Statistiken mitzuwirken. Die für Berlin (West) ermittelten Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt bei der Zusammenstellung der Bundesergebnisse berücksichtigt. Durch den Statistischen Beirat beim Bundesamt ist ein ständiger Kontakt zwischen ihm und dem Statistischen Landesamt gegeben, und zwar einmal dadurch, daß der Direktor des Landesamtes dem Beirat als stimmberechtigtes Mitglied angehört, und zum anderen dadurch, daß die jeweils zuständigen Abteilungs- oder Referatsleiter an den Sitzungen der vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschüsse und ihrer Arbeitskreise teilnehmen. Besonders enge Beziehungen bestehen zur Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes, die im Wege der Amtshilfe die Arbeiten des Statistischen Landesamtes wiederholt unterstützt hat. Umgekehrt half das Amt der Zweigstelle hin und wieder mit seinen Lochkartenmaschinen aus.

Auf der Ebene der Statistischen Landesämter herrscht ebenfalls ein reges und kollegiales Zusammenwirken. Dadurch, daß der Direktor des Amtes der »Amtsleiterkonferenz« angehört, finden die Interessen der Berliner Statistik auch hier, wo u. a. die Vorbereitung und die praktische Durchführung der Bundesstatistiken beraten werden, Gehör. Ein ähnlicher enger Kontakt wird zwischen den Vertretern des Amtes und denen der übrigen Landesämter in den erwähnten Fachausschüssen und Arbeitskreisen gepflegt, wenn auch die Beschränktheit der für Dienstreisen zur Verfügung stehenden Mittel und die besonders hohen Reisekosten nach Wiesbaden bisweilen dazu führen, daß die sich hier bietenden Möglichkeiten, die statistischen Arbeiten durch den persönlichen Meinungsaustausch mit Kollegen anderer Ämter zu fördern, von Berlin nicht so genutzt werden können wie von den anderen Landesämtern.

Mit den statistischen Ämtern in der Sowjetzone und im Sowjetsektor von Berlin ist nach der Spaltung der Berliner Verwaltung jeglicher Kontakt verlorengegangen.

Als Statistisches Amt eines Stadtstaates ist das Berliner Landesamt auch im Statistischen Ausschuß des Deutschen Städtetages vertreten. Es liefert kommunalstatistische Daten aus verschiedenen Gebieten für die Ver-

öffentlichungen des Städtetages, u. a. für die »Vergleichende Städtestatistik« und für das »Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden«. Der Abschnitt »Gemeindegebiet und Grundeigentum« dieses Jahrbuches wird vom Leiter des Berliner Amtes bearbeitet. Mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker, der das vom Deutschen Städtetag herausgegebene Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden bearbeitet, bestehen durch die persönliche Mitgliedschaft vieler Amtsangehöriger enge Verbindungen. Einige sind auch in den Ausschüssen des Verbandes tätig.

Mehrere wissenschaftliche Mitarbeiter des Amtes sind ferner Mitglieder der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Vor allem staatspolitische Gründe führten dazu, daß nach dem zweiten Weltkrieg der Verkehr mit internationalen statistischen Instituten zentralisiert wurde. So werden heute z. B. die für das »Jahrbuch des Internationalen Arbeitsamtes«, für das »Demographische Jahrbuch« der UN und die für die Weltgesundheitsorganisation der UN bestimmten Zahlenangaben über Berlin (West) dem Statistischen Bundesamt zur Weitergabe zugeleitet. Dies trifft auch für die Zahlenszusammenstellungen zu, die für ausländische Jahrbücher bestimmt sind, wie beispielsweise für das »Statesman's Year-Book«, London, und »Moody's Government and Municipal Manual«, New York. Die Berliner Zahlen für das »Internationale Statistische Jahrbuch der Großstädte«, das vom Internationalen Statistischen Institut herausgegeben wird, werden an den Deutschen Städtetag zur Weitergabe an das genannte Institut geliefert.

Die Beziehungen zu wissenschaftlichen Instituten wurden gefördert, weil die Vorteile eines Kontaktes zwischen ihnen und der amtlichen Statistik auf der Hand liegen: die Wissenschaft braucht die Ergebnisse der amtlichen Statistik, und diese wiederum ist an den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft interessiert. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin. Da es nützlich erschien, den wissenschaftlichen Nachwuchs auch mit der Anwendung statistischer Methoden in der Praxis vertraut zu machen, beauftragte die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Freien Universität den Direktor des Amtes, Dipl. Math. Katsch, vom Sommersemester 1960 an Vorlesungen über die amtliche Statistik zu halten. Wissenschaftliche Angehörige des Amtes hielten im Statistischen Seminar der Freien Universität Vorträge; außerdem lesen einige wissenschaftliche Kräfte regelmäßig an der Verwaltungsschule und an Volkshochschulen über statistische und mathematische Themen. Das Amt stellte ferner Beisitzer zu den statistischen Vordiplomprüfungen für Volkswirte.

Weiter unterstützte das Amt die Institute und Seminare namentlich der Freien und der Technischen Universität. So wurden z. B. eigene Erhebungen dieser Stellen im Amt maschinell aufbereitet und Sonderauswertungen vorhandenen amtlichen Materials vorgenommen. Besonders enge fachliche Beziehungen bestehen naturgemäß zwischen dem Amt und dem Statistischen Seminar der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität. Als

Beispiel guter Kontakte sei noch das Geographische Institut der Freien Universität erwähnt sowie die Arbeitsgemeinschaft Atlas von Berlin, mit der das Amt durch die Arbeiten für den »Deutschen Planungsatlas, Atlas von Berlin« verbunden ist, der von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover herausgegeben wird. Diese Arbeitsgemeinschaft und die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen wirkten auch an den Arbeiten für die Einteilung der Fläche von Berlin in Statistische Gebiete mit. Von wissenschaftlichen Kräften des Amtes werden in Instituten, Seminaren und Arbeitsgemeinschaften Vorträge über statistische Vorhaben gehalten. Amtsangehörige liefern außerdem zahlreiche Beiträge für wissenschaftliche und Fachzeitschriften.

Fachliche Berührungspunkte, die oft zu einer für beide Seiten nutzbringenden vertrauensvollen Zusammenarbeit führten, ergaben sich mit weiteren außerhalb der Verwaltungen des Senats und der Bezirksämter stehenden Stellen, wie beispielsweise mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Kirchengemeinschaften, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer), ferner mit Verbänden (z. B. der Sozialpartner), Organisationen und Fachgemeinschaften. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beispielsweise unterstützte die Arbeiten des Amtes dadurch, daß er aus dem Kreis seiner Mitglieder Haushalte namhaft machte, die sich bereit erklärten, regelmäßig Haushaltsbücher für die Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen auszufüllen. In den Ausführungen über den Beginn der Arbeiten für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Amt seit Jahren gemeinsame Interessen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung verbinden, die sich auch auf andere Gebiete der statistischen Arbeit erstreckten. Das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), Zweigstelle Berlin, bat den Direktor des Amtes, eine Studiengruppe zu leiten, die im November 1960 eine Studienreise in 5 europäische Länder unternahm, um festzustellen, in welchem Umfange dort eine Wirtschaftsbeobachtung durch und für mittlere und kleine Betriebe durchgeführt wird. Im Anschluß daran hatte der Amtsleiter zweimal Gelegenheit, vor Berliner Betriebsleitern und anderen Interessenten auf Einladung der Industrie- und Handelskammer und des RKW über den Nutzen amtlicher Erhebungen für betriebliche Zwecke zu sprechen.

### Das Verhältnis des Amtes zur Öffentlichkeit

Eine Rechtfertigung der Statistik, wie sie noch vor Jahrzehnten gegeben werden mußte, ist heute nicht mehr notwendig, denn ihr Nutzen ist nicht nur überall bekannt, sondern man weiß auch, daß die Notwendigkeit, statistische Zahlen zu gewinnen, um so größer wurde, je vielfältiger und komplizierter die sozialen und wirtschaftlichen Probleme und je zwingender das Zusammenleben der Menschen in Gemeinschaften geworden ist. Statistische Zahlen werden heute nicht nur von der öffentlichen Verwaltung, sondern auch von Organisationen, Verbänden und sonstigen Stellen gebraucht und verlangt. Da das Interesse des einzelnen — gleichviel, ob es sich um einen Bürger oder um einen Betrieb

handelt — an den Geschehnissen des öffentlichen Lebens immer größer wurde, tritt auch er immer stärker als Konsument der Statistik auf, und er nützt auch in zunehmendem Maße die Ergebnisse der amtlichen Statistik für seine eigenen Zwecke. Das Bedürfnis nach statistischen Zahlen hat das Verständnis der Allgemeinheit für die Arbeiten der Statistischen Ämter wesentlich gefördert. Wenn auch die Statistik vereinzelt noch als notwendiges Übel betrachtet wird, so ist man heute doch im allgemeinen bereit, die amtliche Statistik durch verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Dies zeigt sich auch an dem gegenseitigen Verhältnis der Berliner Statistik und der Stellen und Personen, mit denen sich aus der Arbeit des Amtes Berührungspunkte ergeben.

Die engste Zusammenarbeit besteht selbstverständlich mit den Fachverwaltungen des Senats und mit den Bezirksämtern, die dem Amt regelmäßig umfangreiches Material überlassen. Da Organisationen und Verbände aller Art an statistischen Zahlen interessiert sind, fördern auch sie die Bemühungen des Amtes, indem sie z. B. ihre auskunftspflichtigen Mitglieder zur Berichterstattung anhalten oder dem Amt bei der Gewinnung neuer Berichtsstellen behilflich sind. Glücklicherweise kommt es nur selten vor, daß die Erwartungen, die das Amt an die Bereitwilligkeit der genannten Stellen zur Mitarbeit knüpft, enttäuscht werden.

Auf die Mitarbeit einiger Personenkreise ist das Statistische Landesamt besonders angewiesen. Hier wären beispielsweise die ehrenamtlichen Zähler zu nennen, die bei großen Erhebungen, wie den Volkszählungen, mit dem Austeilen, dem ersten Prüfen und dem Wiedereinsammeln der Zählpapiere betraut werden. Auch bei anderen Erhebungen werden Zähler verwendet; bei den Viehzählungen betätigen sich z. B. meist Arbeitslose und Rentner und in den Laubenkolonien die Vorstände oder Mitglieder der Kolonien als Zähler. In der Landwirtschaftsstatistik ist auch die Mitarbeit von Inhabern oder Leitern landwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe als Ernteberichterstatter bedeutungsvoll, weil sie über gute landwirtschaftliche Kenntnisse und reiche Erfahrungen verfügen. Bei der landwirtschaftlichen Ernteberichterstattung wirken ferner Mitarbeiter der bezirklichen Abteilungen Wirtschaft (Landwirtschaft) sowie der Beratungsstelle für Gartenbau und Landwirtschaft der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Kredit (Geschäftsbereich Ernährung) als Berichterstatter mit. Die Gewinnung von Zählern hat in Berlin bisher noch keine erheblichen Schwierigkeiten bereitet, obwohl sich auch bei der Statistik zeigt, daß die Neigung, eine ehrenamtliche Tätigkeit im Interesse des Gemeinwohls freiwillig zu übernehmen, immer mehr schwindet.

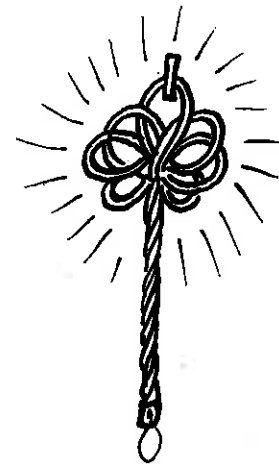
Die Bezeichnung »Helfer der Berliner Statistik« darf auch die große Zahl der bei verschiedenen statistischen Vorhaben tätig gewesenen und der noch beschäftigten Notstandsangestellten für sich beanspruchen. Obwohl diese Mitarbeiter im allgemeinen nur für kurze Zeit dem Amt angehören konnten und obwohl sie die Ungewißheit über ihre fernere Beschäftigung während der ganzen Dauer ihrer Tätigkeit im Amt belastete, zeigten sie eine anerkennenswerte Bereitschaft zur Mitarbeit. Manche Sonderaufgabe hätte nicht so gut, nicht in dem Umfang und nicht in der vorgeschriebenen Zeit durchgeführt

werden können, wenn dem Amt nicht so hilfsbereite Kräfte, die leider nicht zum ständigen Personal gezählt werden können, zur Verfügung gestanden hätten.

Die vermehrte Anwendung von im Interviewverfahren durchgeführten Repräsentativstatistiken brachte es mit sich, daß auch in Berlin der Interviewer nun zum Mitarbeiterkreis des Statistischen Landesamtes gehört. Bei diesen Erhebungen hängt der Erfolg der Befragung entscheidend vom Auftreten und von der Qualifikation des Interviewers ab. Da in Berlin eine große Zahl von geeigneten Personen — unter ihnen viele ältere Frauen und arbeitslose Angestellte — als Interviewer zur Verfügung stehen und deren Auswahl und Einsatz hier verhältnismäßig leicht bewerkstelligt werden kann, gelang es, im Laufe der Zeit einen Stamm von guten Interviewern zu gewinnen, mit dem ein enger Kontakt durch eingehende Unterweisungen gepflegt wird und der seinerseits bei den inzwischen durchgeführten Repräsentativerhebungen auf den Gebieten des Mikrozensus, der Wohnungsstatistik und der Statistik der Sozialleistungsempfänger wertvolle Erfahrungen sammeln konnte. Es ist immer wieder erfreulich zu sehen, mit welchem Eifer und Verständnis die Interviewer ihrer oft gewiß nicht einfachen und angenehmen Arbeit nachgehen und meist ein gutes Ergebnis erzielen. Nur selten kam es bisher bei den in Berlin durchgeführten Interviews zu unliebsamen Zwischenfällen, in der Regel verliefen die Befragungen in guter Atmosphäre. Im allgemeinen ist der Berliner dem Interviewer gegenüber aufgeschlossen, wenn er sich auch anfänglich burschikos oder manchmal sogar ablehnend gibt. Bezeichnend für die Mitteilbarkeit, den Witz und die Selbstironie des Berliners, die er sogar bei einem amtlichen Interview nicht verleugnet, sind die Erlebnisse, die ein Interviewer bei Befragungen im Verwaltungsbezirk Neukölln hatte und die er zu Papier brachte.

Da die Beauftragten des Amtes auf die Mentalität der Bevölkerung einzugehen pflegen, ergeben sich im allgemeinen wenig Schwierigkeiten aus dem Verkehr des Amtes mit den Berliner Bürgern. Entscheidend ist aber hier, daß das Wissen um den Zweck der Statistik bei der Bevölkerung immer weiter um sich gegriffen hat: heute ist es, wie eine Meinungsbefragung ergeben hat, allgemein bekannt, daß Statistiken letzten Endes für den Bürger, für die Besserung der sozialen Verhältnisse, für den zweckmäßigen Ablauf des volkswirtschaftlichen Getriebes, kurz, für die vernünftige Gestaltung der äußeren Lebensbedingungen jedes einzelnen vorgenommen werden. In den Fällen, in denen sich diese Erkenntnisse noch nicht ganz durchgesetzt hatten, ist es aber meist nicht schwer, den Berliner von der Notwendigkeit der Durchführung einer Statistik zu überzeugen und ihn für die Bekanntgabe der gewünschten Daten zu gewinnen.

Der aufgeweckte Berliner findet statistische Zahlen interessant, besonders wenn sie ihm in ansprechender Form dargeboten werden. Nicht selten wurde versichert, daß die Veröffentlichungen des Amtes gern gelesen werden, und zwar auch deswegen, weil sie zu tiefergehenden Überlegungen anregen. Öffentliche Bekanntmachungen über große Erhebungen werden von der Bevölkerung mit Verständnis aufgenommen, und auch bei anderen Vorhaben verläuft der Verkehr zwischen dem Amt und der Bevölkerung meist reibungslos.



## Berliner werden interviewt

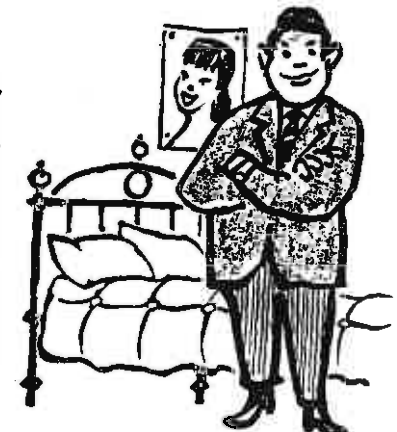
»Nee, nee, junger Mann! Kommse wieder, wenn mein Oller zu Hause is. So jeht det nich, wie Se denken. Wissense, die Olle von nebenan kiek durch det Loch, erzählt meinen Ollen, bei mir wär een Mann! Na det sag ick Sie, denn hat's jebummt und ick krieje denn Dresche, wa. Der Olle ist ja so eifersüchtig uff mir. Wat denkense denn, der Olle denkt doch, wir haben beede wat. Also kommense man am Abend!«

»Wat sindse denn for een Landsmann? Berliner? Na ja, Ausweis ooch! Ooch hier jedient?! Na, denn kommse man rin. Ja, den Brief habe ick — aber zweemaal jelesen, nich verstanden! Ja, ick jlobe ja, det is wejen die Mieten. Sind ja ooch zu hoch. Also, wenn ick nich mehr zahlen brauche, freue ick mir. Denn könnse mir ja wieder uffsuchen!«



»Wat denn, wat denn, junger Mann, jawoll, eenen Brief habe ick jekricht, stimmt! So kommse man rin bei mir. Könn sich mal mein feuchtet kaltet Loch ankieken, damit Se sehen, wie ick hier hausen tue. Wat Se nich allet wissen wollen! Det is ja doll! Ick dachte schon, Se bringen Jeld, aber in diesen Bau will ick ooch sterben, jawoll. Schreibense man allet uff, junger Mann, damit die hohen Herren sehen, wie et eenem jeht.«

»Wenn ick nu mit een Weib zusammenwohne, schadet det doch nischt. Wem jeht det wat an? Den Brief habe ick erhalten, jawollja, also wat is denn nu los? Wat wollnse wissen? Jeder Mann hat ja heute eene Freundin. Ach, det wollnse nich wissen?! Na, denn is man jut. Meine Bude hier is ja kleen, aber sauber und keene Tapetenflundern. Sehense, da halte ick druff. Ooch mein Bette is sauber, jawoll Herr, so is et. Meine Freundin hat ja ihre Bleibe, jawoll. Immer zusammen sein mit ihr, is ja ooch nischt, wa?!«







»Wat is denn det, Interview? Nie so wat jehört. Also los man! Also, ick habe keenen Mann nich, nee, nie eenen jehabt, bin ne olle Jungfer, verzichte ooch druff. Die Männer saufen bloß, Se wern det schon wissen! Also, wie heeßt det? Interview? Also schreibens man allet uff. Mein Kloster liegt uff de Treppe, schön wa? Ausgerechnet mir habense een Brief jeschickt! Is ja een Ding, wa?! Nee, wat die Ämter heute alles machen! Und noch eens: nebenan det Weib...«

»Det sage ick Se, immer sone Besuche vom Senat, zum Kotzen! Habense een Ausweis? Na, denn kommse man rin in de Stube. Wenn Se ooch schon zweemal hier waren, schad' ja nischt, nee, ick bin ja ooch ville unterwegs. Also meen Oller arbeitet, wa, der tut feste schippen. Ick mach nischt. Warum denn?! Der Olle wühlt feste, feste. Warum soll ick denn arbeiten? Ick kriege een paar Mark Rente, wa. So wurschteln wir uns durch det herrliche Leben eben durch. Wenn Se wiederkommen, bringen Se man eene Renten-zujabe mit, könn wa alle jebrauchen!«



»Aha, endlich sind Se da! Rin bei mir! Det hier is meene Olle, jawoll. Trinkense eenen Schnabus oder is det eene Bestechung? Ick jloobe nich, wa?! Na, denn Prost, junger Mann! Also so, nu schießense los, wat Se allet wissen wollen. Ja, sehne, Rixdorf is und bleibt eben Rixdorf, prost! Wissensse, wat man so — wie ick — in den 40 Jahren jesischt hat — wie'n Kreuzberger Wasserfall, so'n Jefälle hab ick, det sage ick. Wat, Mutter?! Meene Olle pfeift ooch noch eenen tüchtig. Wir beede sind noch nie krank jewesen. Aber heute, die hohen Herren! Alle Oogenblick haut eener ab, Gallenkrebsse, Magen- und Leberkrebsse, allet so'n Schief. Sollense man ordentlich eenen zischen. Da bleiben ooch die Orjane jesund. Na, denn Prost!«

Bei besonderen Anlässen, wie den stets gut besuchten Veranstaltungen des »Tages der offenen Tür« und bei sonstigen Führungen durch das Amt, kann man immer wieder feststellen, daß das Interesse an den statistischen Ergebnissen und sogar an den im Amt vorgenommenen Arbeiten und den hier angewandten Verfahren größer ist, als im allgemeinen vermutet wird. Beweis dafür, daß die Berliner Statistik in der Öffentlichkeit zu einem Begriff geworden ist, sind die zahlreichen schriftlichen und fernmündlichen Anfragen der verschiedensten Art, ferner die häufigen Anforderungen von Zahlenmaterial und die wachsende Zahl der Besucher der Amtsbücherei.

Eine besonders erfreuliche Art des einzelnen Berliners, der mit der Berliner Statistik ständig und eng verbunden ist, stellen beispielsweise die Haushaltsmitglieder dar, die seit Jahren dankenswerterweise die Mühe des Ausfüllens der sogenannten Haushaltsbücher auf sich nehmen. Meist sind es die ohnedies geplagten Hausfrauen, die täglich die Anschreibungen über Einnahmen und Ausgaben für viele übernehmen und so dazu beitragen, daß ein Bild der Verhältnisse der privaten Haushalte gewonnen werden kann.

Für jedes Statistische Amt ist der Auskunftspflichtige eine Person oder eine Stelle, die zwar kraft einer Rechtsgrundlage zur Mitteilung der gewünschten Angaben gezwungen werden kann, dennoch liegt wohl jedem Amt viel daran, mit dieser Quelle seines Arbeitsmaterials »in gutem Klima« zu leben, denn — ohne sie geht es nicht! Bei einer Reihe wichtiger Statistiken sind private Unternehmen der verschiedensten Art, Größe und Bereiche auskunftspflichtig. Da die Berliner Wirtschaft nach dem Kriege schwerste Zeiten durchmachen mußte und zu genauester Kalkulation gezwungen war, wurde vom Amt immer bedacht, daß das Ausfüllen der oft recht umfangreichen Fragebogen den Betrieben einen Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Geld verursachte, den sie lieber für ihre privatwirtschaftlichen Zwecke genutzt hätten. Das Amt bemühte sich daher, den Betrieben so weit wie möglich entgegenzukommen, namentlich hinsichtlich der Meldetermine. Im Verkehr mit privaten Unternehmen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der betreffenden Statistiken auch den Zwecken der Wirtschaft selbst dienen. Auf diese Weise ist im allgemeinen ein gutes Zusammenarbeiten erreicht worden, wenn auch weniger häufige Rückfragen wegen unzutreffender oder unvollständiger Angaben erwünscht gewesen wären. Auskunftsverweigerungen gehören glücklicherweise zu den Ausnahmen. Auch von der Möglichkeit, Bußgeldverfahren gegen Betriebe einzuleiten, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachkamen, mußte nur verhältnismäßig selten Gebrauch gemacht werden.

Wenn hier, wo von den Helfern und Mitarbeitern der Berliner Statistik die Rede ist, auch die Presse erwähnt wird, so ist das ein Zeichen dafür, daß sich im Verhältnis der Berliner Statistik zu den Publikationsorganen der öffentlichen Meinung seit Böckhs Tagen manches gewandelt hat. Auch die Berliner Tagespresse verwertet heute verantwortungsbewußt die vom Statistischen Landesamt erarbeiteten Zahlenergebnisse, und zwar nicht nur dadurch, daß sie die von diesem regelmäßig herausgegebenen Pressenotizen veröffentlicht, sondern auch





dadurch, daß sie Zahlenunterlagen und Beiträge aus den Schriften des Amtes als Grundlagen für eigene Untersuchungen benutzt. Die häufigen Anfragen bei den Fachreferaten beweisen, daß heute besonders gute Beziehungen zwischen dem Amt und der Berliner Presse bestehen. Erfreulicherweise unterstützt die Tagespresse durch entsprechende Veröffentlichungen häufig auch die Arbeiten des Amtes wirkungsvoll, wie z. B. bei der letzten Volkszählung. Mit der Fachpresse besteht eine gute Zusammenarbeit, die vor allem auf dem gegenseitigen Interesse am Zustandekommen der jeweiligen Statistiken beruhen.

Auch dem Rundfunk und dem Fernsehen stellt sich das Amt immer gern für Reportagen zur Verfügung, weil diese Einrichtungen dank ihrer Breitenwirkung die statistischen Vorhaben besonders nachhaltig unterstützen können. Dies zeigte sich deutlich bei den letzten Großzählungen. Viele Zähler wurden z. B. mit dem Hinweis erwartet, daß man den »Regierenden« in der Sendung »Wo uns der Schuh drückt« über die Zählung habe sprechen hören oder im Fernsehen bereits die Arbeit anderer Zähler verfolgt habe.

#### Ausblick

Nachdem das Programm der Bundesstatistiken im wesentlichen festgelegt worden ist, wird zunächst dieser wichtige Teil der Amtsarbeiten voraussichtlich wie bisher fortgeführt werden, wobei die stets fließende Entwicklung durch eine elastische Handhabung so weit wie möglich berücksichtigt werden wird. Vieles spricht dafür, daß man sich nach den günstigen Erfahrungen, die mit Stichprobenerhebungen gemacht wurden, stärker dieser Zeit und Aufwand sparenden und oft zweckmäßigen Befragungsart bedienen wird. Auch Interviewerhebungen werden häufiger durchgeführt werden. Die Notwendigkeit, bei jeder Statistik mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Nutzen zu erzielen, dürfte den methodischen Fragen ein weiter wachsendes Gewicht verleihen. Ferner wird sich die Technik insbesondere im Lochkartenverfahren weiter entwickeln und zur gesteigerten Rationalisierung der Auswertungsarbeiten beitragen. Je vielfältiger und komplizierter die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden, um so notwendiger wird es sein, aussagefähiges statistisches Material über die wichtigsten Lebensvorgänge zu erarbeiten. Es wird von den finanziellen, personellen und technischen Möglichkeiten abhängen, wie den künftigen Anforderungen entsprochen werden kann. Jedenfalls dürfte die Bedeutung der amtlichen Statistik als Quelle, aus der die zahlreichen Konsumenten das für sie unentbehrliche Zahlenmaterial schöpfen können, mit der Steigerung der Bevölkerungszahl, der Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und der Technik weiter zunehmen. Der schon jetzt vorhandene Hang zur Perfektionierung wird bestehenbleiben, dabei wird sich diese aber voraussichtlich weniger auf die zunehmende Erfassung von Einzeldaten zu richten haben als vielmehr auf die Ausschöpfung des vorhandenen Materials.

Das Landesamt wird sich auch künftig bemühen, den über die Bundesstatistik hinausgehenden Anforderungen der Berliner Verwaltung auf statistischem Gebiet gerecht zu werden und seine Funktion als zentrale Statistische Behörde Berlins voll auszuüben. Als Beispiel für das plötzliche Auftreten eines kommunalen statistischen Bedarfs seien die am 13. August 1961 begonnenen Ab-

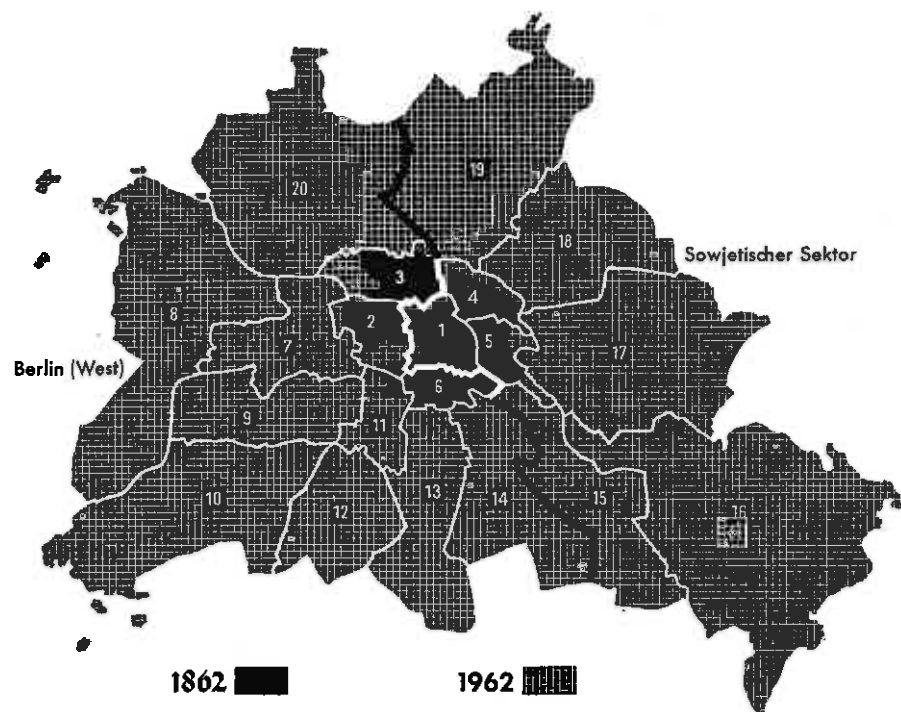
sperrungsmaßnahmen der Sowjetzone genannt, in deren Verlauf mitten durch Berlin Stacheldrahtverhaue und eine Mauer errichtet wurden, die den bis dahin freien Verkehr der Berliner Bürger über die Sektorengrenze hinweg unmöglich machten. Um die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das Verhalten der Bevölkerung und auf die Wirtschaft Berlins festzustellen, führte das Statistische Landesamt vorübergehend eine kurzfristige Berichterstattung über die interessantesten Merkmale ein und trug damit zu einer realen Beurteilung der Situation wesentlich bei.

Offen bleibt allerdings, wann die sich aus der erzwungenen Spaltung Berlins ergebende Beschränkung der Arbeiten der Berliner Statistik auf den westlichen Teil der Stadt überwunden werden kann. Wann wieder Zahlen für ganz Berlin erstellt werden können, hängt von der politischen Entwicklung ab. Zunächst bleibt daher nur die Hoffnung, daß die Groß-Berliner Statistik in der Hauptstadt Deutschlands bald wieder Wirklichkeit werde.

Das Amt wird auch weiterhin am Vermächtnis Böckhs festhalten: Der Wahrheit zu dienen und die Berliner Statistik zum Wohle der Allgemeinheit zu führen.



## Das Stadtgebiet von Berlin 1862–1962



- |                   |                  |               |                  |
|-------------------|------------------|---------------|------------------|
| 1 Mitte           | 6 Kreuzberg      | 11 Schöneberg | 16 Köpenick      |
| 2 Tiergarten      | 7 Charlottenburg | 12 Steglitz   | 17 Lichtenberg   |
| 3 Wedding         | 8 Spandau        | 13 Tempelhof  | 18 Weißensee     |
| 4 Prenzlauer Berg | 9 Wilmersdorf    | 14 Neukölln   | 19 Pankow        |
| 5 Friedrichshain  | 10 Zehlendorf    | 15 Treptow    | 20 Reinickendorf |



Chronik der Berliner Statistik

## Chronik der Berliner Statistik

In der Kurmark wird die Führung von Kirchenbüchern vorgeschrieben; diese bilden die Grundlage für die Gewinnung von Angaben über die natürlichen Bevölkerungsvorgänge **1573**

Der Große Kurfürst ordnet die jährliche Lieferung von Listen der Gestorbenen, Verheirateten und Geborenen in den Residenzstädten Berlin, Cöln, Friedrichswerder und Dorotheenstadt an **5. Januar 1683**

In Preußen beginnen umfassendere statistische Aufnahmen, die auch Angaben über den Stand der Bevölkerung erbringen; aus ihnen entwickeln sich die *Historischen Tabellen* **1719**

Auf Anregung des Freiherrn vom Stein wird das Königliche Statistische Bureau in Berlin gegründet **1805**

Der Direktor des Königlichen Statistischen Bureaus Hoffmann regt an, die Volkszählung von 1843 in Berlin als eine *communale Sache* zu behandeln; diese Zählung wird als Naturalerhebung von Haus zu Haus erstmals durch *unbesoldete Communal-Beamte und achtbare Bürger* durchgeführt **Juli 1842**

Beim Königlichen Polizei-Präsidium wird eine statistische Dienststelle errichtet **1. April 1852**

Bürgermeister Franz Naunyn stellt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der städtischen Armen-Direktion beim Magistrat den Antrag, die Lokalstatistik Berlins zu konzentrieren, und regt die Bildung eines eigenen städtischen Statistischen Bureaus an **9. Oktober 1856**

Der Magistrat beschließt, ein Statistisches Bureau einzurichten, das versuchsweise mit der Magistratskalkulatur verbunden wird **30. Dezember 1856**

Der damalige Stadtrat und spätere Bürgermeister Hermann Duncker beantragt beim Magistrat, ein selbständiges Statistisches Bureau zu bilden **20. November 1860**

Nach unbefriedigender Tätigkeit des Statistischen Bureaus beschließt eine Gemischte Deputation, den Magistrat darüber entscheiden zu lassen, ob ein selbständiges Statistisches Bureau eingerichtet oder ob den einzelnen Verwaltungen die *Anfertigung der nöthigen Zusammenstellungen* übertragen werden soll **23. Januar 1861**

Bericht des Stadtverordneten Dr. Neumann über die geplante Berliner Reform des Volkszählungswesens **3. Mai 1861**

**3. Dezember 1861** Berlin beteiligt sich an einer Volkszählung erstmals maßgeblich als Kommune (*Akt der Selbstverwaltung*; Zusätzliches Fragenprogramm für Berlin, ehrenamtliche Zähler usw.)

**8. Februar 1862** Der Magistrat errichtet ein selbständiges *Statistisches Bureau*; es wird im alten Berliner Rathaus untergebracht

**16. März 1862** Der im Königlichen Statistischen Bureau tätige Dr. Hermann Schwabe legt dem Magistrat einen Plan über eine Statistik von Berlin vor

**4. bis 12. September 1863** Tagung des *Statistischen Kongresses*, des damaligen internationalen Verbandes der Statistiker, in Berlin. Neumann berichtet dem Kongreß über die Durchführung der Volkszählung von 1861 in Berlin

**15. April 1865** Schwabe wird erster Leiter des Statistischen Bureaus (bis 1874)

**1867** Das erste Jahrbuch des Statistischen Bureaus erscheint unter dem Titel *Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und Städtisches Jahrbuch für 1867*

**1868** Schwabe veröffentlicht im Jahrbuch als Beitrag zu einer Konsumtionsstatistik seinen Aufsatz *Das Verhältniß von Miethe und Einkommen in Berlin*; die Abhandlung gipfelt in dem sogenannten Schwabeschen Gesetz

**7. Januar 1869** Einrichtung einer Gemischten städtischen Deputation für die Leitung der Angelegenheiten des Statistischen Bureaus, der *Deputation für Statistik*

**31. Dezember 1870** Der Magistrat beschließt die *Instruktion für die städtische Deputation für Statistik*, in der die Zuständigkeiten des Magistrats, der Deputation sowie des Statistischen Bureaus in bezug auf statistische Angelegenheiten abgegrenzt werden

**1872** Das Statistische Bureau wird als dauernde Einrichtung anerkannt

**23. Juli 1872** An Stelle des Zentralbureaus des Zollvereins wird das Kaiserliche Statistische Amt mit Sitz in Berlin ins Leben gerufen

**1. Oktober 1874** Die Registrierung der Geborenen, der Eheschließungen und der Sterbefälle geht von den Kirchenbehörden auf die neu gegründeten Standesämter über

**Juni 1875** Richard Böckh wird Direktor des Statistischen Bureaus (bis Ende 1902)

Das Statistische Bureau zieht in das Haus Heiligegeist- 1875 gasse 11 um

Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme; die 1. Dezember 1875 Böckhschen Ergebnisberichte werden Vorbilder für spätere Auswertungen

Die bevölkerungsstatistischen Unterlagen gehen vom Ende 1875 Königlichen Polizeipräsidium auf das Statistische Bureau über

Das erste Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin erscheint mit 1878 Zahlen für das Jahr 1876 als 4. Jahrgang in der Reihe der seit 1873 herausgegebenen *Berliner Städtischen Jahrbücher für Volkswirtschaft und Statistik*

Erste Tagung der deutschen Städtestatistiker in Berlin unter 4. bis 6. Oktober 1879 dem Vorsitz von Böckh

Das Statistische Bureau zieht in das Cölnische Rathaus, Oktober 1880 Breite Straße 20 a, um

Böckh wird außerordentlicher Professor an der Berliner 10. Mai 1881 Universität; Beginn seiner Übungen über Theorie und Praxis der Statistik

Das Statistische Bureau wird in *Statistisches Amt der Stadt* 1881 Berlin umbenannt

Böckh wird Ehrendoktor der Staatswissenschaftlichen 1. Juni 1881 Fakultät der Universität Tübingen

Böckhs Übungen im Statistischen Amt werden mit der 1886 Gründung des Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminars der Berliner Universität ein Teil jenes Seminars; mit Adolph Wagner, Schmoller und Meitzen wird Böckh Direktor des Seminars

Erlaß einer *Geschäftsordnung* für das Statistische Amt 12. November 1890

Die Stadtverordneten beschließen, das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin als eine *dauernd erforderliche Arbeit* anzuerkennen; der Magistrat beauftragt den Direktor des Statistischen Amtes mit der Durchführung dieser regelmäßigen Arbeiten 24. März 1892

Das Ephraimsche Palais, Poststraße 16 am Molkenmarkt, 1895 wird Sitz des Statistischen Amtes

Böckh wird ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität Oktober 1895

- 1897** Gründung des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg (Leiter bzw. Direktoren: Dr. Hirschberg, Dr. Rahts, Dr. Badtke). — Hirschbergs Buch über *Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin* erscheint
- 1900** Berlin und 23 Nachbargemeinden verwenden bei der Volkszählung von 1900 die gleichen Erhebungsbogen und stellen die gleichen Zusatzfragen (Groß-Berliner Statistik)
- 1902** Gründung des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg (Leiter bzw. Direktoren: Heinecke, Dr. Silbergleit, Dr. Kuczynski)
- 1. Januar 1903** Dr. Ernst Hirschberg wird Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (bis 1906)
- 1905** Gründung des Statistischen Amtes der Landgemeinde Deutsch-Wilmersdorf, seit 1907 Stadt Wilmersdorf (Direktor: Dr. Dreydorff)
- 1. Oktober 1906** Dr. Heinrich Silbergleit wird Direktor des Berliner Statistischen Amtes (bis 1923)
- 1909** Gründung des Statistischen Amtes der Stadt Rixdorf, seit 1912 Neukölln (Direktor: Dr. Büchner)
- Januar 1910** Das Statistische Amt gibt die Zeitschrift *Groß-Berlin, Statistische Monatsberichte*, unter Mitwirkung der Statistischen Ämter von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf heraus
- 1. Dezember 1910** Bei der Aufbereitung des Volkszählungsmaterials wird in Berlin zum erstenmal die *Hollerith'sche elektrische Zählmaschine* benutzt; zu diesem Zweck werden besondere *Maschinenkarten* hergestellt
- 8. Februar 1912** Zum 50jährigen Bestehen des Amtes wird die Festschrift *Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862-1912* herausgegeben
- 1917** Gründung des Statistischen Amtes der Stadt Spandau (Direktor: Dr. Zander)
- 27. April 1920** Das Gesetz über die Bildung der neuen Stadt Berlin schafft auch die Voraussetzung für die einheitliche statistische Erfassung der Lebensvorgänge des gesamten Groß-Berliner Gebietes; das Statistische Amt setzt zunächst seine Tätigkeit bis zur Neuregelung seiner Stellung fort
- 1. Juli 1921** Auflösung der Statistischen Ämter der bisherigen Vorortstädte Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und Spandau und Übertragung aller statistischen Arbeiten auf das Statistische Amt der Stadt Berlin (Geschäftsanweisung des Statistischen Amtes der Stadtgemeinde Berlin)

Der Magistrat beschließt die *Ordnung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin* **20. Dezember 1922**

Dr. Oskar Büchner wird Direktor des Statistischen Amtes (bis 1943) **1. Oktober 1923**

Der organisatorische Aufbau des Amtes wird neu geregelt (5 Dezernate)

Eingliederung der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Magistrats in das Statistische Amt **Herbst 1923**

Eine neue *Ordnung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin* wird eingeführt **6. Dezember 1923**

Das erste *Statistische Taschenbuch der Stadt Berlin* erscheint als Vorläufer des seit 1927 herausgegebenen Statistischen Jahrbuches **1924**

Beginn der Veröffentlichungsreihe: *Mitteilungen* **März 1924**

Das erste Heft der *Berliner Wirtschaftsberichte* erscheint **9. April 1924**

Das Statistische Amt wird durch Magistratsbeschluß beauftragt, den *Verwaltungsbericht* der neuen Stadtgemeinde Berlin zu bearbeiten und herauszugeben **7. Mai 1924**

Das Statistische Amt wird in das Engelhardt-Haus, Alexanderstraße 46-48, verlegt (seit März 1933 Alexanderplatz 7) **Oktober 1925**

Das Statistische Amt wird mit den für Berlin durchzuführen den Arbeiten für den Enquête-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft beauftragt (siehe: Kürten, *Berlins wirtschaftliche Verflechtung*, Heft 8 der *Mitteilungen*) **Ende 1926**

Das Taschenbuch *Berlin in Zahlen* erscheint erstmals **1927**

Infolge der Personalverminderung muß das Statistische Amt seine Arbeiten wesentlich einschränken **1. Oktober 1931**

Der bisherige Name *Statistisches Amt der Stadt Berlin* wird in *Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin* geändert **Frühjahr 1937**

Zum 75jährigen Bestehen des Amtes erscheint die Festschrift *75 Jahre Berliner Statistik* **8. Februar 1937**

Mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges werden die Arbeiten des Statistischen Amtes auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft umgestellt; die bisherigen Veröffentlichungen werden eingestellt **1. September 1939**

Nach dem Tode Büchners nimmt Dr. Oskar Kürten stellvertretend die Leitung des Statistischen Amtes wahr (bis 1945) **9. Juni 1943**

**22. und 23. November 1943** Das Amt wird durch Brandbomben erheblich beschädigt

**24. April 1945** Bei den Kämpfen um Berlin wird das Engelhardt-Haus zusammengeschossen, dabei werden auch die Räume des Amtes völlig zerstört

**19. Mai 1945** Nach Beendigung des Kampfes um Berlin werden dem Statistischen Amt Diensträume in der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße 50, der späteren Liebknechtstraße, zugewiesen; das Amt führt wieder die Bezeichnung *Statistisches Amt der Stadt Berlin*

**Anfang Juni 1945** Der erste Organisationsplan des Amtes nach Kriegsende wird aufgestellt

**25. Juli 1945** Der Magistrat erläßt eine *Zuständigkeitsregelung für statistische Arbeiten*

**1. Oktober 1945** Dr. Kurt Treitschke wird Amtsleiter (bis 1954)

**Oktober 1945** Nachdem das ehemalige Statistische Reichsamt zum *Statistischen Zentralamt — Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetisch besetzten Zone* bestellt war, gehen die bis dahin vom Amt in der Klosterstraße für die Stadtverwaltung durchgeführten Arbeiten auf das Statistische Amt der Stadt über

**Ende 1945** Das Amt wird mit der Durchführung einer einheitlichen Einwohnererfassung und der Einrichtung einer Einwohnerkartei in den Bezirksämtern beauftragt

**Frühjahr 1946** Vor den ersten Nachkriegswahlen in Berlin überträgt der Magistrat dem Statistischen Amt die Geschäfte eines Hauptwahlamtes

**3. Mai 1946** Durch Rundverfügung der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung werden die städtischen Dienststellen auf die Notwendigkeit der Mitwirkung des Statistischen Amtes bei allen Erhebungen hingewiesen

**4. September 1946** Der Name der Stadtgemeinde Berlin wird in *Groß-Berlin* geändert; das Statistische Amt führt nun die Bezeichnung *Statistisches Amt von Groß-Berlin*

**Januar 1947** Das erste Heft der Monatsschrift *Berliner Statistik* erscheint

**30. Juni 1947** Der Magistrat beschließt die *Richtlinien für Statistik und Wahlwesen* und bestimmt das Statistische Amt zur Zentralstelle für alle Angelegenheiten der Statistik, der Einwohnererfassung und des Wahlwesens innerhalb von Groß-Berlin. Das Amt erhält die Bezeichnung *Hauptamt für Statistik und Wahlen*

Der Magistrat beschließt am 22. Oktober 1947 die Herausgabe einer Darstellung seiner Arbeiten und beauftragt das Hauptamt für Statistik und Wahlen mit der Schriffführung und der graphischen Gestaltung; diese Jahresberichte des Magistrats (ab 1951 des Senats) erscheinen bis 1954

**22. Oktober 1947**

Nach der Spaltung der Berliner Verwaltung verläßt der größte Teil der Amtsangehörigen seine bisherigen Arbeitsplätze im Sowjetsektor von Berlin

**30. November 1948**

Die neuen Diensträume des Amtes in der Mecklenburgischen Straße 57 in Wilmersdorf werden bezogen; das Amt führt die Bezeichnung *Hauptamt für Statistik und Wahlen* weiter

**1. Dezember 1948**

Die Organisation der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen ist die erste Aufgabe des Amtes nach der Spaltung

**5. Dezember 1948**

Einteilung der Fläche West-Berlins in Wohnblöcke (heute 7814). Nach diesen Blöcken wurden später wichtige Zählungsergebnisse, wie z. B. Bevölkerung, Wohnungen, Industrie- und Handwerksbetriebe gruppiert und ausgewiesen

**Februar 1949**

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Koordination der bei den Magistratsabteilungen zu erledigenden statistischen Arbeiten

**21. Juli 1949**

Die *Verfassung von Berlin* tritt in Kraft

**1. Oktober 1950**

Umzug des Hauptamtes für Statistik und Wahlen in das Nordsternhaus, Schöneberg, Salzburger Straße 21-25

**2. Oktober 1950**

Die Wähler im Sowjetsektor werden zur Volksbefragung über *Freie Wahlen in Berlin* aufgerufen; das Hauptamt führt die Zählarbeiten durch

Statistische Woche in Berlin mit der 50. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, der Jahresversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft und der Tagung des Statistischen Ausschusses (später *Statistischer Beirat*) des Statistischen Bundesamtes

**6. bis 11. November 1950**

Das bisherige Hauptamt für Statistik und Wahlen wird bei der Neugliederung der Verwaltung *Statistisches Landesamt*; die Bearbeitung des Wahlwesens und der Einwohnererfassung geht auf die Senatsverwaltung für Inneres über

**1. April 1951**

Das Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 tritt in Berlin in Kraft; danach ist Berlin verpflichtet, die Bundesstatistiken durchzuführen

**27. Juni 1952**

**1. September 1952** Die bisherigen *Stellen Statistik und Wahlen* der Bezirksämter erhalten die allgemeine Bezeichnung *Bezirkseinwohneramt*; die Bezirkseinwohnerämter bearbeiten nun die statistischen Angelegenheiten, für die bis dahin die Stellen Statistik und Wahlen zuständig waren

**23. Februar 1953** Eine neue *Ordnung der Statistik im Land Berlin (Statistische Ordnung)* tritt in Kraft

**13. Mai 1953** Erste Sitzung des *Statistischen Landesausschusses*

**16. Oktober 1953** Das Abgeordnetenhaus übernimmt das *Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)* vom 3. September 1953; es tritt rückwirkend am 25. September 1953 in Kraft

**Frühjahr 1954** Das Statistische Landesamt übernimmt die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin (West)

**April 1954** Die *West-Berliner Sterbetafel 1949/51* wird als erste große Nachkriegssterbetafel veröffentlicht

**1. Oktober 1954** Prof. Dr. Friedrich Kürbs wird Leiter des Statistischen Landesamtes (bis 1956)

**Januar 1956** Die Gliederung, Betitelung und Nummerierung der Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes werden nach den Beschlüssen der Landesämter bundeseinheitlich gestaltet

**10. und 11. Januar 1956** 13. Tagung der Leiter der Statistischen Landesämter in Berlin

**26. und 27. April 1956** 21. Tagung des Statistischen Ausschusses des Deutschen Städtetages in Berlin

**August 1957** Die Ergebnisse der Berechnung eines *Aktienindex der Berliner Börse* werden in der Monatsschrift *Berliner Statistik* zum ersten Male veröffentlicht

**Oktober 1957** Der erste Mikrozensus wird mit Hilfe von Interviewern durchgeführt

**1. Dezember 1957** Dipl. Math. Karl Heinz Katsch wird Direktor des Statistischen Landesamtes

**21. März 1958** Durch einen Erlaß des Senators für Inneres wird das Statistische Landesamt ab 1. April 1958 zuständig für die Ahndung von Verstößen gegen das Statistische Gesetz

29. Tagung des Statistischen Ausschusses des Deutschen Städtetages in Berlin **22. und 23. Juni 1960**

Einteilung der Fläche West-Berlins in 97 *Statistische Gebiete* **März 1961**

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung unter Einsatz von rund 32 000 Zählern **6. Juni 1961**

25. Tagung der Leiter der Statistischen Landesämter in Berlin **27. bis 29. Juni 1961**

Das Statistische Landesamt begeht die 100. Wiederkehr des Gründungstages des Berliner Statistischen Bureaus **8. Februar 1962**



## **Anhang**

**Die leitenden wissenschaftlichen und technischen Kräfte des Berliner Statistischen Amtes sowie der Statistischen Ämter der früheren Vorortgemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln und Spandau seit ihrer Gründung**

**Die Büroleiter des Berliner Statistischen Amtes seit seiner Gründung**

**Ordnung der Statistik im Land Berlin**

**Die ständigen Mitglieder des Statistischen Landesausschusses Ende 1961**

**Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke**

**Literaturverzeichnis**

**Namenverzeichnis**

**Die leitenden wissenschaftlichen und technischen Kräfte  
des Berliner Statistischen Amtes  
sowie der Statistischen Ämter der früheren Vorortgemeinden  
Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln  
und Spandau seit ihrer Gründung**

Jahr des Eintritts in das Berliner Statistische Amt oder in eines der Statistischen Ämter der früheren Vorortgemeinden	Name	Letzte bzw. heutige Stellung im Amt	Jahr des Aus- scheidens aus dem Amt
1865	Dr. Hermann Schwabe	Direktor	1874
1868	Dr. Ernst Bruch	Assessor des Statistischen Bureaus	1873
1868	Dr. F. Bartholomäi	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1876
1873	Dr. Siegfried E. Huppé	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1875
1874	Dr. Moritz Pickert	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1874
1875	Dr. h. c. Richard Böckh	Direktor	1902
1877	Dr. Johannes Petersen	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1878
1877	Otto Lackner	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1884
1878	Dr. Georg Berthold	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1894
1884	Dr. Ernst Hirschberg	Direktor	1906
1886	Dr. Heinrich Silbergleit	Direktor (1903 bis 1906 Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg)	1923
1890	Dr. Michael	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1891
1890	Albert Heinecke	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter (1902 nebenamtlicher Leiter des Statistischen Amtes von Schöne- berg)	1906
1893	Dr. Theodor Meinerich	Direktorialassistent	1923
1894	Dr. Otto Landsberg	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1897
1897 Charlottenbg.	Dr. Simon	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Statistischen Amt von Char- lottenburg	1903
1900	Dr. Johannes Rahts	Direktor des Statistischen Amtes von Charlottenburg (1903 bis 1908)	1908
1902	Dr. Hans Guradze	Obermagistratsrat	1930

Jahr des Eintritts in das Berliner Statistische Amt oder in eines der Statistischen Ämter der früheren Vorortgemeinden	Name	Letzte bzw. heutige Stellung im Amt	Jahr des Aus- scheidens aus dem Amt
1903	Dr. Oskar Tetzlaff	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1904
1904	Dr. Georg Heimann	Wissenschaftlicher Assistent	1906
1904 Charlottenbg.	Dr. von Tyszka	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Statistischen Amt von Char- lottenburg	1906
1905	Dr. Eugen Moritz	Wissenschaftlicher Assistent	1910
1905	Dr. Hellmut Rahlson	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1906
1905	Dr. Oskar Büchner	Direktor (1909 bis 1921 Direktor des Statistischen Amtes von Neukölln)	1943
1905 Wilmerdorf	Dr. Rudolf Dreydorff	Direktor des Statistischen Amtes von Wilmerdorf, 1921 bis 1936 Obermagistratsrat und Abtei- lungsleiter im Statistischen Amt der Stadt Berlin	1936
1906 Schöneberg	Dr. Robert Kuczynski	Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg	1921
1907	Dr. Franz Winkler	Obermagistratsrat	1934
1907 Schöneberg	Paul Stegemann	Obermagistratsrat	1934
1908 Charlottenbg.	Dr. Badtke	Direktor des Statistischen Amtes von Charlottenburg	1921
1910	Dr. Käthe Lux	Wissenschaftliche Hilfsarbeiterin	1914
1912	Dr. Adolf Henningsen	Wissenschaftlicher Assistent	1915 (gef.)
1912 Neukölln	Dr. Ergang	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Statistischen Amt von Neukölln	1912
1913 Neukölln	Dr. von Auer	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Statistischen Amt von Neukölln	1918
1914	Carl Hoffmann	Hilfsreferent	1948
1916	Dr. Werner Kaempf	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1917
1917	Dr. Ernst Regensburger	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1919
1917 Spandau	Dr. Friedrich Zander	Direktor des Statistischen Amtes von Spandau	1921
1918 Neukölln	Dr. Oskar Kürten	Stellvertretender Amtsleiter	1951

Jahr des Eintritts in das Berliner Statistische Amt	Name	Letzte bzw. heutige Stellung im Amt	Jahr des Aus- scheidens aus dem Amt
1919	Dr. Friedland Krause	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1919
1921	Dr. Friedrich Barfels	Wissenschaftlicher Assistent	1924
1924	Dr. Käthe Liepmann	Wissenschaftliche Hilfsarbeiterin	1927
1925	Dr. Kurt Rothkegel	Magistratsrat	1931
1927	Dr. Rudolf Lerch	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1927
1927	Dr. Wilhelm Bonnet	Magistratsrat	1945
1927	Dr. Theodor Kuhr	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1928
1928	Dr. Fritz Schlesinger	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1931
1928	Dr. Kurt Treitschke	Direktor	1954
1930	Dr. Hans Cuneus	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1931
1931	Dr. Georg Blume	Magistratsrat	1931
1933	Dr. Hans Zimmermann	Oberregierungsrat, Abteilungs- leiter	—
1935	Dr. Peter Heim	Obermagistratsrat	1945
1937	Dr. Heinz Haupt	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1944 (gef.)
1938	Dr. Helwig Stern	Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	1944 (vermißt)
1945	Diplom-Volkswirt Josef Glowinski	Regierungsrat, Referatsleiter	—
1945	Alex Großmann	Hilfsreferent	1948
1946	Diplom-Volkswirt Erwin Zander	Referatsleiter	1948
1946	Kurt Klein	Hilfsreferent	1948
1946	Werner Gläser	Referatsleiter	—
1946	Kurt Nabiar	Regierungsrat, Referatsleiter	—
1946	Dr. Wilhelm Korgitzsch	Referatsleiter	—
1946	Bruno Müntefering	Hilfsreferent	1948
1946	Dr. Gustav Gast	Regierungsrat, Referatsleiter	1958
1946	Dr. Franz Junk	Hilfsreferent	1949
1946	Dr. Georg Smuda	Referatsleiter	1947

Jahr des Eintritts in das Berliner Statistische Amt	Name	Letzte bzw. heutige Stellung im Amt	Jahr des Aus- scheidens aus dem Amt
1946	Ernst Thieke	Amtsrat, Referatsleiter	—
1947	Dr. Ilse Hennicke	Referatsleiterin	1961
1947	Eberhard Gaßmann	Referatsleiter	—
1947	Dr. Rudolf Zesch	Referatsleiter	1949
1947	Dr. Elsa Zastrow	Regierungsrätin, Referatsleiterin	—
1947	Georg-Albert Wurch	Referatsleiter	1949
1947	Helmut Fisch	Regierungsrat, Referatsleiter	—
1947	Dr. Franz Eppenstein	Senatsrat, Abteilungsleiter	1955
1948	Dr. Luise Conradus	Regierungsamtmann, Referats- leiterin	—
1948	Erich Schmidt	Referatsleiter	1951
1948	Dr. Magdalene Bühring	Regierungsrätin, Referatsleiterin	1959
1949	Diplom-Volkswirt Rosemarie Gerth	Regierungsrätin, Referatsleiterin	—
1949	Dr. Erika Weth	Referatsleiterin	—
1949	Dr. Otto Schlier	Oberregierungsrat, Abteilungs- leiter	—
1950	Dr. Friedrich Kürbs	Direktor	1956
1950	Dr. Erich Platz	Hilfsreferent	1953
1950	Dr. Hans Ebel	Hilfsreferent	1954
1951	Dr. Hans Evers	Hilfsreferent	1952
1955	Diplom-Versicherungs- verständiger Konrad Ladegast	Abteilungsleiter	—
1955	Dr. Gerd Bollert	Regierungsdirektor, Abteilungs- leiter	—
1957	Diplom-Mathematiker Karl Heinz Katsch	Direktor	—

#### Die Büroleiter des Statistischen Amtes seit seiner Gründung

Hagemeyer	Magistratssekretär	1865 bis 1873
Weber	Magistratssekretär	1873 „ 1876
Doemmel	Magistratssekretär	1876 „ 1887
John	Magistratssekretär	1888 „ 1896
Carl Hecht	Oberstadtsekretär	1896 „ 1906
Franz Ulrich	Oberstadtsekretär	1906 „ 1910
August Marcus	Oberstadtsekretär	1910 „ 1914
Otto Schramm	Stadtsekretär	1914 „ 1917
Franz Ulrich	Oberstadtsekretär	1917 „ 1922
Walther Jancke	Bürodirektor	1923 „ 1935
Max Neumann	Bürodirektor	1935 „ 1939
Günther Koeppen	Stadtmann, Büroleiter	1939 „ 1947
Günter Krüger	Amtsrat, Büroleiter	1947 „ 1954
Paul Ehling	Amtsrat, Büroleiter	seit 1954

## **Ordnung der Statistik im Land Berlin**

### **(Statistische Ordnung)**

**Vom 23. Februar 1953<sup>1)</sup>**

#### **§ 1**

##### **Aufgaben des Statistischen Landesamts**

(1) Dem Statistischen Landesamt obliegt die Vorbereitung, Durchführung und Bearbeitung aller einmaligen und laufenden statistischen Erhebungen in Berlin mit Ausnahme der Haushaltsrechnungstatistik, der Gemeindefinanzstatistik (ohne Personalstandsstatistik) und der Verbrauchsteuerstatistik. Das Statistische Landesamt ist ferner zuständig für alle durch Gesetz, Rechtsverordnung oder allgemeine Verwaltungsvorschrift angeordneten Statistiken des Bundes, soweit sie durch das Dritte Überleitungsgesetz vom 12. Juni 1952 (GVBl. S. 393) von Berlin übernommen sind und noch übernommen werden, und für alle im Land Berlin auf Grund von Anordnungen aus der Zeit vor Errichtung der Bundesrepublik Deutschland geführten Statistiken, soweit diese Anordnungen noch verbindlich sind.

(2) Das Statistische Landesamt kann Auskünfte über statistische Einrichtungen und Arbeitsvorgänge bei den Dienststellen der Hauptverwaltung und der Bezirksämter anfordern oder Unterlagen einsehen.

#### **§ 2**

##### **Geschäftsstatistiken**

(1) Ausgenommen von der Regelung des § 1 sind ferner die Geschäftsstatistiken der Verwaltungen. Geschäftsstatistiken sind Statistiken, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der einzelnen Verwaltungen anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt.

(2) Das Statistische Landesamt steht den Verwaltungen des Landes Berlin für den methodischen Aufbau der Geschäftsstatistiken beratend zur Seite. Die Verwaltungen können die Bearbeitung ihrer Geschäftsstatistiken im Einvernehmen mit dem Senator für Inneres ganz oder teilweise dem Statistischen Landesamt übertragen.

#### **§ 3**

##### **Veröffentlichungen**

(1) Die Veröffentlichung der Ergebnisse statistischer Arbeiten (§ 1) obliegt dem Statistischen Landesamt.

(2) Soweit Geschäftsstatistiken (§ 2) von allgemeiner Bedeutung für Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sind, haben die Verwaltungen die Ergebnisse dem Statistischen Landesamt zur Verfügung zu stellen.

(3) Sofern die Verwaltungen im Rahmen ihrer besonderen Aufgaben statistische Ergebnisse veröffentlichen, ist dafür Sorge zu tragen, daß sie mit den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes in Einklang stehen.

#### **§ 4**

##### **Städtische Eigenbetriebe**

Die Bestimmungen der §§ 2 und 3 gelten sinngemäß für die städtischen Eigenbetriebe.

#### **§ 5**

##### **Zusammenarbeit der Hauptverwaltung mit dem Statistischen Landesamt**

Jede Senatsverwaltung benennt einen Fachberater, der die Statistik innerhalb ihres Aufgabenbereichs verantwortlich bearbeitet und die Verbindung zwischen ihr und dem Statistischen Landesamt herstellt. Der Fachberater übermittelt die Ergebnisse der Geschäftsstatistik dem Landesamt in dem in § 3 vorgesehenen Rahmen und sorgt dafür, daß Änderungen der bestehenden oder die Einführung neuer Statistiken dem Statistischen Landesamt mitgeteilt werden. Das Statistische Landesamt hat zur Vermeidung von Doppelarbeit zu prüfen, ob die Ergebnisse aus bereits bestehenden Statistiken gewonnen werden können.

#### **§ 6**

##### **Zusammenarbeit der Bezirksämter mit dem Statistischen Landesamt**

Bei jedem Bezirksamt ist der Abteilung Personal und Verwaltung ein besonderes Sachgebiet eingegliedert, das innerhalb des Bezirks für die zweckmäßige Durchführung der vom Statistischen Landesamt veranlaßten Statistiken Sorge trägt.

#### **§ 7**

##### **Statistischer Landesausschuß**

Ergeben sich aus der Durchführung der §§ 1 bis 6 Meinungsverschiedenheiten, so werden diese durch einen Statistischen Landesausschuß geklärt. Der Statistische Landesausschuß hat außerdem:

- a) die Berliner Statistik zu koordinieren,
- b) die Statistik zu rationalisieren,
- c) eine Landesmeinung in statistischen Fragen für die Stellungnahme Berlins gegenüber den Bundesbehörden und den für die Statistik zuständigen Landesausschüssen herbeizuführen.

#### **§ 8**

##### **Zusammensetzung des Statistischen Landesausschusses**

(1) Dem Statistischen Landesausschuß gehören als stimmberechtigte Mitglieder<sup>2)</sup> an:

1. ein Vertreter des Senators für Inneres als Vorsitzender,
2. ein Vertreter des Senators für Finanzen,
3. ein Vertreter des Rechnungshofes,
4. der Direktor des Statistischen Landesamts,
5. ein Vertreter der Bezirksämter,
6. ein Vertreter der jeweils beteiligten Senatsverwaltung.

<sup>2)</sup> Am 9. Dezember 1958 beschloß der Senat, außerdem je einen Vertreter des Senators für Justiz und des Senators für Wirtschaft und Kredit als stimmberechtigte Mitglieder des Statistischen Landesausschusses zu bestellen.

<sup>1)</sup> Dienstblatt des Senats von Berlin 1/1953 Nr. 41.

Der Ausschuß kann Sachverständige aus Verwaltung und Wirtschaft zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.

(2) Die von den Senatsverwaltungen zu benennenden Vertreter sollen den Aufgabenbereich ihrer Verwaltung beherrschen. Sie können die in ihrer Senatsverwaltung mit der Auswertung der Statistiken Beauftragten an den Beratungen im Landesausschuß beteiligen.

### **§ 9**

#### **Geschäfte des Statistischen Landesausschusses**

Die Geschäfte des Statistischen Landesausschusses werden vom Statistischen Landesamt geführt, das auch das Material für die Sitzungen vorzubereiten hat. Der Ausschuß kann von den an den Sitzungen beteiligten Senatsverwaltungen angerufen werden. Er wird durch den Vorsitzenden mit Angabe der Tagesordnung einberufen.

### **§ 10**

#### **Entscheidung des Senats**

Kann im Statistischen Landesausschuß eine Einigung nicht erzielt werden, so ist die Entscheidung des Senats herbeizuführen.

### **§ 11**

#### **Alte Bestimmungen**

Der Magistratsbeschluß Nr. 278 vom 30. Juni 1947 wird aufgehoben.

Berlin, den 23. Februar 1953.

Der Senat von Berlin

Dr. Reuter  
Regierender Bürgermeister

Dr. Müller  
Senator

#### **Die ständigen Mitglieder des Statistischen Landesausschusses Ende 1961**

Oberregierungsrat Erich Schmidt, Vertreter des Senators für Inneres  
(Vorsitzender)

Landgerichtsrat Manfred Berger, Vertreter des Senators für Justiz

Diplom-Ingenieur Hartmut Runschke, Vertreter des Senators für Wirtschaft  
und Kredit

Oberregierungsrat Rudolf Robert, Vertreter des Senators für Finanzen

Senatsrat Curt Teufert, Vertreter des Rechnungshofes

Leitender Regierungsdirektor Karl Heinz Katsch, Statistisches Landesamt

Bezirksbürgermeister des Bezirks Wedding, Helmut Mattis,  
Vertreter der Bezirksämter

## **Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)**

**Vom 3. September 1953<sup>1)</sup>**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### **Abschnitt I**

#### **Das Statistische Bundesamt**

### **§ 1**

(1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

(2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.

### **§ 2**

Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,
3. nach Maßgabe des § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,
4. Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen,
5. volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,
6. an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken,
7. auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

### **§ 3**

Das Statistische Bundesamt führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des fachlich zuständigen Bundesministers im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 1314; von Berlin übernommen durch Gesetz vom 16. Oktober 1953 (GVBl. S. 1287).

## Abschnitt II

### Der Statistische Beirat

#### § 4

- (1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.
- (2) Der Beirat setzt sich zusammen aus
  1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
  2. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbahn,
  3. den Leitern der Statistischen Landesämter oder ihren Vertretern im Amt,
  4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
  5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,
  6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
  7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
  8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Im Falle der Beschlußfassung haben die Vertreter gemäß Nummern 1 bis 3 nur beratende Stimmen.

(3) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(4) Die Vertreter zu Absatz 2 Nummern 4 bis 8 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.

(5) Der Beirat kann für bestimmte Sachgebiete ständige Fachausschüsse und für einzelne Fragen Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

(6) Die Tätigkeit im Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

#### § 5

(1) Das Statistische Bundesamt hört bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat oder seine Fachausschüsse und Arbeitskreise. In Fällen, die der Beschleunigung bedürfen oder einfach liegen, kann dies auch schriftlich geschehen.

(2) Das Statistische Bundesamt hat die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und im Rahmen der verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu verwerten.

## Abschnitt III

### Anordnung von Bundesstatistiken

#### § 6

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit nicht im Absatz 2 oder in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugelassen sind, durch Gesetz angeordnet.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. die Ergebnisse der Erhebung müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Erhebung darf nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern zusammen 500 000 Deutsche Mark jährlich nicht übersteigen.

#### § 7

(1) Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Sie ist auf den Erhebungsvordrucken anzugeben.

(2) Bei der Einleitung von Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, ist die Freiwilligkeit der Beantwortung den Befragten bekanntzugeben.

#### § 8<sup>1)</sup>

Die Kosten der Bundesstatistiken werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

## Abschnitt IV

### Besondere Verfahrensbestimmungen

#### § 9

(1) Die Bundesminister nehmen die Aufgaben des § 2 bei Statistiken wahr, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (Geschäftsstatistiken). Sie können diese Aufgaben ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen.

(2) Die Bundesregierung kann in besonderen Fällen einen Bundesminister oder die von ihm zu bestimmende Stelle ermächtigen, für bestimmte Bundesstatistiken, auch wenn sie keine Geschäftsstatistiken sind, die Aufgaben des § 2 ganz oder zum Teil wahrzunehmen.

<sup>1)</sup> In der am 4. Mai 1955 in Kraft getretenen Fassung auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Regelung finanzieller Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern (Viertes Überleitungsgesetz) vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189/GVBl. S. 397).



## Abschnitt V

### Auskunftspflicht

#### § 10

(1) Alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet. Sondergesetzliche Bestimmungen über Berufsgeheimnisse und Amtsverschwiegenheit bleiben unberührt.

(2) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und, soweit nichts anderes bestimmt ist, unentgeltlich zu geben.

(3) Sind amtliche Erhebungsvordrucke zur Ausfüllung durch die Befragten vorgesehen, so sind die Antworten auf diesen Erhebungsvordrucken zu erteilen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es im Erhebungsvordruck vorgesehen ist.

#### § 11

Die Verpflichtung der Befragten, Auskunft zu erteilen, besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistik amtlich betrauten Stellen und Personen.

## Abschnitt VI

### Geheimhaltungspflicht

#### § 12

(1) Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift (§ 6) nichts anderes bestimmt ist, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 187) über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht für die Auskunftsberechtigten.

(2) Das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen sind berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstweg weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist.

(3) Eine Zusammenfassung von Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger ist keine Einzelangabe im Sinne dieses Gesetzes.

(4) Veröffentlichungen dürfen keine Einzelangaben im Sinne dieses Gesetzes enthalten.

## Abschnitt VII

### Strafen und Geldbußen

#### § 13

(1) Wer ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm bei seiner Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, unbefugt offenbart oder verwertet, oder wer eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes geheimzuhaltende Tatsache unbefugt offenbart, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder jemandem einen Nachteil zuzufügen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu zwei Jahren. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nur, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist.

(4) Die Strafverfolgung tritt auf Antrag des Verletzten ein.

(5) Die Offenbarung von geheimzuhaltenden Tatsachen an die zuständige Verwaltungsbehörde zum Zwecke der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben nach § 14 ist nicht unbefugt.

#### § 14

(1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

#### § 15

Wird eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 14 in einem Betrieb begangen, so kann gegen den Inhaber oder Leiter und, falls der Inhaber des Betriebes eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechts ist, gegen diese eine Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark festgesetzt werden, wenn der Inhaber oder Leiter oder der zur gesetzlichen Vertretung Berechtigte vorsätzlich oder fahrlässig seine Aufsichtspflicht verletzt hat und der Verstoß hierauf beruht.

## Abschnitt VIII

### Übergangs- und Schlußbestimmungen

#### § 16<sup>\*)</sup>

(1) Laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Abschnittes III nicht vorliegen, können sechs Jahre nach Inkrafttreten dieses

<sup>\*)</sup> In der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721/GVBl. S. 846).

Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen nicht bis zu diesem Zeitpunkt geschaffen werden. Bis zum Erlaß dieser Rechtsvorschriften gelten sie in ihrem derzeitigen Umfange als Statistiken für Bundeszwecke.

(2) Für die Statistiken nach Absatz 1 gilt bis zum Erlaß der Rechtsvorschriften für die Geheimhaltungspflicht die bisherige Regelung.

(3) Für Statistiken, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Bundesminister die Aufgaben des § 2 wahrnimmt, gilt die besondere Ermächtigung der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 als erteilt.

### § 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

### § 18

Dieses Gesetz tritt am vierzehnten Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) in der Fassung des § 4 des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBI. S. 9) und die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) treten zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. September 1953.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler  
Adenauer

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Lehr

### Literaturverzeichnis

Statistische Jahrbücher seit 1867

Taschenbücher »Berlin in Zahlen« 1927 bis 1939, 1942, 1945, 1947, 1950, 1951

Berliner Wirtschaftsberichte 1924 bis 1939 und Kriegsmitteilungen

Berliner Statistik seit 1947

Ergebnisse der Volkszählungen und der übrigen Großzählungen

Die nach dem 2. Weltkriege herausgebrachten Veröffentlichungen des Amtes sind in der Beilage zum Statistischen Jahrbuch Berlin 1961 »Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Berlin seit 1945« aufgeführt.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862—1912

Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Statistischen Amtes, Berlin 1912

75 Jahre Berliner Statistik

Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Statistischen Amtes, Berlin 1937

Die Berliner Volks-Zählung vom 3. December 1861

Bericht der städtischen Central-Commission für die Volkszählung, Berlin 1863

Die Berliner Volks-Zählung vom 3. December 1864

Bericht der städtischen Volks-Zählungs-Commission, Berlin 1866

Die Berliner Volkszählung vom 3. December 1867

Bericht der städtischen Volkszählungs-Commission, Berlin 1869

Jahresbericht des statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidio zu Berlin für das Jahr 1853, Berlin 1854

Berliner Statistisches Jahrbuch, herausgegeben vom Königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin für das Jahr 1854, Berlin 1856

Berichte über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1910

Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, Heft 1, Berlin 1926

Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924 bis 1927

(1. April 1924 bis 31. März 1928), Heft 1, Berlin 1929

Verwaltungsbericht der Allgemeinen Hauptverwaltung 1. April 1932 bis 31. März 1936, Heft 1, Berlin 1937

Jahresberichte des Magistrats 1947 bis 1950

Jahresberichte des Senats 1951 bis 1954

Communal-Blatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin

Gemeinde-Blatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin

Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin

Akten

Unveröffentlichte Dokumente

Ferner vor allem die Werke folgender Verfasser:

Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg–Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905

Bernhard, Ludwig, Artikel »Böckh« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Jena 1924, 2. Band, S. 989

Böckh, Richard, Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des preussischen Staates, Berlin 1863

—, Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin in den Jahren 1869 bis 1878, Berlin 1884

—, Nachruf auf Hermann Schwabe in »Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik«, 2. Jhg. 1875, S. IX ff.

Silbergleit, Heinrich, Nachruf auf Richard Böckh, Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 31. Jahrgang, Berlin 1909, S. III ff.

—, Nachruf auf Ernst Hirschberg, Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 30. Jahrgang, Berlin 1907, S. III ff.

Süßmilch, Johann Peter, Abhandlung von dem schnellen Wachsthum der Königl. Residentz Berlin, vorgelesen in der Versammlung der Königl. Academie der Wissenschaften, den 6. Februar 1749 in »Der Königl. Residentz Berlin schneller Wachsthum und Erbauung, in zweyen Abhandlungen erwiesen von, Berlin 1752«

—, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, 4. Ausgabe, Berlin 1775

## Namenverzeichnis

- Albertz, Heinrich, Senator 148  
Arndt, Claus-Dieter, Dr., Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 152  
Badtke, Dr., Direktor des Statistischen Amtes von Charlottenburg 186  
Bartholomäi, F., Dr., Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter 35, 36  
Berger, Manfred, Landgerichtsrat 202  
Bernhard, Ludwig, Professor Dr., Nationalökonom 7  
Böckh, August, Professor Dr., Altphilologe 45  
Böckh, Richard, Professor Dr. h. c., Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 7, 14, 16, 18, 19, 24, 33, 42, 45–75, 77, 110, 113, 150, 179, 184, 185  
Böhmert, Karl Viktor, Professor, Direktor des Statistischen Bureaus des Königreichs Sachsen 61  
Bollert, Gerd, Dr., Regierungsdirektor, Abteilungsleiter 167  
Bonnet, Wilhelm, Dr., Magistratsrat 108, 110  
Brandt, Willy, Regierender Bürgermeister 6, 148  
Bruch, Ernst, Dr., Assessor des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin 35, 40  
Büchner, Oskar, Dr., Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 67, 87–89, 92, 93, 105, 108, 110, 112, 113, 186, 187  
Burkhardt, Archivar 16  
Conradus, Luise, Dr., Regierungsamtmann, Referatsleiterin 167  
Delbrück, Stadtverordneter 19, 21  
Dieterici, Friedrich Wilhelm Carl, Professor, Direktor des Königlichen Statistischen Bureaus 18, 46, 47, 72  
Dove, Heinrich Wilhelm, Professor Dr., Meteorologe 35  
Dreydorff, Rudolf, Dr., Direktor des Statistischen Amtes von Wilmsdorf 67, 186  
Duncker, Hermann, Stadtrat und Syndikus 26, 39, 183  
Eberhard, Karl, Regierungsoberinspektor 166, 168  
Ehling, Paul, Amtsrat, Büroleiter 168  
Engel, Ernst, Dr., Direktor des Königlichen Statistischen Bureaus 35, 37, 46, 68  
Eppenstein, Franz, Dr., Senatsrat, Abteilungsleiter 146  
Fidicin, E., Dr., Stadtarchivar 35  
Fisch, Helmut, Regierungsrat, Referatsleiter 123, 167  
Fischer, Hermann, Senator 148  
Forckenbeck, Max von, Oberbürgermeister 39  
Freudenberg, Karl, Dr. Dr., Professor der medizinischen Statistik 102

**Friedrich II.,** König von Preußen 14  
**Friedrich Wilhelm,** Kurfürst von Brandenburg 14, 183  
**Friedrich Wilhelm I.,** König von Preußen 14  
**Fürst,** Gerhard, Dr. Dr. h. c., Präsident des Statistischen Bundesamtes 141  
**Gaßmann,** Eberhard, Referatsleiter 8, 123, 167  
**Gerth,** Rosemarie, Diplom-Volkswirt, Regierungsrätin, Referatsleiterin 167  
**Giest,** Alfred, Angestellter 114  
**Gilow,** Stadtrat 19, 21, 24, 39  
**Gläser,** Werner, Referatsleiter 8, 129, 167  
**Głowinski,** Josef, Diplom-Volkswirt, Regierungsrat, Referatsleiter 123, 167  
**Grünig,** Ferdinand, Dr., Wissenschaftlicher Direktor im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 152  
**Halley,** Edmond, englischer Astronom 56  
**Haupt,** Heinz, Dr., Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter 114  
**Heinecke,** Albert, Leiter des Statistischen Amtes von Schöneberg 67, 186  
**Hennicke,** Ilse, Dr., Referatsleiterin 123  
**Heyden,** Paul, Angestellter 114  
**Hirsch,** August, Professor Dr. med. 35  
**Hirschberg,** Ernst, Professor Dr., Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 67, 73, 74, 186  
**Hobrecht,** Arthur, Oberbürgermeister 39  
**Hoffmann,** Johann Gottfried, Professor Dr., Direktor des Königlichen Statistischen Bureaus 17, 71, 183  
**Huppé,** Siegfried E., Dr., Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter 35, 42  
**Katsch,** Karl Heinz, Diplom-Mathematiker, Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin 8, 153, 167—170, 190, 202  
**Koeppen,** Günther, Stadtamtmann, Büroleiter 123  
**Korgitzsch,** Wilhelm, Dr., Referatsleiter 123, 167  
**Körösi,** Josef von, Direktor des Statistischen Amtes von Pest 42, 58, 71  
**Krausnick,** Wilhelm, Oberbürgermeister 17  
**Krengel,** Rolf, Dr., Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 152  
**Kreutzer,** Heinz, Dr., Senatsdirigent 148  
**Krug,** Leopold, Kriegsrat 47  
**Krüger,** Günter, Amtsrat, Büroleiter 123  
**Kuczynski,** Robert, Dr., Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg 186  
**Kürbs,** Friedrich, Professor Dr., Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin 151—153, 190  
**Kürten,** Oskar, Dr., Stadtdirektor, Stellvertretender Amtsleiter 8, 89, 105, 106, 108, 110, 112, 117, 120, 121, 123, 131—133, 136, 144—146, 161, 187  
**Kyllmann,** Geh. Baurat, Stadtverordneter 80  
**Ladegast,** Konrad, Diplom-Versicherungsverständiger, Abteilungsleiter 167  
**Laspeyres,** Étienne, Professor Dr., Statistiker und Nationalökonom 35  
**Lipschitz,** Joachim, Senator 148  
**Mattis,** Helmut, Bezirksbürgermeister 202  
**Meitzen,** August, Professor Dr., Nationalökonom 68, 185  
**Moltke,** Graf Helmuth von, Generalfeldmarschall 46  
**Müller,** Werner, Dr., Senator 148

**Nabiar,** Kurt, Regierungsrat, Referatsleiter 167  
**Naunyn,** Franz, Bürgermeister 13, 25, 183  
**Neumann,** Salomon, Dr. med., Sanitätsrat, Stadtverordneter 19—21, 23, 24, 26, 40, 41, 183, 184  
**Pfeiderer,** Otto, Professor Dr., Theologe 72  
**Planck,** Max, Professor Dr., Physiker 46  
**Quetelet,** Lambert, belgischer Statistiker 72  
**Rahts,** Johannes, Dr., Direktor des Statistischen Amtes von Charlottenburg 186  
**Rehse,** Franz, Regierungsoberinspektor 166, 168  
**Reuter,** Ernst, Professor Dr. h. c., Regierender Bürgermeister 139, 140, 145, 148, Freiherr Ferdinand von, Professor Dr., Geograph 46  
**Richtshofen,** Rudolf, Oberregierungsrat 202  
**Robert,** Hartmut, Diplom-Ingenieur 202  
**Runschke,** Otto, Dr., Oberregierungsrat, Abteilungsleiter 153, 167  
**Schlier,** Erich, Oberregierungsrat 151, 202  
**Schmidt,** Gustav, Professor Dr., Nationalökonom 68, 88, 113, 185  
**Schmoller,** Walther, Dr., Regierender Bürgermeister 148  
**Schreiber,** Louise, Amtierender Oberbürgermeister 140  
**Schroeder,** Hermann, Professor Dr., Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin 7, 29—42, 45, 110, 184  
**Schwabe,** Karl, Oberbürgermeister 36, 39  
**Seydel,** Heinrich, Professor Dr., Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 24, 55, 75—84, 88, 102, 186  
**Silbergleit,** Paul, Oberregierungsrat 90, 108  
**Stegemann,** Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum, Staatsminister 13, 16, 183  
**Stein,** Helwig, Dr., Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter 114  
**Stern,** Dr., Stadtverordnetenvorsteher 39, 61  
**Straßmann,** Otto, Professor Dr., Regierender Bürgermeister 148  
**Suhr,** Johann Peter, Probst von Köln an der Spree 14  
**Süßmilch,** Curt, Senatsrat 202  
**Teufert,** Otto, Senator 148  
**Theuner,** Ernst, Amtsrat, Referatsleiter 167  
**Thieke,** Kurt, Dr., Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin 121, 123, 124, 134, 136, 151, 188  
**Treitschke,** Rudolf, Professor Dr. med. 8, 26, 40, 56, 57, 63  
**Virchow,** Adolph, Professor Dr., Nationalökonom 68, 185  
**Wagner,** Franz, Bildstatistiker 110  
**Wesselsky,** Erika, Dr., Referatsleiterin 167  
**Weth,** Georg-Albert, Referatsleiter 123  
**Wurch,** Erwin, Referatsleiter 123  
**Zander,** Friedrich, Dr., Direktor des Statistischen Amtes von Spandau 67, 186  
**Zander,** Elsa, Dr., Regierungsrätin, Referatsleiterin 123, 167  
**Zastrow,** Rudolf, Dr., Referatsleiter 123  
**Zesch,** Hans, Dr., Oberregierungsrat, Abteilungsleiter 7, 8, 167  
**Zimmermann,**

